

Teil E
Inhaltsverzeichnis (Seiten E I – E VIII)

Großgliederung Europas

Seite E 0

E. a) Pfarrer Steffen Reiche, Kirchengemeinde Berlin-Nikolassee
Seiten E 1 - 18

Steffen Reiche

Predigtkreis & Besuch bei den Nonnen von Vilaflor & «Schminken ist haram!»
– Wie junge Muslime ihre Mitschüler drangsalieren & Wie ein palästinensischer Staat funktionieren könnte & Lassen Sie uns gemeinsam die rumänischen Wälder retten

E. b) Themen global, die uns auch bewegen **Seiten E 19– E 40**

01) Sicher ist sicher, oder? Die Speicherung von Kohlendioxid im Meeresboden soll die Erderwärmung aufhalten. Dabei sind die Gefahren der Technik überhaupt nicht absehbar

E. c) Wanderungen und Einwanderungen **Seite E 41**

Keine Berichte

E. d) Länder weltweit – im Überblick **Seite E 42**

Keine Berichte

E. e) Verteidigungsbündnisse: NATO u.a. **Seiten E 43 – E 46**

01) Wenn zwei sich streiten ... Das deutsch-französische Führungsversagen ist ein Risiko für unsere Sicherheit. Der Schaden betrifft nicht nur die Verteidigungsfähigkeit Europas. Von Gesine Weber

E. f) Europa, Europa und die Welt **Seite E 47 / EU Seiten E 48 – E 77**

Keine Berichte

Europäische Union (EU) (Seiten E 48 - E 77)

- 01)** Die andere europäische Wahl. Der Europarat wacht über die Einhaltung von Demokratie und Menschenrechten. In diesem Jahr steht er an einem Scheideweg. Von Ingmar Naumann
- 02)** Ungenutztes Potenzial. Das Verhältnis der Europäischen Union zum südostasiatischen Staatenverbund ASEAN bleibt halbherzig. Wie es besser geht, zeigt Australien. Von Pia Dannhauer
- 03)** Mehr Schein als (selbstständig) Sein. Die EU stärkt die Rechte von Plattformbeschäftigten. Den Unternehmen bleiben allerdings Schlupflöcher, die nicht jedes Mitgliedsland schließen will. Von Tobias Mörschel & Oliver Philipp
- 04)** Who Cares? Sorgearbeit ist systemrelevant, verantwortlich sind oft unterbezahlte Frauen, die kaum Anerkennung erfahren. Ein europäischer Care Deal ist notwendig. Von Agnes Mach
- 05)** Oberkante Unterlippe. Billigimporte aus dem Ausland, EU-Auflagen, hohe Energiepreise: Europas Bauern haben die Nase voll. Wir berichten aus Polen, Belgien und Griechenland. Von Max Brändle & Valentina Berndt & Arne Schildberg

E. g) Mitteleuropa

Seite E 67

Keine Berichte

E. h) BR Deutschland und nahe Staaten

Seiten E 68 – E 164

B R D e u t s c h l a n d (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 68 – E 103)

- 01)** Neues vom EUREF-Campus Düsseldorf. Zusammenstellung und Kommentierung Ed Koch
- 02)** TV-Duell könnte CDU in ein Dilemma führen - und Höcke nutzen
- 03)** KW 13 (25. – 31.03.2024) -1 – Sonntagsruhe. Von Ed Koch
- 04)** KW 13 (25. – 31.03.2024) -2 – Träumt weiter! Von Ed Koch
- 05)** Historiker-Brandbrief zum Ukraine-Kurs rüttelt SPD auf
- 06)** Baerbock: Putin will mit Fake News "Demokratie zersetzen"
- 07)** KW 24 (= 18. - 24.03.2024) – Demokratie Blockade. Von Ed Koch
- 08)** Gewaltfreie Kindheit. Zusammenstellung und Kommentierung Ed Koch
- 09)** Die unbeabsichtigten Folgen der Zeitenwende. Im Nebel des Krieges gibt es keine einfachen Lösungen, sondern nur Risiken und Zielkonflikte. Von Tobias Fella & Cornelius Friesendorf
- 10)** Auslaufmodell Demokratie. Von Ed Koch
- 11)** KW 11 (11. bis 17.03.2024) - Verstörend. Von Ed Koch
- 12)** Grüße aus Weimar. Von Ed Koch
- 13)** Lieber Norbert. Von Ed Koch

- 14) Eingeengte Debatte. Beim Streit um den Taurus kommt die Risikoanalyse zu kurz. Dabei braucht die Ukraine langfristige Unterstützung – und die liefert Deutschland. Von Helmut W. Ganser
- 15) Ohne Streik mehr Geld. Von Ed Koch
- 16) KW 10 (= 04. bis 10.03.2024) – Abgehakt. Von Ed Koch
- 17) Die Rente ist sicher. Von Ed Koch
- 18) Wie soll das bloß enden? Von Ed Koch
- 19) Er könnte sich totlachen. Von Ed Koch

Berlin und Land Brandenburg (Seiten E 104 – E 125)

- 01) Kein Platz zum Kiffen / Platz für Hoffnung. Von Ed Koch
- 02) Der April in der UfAFabrik.
- 03) Krieg im Klassenzimmer. Von Ed Koch
- 04) 75 – sehr persönliche Betrachtungen, nicht ganz ernst gemeint. Von Ed Koch
- 05) Pilotprojekt zur Verkehrswende
- 06) Zu Ostern bei den Wühlmäusen
- 07) Super-Sozis gesucht. Von Ed Koch
- 08) Schneider Electric. Damit der Strom ankommt
- 09) Wo Sie unbedingt hingehen sollten
- 10) Ein Tag für die Frauen. Von Ed Koch
- 11) Lieder, Sänger und Poeten. 5. Neuhardenberger Sängertreffen. Sonnabend, 29. Juni 2024 – ab 14:00 Uhr

Südtirol (Seiten E 126 – E 129)

- 01) Ehemalige Sammelpartei zeigt ihr wahres Gesicht Nein zu Amnestie für die ehemaligen Freiheitskämpfer. Von Roland Lang
- 02) Südtiroler Heimatbund: Offener Brief an Landeshauptmann Arno Kompatscher

E. i) Ostmitteleuropa

Seiten E 130 – E 221

Tschechien (Seiten E 130 – E 172)

- 01) Parlament-Resolution: "Russland ist größte Bedrohung für Tschechien"
- 02) Nuklear-Gipfel in Brüssel: Tschechien sieht Atompolitik bestätigt
- 03) Tschecho-Slowakische Krise: Čaputová zeigt Verständnis für Tschechiens Position
- 04) Brünner Messe setzt stark auf Aussteller aus Österreich
- 05) Macrons "Promotion-Tour" in Tschechien mit ersten Erfolgen
- 06) Pavel und Macron: "Neue Formen für die Unterstützung der Ukraine"

- 07)** Eiszeit zwischen Prag und Preßburg: Tschecho-slowakische Regierungssitzungen ausgesetzt

U n g a r n (Seiten E 173 – E 174)

- 01)** Der letzte Gallier. Die EU-Milliardenhilfen für die Ukraine konnte Ungarns Premier Viktor Orbán nicht stoppen. Doch wahrscheinlich ging es ihm ohnehin um etwas anderes. Von Ernst Hillebrand

E. j) Osteuropa

Seiten E 150 – E 170

U k r a i n e (Seiten E 150 – E 157)

- 01)** Gauck: Putin nutzt Angst der Deutschen

R u s s l a n d (Seite E 158 – E 170)

- 01)** Die Rückkehr des Terrors. Stabilität und Sicherheit lautet das Versprechen Putins. Der islamistische Anschlag in Moskau beschädigt das Image des russischen Präsidenten erneut. Von Lisa Gürth
- 02)** Putin 5.0. Mit der Wahl ohne Wahl wollte Moskau den Kriegskurs legitimieren. Was folgt nun in Russland? Von Ruslan Suleymanov
- 03)** Höhepunkt der Repression. Nawalnys Tod ist ein tiefer Schlag für die russische Opposition. Doch noch ist nicht alles verloren. Kann seine Frau in seine Fußstapfen treten? Von Alexey Yusupov
- 04)** Ritual statt Wahl. In Russland darf der einzige kritische Herausforderer Putins nicht antreten. Trotz Übermacht hat der Kreml Angst vor einer echten Alternative. Von Roland Bathon

E. k) Kaukasusgebiet / Türkei

Seite E 171

Keine Berichte

E. l) Südosteuropa

Seite E 172

Keine Berichte

E. m) Süd- und Westeuropa

Seiten E 173 – E 176

01) Geschwächtes Vertrauen. Portugals Rechtspopulisten profitieren von Korruptionsskandalen der Sozialisten und Konservativen. Noch hält die Brandmauer. Von Fabian Schmiedel

E. n) Nordwest- und Nordeuropa

Seite E 177

Keine Berichte



P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturellräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png

https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

Quelle: WIKIPEDIA „Ostmitteleuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa>

s.a. Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im

Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

<https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa>

Teil E

E. a) Pfarrer Steffen Reiche u.a., Kirchengemeinde Berlin-Nikolassee

Seiten E 1 - 18

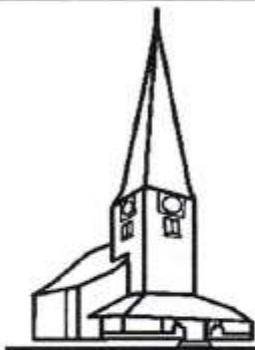
Steffen Reiche <steffen-reiche@gmx.de

Predigtkreis & Besuch bei den Nonnen von Vilaflor & «Schminken ist haram!»
– Wie junge Muslime ihre Mitschüler drangsalieren & Wie ein palästinensischer
Staat funktionieren könnte & Lassen Sie uns gemeinsam die rumänischen
Wälder retten

Liebe Predigtkreisgemeinde,

hier die Predigt, die Agende und die Audio-Datei vom Gottesdienst am vergangenen
Sonntag.

Ihr / Euer Steffen Reiche am 21. März 2024



Evangelische Gemeinde Teneriffa - Süd

Gottesdienst am 5. Sonntag der Passionszeit Judika 17.3.2024 12.00 Uhr

Pfarrer Steffen Reiche & Organistin Liliana Münch

Lektor Peter Mischo & Kirchdienst Margrit Piening & Irmtraud Schippers

Introitus -Liliana

Begrüßung

Im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes. **Gemeinde:** Amen

Unsere Hilfe steht im Namen des Herrn. **Gemeinde:** Der Himmel und Erde gemacht hat.

Der Herr sei mit Euch!

Gemeinde: Und mit Deinem Geist.

Einführung zum Gottesdienst

Herzlich willkommen am 5. Sonntag in der Passionszeit – Sonntag Judika.

Dieser Passionssonntag ist nach dem Missale Romanum von 1570 der dem Palmsonntag vorausgehende fünfte Sonntag der Fastenzeit und wird nach seinem Introitus auch **Judica** genannt. Man nennt ihn auch „erster Passionssonntag“ und den folgenden Sonntag „zweiter Passions- oder Palmsonntag“. Ab diesem Sonntag werden traditionell die Kruzifixe und Kreuze in den Kirchen mit violetten oder dunklen Tüchern verhüllt. Sind Triptychen und Flügelaltäre vorhanden, werden diese häufig zugeklappt und zeigen die einfacher gestaltete Rückseite der Flügel.

1.Lied „Holz auf Jesu Schulter“ EG 97, 1+4-6

Einstimmung, um Karfreitag, die Passion zu verstehen

Heute ist der Patricks-Day, der Gedenktag des Heiligen Patrick von Irland, ein Hochfest in Irland und Australien, Fest in England, Schottland, Neuseeland. Auch ev. Gedenktag.

Der Name bedeutet: dem Adel, den römischen Patriziern, zugehörig. Er war Bischof und Glaubensbote in Irland. * um 400 vermutl. in Somerset und † 17. März 461 vermutl. in Nordirland. Historisch verlässliche Berichte über die Herkunft Patricks gibt es nicht. Patrick wurde nach eigenem Zeugnis geboren im römischen Britannien. Sein Vater Calpurnius war Beamter der römischen Besatzungsmacht und wurde später zum Diakon geweiht; sein Großvater war Priester. Aus dem Landgut seines Vaters wurde er im Alter von 15 Jahren von Piraten entführt und als Sklave nach Irland gebracht und die Schafe des Stammesfürsten hüten. Nach sechs Jahren hörte er im Traum die Zusage, er werde auf einem Schiff bald den Weg nach Hause finden und solle dann den Iren die frohe Botschaft verkündigen. Daraufhin floh er und gelangte mit einem Schiff in die Heimat. Dort wurde er zum Priester geweiht; er ging dann der Überlieferung zufolge an die Nordküste Galliens, wo er sich zunächst als Mönch im Kloster aufhielt. Wieder hatte er demnach einen Traum, der sein Leben prägte: ein Ire gab ihm einen Brief mit der Bitte, in die Heimat zurückzukehren; zur Vorbereitung studierte er Theologie und wurde zum Nachfolger des ersten irischen Missionars Palladius ernannt; Germanus soll ihn zum Bischof geweiht haben, doch wird auch eine Romfahrt mit Weihe und Auftrag durch Papst Cölestin I. berichtet. Verbürgt ist sein Eintreffen mit 24 Gefährten im Jahr 432 in Irland, wo er lange erfolgreich als Missionar im Norden der Insel wirkte.

Bei seiner Ankunft sollen alle Schlangen und giftigen Tiere die Insel verlassen haben. Patrick habe die letzte Schlange Irlands in eine Kiste gelockt und ihr versprochen, sie morgen wieder herauszulassen; auf die Frage der Schlange, wann denn morgen ist, antwortete er stets morgen.

Schließlich warf er die Kiste ins Meer. Erzählt wird, wie er einen Hammeldieb entlarvte, indem er die verzehrte Beute beschwor, sich aus dem Magen des Räubers zu melden. Allen Widerständen zum Trotz bekehrte Patrick tausende Menschen, wie er in seiner Schrift „Bekenntnis“ berichtet. Er ließ angeblich 365 Kirchen bauen, u. a. auch am Sitz des Königshauses - bis heute Sitz der katholischen und anglikanischen Erzbischöfe für Irland. Angeblich veranschaulichte er seiner Gemeinde die Trinität anhand eines dreiblättrigen Kleeblattes, das zum irischen Nationalsymbol wurde. Am Osterfest 433 zündete Patrick auf einem weit ins Land sichtbaren Hügel ein Feuer an und markierte so dort, wo einst die Könige herrschten, den Sieg des Lichtes Christi über die Finsternis.

Psalm 43 „Sende Dein Licht und Deine Wahrheit“ EG 724

Gott, schaffe mir Recht und führe meine Sache wider das unheilige Volk und errette mich von den falschen und bösen Leuten! Denn du bist der Gott meiner Stärke: Warum hast du mich verstoßen? Warum muss ich so traurig gehen, wenn mein Feind mich dränget?

Sende dein Licht und deine Wahrheit, dass sie mich leiten und bringen zu deinem heiligen Berg und zu deiner Wohnung, dass ich hineingehe zum Altar Gottes, zu dem Gott, der meine Freude und Wonne ist, und dir, Gott, auf der Harfe danke, mein Gott.

Was betrübst du dich, meine Seele, und bist so unruhig in mir? Harre auf Gott;

denn ich werde ihm noch danken, dass er meines Angesichts Hilfe und mein Gott ist.

EG 177,1 Ehr sei dem Vater und dem Sohn und dem Heiligen Geist, wie es war im Anfang, jetzt und immerdar und von Ewigkeit zu Ewigkeit. Amen.

Gebet

Du hast uns Herr gerufen und darum sind wir hier. Wir sind jetzt Deine Gäste und danken dir.

Du legst uns Deine Worte und Deine Taten vor, Herr öffne unsere Herzen und unser Ohr.

Herr, sammle die Gedanken und schick uns deinen Geist, der uns das Hören lehrt und Gehorsam heißt. Amen. **EG 178, 12 Kyrie nach Taize'**

2. Lied „Korn, das in die Erde“ EG 98

Evangelium Peter Mischo Matthäus 22 „Die Frage nach der Steuer – Der Zinsgroschen“

Da gingen die Pharisäer hin und hielten Rat, wie sie ihn in seinen Worten fangen könnten; und sandten zu ihm ihre Jünger samt den Anhängern des Herodes.

Die sprachen: Meister, wir wissen, dass du wahrhaftig bist und lehrst den Weg Gottes recht und fragst nach niemand; denn du achtetest nicht das Ansehen der Menschen. Darum sage uns, was meinst du: Ist's recht, dass man dem Kaiser Steuern zahlt, oder nicht?

Als nun Jesus ihre Bosheit merkte, sprach er: Ihr Heuchler, was versucht ihr mich? Zeigt mir die Steuermünze! Und sie reichten ihm einen Silbergroschen. Und er sprach zu ihnen: Wessen Bild und Aufschrift ist das? Sie sprachen zu ihm: Des Kaisers.

Da sprach er zu ihnen: So gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist!

Als sie das hörten, wunderten sie sich, ließen von ihm ab und gingen davon.

Wort des lebendigen Gottes.

3. Lied Glaubensbekenntnis (stehend) mit „Großer Gott wir loben Dich“ EG 331, 1 + 6-10

Katholisches Lied im Evangelischen Gesangbuch. Wir haben fast alles von der katholischen Kirche gelernt, aber das Singen der Gemeinde, hat sie bei uns gelernt.

Predigt zum Evangelium von Steffen Reiche am Sonntag Judika 2024

Gnade sei mit Euch und Frieden von dem der da war, der da ist und der kommen wird.

Liebe Schwestern und Brüder!

Diese Geschichte hat Geschichte geschrieben. Diese Geschichte hat Geschichte gemacht. Denn immer, bis heute, müssen Menschen, die Gott glauben in der Nachfolge Jesu Christi sich fragen, sich fragen lassen und entscheiden: Wie stehe ich dem Staat gegenüber. Wie verhalte ich mich dem Staat gegenüber.

Die Frage, die die Pharisäer Jesus in Jerusalem, in der Woche vor dem Passah-Fest, kurz vor dem Karfreitag stellen, stellen, ist eine Fangfrage – damit wollen sie ihn fangen.

Die Frage soll zum Showdown führen. Wenn Jesus sich hier gegen den Kaiser stellt, dann hat man ihn schon als Aufrührer gegen die Römer überführt. Dann ist es sonnenklar, dass er ein Zelot ist, ein Eiferer, und mit denen wird Rom schnell fertig.

Und die Antwort Jesu ist eine glasklare Ansage. Auf den Punkt. Auf die Zwölf. Alle Neune! Bingo! „Gebt dem Kaiser was des Kaisers ist und Gott was Gottes ist.“

Damit hatten die Pharisäer nicht gerechnet, dass der, der doch gerade wenige Tag zuvor von vielen Menschen in Jerusalem bei seinem Einzug mit „Hosianna“ begrüßt worden ist, der doch erst vor kurzem die Wechsler und Händler mit viel öffentlicher Aufmerksamkeit aus dem Tempel geworfen hatte, dass ausgerechnet der, der Zimmermanns Sohn Jesus, so klar scheidet! Und eben kein Aufrührer gegen den Kaiser ist.

Sondern jedem das Seine. Gott was Gottes ist und dem Kaiser, was des Kaisers ist.

Jesus hatte sie wieder einmal vorgeführt, in dem er eine Antwort gab, die völlig überraschend, aber ebenso klar war. Die alles neu ordnete und wirklich jedem das Seine zukommen ließ: Dem Kaiser sein Geld, was sein Bildnis trug, also die Steuern.

Und Gott die Ehre! Die Verehrung.

Die Menschen beim Einzug Jesu in Jerusalem dachten von Jesus, dass er ein Zelot, ein Eiferer ist und die Römer aus dem Land werfen will. Deshalb haben sie ihn so leidenschaftlich begrüßt. Denn das Land hatte Gott doch zu Zeiten von Mose den Juden gegeben! Es war doch ihnen, dem Volk Israel, zur Zeiten von Abraham versprochen worden. Und nun mussten sie seit mehreren Generationen dort unter römischer Oberherrschaft leben – zur Zeit Jesu mit dem Statthalter Roms namens Pilatus, früher, bei seiner Geburt, mit Cyrenius, der Landpfleger in Syrien war.

Der eigene König von Israel war nur König von Roms Gnaden. Und König Herodes war wie seine ganze Familie korrupt und alle zusammen eine ziemlich gefährliche Bande. Sie hatten gerade erst diesen Wüstenprediger Johannes geköpft und dann hatte Herodes den Kopf von Johannes seiner Frau auf dem Silbertablett präsentiert! Weil die sich von Johannes dem Täufer in ihrer Genuss- und Herrschsucht kritisiert fühlte.

Und dann wird wenig später Jesus in einem noch viel aufsehenerregenderen Verfahren von den Römern auf Betreiben der Pharisäer und Schriftgelehrten und des Hohen Priesters in Israel von den Römern hingerichtet.

Denn das war ihnen trotz der klugen Antwort von Jesus klar. – Er oder sie.

Jesus stellte nicht nur sehr vieles in Frage, sondern er hatte auch ein Bild von Gott, dass alles am Jerusalemer Tempel verändern würde. Und hatte doch auch gesagt, dass der Tempel zerstört werden würde! Und wer so über den Schabbat sprach, wer so über die Opfer sprach, die da tagtäglich im Tempel vollzogen wurden, der würde über kurz oder lang alles verändern.

Also galt: Der oder wir. Sieg oder Untergehen.

So war es allen oder zumindest fast allen am Jerusalemer Tempel klar. Wenige Tage nach der Geschichte mit dem Zinsgroschen wird Jesus dann als „König der Juden“ - INRI - auf dem Berg Golgatha, in Sichtweite des Tempels, von den Römern gekreuzigt.

Die Juden hatten sich das klug ausgedacht, indem sie ihn bei Pilatus angezeigt hatten. Und Pilatus musste handeln. Obwohl er selber wohl lieber den Barabbas gekreuzigt hätte. Denn der war doch ein wirklich Krimineller. Aber gefährlicher für den Tempel in Jerusalem, für die ganze Form des althergebrachten jüdischen Gottesdienstes, für die Pharisäer und Schriftgelehrten, war Jesus.

Die Antwort Jesu war vorbereitet und war vorgelebt durch die Propheten – das waren mutige Männer, die dem Volk Israel und den Königen die Wacht ansagten: Gott sitzt im Regiment. Und weil das so ist, wird Unrecht nicht zugelassen, wird Unrecht geahndet.

Nathan ist einer der ersten, der sogar dem Wichtigsten, dem von allen am meisten geliebten König David, die Stirn bietet. König David ist so beliebt, so verehrt, dass noch 2000 Jahre später alle Juden auf den Messias warten, auf den Sohn Davids, der es so richten wird, dass Gott allen offenbar wird und so die Heilszeit, die Endzeit beginnt.

Und der Israel dann nicht nur wieder seine größte Ausdehnung geben wird, eben wie in Zeiten von König David, sondern dass dann alle Völker der Welt zum heiligen Berg Zion pilgern werden.

Bei den anderen Völkern, zum Beispiel in Ägypten, ist der König zugleich Gott. Der König wird verehrt wie Gott und in dem König verehrt man den Mensch gewordenen Gott.

Aber für die Juden ist ein König nur eine Gabe Gottes für sein Volk, damit es in der Frage weltlicher Gewalt auch sein kann wie andere Völker. Erst sehr spät bekommen sie einen König. Die längste Zeit gilt: Gott ist König. Gott selbst ist König über sein Volk. Psalmen singen davon und die Propheten künden es.

Saul ist dann der erste, der zum König gesalbt wurde. Aber er ist Gott ungehorsam und muss zur Ordnung gerufen werden - durch einen Mann Gottes, einen Propheten. Und selbst eben David, der von Gott so reich Gesegneter, wird durch einen Propheten, durch Nathan, zur Rede gestellt. Und selbst David muss sich vor Gott verantworten.

Auch andere Völker kennen Propheten, Derwische, Irrwische, die in ihrer Ekstase von Gott künden, die in ihrem Außer-sich-sein, in ihrem Ver-rückt-werden, in ihrem Entrückt-Sein, eine Brücke in das Jenseits schlagen, die Transzendenz herstellen, die das Jenseits für das Diesseits öffnen.

Aber Propheten, die den König nicht nur salben, sondern sich, weil sie das eine im Namen Gottes tun, dann auch deshalb das Recht nehmen, den König oder den Weg des Volkes in der Welt von Gott her zu kritisieren, dass gibt es so nirgendwo.

Und dass diese Leute, diese Propheten dann auch noch verehrt werden, ihre Schriften am Tempel heilig gehalten werden und dass man in Bezug auf sie, in ihrer Tradition immer wieder das Volk und den König kritisiert, dass kennt man woanders so nicht. Auch daran kann man die Einzigartigkeit dieses Volkes erkennen. Darin besteht sie: Dass sie sich erlauben, auch ihre Könige kritisieren zu lassen. Die sind nicht unfehlbar. Und wer weiß und erlebt, dass man sogar den König kritisieren kann, der ist bereit und in der Lage, alles zu kritisieren, zu hinterfragen, zu reformieren.

Könige sind und bleiben für Israel Menschen. Und damit das so bleibt für alle Zeit, gibt es das heilige Institut der Propheten. Die dürfen den König von Gott her, im Namen und Auftrag Gottes kritisieren und damit das Amt des Königs immer neu definieren, bestimmen und deuten.

Und das macht nun auch Jesus. Es gibt zwei Reiche – das Reich des Himmels und das Reich auf Erden. Sehen sie das? Hören sie das? Das sind zwei Singulare!!!

Das Reich auf Erden mag ja zur Zeit noch in verschiedene Königreiche geteilt sein, verschiedene Länder haben, aber nun wird es, von Gott her, schon als eines, als die eine Welt gesehen. Und wenig später sendet ja Jesus seine Jünger auch in diese eine Welt, das Reich Gottes auf Erden: Gehet hin in alle Welt und machet zu Jüngern alle Völker.

Da ist in Jesus ganz klar die Wende aller Zeiten, die uns nicht nur ermöglicht, sondern uns zwingt, von da an alle Zeit neu zu rechnen. Von dem kriminellen Überfall des räuberischsten und daher auch größten Staates der Erde auf die Ukraine hingegen wird keiner zukünftig Zeit zählen. Denn das war nur ein ekelhafter Rückschritt ins 20. Jahrhundert, wo Stalin und Hitler schon einmal die Welt zerstört hatten. Und in einer Scheinwahl wird er heute noch mal bestätigt.

Aber das, was sich am Karfreitag ereignet, dass Gott sich selbst zum Opfer bringt und damit alle menschlichen Opfer ein für alle Mal unnötig macht, ist ein Ereignis mit universaler Bedeutung! Und das andere gleich darauf ebenso: Dass Gott den Menschen Jesus von den Toten auferweckt, ist der für alle Menschen gültige Durchbruch vom Tod ins Leben. In Jesu

Auferweckung kann man sehen, was Gott mit allen Menschen vorhat, was Gott für alle Menschen getan hat.

Die Antwort Jesu wenige Tage vor seiner Kreuzigung kann man in ihrer Bedeutung für unser abendländisches Leben gar nicht überschätzen. Es ist, sagt der bedeutende Profanhistoriker Heinrich August Winkler, der in meiner Gemeinde in Berlin-Nikolassee lebt und forscht und schreibt, die Grundformel westlichen Lebens.

„Wenn es ein herausragendes Kennzeichen des Okzidents gibt, dann ist es dieses: der Geist des innerweltlichen Dualismus, der den Keim des Pluralismus wie des Individualismus und damit den der Freiheit und der Zivilgesellschaft in sich trug.“

„Über ein Jahrtausend später zog ein Teil der Christenheit aus der grundlegenden Unterscheidung Jesu die Folgerung einer institutionellen Ausdifferenzierung von geistlicher und weltlicher Gewalt.“

Am Anfang wurden Christen nur verfolgt vom Kaiser in Rom. Aber dann begannen zwei Könige zu glauben und dann auch der Kaiser in Ostrom. Und bis zur Reformation stand den verschiedenen Königen dann immer die eine Kirche gegenüber – die von Rom geleitet wurde. Im Investiturstreit wird das dann zwischen Papst und Kaiser neu geklärt. Und zugleich beginnt mit der Revolution des Papstes in Rom eine Kette der Europäischen Revolutionen. Die Reformation genannte deutsche Revolution, die Glorious Revolution in England, die Französische Revolution bringen eine Veränderung, eine Verbesserung der Welt, die zu dem heutigen Wohlstand führt, die die wissenschaftlich-technische Revolution ermöglicht, die unser Leben so verändert hat, dass es für alle Welt attraktiv ist so zu leben.

So, dass man heute sagen kann, dass im Grunde alle Städte der Welt europäische Städte sind – so sagt es der in Jerusalem lehrende Jude Noah Harari in seiner „Kleinen Geschichte der Menschheit“. Und er hat doch recht, wenn gleich uns deutsches Understatement vielleicht verbieten will, so zu denken: Aber Elektrizität, die alles grundlegend anders und einfacher macht, das Automobil, dass sich alle wünschen und dass das Leben überall auf der Erde grundlegend verändert hat und nun das Mobiltelefon, das Smartphone, was jeder jederzeit an jedem Ort in der Hand hält und was unser Leben auch global tiefgreifend geändert hat – alles westliche Erfindungen, die nur hier gefunden, erfunden werden konnten und hier möglich waren, weil es hier eben diese Dualität, diese Freiheit zu denken gab, die Neues, vorher Undenkbares möglich machten.

Im Bereich der Ostkirche, also von Byzanz, dem zweiten Rom und dann in Moskau, dem dritten Rom, wie es sich selbst bezeichnete, fand die Trennung von geistlicher und weltlicher Gewalt hingegen nicht statt. Es gab dort aber sehr wohl eine Unterordnung der geistlichen Gewalt unter die weltliche. Und als man sich im Osten 1054 von Rom, vom Westen lossagte und sich die heute 17 orthodoxen Patriarchats-Kirchen bildeten, wurde das überall dort prägende Wirklichkeit. Die geistliche Gewalt, die sich doch so forsch „orthodox“ nannte, rechtgläubig, und damit dem Westen sagte, dass sie eben nicht (mehr) für rechtgläubig gehalten wurden, ordnete sich der Welt, dem Herrscher bzw. den Herrschern unter und kritisierte ihn nicht mehr. Und sie ermunterte auch die Gläubigen nicht, das zu tun. Und deshalb gibt es dort bis heute nichts, was z.B. der Bekennenden Kirche in Deutschland vergleichbar wäre.

Darf man im Zeitalter der Ökumene die anderen so kritisieren? Ich denke ja!

Ich denke sogar man muss! Denn über die Unterschiede zu schweigen heißt sich zu verleugnen. Und der Osten kritisiert uns doch bis heute auch und da ist es doch geboten, dass man sich und seine Werte und die Grundlagen seiner eigenen Entwicklung darstellt, klarstellt. Die von mir geschätzten und geliebten Literatur-Giganten Tolstoi und Dostojewski haben das doch auch getan und den Westen kritisiert. Und so haben auch wir das Recht, ja die Pflicht, auch unsere Werte zu erklären und zu verteidigen.

Und jetzt ahnen sie, warum ich am Tag des Putin-Referendums in Russland, wo ja eben leider keine Präsidentenwahl stattfindet, sondern Zar Wladimir im Amt durch ein Referendum bestätigt wird, dankbar bin, dass dieser Text heute Evangelium ist.

Wir sollen, wir müssen, wir dürfen heute wieder Bekennende Kirche sein.

Da die Kirche in Russland das nicht sagt, müssen wir es so klar und hart sagen.

Wir verletzen dabei nicht Menschen, indem wir Krieg führen, sondern wir ringen mit den Zerstörern der Europäischen Nachkriegsordnung!

Wir sollen und müssen helfen, dass die Wahrheit ans Tageslicht kommt.

„Gebt dem Kaiser was des Kaisers ist und Gott, was Gottes ist.“

Zar ist das russische Wort für Kaiser und wie bei Nathan muss dem bösen Zarewitsch gesagt werden: Du bist der Mann, den Gott so nicht will. Weil du die Rechte seiner Geschöpfe nicht achtest. Die Wahrheit soll und muss ans Licht, denn die Wahrheit, zu allererst die Wahrheit Christi, in deren Schein wir dann aber eben auch die Wahrheit über diese Welt erkennen, wird und soll uns freimachen zu einem Tun, was hilft, dass es diese eine Erde Gottes bald gibt, auf der alle Menschen mit den uns von Gott unveräußerlich geschenkten Menschenrechte leben können. Amen.

Und der Friede Gottes, der höher ist als alle Vernunft, bewahre eure Herzen und Sinne in Jesus Christus.

Mitteilungen für die Gemeinde Christenverfolgung open doors im Bibl. Gesprächskreis am Mittwoch - Elsbeth sagt etwas zu Verfolgten Christen

Wochenspruch: Der Menschensohn ist nicht gekommen, dass er sich dienen lasse, sondern dass er diene und gebe sein Leben zu einer Erlösung für viele. Matthäus 20,28_

4.Lied „Wir danken dir Herr Jesu Christ“ EG 79

Fürbitte EG Seite 226 – Gebet aus dem Frauen-KZ Ravensbrück

Friede den Menschen, die bösen Willens sind, und ein Ende aller Rache und allen Redens über Strafe und Züchtigung. Die Grausamkeiten spotten allem je Dagewesenen, sie überschreiten die Grenzen menschlichen Begreifens, und zahlreich sind die Märtyrer.

Daher, o Gott, wäge nicht ihre Leiden auf den Schalen deiner Gerechtigkeit, fordere nicht grausame Abrechnung, sondern schlage sie anders zu Buche:

Lass sie zugutekommen allen Henkern, Verrätern und Spionen und allen schlechten Menschen, und vergib ihnen, um des Mutes und der Seelenkraft der anderen willen.

All das Gute sollte zählen, nicht das Böse. Und in der Erinnerung unserer Feinde sollten wir nicht als Opfer weiterleben, nicht als ihr Alptraum und grässliche Gespenster, vielmehr ihnen zu Hilfe kommen, damit sie absteigen von ihrem Wahn:

Nur dies allein wird ihnen abgefordert, und dass wir, wenn alles vorbei sein wird, leben dürfen als Menschen unter Menschen, und dass wieder Friede sein möge auf dieser armen Erde den Menschen, die guten Willens sind, und dass dieser Friede auch zu den anderen komme.

Vater unser mit Michael Schwarz im Wechselgesang:

Wir singen als Gemeinde immer: „Geheiligt werde Dein Name.“

Segen Eure Wege seien behütet, euere Schritte seien fest.

Bewahrt sei, was ihr erhofft, gesegnet sei, was ihr erstrebt.

Und in allem möge der Segen Gottes euch geleiten.

Es segne uns Gott und halte uns verbunden. Amen

Aaronitischer Segen – der Segen also von Aaron, dem Bruder von Mose

Der Herr segne euch und behüte euch;

der Herr lasse sein Angesicht leuchten über euch und sei euch gnädig;

der Herr erhebe sein Angesicht auf euch und gebe euch Frieden. Amen.

Lied „Wo zwei oder drei, in meinem Namen zusammen sind“

Nachspiel von Liliana

Liebe Schwestern und Brüder!

Diese Geschichte hat Geschichte geschrieben. Diese Geschichte hat Geschichte gemacht. Denn immer, bis heute, müssen Menschen, die Gott glauben in der Nachfolge Jesu Christi sich fragen, sich fragen lassen und entscheiden: Wie stehe ich dem Staat gegenüber. Wie verhalte ich mich dem Staat gegenüber.

Die Frage, die die Pharisäer Jesus in Jerusalem, in der Woche vor dem Passah-Fest, kurz vor dem Karfreitag stellen, stellen, ist eine Fangfrage – damit wollen sie ihn fangen.

Die Frage soll zum Showdown führen. Wenn Jesus sich hier gegen den Kaiser stellt, dann hat man ihn schon als Aufrührer gegen die Römer überführt. Dann ist es sonnenklar, dass er ein Zelot ist, ein Eiferer, und mit denen wird Rom schnell fertig.

Und die Antwort Jesu ist eine glasklare Ansage. Auf den Punkt. Auf die Zwölf. Alle Neune! Bingo! „Gebt dem Kaiser was des Kaisers ist und Gott was Gottes ist.“

Damit hatten die Pharisäer nicht gerechnet, dass der, der doch gerade wenige Tag zuvor von vielen Menschen in Jerusalem bei seinem Einzug mit „Hosianna“ begrüßt worden ist, der doch erst vor kurzem die Wechsler und Händler mit viel öffentlicher Aufmerksamkeit aus dem Tempel geworfen hatte, dass ausgerechnet der, der Zimmermanns Sohn Jesus, so klar scheidet! Und eben kein Aufrührer gegen den Kaiser ist.

Sondern jedem das Seine. Gott was Gottes ist und dem Kaiser, was des Kaisers ist.

Jesus hatte sie wieder einmal vorgeführt, in dem er eine Antwort gab, die völlig überraschend, aber ebenso klar war. Die alles neu ordnete und wirklich jedem das Seine zukommen ließ: Dem Kaiser sein Geld, was sein Bildnis trug, also die Steuern.

Und Gott die Ehre! Die Verehrung.

Die Menschen beim Einzug Jesu in Jerusalem dachten von Jesus, dass er ein Zelot, ein Eiferer ist und die Römer aus dem Land werfen will. Deshalb haben sie ihn so leidenschaftlich begrüßt. Denn das Land hatte Gott doch zu Zeiten von Mose den Juden gegeben! Es war doch ihnen, dem Volk Israel, zur Zeiten von Abraham versprochen worden. Und nun mussten sie seit mehreren Generationen dort unter römischer Oberherrschaft leben – zur Zeit Jesu mit dem Statthalter Roms namens Pilatus, früher, bei seiner Geburt, mit Cyrenius, der Landpfleger in Syrien war.

Der eigene König von Israel war nur König von Roms Gnaden. Und König Herodes war wie seine ganze Familie korrupt und alle zusammen eine ziemlich gefährliche Bande. Sie hatten gerade erst diesen Wüstenprediger Johannes geköpft und dann hatte Herodes den Kopf von Johannes seiner Frau auf dem Silbertablett präsentiert! Weil die sich von Johannes dem Täufer in ihrer Genuss- und Herrschsucht kritisiert fühlte.

Und dann wird wenig später Jesus in einem noch viel aufsehenerregenderen Verfahren von den Römern auf Betreiben der Pharisäer und Schriftgelehrten und des Hohen Priesters in Israel von den Römern hingerichtet.

Seite E 9 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 846 vom 04.04.2024

Denn das war ihnen trotz der klugen Antwort von Jesus klar. – Er oder sie.

Jesus stellte nicht nur sehr vieles in Frage, sondern er hatte auch ein Bild von Gott, dass alles am Jerusalemer Tempel verändern würde. Und hatte doch auch gesagt, dass der Tempel zerstört werden würde! Und wer so über den Schabbat sprach, wer so über die Opfer sprach, die da tagtäglich im Tempel vollzogen wurden, der würde über kurz oder lang alles verändern.

Also galt: Der oder wir. Sieg oder Untergehen.

So war es allen oder zumindest fast allen am Jerusalemer Tempel klar. Wenige Tage nach der Geschichte mit dem Zinsgroschen wird Jesus dann als „König der Juden“ - INRI - auf dem Berg Golgatha, in Sichtweite des Tempels, von den Römern gekreuzigt.

Die Juden hatten sich das klug ausgedacht, indem sie ihn bei Pilatus angezeigt hatten. Und Pilatus musste handeln. Obwohl er selber wohl lieber den Barabbas gekreuzigt hätte. Denn der war doch ein wirklich Krimineller. Aber gefährlicher für den Tempel in Jerusalem, für die ganze Form des althergebrachten jüdischen Gottesdienstes, für die Pharisäer und Schriftgelehrten, war Jesus.

Die Antwort Jesu war vorbereitet und war vorgelebt durch die Propheten – das waren mutige Männer, die dem Volk Israel und den Königen die Wacht ansagten: Gott sitzt im Regiment. Und weil das so ist, wird Unrecht nicht zugelassen, wird Unrecht geahndet.

Nathan ist einer der ersten, der sogar dem Wichtigsten, dem von allen am meisten geliebten König David, die Stirn bietet. König David ist so beliebt, so verehrt, dass noch 2000 Jahre später alle Juden auf den Messias warten, auf den Sohn Davids, der es so richten wird, dass Gott allen offenbar wird und so die Heilszeit, die Endzeit beginnt.

Und der Israel dann nicht nur wieder seine größte Ausdehnung geben wird, eben wie in Zeiten von König David, sondern dass dann alle Völker der Welt zum heiligen Berg Zion pilgern werden.

Bei den anderen Völkern, zum Beispiel in Ägypten, ist der König zugleich Gott. Der König wird verehrt wie Gott und in dem König verehrt man den Mensch gewordenen Gott.

Aber für die Juden ist ein König nur eine Gabe Gottes für sein Volk, damit es in der Frage weltlicher Gewalt auch sein kann wie andere Völker. Erst sehr spät bekommen sie einen König. Die längste Zeit gilt: Gott ist König. Gott selbst ist König über sein Volk. Psalmen singen davon und die Propheten künden es.

Saul ist dann der erste, der zum König gesalbt wurde. Aber er ist Gott ungehorsam und muss zur Ordnung gerufen werden - durch einen Mann Gottes, einen Propheten. Und selbst eben David, der von Gott so reich Gesegnete, wird durch einen Propheten, durch Nathan, zur Rede gestellt. Und selbst David muss sich vor Gott verantworten.

Auch andere Völker kennen Propheten, Derwische, Irrwische, die in ihrer Ekstase von Gott künden, die in ihrem Außer-sich-sein, in ihrem Ver-rückt-werden, in ihrem Entrückt-Sein, eine Brücke in das Jenseits schlagen, die Transzendenz herstellen, die das Jenseits für das Diesseits öffnen.

Seite E 10 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 846 vom 04.04.2024

Aber Propheten, die den König nicht nur salben, sondern sich, weil sie das eine im Namen Gottes tun, dann auch deshalb das Recht nehmen, den König oder den Weg des Volkes in der Welt von Gott her zu kritisieren, dass gibt es so nirgendwo.

Und dass diese Leute, diese Propheten dann auch noch verehrt werden, ihre Schriften am Tempel heilig gehalten werden und dass man in Bezug auf sie, in ihrer Tradition immer wieder das Volk und den König kritisiert, dass kennt man woanders so nicht. Auch daran kann man die Einzigartigkeit dieses Volkes erkennen. Darin besteht sie: Dass sie sich erlauben, auch ihre Könige kritisieren zu lassen. Die sind nicht unfehlbar. Und wer weiß und erlebt, dass man sogar den König kritisieren kann, der ist bereit und in der Lage, alles zu kritisieren, zu hinterfragen, zu reformieren.

Könige sind und bleiben für Israel Menschen. Und damit das so bleibt für alle Zeit, gibt es das heilige Institut der Propheten. Die dürfen den König von Gott her, im Namen und Auftrag Gottes kritisieren und damit das Amt des Königs immer neu definieren, bestimmen und deuten.

Und das macht nun auch Jesus. Es gibt zwei Reiche – das Reich des Himmels und das Reich auf Erden. Sehen sie das? Hören sie das? Das sind zwei Singulare!!!

Das Reich auf Erden mag ja zur Zeit noch in verschiedene Königreiche geteilt sein, verschiedene Länder haben, aber nun wird es, von Gott her, schon als eines, als die eine Welt gesehen. Und wenig später sendet ja Jesus seine Jünger auch in diese eine Welt, das Reich Gottes auf Erden: Gehet hin in alle Welt und machet zu Jüngern alle Völker.

Da ist in Jesus ganz klar die Wende aller Zeiten, die uns nicht nur ermöglicht, sondern uns zwingt, von da an alle Zeit neu zu rechnen. Von dem kriminellen Überfall des räuberischsten und daher auch größten Staates der Erde auf die Ukraine hingegen wird keiner zukünftig Zeit zählen. Denn das war nur ein ekelhafter Rückschritt ins 20. Jahrhundert, wo Stalin und Hitler schon einmal die Welt zerstört hatten. Und in einer Scheinwahl wird er heute noch mal bestätigt.

Aber das, was sich am Karfreitag ereignet, dass Gott sich selbst zum Opfer bringt und damit alle menschlichen Opfer ein für alle Mal unnötig macht, ist ein Ereignis mit universaler Bedeutung! Und das andere gleich darauf ebenso: Dass Gott den Menschen Jesus von den Toten auferweckt, ist der für alle Menschen gültige Durchbruch vom Tod ins Leben. In Jesu Auferweckung kann man sehen, was Gott mit allen Menschen vorhat, was Gott für alle Menschen getan hat.

Die Antwort Jesu wenige Tage vor seiner Kreuzigung kann man in ihrer Bedeutung für unser abendländisches Leben gar nicht überschätzen. Es ist, sagt der bedeutende Profanhistoriker Heinrich August Winkler, der in meiner Gemeinde in Berlin-Nikolassee lebt und forscht und schreibt, die Grundformel westlichen Lebens.

„Wenn es **ein** herausragendes Kennzeichen des Okzidents gibt, dann ist es dieses: der Geist des innerweltlichen Dualismus, der den Keim des Pluralismus wie des Individualismus und damit den der Freiheit und der Zivilgesellschaft in sich trug.“

„Über ein Jahrtausend später zog ein Teil der Christenheit aus der grundlegenden Unterscheidung Jesu die Folgerung einer institutionellen Ausdifferenzierung von geistlicher und weltlicher Gewalt.“

Seite E 11 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 846 vom 04.04.2024

Am Anfang wurden Christen nur verfolgt vom Kaiser in Rom. Aber dann begannen zwei Könige zu glauben und dann auch der Kaiser in Ostrom. Und bis zur Reformation stand den verschiedenen Königen dann immer die eine Kirche gegenüber – die von Rom geleitet wurde. Im Investiturstreit wird das dann zwischen Papst und Kaiser neu geklärt. Und zugleich beginnt mit der Revolution

des Papstes in Rom eine Kette der Europäischen Revolutionen. Die Reformation genannte deutsche Revolution, die Glorious Revolution in England, die Französische Revolution bringen eine Veränderung, eine Verbesserung der Welt, die zu dem heutigen Wohlstand führt, die die wissenschaftlich-technische Revolution ermöglicht, die unser Leben so verändert hat, dass es für alle Welt attraktiv ist so zu leben.

So, dass man heute sagen kann, dass im Grunde alle Städte der Welt europäische Städte sind – so sagt es der in Jerusalem lehrende Jude Noah Harari in seiner „Kleinen Geschichte der Menschheit“. Und er hat doch recht, wenn gleich uns deutsches Understatement vielleicht verbieten will, so zu denken: Aber Elektrizität, die alles grundlegend anders und einfacher macht, das Automobil, dass sich alle wünschen und dass das Leben überall auf der Erde grundlegend verändert hat und nun das Mobiltelefon, das Smartphone, was jeder jederzeit an jedem Ort in der Hand hält und was unser Leben auch global tiefgreifend geändert hat – alles westliche Erfindungen, die nur hier gefunden, erfunden werden konnten und hier möglich waren, weil es hier eben diese Dualität, diese Freiheit zu denken gab, die Neues, vorher Undenkbares möglich machten.

Im Bereich der Ostkirche, also von Byzanz, dem zweiten Rom und dann in Moskau, dem dritten Rom, wie es sich selbst bezeichnete, fand die Trennung von geistlicher und weltlicher Gewalt hingegen nicht statt. Es gab dort aber sehr wohl eine Unterordnung der geistlichen Gewalt unter die weltliche. Und als man sich im Osten 1054 von Rom, vom Westen lossagte und sich die heute 17 orthodoxen Patriarchats-Kirchen bildeten, wurde das überall dort prägende Wirklichkeit. Die geistliche Gewalt, die sich doch so forsch „orthodox“ nannte, rechtgläubig, und damit dem Westen sagte, dass sie eben nicht (mehr) für rechtgläubig gehalten wurden, ordnete sich der Welt, dem Herrscher bzw. den Herrschern unter und kritisierte ihn nicht mehr. Und sie ermunterte auch die Gläubigen nicht, das zu tun. Und deshalb gibt es dort bis heute nichts, was z.B. der Bekennenden Kirche in Deutschland vergleichbar wäre.

Darf man im Zeitalter der Ökumene die anderen so kritisieren? Ich denke ja!

Ich denke sogar man muss! Denn über die Unterschiede zu schweigen heißt sich zu verleugnen. Und der Osten kritisiert uns doch bis heute auch und da ist es doch geboten, dass man sich und seine Werte und die Grundlagen seiner eigenen Entwicklung darstellt, klarstellt. Die von mir geschätzten und geliebten Literatur-Giganten Tolstoi und Dostojewski haben das doch auch getan und den Westen kritisiert. Und so haben auch wir das Recht, ja die Pflicht, auch unsere Werte zu erklären und zu verteidigen.

Und jetzt ahnen sie, warum ich am Tag des Putin-Referendums in Russland, wo ja eben leider keine Präsidentenwahl stattfindet, sondern Zar Wladimir im Amt durch ein Referendum bestätigt wird, dankbar bin, dass dieser Text heute Evangelium ist.

Wir sollen, wir müssen, wir dürfen heute wieder Bekennende Kirche sein.

Da die Kirche in Russland das nicht sagt, müssen wir es so klar und hart sagen.

Seite E 12 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 846 vom 04.04.2024

Wir verletzen dabei nicht Menschen, indem wir Krieg führen, sondern wir ringen mit den Zerstörern der Europäischen Nachkriegsordnung!

Wir sollen und müssen helfen, dass die Wahrheit ans Tageslicht kommt.

„Gebt dem Kaiser was des Kaisers ist und Gott, was Gottes ist.“

Zar ist das russische Wort für Kaiser und wie bei Nathan muss dem bösen Zarewitsch gesagt werden: Du bist der Mann, den Gott so nicht will. Weil du die Rechte seiner Geschöpfe nicht achtest. Die Wahrheit soll und muss ans Licht, denn die Wahrheit, zu allererst die Wahrheit Christi, in deren Schein wir dann aber eben auch die Wahrheit über diese Welt erkennen, wird und soll uns freimachen zu einem Tun, was hilft, dass es diese eine Erde Gottes bald gibt, auf der alle Menschen mit den uns von Gott unveräußerlich geschenkten Menschenrechte leben können. Amen.

Besuch bei den Nonnen von Vilaflor von SR

Es ist für unsere Gemeinde im Süden Teneriffas zu einer guten Tradition geworden, den Nonnen von Vilaflor beim Helfen zu helfen.

In dem mit 1400 m höchsten, ganzjährig bewohnten Ort Spaniens gibt es ein Kloster, ein Heiligtum, dass auf dem Grundstück von Santo Hermano Pedro Elternhaus gebaut worden ist. Pedro ging von hier nach Guatemala, um dort dann den Orden der Bethlehemiten zu gründen, der sich später dann auch hier in seiner alten Heimat niederließ. Carmen Bliss und ich waren gespannt, auf das was uns erwarten würde, nachdem wir bei Lidl in San Isidro für die erste Hälfte des im Gottesdienst eingesammelten Geldes eingekauft hatten. Die Nonnen sind schwer zu erreichen und mit ihnen die Hilfe zu besprechen, wäre nicht so leicht, war uns mit auf den Weg gegeben worden. Aber wir trafen die Nonnen im Gottesdienst und konnten uns wunderbar mit einer aus Indien stammenden Nonne auf Englisch verständigen. Die 9 großen Kisten stellten wir mit Ihrer Erlaubnis im Kloster ab und konnten dort auch Fotos machen. 3 Nonnen leben zur Zeit dort im Heiligtum. Zwei weitere Nonnen aus Kolumbien leben noch dort und feiern mit dem aus Guatemala kommenden Padre täglich die Gottesdienste. Und demnächst kommt noch eine, dann die vierte Nonne, aus Nicaragua. Die Nonnen waren sehr glücklich, dass wir kamen, denn es gibt 15 hilfsbedürftige Familien in Vilaflor und viel zu schnell sind alle Dinge wieder verteilt, die gebracht werden. Es war ein so herzliches Gespräch, dass wir alle Scheu ablegten und den Nonnen versprachen, nun regelmäßig so stark wie möglich beim Helfen zu Helfen. Wir gaben Ihnen eine Handynummer, damit sie, wenn alles alle ist, sagen was sie Neues brauchen. Beglückt umarmten wir uns und sind sicher, dass in dem schönen Ort, der nicht Stadt der Blumen heißt, sondern „Ich sehe die Blume“, die Hilfe bei den Bedürftigen ankommt. Wir haben gesehen und gespürt, wie das Kloster mit seinen Nonnen vieles dort in der Höhe zum Blühen bringt. Und werden nun um so lieber mithelfen, dass das Nötige zum Helfen immer vorhanden ist.

Carmen Bliss & Steffen Reiche

«Schminken ist haram!» – Wie junge Muslime ihre Mitschüler drangsalieren (NZZ)

Der Islamismus ist längst auf den Schulhöfen angekommen. Junge Muslime sind oft an antisemitischen Vorfällen beteiligt. Schweizer Politiker und Pädagogen wirken hilflos – und viele verschleiern das Problem. Lucien Scherrer 14.03.2024

Schüler umzingeln in Bern Bethlehem eine Lehrerin, rezitieren Gebete und rufen «Allahu akbar». Ein aus Ägypten stammender Siebenjähriger zeigt in einer Zürcher Schule den Hitlergruss und erklärt, Juden müssten sterben. Zuvor hat er sich geweigert, sich im Gruppenunterricht mit dem Judentum zu beschäftigen. Zwei neunjährige Mädchen, die sich für die Fasnacht geschminkt haben, bekommen an derselben Schule zu hören, dass Schminken «haram» sei – nicht erlaubt, nach islamischen Glaubensvorschriften. Ein Lehrer wird von «Haram»-Rufen unterbrochen, als er ein Weihnachtslied anstimmt. Ebenfalls im gleichen Zürcher Schulhaus: Der jüdische Teenager Daniel* wird monatelang gemobbt. «Fuck Israel» und «Free Palestine», rufen ihm Jugendliche entgegen. «Wenn du etwas sagst, was ihnen nicht gefällt, unterdrücken und terrorisieren sie dich», erzählt er der NZZ. Die Täter stammen laut Daniel aus islamischen Ländern, sie sind stolz auf ihre Religion, rufen oft «Allahu akbar» (Gott ist gross) und «Bismillah» (in Gottes Namen). Ausserhalb des Klassenzimmers gelten sie als Meinungsführer.

Auch «Gemässigte» sind eine Bedrohung Die Beispiele aus Zürich wurden der NZZ in den letzten Monaten zugetragen. Gerade Fälle wie jener von Daniel werden derzeit oft geschildert, in den Medien und in Antisemitismusberichten. Spätestens seit dem 7. Oktober stellt sich die Frage, wie weit Antisemitismus und religiöser Fundamentalismus an Schulen verbreitet ist – und ob das Richtige dagegen getan wird. Die Reaktionen von Politikern, Fachstellen und Bildungsinstitutionen wirken oft hilflos.

Selbst nachdem ein vom IS inspirierter Schüler in Zürich einen jüdisch-orthodoxen Familienvater hatte erstechen wollen, ergaben sich Politikerinnen in nichtssagenden Solidaritätsbekundungen und Beschwörungen. «Es darf keinen Platz für Antisemitismus in der Schweiz geben», schrieb die SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer auf X. Die islamistische Gesinnung des Täters benannte sie nicht.

Dabei sind islamistische Strömungen ein Problem, das nicht nur mit Terror zu tun hat. Der mörderische Jihadismus, dem sich der mutmassliche Attentäter von Zürich verschrieben hat, wird von moderateren Islamisten abgelehnt. Weil sie religiöse Gesetze über rechtsstaatliche Prinzipien und demokratische Werte stellen und die offene Gesellschaft verachten, sind jedoch auch «Gemässigte» eine Bedrohung.

«Mobbing hat massiv zugenommen» In Schulen zeigt sich diese Besinnung auf einen strengen Islam vor allem in Quartieren, in denen Schüler aus der Türkei, Syrien, Afghanistan, Pakistan, Albanien oder dem Maghreb eine starke Minderheit oder eine Mehrheit bilden. Lehrer, die in solchen Quartieren arbeiten, berichten der NZZ übereinstimmend von wenigen Rädelsführern, die einen grossen Einfluss auf andere Muslime und die ganze Klasse haben können. «Die meisten Muslime wollen sich integrieren, viele sind säkular», sagt der Bieler Lehrer Alain Pichard. «Aber es gibt eine Minderheit, die andere ausgrenzen und dominieren will.»

So sei ein Mädchen, das im Skilager das Kopftuch abgelegt habe, als Schlampe beschimpft worden. Eine Lehrerin und ein Lehrer aus Winterthur erzählen von Schülern, die andere Muslime kritisieren, weil sie Kalbsbratwürste auf die Exkursion mitnehmen («Da ist Schweinefleisch drin!»). Buben lehnten es ab, mit Mädchen Theater zu spielen. Lehrerinnen seien als «Bitch» und «Hure» beschimpft worden. Als der Holocaust thematisiert worden sei, habe ein Mädchen gesagt: «Die haben es verdient.»

Der Antisemitismus, der sich derzeit überall in der Gesellschaft offenbart, ist längst nicht nur unter Muslimen verbreitet. Aber er wird, wie sich in Schulen zeigt, durch die Zuwanderung aus islamischen Ländern verstärkt, in denen Hass auf Juden und Israel eine Art

Seite E 14 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 846 vom 04.04.2024

Staatsdoktrin ist. «Antisemitisches Mobbing hat seit dem 7. Oktober massiv zugenommen», sagt Alain Pichard. «In allen mir bekannten Fällen ging es von Muslimen aus.»

Ein Zürcher Unternehmer, der eine Whatsapp-Gruppe für jüdische Eltern betreut, berichtet von zahlreichen Übergriffen. Ihm sind 25 Fälle von antisemitischem Mobbing bekannt, die so gravierend waren, dass die Betroffenen die Volksschule verlassen haben. «Die Täter sind zum grössten Teil Buben, rund 60 Prozent haben einen muslimischen Hintergrund.» Im benachbarten Ausland sind Schulen schon lange mit derartigen Phänomenen konfrontiert. In Frankreich warnte der Schulinspektor Jean-Pierre Obin bereits vor 20 Jahren vor islamistischen Eiferern. Schüler, so schrieb er, würden Lehrerinnen und Mädchen einschüchtern, auf Gebetsräume und andere Sonderwünsche bestehen und die Evolutionstheorie ablehnen. Jüdische Kinder müssten massenweise die öffentliche Schule verlassen, weil sie gemobbt, bedroht und geschlagen würden.

Der deutsche Lehrer und grüne Politiker Kurt Edler kreierte vor einigen Jahren den Begriff «konfrontative Religionsbekundung», um das Gebaren mancher Schüler zu beschreiben. Gemeint ist religiös motiviertes Verhalten, das Aufmerksamkeit erregen soll, provozieren will und andere erniedrigt. Etwa indem Schüler muslimische Mädchen zum Tragen von religiösen Symbolen auffordern, Kameraden mobben, Lehrerinnen abwerten und offensiv ihren Glauben zelebrieren, mit Gebeten und «Haram»-Verdikten.

Statt Islamismus zu bekämpfen, werden Opferrollen bestätigt

2021 kam der staatlich geförderte «Verein für Demokratie und Vielfalt» in einer vielbeachteten Studie zu dem Schluss, dass «konfrontative Religionsbekundung» in Quartieren wie Berlin-Neukölln weit verbreitet sei. Darunter zu leiden hätten oft Migranten, die im Umfeld von Familien und Moscheen lebten, in denen ein konservativer oder radikaler Islam vorgelebt werde. Schulen in diesem Umfeld, so ist dem Bericht zu entnehmen, könnten einen Nährboden für Radikalisierung bieten. Die Forschung ziehe es jedoch vor, «einschlägige Opfernarrative» zu bestätigen, statt sich mit der objektiven Gefährdung durch Islamisten zu befassen.

So werde die Hinwendung zu radikalem Gedankengut gerne mit «Diskriminierung» oder mit einer angeblichen Islam- und Muslimfeindlichkeit der Mehrheitsgesellschaft erklärt. Wer sich kritisch mit dem Thema «konfrontative Religionsbekundung» beschäftige, gerate dagegen schnell unter Verdacht, Muslime zu diskriminieren und «rechtspopulistische Stimmungsmache» zu betreiben. Damit entstehe «ein blinder Fleck in der Präventionsarbeit».

Islamischer Fundamentalismus in Anführungszeichen

Tatsächlich ist es gerade im Fall von Schulkindern fraglich, ob religiöse Auserwähltheitsphantasien, «Haram»-Rufe und antisemitische Einstellungen mit sozialen Benachteiligungen erklärt werden können. Ebenso kann man sich fragen, ob es Sinn ergibt, von einer «Mehrheitsgesellschaft» zu sprechen, wenn in manchen Schulklassen wenige oder gar keine Kinder Deutsch als Muttersprache haben.

In der Schweiz ist das Problem dank einer anderen Sozialstruktur und besseren Chancen auf dem Arbeitsmarkt viel weniger akut als in Deutschland oder in Frankreich. Dort berichten Medien regelmässig über Drohungen; erst kürzlich traf es eine Lehrerin, die ihren Schülern ein historisches Kunstwerk mit nackten Frauen gezeigt hatte. In einer Ifop-Umfrage gaben über 50 Prozent der befragten Lehrer an, sie würden sich seit dem Mord an Samuel Paty in religiösen Fragen zensurieren. Paty wurde 2020 von einem Islamisten ermordet, nachdem

Seite E 15 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 846 vom 04.04.2024

Schüler und Eltern in den sozialen Netzwerken eine Hetzjagd gegen ihn provoziert hatten, wegen angeblicher «Islamophobie».

Der Unwille, sich mit dem Thema zu beschäftigen, scheint auch in der Schweiz weit verbreitet zu sein, trotz warnender Beispiele. Die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus etwa schreibt «islamischen Fundamentalismus» in einem Dossier in Anführungszeichen und suggeriert, dass hier bloss eine imaginäre Gefahr «beschworen» werde. Die Fachstelle für Rassismusbekämpfung stellte die Ablehnung «eines konservativ oder fundamentalistisch gelebten Glaubens» gar unter Rassismusverdacht – aber nur im Fall von Muslimen.

Desintegration und religiöser Extremismus

Das Phänomen des religiös motivierten Dominanzgehaves wird dagegen verdrängt, Antisemitismus heruntergespielt. Das Magazin «Polis» – herausgegeben unter anderem von der Fachhochschule Nordwestschweiz – empfiehlt Lehrern die Werke der deutschen «Rassismuskforscherin» Iman Attia. Diese behauptet, muslimischen Judenhass gebe es gar nicht. Falls es ihn gebe, sei er als Reaktion auf Diskriminierungserfahrungen zu verstehen.

Indem Politiker, Aktivisten und Pädagogen oft in einem Atemzug von «Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus» sprechen, verwischen sie zudem eine wesentliche Ursache des gegenwärtigen Judenhasses. Bezeichnend ist die Antwort der Stadtberner Bildungsdirektorin Franziska Teuscher auf einen Elternbrief, in dem zahlreiche antisemitische Vorfälle an Schulen geschildert werden. Sie sei, so schrieb Teuscher, genauso wie die Eltern besorgt über die «Zunahme von Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus».

Bloss hatten die Eltern in ihrem Brief gar nicht von antimuslimischem Rassismus gesprochen. Vielmehr geht aus dem Brief hervor, dass für die Taten auch muslimische Gruppen verantwortlich waren. Teuscher sieht auch kein Problem darin, dass Berner Schulen die sogenannte «Baba Academy» für Trainings gegen Hate-Speech engagieren. Dabei geht es um eine Gruppe von Migrantinnen, die mit ihrer Plattform «Baba News» seit Monaten gegen Israel hetzt. Desintegration und extremistische Tendenzen werden damit eher gefördert als bekämpft. Die Schulleitungen, so glaubt Alain Pichard, müssten bei religiös motiviertem Mobbing sofort einschreiten. «In Biel haben wir es so geschafft, das Problem unter Kontrolle zu bekommen. Der 7. Oktober hat leider alles wieder hochgespült.»

Die eingangs erwähnte Schule in Bern Bethlehem hat die beteiligten Schüler gemaßregelt. Der Zürcher Schüler Daniel sagt, seine Lage habe sich dank Elterngesprächen und disziplinarischen Maßnahmen gebessert. Die meisten muslimischen Schüler seien eigentlich nett. Ein Außenseiter werde er aber wohl bleiben, für den Rest der Schulzeit.

Wie ein palästinensischer Staat funktionieren kann 03.02.2024 | Von Rebecca Schönenbach

Deutsche Politiker fordern von Israel eine Zwei-Staaten-Lösung. Doch diese scheitert bisher nicht an Jerusalem, sondern an den Palästinensern. Ein eigenständiger Staat für diese kann nur erreicht werden, wenn drei Länder mitmachen.

Seit dem 7. Oktober ist es bei europäischen Politikern wieder groß in Mode, eine Zwei-Staaten-Lösung als einzige Lösung für den Nahostkonflikt bei Israel anzunehmen. Dieser

Seite E 16 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 846 vom 04.04.2024

Fokus auf Israel ist Teil des Problems statt der Lösung auf dem Weg zu einem palästinensischen Staat, denn bisher ist die Zwei-Staaten-Lösung nicht an Israel gescheitert.

Zwar beharrt der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu darauf, dass er keinen palästinensischen Staat akzeptiere, doch er liefert dafür eine plausible Begründung: Solange keine einzige palästinensische Führungsfraktion die Existenz Israels akzeptiere, bleibe ein palästinensischer Staat ein zu hohes Sicherheitsrisiko für Jerusalem.

Seit über 70 Jahren wird jedes Angebot für einen eigenen Staat von den jeweiligen palästinensischen Vertretern zurückgewiesen. Die Palästinensische Autonomiebehörde, die nun als Alternative für eine Hamas-Regentschaft in Gaza angeführt wird, [rechtfertigt](#) seit dem 7. Oktober das Massaker an Israelis und ist damit keine Friedensalternative, sondern ein Beweis für das von Netanjahu angeführte Argument. Dennoch gibt es die Chance für einen palästinensischen Staat, und sie war nie so groß wie heute. Um diese Möglichkeit Realität werden zu lassen, müssen europäische Politiker anfangen, sich mit den tatsächlichen Problemen im Nahen Osten zu beschäftigen, denn die Palästinenserfrage war für die umliegenden arabischen Staaten vor dem 7. Oktober zu einer Nebensächlichlichkeit geworden.

Es kommt auf die Golfstaaten an

Die reichen Golfstaaten sehen drei Probleme: ihre wirtschaftliche Zukunft, die Sicherheit ihrer Länder und Flüchtlinge. Die Ära der fossilen Brennstoffe geht in absehbarer Zukunft durch den technologischen Fortschritt bei gleichzeitigem Fokus auf saubere Energie zu Ende, daher versuchen die Golfstaaten ihr Einkommen zu diversifizieren. Israel wiederum ist das Vorzeigebispiel eines erfolgreichen Staates ohne Öl- und Gasabhängigkeit in der Wüste und bietet sich daher als Partner für die Golfstaaten an.

[Kein Bock mehr auf Weltpolizei – worauf Trump bei jungen Amerikanern baut](#)

Viel dringender ist momentan jedoch die Frage der Sicherheit. Das schiitische Regime im Iran sorgt in der gesamten Region für Unruhe und Terror. Vor allem die mehrheitlich sunnitischen Staaten mit großen schiitischen Minderheiten, wozu Saudi-Arabien, Bahrein und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) gehören, fürchten die Einmischung des schiitischen Regimes auch in ihren Ländern.

Außerdem sehen die VAE und Saudi-Arabien eine Gefahr in ihrem schärfsten internen Kritiker, der Muslimbruderschaft. Die islamistische Organisation spricht den Königshäusern die Legitimität zu herrschen ab, da sie nur religiöse Führung akzeptiert. Die Hamas wiederum gehört zur Muslimbruderschaft und ist daher kein natürlicher Freund der Golfstaaten, abgesehen von Katar, das die Führer der Muslimbrüder und der Hamas protegiert – und sich das [größte Gasfeld mit dem Iran teilen muss](#), der wiederum ein Sponsor der Hamas ist.

Das Flüchtlingsproblem lässt arabische Staaten zögern

Hinzu kommen die Flüchtlingsbewegungen durch die vom Iran gelenkten Konflikte, vor allem in Syrien. Die vermögenden Golfstaaten haben sich 2015 geweigert, Flüchtlinge aufzunehmen und weigern sich nun wieder, auch nur temporär Teile der zwei Millionen Palästinenser aus Gaza zu beherbergen, da sie diese ebenfalls als Faktor für Instabilität sehen. Diese Kombination aus wirtschaftlichen und Sicherheitsinteressen hat 2020 zu historischen Abkommen geführt. Mit den Abraham Accords erkannten die VAE und Bahrein

Seite E 17 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 846 vom 04.04.2024

Israel als Staat an, nach den früheren Abkommen mit Jordanien und Ägypten ein wichtiger Schritt zu einem langfristigen Frieden in der Region.

2023 wurde bekannt, dass auch Saudi-Arabien und Israel vor einem Friedensabkommen stehen könnten. Der Angriff der Hamas [hatte unter anderem zum Ziel](#), dieses Abkommen zu stoppen und die Golfstaaten durch den Druck der arabischen Straße wieder gegen Israel aufzuwiegeln.

Omid Nouripour [„Vor drei Jahren hätte ich das niemals gesagt - es braucht eine Kooperation mit Saudi-Arabien“](#)

Dieser Plan scheint kurzfristig aufzugehen, doch [Saudi-Arabien machte bereits deutlich](#), dass es sich nicht von einer Annäherung an Israel abbringen lässt. Dieser Willen in Kombination mit den Nöten der Golfstaaten kann genutzt werden, um sie zu einer effektiven Kontrolle über palästinensische Gebiete in Kooperation mit Israel zu bringen. Wer keine Flüchtlinge aufnehmen will, muss Millionen von Palästinensern ein sicheres Gebiet garantieren, wo sie dauerhaft bleiben können.

Daher wäre auch für die VAE, Saudi-Arabien und Bahrein ein befriedeter palästinensischer Staat von Interesse, dessen Führung sie kontrollieren und dessen Voraussetzung die Anerkennung Israels ist, die diese Staaten alle de facto bereits geleistet haben.

Mit diesen drei Staaten wäre ein Marshall-Plan inklusive Staatsgründung und Deradikalisierung für die Palästinenser möglich. Israel braucht die Garantie, dass jede Form von Bewaffnung von palästinensischen Fraktionen sofort mit harschen Konsequenzen unterbunden und somit eine dauerhafte Demilitarisierung sichergestellt wird.

Die VAE haben nach den Abraham Accords angefangen, ihre Schulbücher umzuschreiben, um Antisemitismus bekämpfen zu können. Ein solcher Schritt und weitere Maßnahmen sind auch in Gaza nötig und fallen auf fruchtbaren Boden, weil die Bevölkerung sich jetzt schon mehr und mehr gegen den Terror der Hamas wehrt.

[„Der 7. Oktober muss zur Zwei-Staaten-Lösung führen. Sonst erleben wir eine Katastrophe“](#)

Dagegen stellt sich neben dem Iran auch China, das kein Interesse an Frieden hat, solange es seine Rohstoffe leichter bei Konfliktpartnern erpressen kann. Das Diktatoren-Trio Iran, Russland und China sieht jede Form von Annäherung als Bedrohung ihrer Macht, weshalb China versuchte, eine Annäherung zwischen Iran und Saudi-Arabien Anfang 2023 zu erreichen und damit einen Keil zwischen die Golfstaaten untereinander und Israel zu treiben.

Wohlgemerkt liegt weder China, Iran und Russland noch den VAE, Saudi-Arabien und Bahrein das Wohl der Palästinenser am Herzen. Aber während erstere die Region im Chaos halten möchten, wollen letztere Stabilität und Sicherheit erreichen. Durch das Massaker am 7. Oktober wurde den Abraham-Partnern vor Augen geführt, wie von Iran und Katar unterstützte Terrororganisationen dieses Ziel torpedieren können. Daher liegt eine Zwei-Staaten-Lösung mit Sicherheitsgarantie für Israel in ihrem Interesse. Nun müssen nur noch europäische Politiker ihren Fokus weg von Israel und hin zu den tatsächlichen Problemen im Nahen Osten wenden und ihre Forderung nach einer Zwei-Staaten-Lösung an die richtigen Adressaten richten.

Rebecca Schönenbach ist Volkswirtin, Spezialistin für Islamismus und Vorstand von „Frauen für Freiheit“.

Seite E 18 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 846 vom 04.04.2024

Ich habe soeben den Appell Stoppen Sie die Zerstörung der rumänischen Wälder unterzeichnet. Jetzt brauche ich deine Hilfe, damit es ein Erfolg wird. Ich fordere ein Ende der illegalen Abholzung und Rodung von Urwäldern in Rumänien. Vor 4 Jahren hat die EU die ersten Schritte unternommen, um diesem ökologischen Alptraum ein Ende zu setzen - doch seitdem ist sie still geworden.

In diesem Jahr steht nun die Wiederwahl von EU-Kommissar Sinkevičius an. Wenn wir jetzt genügend Lärm machen, wird er nicht damit durchkommen, ohne das Problem anzusprechen.

Bitte schließ dich mir an, damit wir unsere letzten Urwälder vor der illegalen Abholzung und Rodung schützen können. Du kannst damit beginnen, indem du hier deinen Namen zu unseren gemeinsamen Stimmen hinzufügst: https://action.wemove.eu/sign/2023-10-end-the-destruction-of-romanian-forests-petition2-DE?referring_akid=1995.152990.K9zQmm&source=mailto

01) Sicher ist sicher, oder? Die Speicherung von Kohlendioxid im Meeresboden soll die Erderwärmung aufhalten. Dabei sind die Gefahren der Technik überhaupt nicht absehbar



Albert Denk, Berlin

Dr. Albert Denk arbeitet am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin. In seinem Buch [Nachhaltige Entwicklung und globale Ungleichheit](#) rekonstruiert er die Verhandlungen zu den UN-Entwicklungszielen und zeigt darauf aufbauend transformative Elemente auf.

Wirtschaft und Ökologie 02.04.2024 | [Albert Denk](#)



Auch die kanadische Ölindustrie setzt auf die Carbon Capture and Storage, also auf CCS-Technologie. Besser wäre es, erst gar keine fossilen Energieträger zu verbrennen.-
picture alliance / empics | Jason Franson

Robert Habeck hat eine eindeutige Meinung zum Thema CO₂-Speicherung im Meeresboden: „[Die Technik ist sicher](#)“, so der Bundeswirtschaftsminister Ende Februar. Damit reiht sich die sogenannte *Carbon Capture and Storage*-Technologie (CCS) in vergangene Entwicklungen ein. Jede technische Revolution hat ihren Propaganda-Moment. Damit ist politisches Handeln mit der Absicht gemeint, die öffentliche Meinung hinsichtlich der Legitimierung einer neuen Technologie oder ihrer Weiterentwicklung zu manipulieren. In einem solchen Moment wird jeweils eine Technologielücke ausgenutzt, bei der alle anderen sich noch nicht oder zu spät den Technologievorteil aneignen oder ein Informationsdefizit überwinden.

Gleichzeitig werden Risiken verharmlost und ein Punkt überschritten, ab dem es kein Zurück mehr gibt. Mit Blick auf die Technologie der CO₂-Speicherung kann Habecks Rede als ein

solcher Propaganda-Moment erkannt werden. Während das Umweltbundesamt im Februar 2024 zu dem Ergebnis kam, dass es im Falle von Leckagen [„zu schädlichen Wirkungen auf das Grundwasser und den Boden kommen kann“](#), gibt Robert Habeck eine andere Einschätzung wieder. Der Minister und Vizekanzler suggeriert eine absolute Sicherheit, obwohl bereits jetzt grundlegende Zweifel bestehen und eine nahezu unerprobte Technik wie diese gar nicht derart abschließend beurteilbar ist.

Es gibt kaum Erfahrungswissen im industriellen Umfang zu dieser Technik. Der Forschungsstand wird von einem Beispiel, dem Sleipner-Gasfeld in Norwegen, dominiert. Hier wurde bereits in einem Bruchteil der anvisierten Laufzeit eines solchen Speichers ein [CO₂-Aufstieg und ein Druckanstieg](#) festgestellt. CCS ist eine Technologie in der Testphase: In Dänemark laufen etwa zwei Pilotprojekte und ab 2026 soll im Hafengebiet Rotterdam das Projekt Porthos betriebsbereit sein. Darüber hinaus gab es zudem im brandenburgischen Ketzin und gibt es im isländischen Hellisheiði Forschungsstellen, die jedoch mit kleinen Mengen operieren. Das Projekt in Ketzin wurde ein Jahrzehnt lang erforscht, daraus wurden Prognosen für 10 000 Jahre erstellt, die weder abschließend zu verstehen sind, noch Aussagen über den tatsächlichen Zeitraum von Millionen von Jahren darstellen. In nationaler Denke möchte Habeck zukünftig das „deutsche CO₂“ [kilometerweit unter dem Nordseeboden](#) in Buntsandsteinformationen lagern.

Im Namen des Klimaschutzes finden hier Prozesse der Aneignung, der Kommodifizierung und der Schaffung von grenzüberschreitenden Gefahrenlagen statt.

Im Namen des Klimaschutzes finden hier Prozesse der Aneignung, der Kommodifizierung und der Schaffung von grenzüberschreitenden Gefahrenlagen statt. Habecks Beschreibung impliziert ein Weltbild, bei dem der Meeresboden wie im Wilden Westen vom Stärksten nach Belieben angeeignet und entrechtet werden kann. Eine solche CO₂-Speicherung bringt eine Inwertsetzung mit sich, die wiederum eine Erzeugung von CO₂ wirtschaftlich antreibt und einen *point of no return* darstellt. Es entsteht ein Markt mit extrem ungleichen Startbedingungen, auf dem CO₂ zur Handels- und Investitionsmasse wird. Dabei kommt es zudem zu Rentabilitätsansprüchen mit einer Selbsterhaltungslogik. Diese Prozesse führen zu Sachzwängen einer dann vermeintlich „notwendigen“ CO₂-Produktion.

Die Gefahrenlagen sind nicht ausreichend abschätzbar, da die CO₂-Speicherung vor der Lagerphase auf mindestens vier aufeinander einwirkenden Prozessschritten basiert: Abscheidung, Verdichtung, Transport und Verpressung. Wie bei der Langzeitlagerung bestehen bereits bei allen vier Schritten zuvor erhebliche Unsicherheiten. Es reichen allein die Unfallszenarien durch beispielsweise eine Havarie eines CO₂-Containerschiffs, um die Gefahren für Menschen, Tiere und die natürliche Umwelt darzustellen. Ein einziges Zementwerk würde laut einem Schweizer Forschungsprojekt derzeit etwa [25 000 Containerschifftransporte pro Jahr](#) benötigen, um seine CO₂-Emissionen an einen Speicherort zu verschiffen. Und schließlich fließen Millionen von europäischen Steuergeldern in die Erforschung dieser Technologie, die dabei insbesondere Menschen zugutekommen, die viel Zement produzieren wie konsumieren. Diese Gelder fehlen wiederum jenen, die am wenigsten Energie verbrauchen. Sollte CCS in Deutschland legalisiert werden, würden Millionen Euros aus dem Bundeshaushalt hinzukommen.

Mit Blick auf andere Technologieentwicklungen können argumentative Muster erkannt werden. In Bezug auf CCS heißt es nun, die Risiken seien „beherrschbar“ und dass ein „verantwortlicher Umgang“ verfolgt würde. Diese beiden Argumente wurden historisch vielfach als falsch entlarvt. Die Atomkraft ist beispielsweise eine Technologie, die laut ihren politischen wie wissenschaftlichen Vertreterinnen und Vertretern niemals zu einem Supergau hätte führen dürfen. Bereits in einer äußerst kurzen Betriebszeit von wenigen

Seite E 21 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 846 vom 04.04.2024

Jahrzehnten kam es jedoch bereits zu [Reaktorunfällen](#), etwa in Majak, Windscale, Harrisburg, Church Rock, Tschernobyl und Fukushima. Fossile Energieträger wurden einst, unter anderem von den Vereinten Nationen, als der Entwicklungsfaktor für das menschliche Zusammenleben auf dem Planeten propagiert. Heute steht fest, dass fossile Energieträger die menschliche Existenz auf diesem Planeten gefährden. Katastrophen geschehen auch, wenn sie nie passieren sollten.

Katastrophen geschehen auch, wenn sie nie passieren sollten.

Wie bei der Atomkraft geht es bei CCS längst nicht mehr um CO₂, obwohl in beiden Fällen genau dieses Argument ins Zentrum gestellt wird. Im Gegenteil, der Fokus auf klimaschädliches CO₂ vernachlässigt, dass selbst mit „erneuerbaren“ Energien massive Umweltschäden durch die Rohstoffgewinnung in Kauf genommen werden. So ist der vielfach von den Grünen eingebrachte Transformationsbegriff mit Blick auf das damit beabsichtigte Weiter-so von Konsum- und Produktionsweisen erschreckend inhaltsbefreit. Kein Lithium- oder Kupfer-Bergbau der Welt ist nachhaltig. Kein Auto wird nachhaltig produziert. Der Versuch, die jetzigen Konsumniveaus aufrechtzuerhalten, nur eben auf Basis von „erneuerbaren“ Energien, ist eine Selbsttäuschung. Beispielhaft steht hierfür der Umstieg auf batteriebetriebene Autos. Wollte man das EU-Ziel von mindestens 30 Millionen E-Autos bis zum Jahr 2030 erreichen, dann bedürfte es einer Verdoppelung der weltweiten Bergbauaktivitäten zur Extraktivierung der dazu notwendigen Rohstoffe. Die Rohstoffe für Deutschlands Energiewende kommen überwiegend aus dem Globalen Süden, wo europäische Wirtschaftsinteressen den Aufbau von Umwelt- und Sozialstandards bis heute erschweren. CCS reiht sich also ein in eine Kette politischer Machterhaltungshandlungen.

Analog zu CCS gibt es weitere Propaganda-Momente. Ähnlich wie Habeck argumentiert etwa Bayerns CSU-Ministerpräsident Markus Söder, wenn er zukünftige Energie mittels Kernfusion „[sauber und CO₂-neutral](#)“ erzeugen möchte. Die [Kernfusion](#) ist jedoch eine energieintensive Technologie, die bei großem Platzbedarf lediglich im geringen Maße Energie erzeugt. Das Isotop Tritium ist dabei besonders teuer und krebserregend. Darüber hinaus ist diese Technologie als Kriegswaffe konzipiert (Wasserstoffbombe), sodass Forschung allem voran militärischen Zwecken mit enormem Vernichtungspotenzial dient. Die Landesregierung in Bayern möchte hierfür gleich sechs neue Lehrstühle schaffen und einen neuen Kernfusionsreaktor in Bayern bauen. Wie zuvor dient hier die politische Setzung einer Technologie-Legitimierung. Es braucht ebenfalls eine erhebliche Selbsttäuschung, um weiter das Ausmaß der Energie-Vernutzung und damit das gegenwärtige Lebensmodell zu rechtfertigen. Ähnlich wie bei einer kognitiven Dissonanz stehen sich Selbst- und Fremdbild diametral gegenüber. Während klimawissenschaftliche Erkenntnisse wie der [Brundtland-Bericht von 1987](#) schon seit Jahrzehnten eine Aufrechterhaltung des Niveaus an Produktion und Konsum kritisieren, täuschen Deutschlands Vizekanzler und Bayerns Ministerpräsident ihre Bevölkerung dahingehend, dass jeder Mensch so weiter leben könne wie bisher.

Es sind aber auch erste Risse zu erkennen. Beim Versuch, technioptimistische Bevölkerungsgruppen mit Überlegenheitssinn zu gewinnen, könnte Habeck seine Stammwählerschaft insbesondere aus den Umweltverbänden verlieren. Der B.U.N.D. oder Greenpeace sind beim Thema CCS in Opposition zur Partei Bündnis 90/Die Grünen und infolgedessen auf der Suche nach neuen Bündnissen, die eine sozial-ökologische Gerechtigkeit stärker adressieren. Es bleibt abzuwarten, ob andere Parteien dieses Vakuum füllen werden. Der Konflikt wird sich zuspitzen, da die CO₂-Speicherung die strukturellen

Probleme der Erderwärmung nicht mindern wird, sondern einer Industrie der Lebensgrundlagenzerstörung mehr Akzeptanz und Legitimität beschafft.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/wirtschaft-und-oekologie/artikel/sicher-ist-sicher-oder-7424/?utm_campaign=de_40_20240402&utm_medium=email&utm_source=newsletter

xx) Die Fakten dicke.

Im Superwahljahr ist die Angst vor Desinformationskampagnen groß. Dabei gibt es keinen Grund zur Panik, das eigentliche Problem liegt woanders. Von Jürgen Neyer



Jürgen Neyer

Berlin

Jürgen Neyer ist Professor für Europäische und Internationale Politik an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) und Gründungsdirektor der *European New School of Digital Studies* (ENS). Aktuell forscht er zu Zusammenhängen zwischen technologischer Innovation und internationalen Konflikten.

Demokratie und Gesellschaft 22.03.2024



Die 100 Millionen möglichen Wählerinnen und Wähler von Trump sind weder (ausschließlich) Lügner noch Dummköpfe.- *picture alliance / Zumapress | Aimee Dilger*

Das Jahr 2024 scheint zu einem Jahr der Entscheidungen zu werden. Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni, die US-amerikanische Präsidentschaftswahl im November und die Wahlen in drei ostdeutschen Bundesländern werden in Politik und Medien zu einem Showdown zwischen den Kräften der Demokratie und denen der Desinformationen stilisiert. Zusammen mit den Wahlen in Russland und Indien wird dieses Jahr fast die Hälfte der Weltbevölkerung wählen. „Bösartige ausländische Akteure“ versuchen nach Ansicht des

Seite E 23 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 846 vom 04.04.2024

EU-Außenbeauftragten Josep Borrell dabei eine „[Schlacht der Narrative](#)“ zu gewinnen. Desinformationen würden verbreitet und zielten, [so auch die Bundesregierung](#), darauf ab, die Gesellschaft zu spalten und das Vertrauen in staatliche Institutionen zu untergraben.

Soziale Medien würden Lügen, Desinformationen und Deep Fakes verbreiten, für eine [schnelle Verbreitung](#) von Falschinformationen sorgen und die Entstehung von Filterblasen und Echokammern betreiben. Künstliche Intelligenzen, Deep Fakes und personalisierte Algorithmen würden die bestehende Verunsicherung hingegen noch weiter verstärken und zum Verlust von Vertrauen in die Institutionen der Demokratie führen.

Ist die Demokratie also im Kern bedroht? Es gibt eine Reihe von gewichtigen Einwänden gegen die These einer social-media getriebenen Flut von Desinformationen und einer hieraus resultierenden Gefährdung der Demokratie. Ein erster Einwand bezieht sich auf den Begriff selbst. Desinformationen lassen sich von schlichten Falschinformationen dadurch abgrenzen, dass sie mit einer böswilligen Intention verbreitet werden. Falschinformationen sind Irrtümer, Desinformationen sind Lügen. Die Grenze zwischen beiden ist allerdings oft schwer zu ziehen. Woher wissen wir, dass jemand böswillig handelt, ohne dass wir in seinen (oder ihren) Kopf schauen können? Der Begriff wird daher oft eher politisch als analytisch und nur zu häufig auf alle diejenigen angewandt, die eine andere Ansicht vertreten. In der Debatte über die Gefahren des Coronavirus in den vergangenen Jahren konnte (und kann) das auf beiden Seiten der Debatte häufig beobachtet werden. Auch gibt es nach wie vor keine empirisch gehaltvollen Untersuchungen, die eine klare Wirkung von Desinformationen, Filterblasen und Echokammern belegen. Ganz im Gegenteil: [Die meisten Studien](#) zeigen eine geringe Verbreitung von Desinformationen und kaum oder gar keine nachweisbaren Wirkungen. Es scheint sogar ein Zusammenhang von intensiver Mediennutzung und einem ausdifferenzierten Meinungsbild zu bestehen.

Ebenfalls bleibt unklar, ob Desinformationskampagnen überhaupt in der Lage sind, eine nachhaltige Wirkung zu entfalten. Selbst der Leiter der Strategischen Kommunikation im Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD), Lutz Güllner, der verantwortlich ist für die Bemühungen der EU, russische Einflussnahmen auf die Wahlen zum Europäischen Parlament zu unterbinden, gibt zu, dass hierzu [eigentlich nichts bekannt ist](#). [Vorliegende, empirische Studien](#) weisen darauf hin, dass Desinformationen nur einen kleinen Bruchteil im Netz verfügbarer Informationen darstellen und nur von einer kleinen Minderheit rezipiert werden. Die allermeisten Nutzer sind sich durchaus [dessen bewusst](#), dass selbsternannte Influencer und dubiose Webseiten nicht unbedingt als vertrauenswürdige Informationsquellen zu betrachten sind.

Im Vergleich zu heute lebte der durchschnittliche Bundesbürger vor vierzig Jahren in einer Informationswüste.

Der vielleicht wichtigste Einwand gegen die These einer destruktiv wirkenden Manipulation lautet allerdings, dass es niemals ein größeres Angebot qualitativ anspruchsvoller und kostengünstiger Wissensangebote gab als heute. Mittlerweile gibt es die ARD- und ZDF-Mediatheken, Blogs wie die „[Volksverpetzer](#)“, politische Talkshows im Fernsehen sowie einen einfachen und kostengünstigen digitalen Zugang zu einer Vielzahl von Tageszeitungen und anderen Zeitschriften. Wer sich informieren will, hat heute leichteren Zugang als wohl jemals zuvor: Im Vergleich zu heute lebte der durchschnittliche Bundesbürger vor vierzig Jahren in einer Informationswüste, die in vielen Fällen aus der Bildzeitung und eventuell noch der Tagesschau bestand. Von Vielfalt war da keine Spur. Das Internet und Social Media sind damit zuerst einmal für einen riesigen Zugewinn an Pluralität in der Meinungsbildung verantwortlich. Damit geht zwar häufig auch eine gesteigerte Verunsicherung einher. Das aber prägt die Moderne spätestens seit der Erfindung des

Buchdruckes im 16. Jahrhundert. Pluralität stellt die epistemische Grundlage der offenen Gesellschaft dar. Sie ist so gesehen die Vorbedingung der Demokratie, nicht ihre Gefährdung.

Diese Einwände gegen die oben referierte skeptische Diagnose dürfen allerdings nicht missverstanden werden. Die Gefahren liegen jedoch auf einem abstrakteren und gleichzeitig fundamentalen Niveau. Das zentrale Problem der Stabilität von Demokratie besteht nicht darin, dass Menschen lügen und Informationen strategisch zur Manipulation der Meinung anderer einsetzen – das war noch nie anders. Es liegt vielmehr darin, dass wir uns heute sowohl innerhalb Deutschlands als auch Europas und der Welt in miteinander zunehmend schwer zu vereinbarenden Wahrheitsräumen bewegen. Wenn der russische Präsident Wladimir Putin [im Interview mit Tucker Carlson](https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/onkel-putins-geschichtsstunde-7322/) ausführlich darlegt, weswegen die Ukraine zu Russland gehört, dann lügt er nicht unbedingt, sondern bringt eine auf historischen Konstruktionen aufgebaute subjektive Wahrheit zum Ausdruck, an die er wahrscheinlich aufrichtig glaubt – so bizarr das auch in vielen westlichen Ohren klingen mag. Und genauso dürfte die Rede vieler US-amerikanischer Trump-Anhänger, dass die demokratische Partei Amerika in den Abgrund führe, nicht wirklich als Lüge zu qualifizieren sein, die wider besseren Wissens verbreitet wird. Es ist die zu unterstellende Aufrichtigkeit, nicht die Lüge, die uns Sorge bereiten muss. In der modernen Gesellschaft werden unumstößliche Wahrheiten zu einem knappen Gut und der Kampf um die Deutungshoheit der Realität zu einer zentralen Bühne. Der von uns gerne geglaubte Mythos, dass es in der Moderne nur eine einzig richtige Wahrheitsordnung gibt, die sich etwa durch einen Faktencheck erschließen lässt, ist theoretisch leider wenig haltvoll.

In der philosophischen Debatte findet sich die zugrunde liegende Schwierigkeit der Bestimmung von Wahrheit in einer bis auf Aristoteles zurückgehenden Auseinandersetzung darüber, was eigentlich Wahrheit konstituiert. Der Grundkonsens beinhaltet heute, dass der Wahrheitsgehalt von Sätzen nicht direkt von der Realität (Fakten) abgeleitet, sondern nur auf dem Umweg über andere Sätze verifiziert werden kann. Der Idee einer feststellbaren Kongruenz von Satz und Realität ist damit der Boden entzogen. Die sogenannte Kohärenztheorie der Wahrheit reagiert auf dieses Problem, indem sie nur solche Sätze als wahr versteht, die sich widerspruchsfrei in einen größeren Kontext von solchen Aussagen einfügen lassen, die von uns bereits als wahr akzeptiert wurden. Wahr ist also das, was widerspruchsfrei unsere Weltkonstruktionen (und Vorurteile) ergänzt.

Wenn aber die Übereinstimmung mit Überzeugung statt mit Fakten zum zentralen Kriterium wird, dann droht Wahrheit intersektional, subjektiv und kontextspezifisch zu werden. Die Wahrheit der Einen wird fast zwangsläufig zur Unwahrheit der Anderen. Was ist nun daraus für die aktuelle Debatte über Desinformationen abzuleiten? Für die USA bedeutet es zunächst, dass 100 Millionen mögliche Anhänger von Trump weder (ausschließlich) Lügner noch Dummköpfe sind. Sie leben vielmehr in einer Welt, die sich aus einem festen Glauben an traditionelle Werte, einer Ablehnung von Ostküstenintellektualität und Widerwillen gegen postmoderne Kontingenz zusammenfügt. Es ist eine Denkkordnung aus sich wechselseitig bestärkenden Elementen, die einen festen Rahmen für die Einordnung neuer Informationen bieten. Faktenchecks und fachliche Expertise erübrigen sich hier.

Wie können und wie sollten wir mit dieser grundlegenden Umstrittenheit umgehen? Demokratie ist kein philosophischer Salon, sondern kennt immer wieder Momente, in denen unvereinbare und hart vorgetragene Positionen aufeinanderprallen. Wir müssen lernen, diesen Streit auszuhalten und gleichzeitig das Auseinanderdriften von Wahrheitsordnungen verhindern. Hierbei geht es nicht um bloße Faktenchecks, sondern darum, gesellschaftsweite Verständigungen über die Grundlagen unserer Ordnung kontinuierlich zu

erneuern. Liberale und Illiberale, Rechte und Linke, Feministinnen und Feministen und alte weiße Männer müssen miteinander im Gespräch bleiben. Dann gibt es auch keinen Grund, bösartige ausländische Akteure oder gar eine Schlacht der Narrative zu befürchten

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/die-fakten-dicke-7398/?utm_campaign=de_40_20240322&utm_medium=email&utm_source=newsletter

xx) „Die aktuellen Regeln sind verkrustet“. Die internationale Drogenpolitik ist gescheitert. Ana Maria Rueda über deren Auswirkungen auf Menschenrechte, alte Denkmuster und neue Ansätze

Die Fragen stellte Catalina Niño



Ana Maria Rueda

Bogotá

Ana Maria Rueda ist als Koordinatorin bei der Forschungs- und Analyseeinheit „Drogenpolitik“ der Stiftung *Ideas para la Paz* (FIP) tätig. Zuvor war sie Leiterin der Drogenpolitik im kolumbianischen Justizministerium und Koordinatorin für die Ausarbeitung der Drogenpolitik.

Interviews 19.03.2024



Seit 50 Jahren erfolglos: Sondereinheiten zerstören ein Kokainlabor.- *picture alliance / Reuters | John Vizcaino*

Die Fragen stellte Catalina Niño.

In diesen Tagen findet in Wien die Konferenz der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) statt. Zum ersten Mal nimmt der Hohe Kommissar für Menschenrechte, dessen Büro sich in Genf bei den Vereinten Nationen befindet, daran teil.

Normalerweise agieren Genf und Wien getrennt voneinander und haben wenig Kontakt. Die Teilnahme von Volker Türk ist daher etwas Außergewöhnliches. Welche Auswirkungen hat seine Anwesenheit und sein Beitrag auf die diesjährige 67. Tagung der *Commission on Narcotic Drugs* (CDN67)?

Volker Türks Teilnahme ist das Ergebnis langwieriger Bemühungen und eines schwierigen Prozesses einiger Länder sowie der Zivilgesellschaft, den Menschenrechtsansatz explizit in das internationale Drogenkontrollsystem einzubeziehen. Seine Teilnahme hat auch eine symbolische Bedeutung. Als legitime Stimme der Vereinten Nationen hat er in diesem Gremium endlich die negativen Auswirkungen der aktuellen Drogenpolitik auf die Menschenrechte aufgezeigt.

Ist dies ein Wendepunkt im internationalen Drogenkontrollsystem?

Die Unterstützung des Hohen Kommissars, seine Warnung, dass die aktuelle weltweite Drogenpolitik den Schutz der Menschenrechte nicht gewährleistet, stellt sicherlich einen bedeutsamen Meilenstein im System dar. Leider ist dies noch kein vollständiger Wendepunkt. Hier in Wien ist offensichtlich, dass die Spannungen und Unterschiede innerhalb der Staatengemeinschaft enorm sind. Ich sehe noch keine Anzeichen dafür, dass sie sich bemüht – oder gar dass die Vereinten Nationen effektive Maßnahmen ergreifen würden –, damit die notwendigen Reformen angegangen werden könnten: hin zu mehr öffentlicher Gesundheitsfürsorge und weg von der Repression. Diese Forderungen kommen nicht nur vom Büro des Hohen Kommissars für Menschenrechte, sondern auch von Agenturen des UN-Systems wie *UN Women* oder UNDP, ebenso von zivilgesellschaftlichen Gruppen und nun auch von immer mehr Ländern.

Welche Auswirkungen wird die diesjährige CND auf die Zukunft haben? Wird es Änderungen im System geben oder werden die einzelnen Länder weiterhin die Abkommen einfach nach ihren nationalen Bedürfnissen und Interessen interpretieren?

Ich sehe vorerst keine Veränderungen im System. Die aktuellen Regeln sind verkrustet und die CND verfügt leider über keine Mechanismen, die Reformen oder Maßnahmen ermöglichen, die den spezifischen Bedürfnissen der Länder angepasst sind. Die Entscheidungsprozesse sind langwierig und erfordern immer einen Konsens – was ebenfalls einen restriktiven Ansatz darstellt. Das Einzige, was Länder tun können, die mit den Beschlüssen nicht einverstanden sind, ist, sich für das Stillschweigen zu entscheiden und irgendwie mit dem Status quo voranzukommen.

Es wird weiterhin sehr schwer sein, die Länder aus alten Denkmustern herauszuholen.

Es wird weiterhin sehr schwer sein, die Länder aus alten Denkmustern herauszuholen. Viele Regierungen und Länder erkennen zwar, dass die aktuelle Drogenpolitik nicht funktioniert, scheuen jedoch die politischen Risiken, die mit möglichen Veränderungen verbunden wären. Durch diese Stillhaltetaktik verhindern sie die Entwicklung einer neuen, starken Bewegung innerhalb der CND. Aktuell versucht jedes Land, die Abkommen an die eigenen Bedürfnisse anzupassen, jedoch ist der Spielraum dafür begrenzt. Es bestehen weiterhin starke Beschränkungen, die es erschweren, nationale Drogenpolitiken aus anderen Blickwinkeln anzugehen. Leider haben einzelne Länder nicht viele Möglichkeiten, Innovationen im Bereich der Drogenpolitik auf nationaler Ebene zu testen.

Die deutsche Innenministerin Nancy Faeser war in den letzten Wochen in Lateinamerika, um die Zusammenarbeit beim Kampf gegen Drogen und organisiertes Verbrechen zu fördern. Gibt es eine Verbindung zwischen dieser deutschen Haltung – der Forderung nach Aufrüstung der Häfen – und den aktuellen Diskussionen im System der Vereinten Nationen über Drogen?

Angesichts der Tatsache, dass Deutschland wie andere europäische Länder mit den Auswirkungen des zunehmenden Kokainhandels zu kämpfen hat, verstehe ich, dass hier Maßnahmen ergriffen werden sollen. Ich erkenne auch an, dass es notwendig ist, Maßnahmen zur Unterbindung des illegalen Drogenhandels zu ergreifen, insbesondere die Unterbrechung oder Verhinderung von Drogentransporten, um den Handel und seine Folgen zu reduzieren. Dies scheint der einzige Weg zu sein, um den Handel und seine Auswirkungen einzudämmen.

Es ist jedoch beunruhigend zu sehen, dass die Entscheidungsträger bisher nicht erkannt haben, dass sie seit über 50 Jahren dasselbe tun – und dies erfolglos! Die meisten Politikerinnen und Politiker scheinen weiterhin darauf zu bestehen, diesen Ansatz zu verfolgen, obwohl er keine Lösung bietet. Auch auf der *Commission on Narcotic Drugs* wird mehrheitlich davon ausgegangen, dass eine verstärkte Bekämpfung des Drogenhandels zu seiner Reduzierung oder sogar Eliminierung führen wird. Dies ist aber nicht so, im Gegenteil. Und dennoch entscheiden sich die Realpolitiker dafür, die vermeintlich abschreckenden Maßnahmen weiter und weiter zu verstärken, denn alles andere steht ja gar nicht in ihrer Macht. Es ist dennoch schwer zu verstehen, warum die politischen Entscheidungsträger nicht bereit sind, wenigstens eine Diskussion darüber zu führen, wie man dem Drogenhandel nachhaltig die Macht entziehen könnte. Dafür gibt es bereits Ideen und Modelle zur Regulierung von Drogen.

Die Wiener Abkommen halten jedoch am Status quo fest.

Die Wiener Abkommen halten jedoch am Status quo fest und entmutigen Länder und alle anderen regionalen Zusammenschlüsse, sich darauf nicht einzulassen oder auch nur anders zu denken. Ohne eine starke und kollektive politische Führung – auch wenn es erst einmal nur eine kleine Gruppe von Ländern wäre – wird das aktuelle Drogenkontrollsystem daher keine Veränderungen erfahren.

Wer könnte diese Ländergruppe denn anführen?

Derzeit scheint [Kolumbien genau in diese Richtung voranzugehen](#): Als [größter Kokainexporteur](#) ist es gelungen, mehr als 60 Länder dazu zu bringen, einer Erklärung zuzustimmen, die die großen Einschränkungen der aktuellen Politiken anerkennt und die Notwendigkeit aufzeigt, die Würde und die Rechte der Menschen in den Mittelpunkt der Drogenpolitik zu stellen. Noch ist es jedoch schwer abzusehen, wie sich die Situation entwickeln wird. Es müssen dabei auch die verschiedenen geopolitischen Faktoren berücksichtigt werden, ebenso wie die enormen Kosten, die mit der Förderung dieser Änderungen im internationalen Drogenkontrollsystem für Länder und Regierungen verbunden wären, sowohl auf multilateraler als auch auf nationaler Ebene. Es bleibt daher spannend, wie sich das alles noch entwickeln wird.

https://www.ipg-journal.de/interviews/artikel/die-aktuellen-regeln-sind-verkrustet-7400/?utm_campaign=de_40_20240319&utm_medium=email&utm_source=newsletter

xx) Am 31. März ist Zeitumstellung - Für immer Sommerzeit? Charité-Professor erklärt den Denkfehler. Julia Wolfer

<https://web.de/magazine/wissen/zeitumstellung/sommerzeit-charite-professor-erklaert-denkfehler-39411234>

Aktualisiert am 18.03.2024, 12:03 Uhr



Am 31. März 2024 ist es wieder so weit, die Zeit wird um eine Stunde vorgestellt von 2 Uhr auf 3 Uhr. © Getty Images/coffeekai

Lesedauer:4 Min.

Von Julia Wolfer

Am 31. März ist wieder Zeitumstellung – obwohl sich eine Mehrheit bei einer EU-Umfrage 2018 gegen die Zeitumstellung und für eine dauerhafte Sommerzeit ausgesprochen hat. Expertinnen und Experten halten das jedoch für gar keine gute Idee.

[Mehr zum Thema Zeitumstellung](#)

<https://web.de/magazine/wissen/zeitumstellung/>

Zweimal im Jahr wird an der Uhr gedreht und bei der Zeitumstellung stellt sich immer wieder die Frage: Vor oder zurück?

Auch am **31. März 2024** ist es wieder so weit. In der **Nacht von Samstag auf Sonntag** wird wieder auf Sommerzeit umgestellt - und zwar **eine Stunde vor!** Die Uhren werden also um 2:00 Uhr auf 3:00 Uhr gestellt. Und eigentlich ist die Sache auch ganz einfach. Bei uns bekommen Sie [hilfreiche Eselsbrücken](#).

Tatsächlich betrifft das Umstellen der Uhren auf Sommerzeit oder Winterzeit aber immer weniger Geräte. Viele Uhren regeln das automatisch. Fernsehgeräte und Digitalradios erhalten die korrekte Uhrzeit von den Sendeanlagen automatisch. Wir erklären Ihnen, wie Sie die automatische Zeitumstellung auf Ihrem Smartphone aktivieren.

Seit wann gibt es die Zeitumstellung?

Doch Unklarheit herrscht nicht nur beim grundsätzlichen Stellen der Uhr, es geht auch um gesundheitliche Aspekte. Übrigens: Die Umstellung von Winter- auf Sommerzeit wurde in den meisten Ländern Europas 1977 eingeführt, Deutschland und Österreich zogen im Jahr 1980 nach, die Schweiz ein Jahr später. Auslöser für die Zeitumstellung war unter anderem die Ölkrise von 1973.

Tiere, Pflanzen, Pilze und sogar Cyanobakterien haben sie: eine innere Uhr. Doch was Lebewesen im Laufe der Evolution offenbar große Vorteile bescherte, macht uns Menschen im Alltag heute so manches Mal Probleme. Denn [unsere innere Uhr passt oft nicht zum sozialen Rhythmus](#), den wir Menschen uns auferlegt haben. [Eine dauerhafte Sommerzeit](#) würde nach Ansicht von Expertinnen und Experten alles noch schlimmer machen. Aber der Reihe nach.

Rund 80 Prozent der Bevölkerung haben einen "sozialen Jetlag"

Die meisten Menschen leben aus sozialen Zwängen heraus permanent entgegen ihrer inneren Uhr. Das heißt, sie müssen früher aufstehen, als gut für sie ist. Wie sie tickt, wird von den Genen bestimmt und ist von Mensch zu Mensch unterschiedlich.

Nur zehn Prozent sind "Lerchen", also echte Frühaufsteher. Ungefähr 20 Prozent sind dagegen "Eulen", also Langschläfer. "Der Rest befindet sich irgendwo dazwischen", sagt Achim Kramer, Chronobiologe an der Charité [Berlin](#).

Der Experte schätzt, dass bei rund 80 Prozent der Bevölkerung die innere Uhr nicht zur sozialen Uhr passt, die eine Anwesenheit um 7 oder 8 Uhr morgens im Büro oder in der Schule verlangt. Wenn morgens der Wecker klingelt, sind die meisten also innerlich noch auf Schlaf eingestellt. Einfach früher ins Bett zu gehen, ist aber nicht möglich, wenn der Zeiger der inneren Uhr noch nicht auf Schlafen steht.

Lesen Sie auch

- [Haben wir wirklich eine innere Uhr und wie funktioniert sie?](#)

<https://web.de/magazine/wissen/zeitumstellung/innere-uhr-39406510>

- [Dauerhaft Sommer- oder Normalzeit? Für Mediziner ist die Sache klar](#)

<https://web.de/magazine/wissen/zeitumstellung/zeitumstellung-abschaffen-mediziner-sache-36247886>

- [Warum die Zeitumstellung immer noch nicht abgeschafft ist](#)

<https://web.de/magazine/wissen/zeitumstellung/zeitumstellung-abgeschafft-37929216>

So kommt es jeden Tag zu einem kleineren oder größeren Schlafdefizit, das Chronobiologinnen und -biologen [auch sozialen Jetlag nennen](#). Das kann auf Dauer die Leistung einschränken und das Risiko für psychische Erkrankungen oder Diabetes und Adipositas erhöhen. "Je mehr sozialen Jetlag ich habe, desto ungesünder lebe ich", sagt Kramer.

Dauerhafte Sommerzeit? Keine gute Idee

Wird die Uhr im März um eine Stunde vorgestellt, verschlimmert das die Situation. Der Unterschied zwischen innerer Uhr und sozialer Uhr wird dadurch noch größer. Zwar werden wir im Sommer tendenziell früher wach als im Winter. Unsere Innenzeit würde im Sommer also besser zur sozialen Zeit passen - wäre da nicht die [Zeitumstellung](#). "Wir stellen einfach die Uhr vor und sagen, jetzt beginnt alles eine Stunde früher. Dadurch ist der positive Effekt im Sommer einfach wieder weg", sagt Kramer.



[Zeitumstellung](#)

Termin für die Zeitumstellung ist dieses Jahr ein Glücksfall

[vor 5 Stunden von Julia Wolfer](#)

Die Abschaffung der Zeitumstellung in der [EU](#) steht eigentlich schon seit 2018 auf der Agenda, nachdem sich bei einer europaweiten Umfrage 80 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer gegen die Zeitumstellung ausgesprochen hatten. Eine Mehrheit von 56 Prozent der Befragten sprach sich zudem für die Einführung einer dauerhaften [Sommerzeit](#) aus. Viele wünschen sich längere Abende – aber Expertinnen und Experten halten das für gar keine gute Idee.

Dauerhafte Sommerzeit: Lichtsignal am Morgen fehlt

Bei dauerhafter Sommerzeit würde unser Alltag dauerhaft früher beginnen. Zwar lässt sich die innere Uhr in einem gewissen Rahmen auf "früher" einstellen - dafür ist allerdings Tageslicht nötig, insbesondere am Morgen. Bei ewiger Sommerzeit würde die Sonne zum Beispiel in Hamburg am 22. Dezember aber erst um 9:35 Uhr aufgehen. Das Lichtsignal, das die innere Uhr vor allem am Morgen zur Synchronisierung braucht, kommt im Vergleich zu unserer sozialen Zeit also sehr spät.

"Wenn die Sonne endlich aufgegangen ist, sitzen wir längst in der Schule oder im Büro und kriegen das Licht nicht ab", sagt Kramer. "Das ist auch der Grund, warum sich heute schon viele nach der Zeitumstellung ganz schlecht an die neue Anfangszeit anpassen können."



[Interview Wissen](#)

[Darum werden nach der Zeitumstellung die Krankmeldungen steigen](#)

[25. März 2023 von Marie Illner](#)

Eine dauerhafte Sommerzeit würde demnach zu einem [dauerhaften sozialen Jetlag führen](#). Expertinnen und Experten wie Kramer plädieren daher eher für die Einführung einer dauerhaften Winterzeit. "Für Deutschland wäre die mitteleuropäische Normalzeit ideal, also das, was wir heute Winterzeit nennen. Dann steht die Sonne um 12:00 Uhr genau im Zenit", sagt Kramer.

Dass es dann am Abend früher dunkel wird, missfällt vielen Menschen. Die Normalzeit passt aber besser zu unserer Biologie und käme unserem inneren Rhythmus eher entgegen. Das gilt jedoch nicht für alle Länder in Europa.

Spanien zum Beispiel, wo die Sonne viel später aufgeht, müsste wie Portugal in eine andere Zeitzone kommen. "Und zwar in die von England, die mittlere Greenwich-Zeit", sagt Kramer. Geht es also rein nach unserer Biologie, müssten Länder die Zeitzone wechseln.

Wie lässt sich die innere Uhr an die soziale Zeit anpassen?

Aber auch ohne Zeitumstellung und ewige Sommerzeit ist die innere Uhr durcheinander. "Wir gehen oft schlecht mit Licht um und machen die ohnehin schon problematische Situation noch problematischer", sagt Kramer. Tagsüber halten wir uns meist drinnen auf, wo es meist dunkler ist als draußen. Nachts ist es aufgrund der vielen künstlichen Lichtquellen jedoch zu hell. Dadurch ist [unsere innere Uhr verschoben](#).

Wer morgens beim Klingeln des Weckers schlecht aus dem Bett kommt, dem rät Chronobiologe Kramer zu ganz viel Tageslicht, insbesondere am Morgen. "Fahren Sie mit dem Fahrrad zur Arbeit oder steigen Sie eine Station früher aus und gehen Sie die letzten Meter zu Fuß." Entscheidend ist auch die Lichtmenge am Abend.

Wer abends stundenlang vor dem Computerbildschirm sitzt und nicht den Nacht-Modus eingeschaltet hat, bekommt zu viel blaues Licht ab. Dieses blaue Licht wirkt besonders effektiv auf die innere Uhr. "Es signalisiert, dass es Tag ist - wir werden also später müde."

Ein bewussterer Umgang mit Licht kann also helfen, die innere Uhr etwas früher zu stellen. Dadurch lässt sich [der soziale Jetlag verringern](#). Aus einer Eule eine Lerche zu machen, ist

allerdings nicht möglich, sagt Kramer. "Man kann die innere Uhr leicht verändern, aber eben nicht in jedem Ausmaß. Wir können uns nicht komplett umstellen."

Über den Gesprächspartner:

- Prof. Dr. Achim Kramer ist Biochemiker und leitet die Abteilung Chronobiologie an der Charité Berlin.

Verwendete Quellen:

- Telefoninterview mit Prof. Dr. Achim Kramer
- germany.representation.ec.europa.eu: "[Zeitumstellung](#)"
- mpg.de: "[Chronobiologie: Innere Uhren im Takt](#)"
- sciencedirect.com: "[The Human Circadian Clock's Seasonal Adjustment Is Disrupted by Daylight Saving Time](#)"
- springer.com: "[Leben gegen die innere Uhr: Sozialer Jetlag gefährdet die Gesundheit](#)"
- aerzteblatt.de: "[Sozialer Jetlag und seine Folgen](#)"

* * *

<https://web.de/magazine/wissen/zeitumstellung/vermeiden-mini-jetlag-zeitumstellung-37403326>

So vermeiden Sie den Mini-Jetlag nach der Zeitumstellung

Galerie Zeitumstellung

Mehr Verkehrsunfälle, mehr verkaufte Schlafmittel: Obwohl es sich nur um eine Stunde handelt, sind die Folgen der Zeitumstellung statistisch spürbar. Unsere Galerie gibt Tipps, wie Sie Ihren Körper besser an die Zeitumstellung anpassen können.

13 Bilder

Aktualisiert am 24.10.2022, 12:07 Uhr

Am Sonntag werden die Uhren von Sommer- auf Winterzeit umgestellt. Morgens wird es früher hell und abends wird es früher dunkel. Obwohl uns so eine Stunde geschenkt wird, kann sich das Zurückdrehen der Zeiger in den Tagen danach auf unseren Biorhythmus auswirken. Abends fällt das Einschlafen schwer, morgens steht man übermüdet auf. Diesem Mini-Jetlag können Sie vorbeugen.

Obwohl zweimal im Jahr an der Uhr gedreht wird, fällt es vielen schwer, sich zu merken, in welche Richtung sie die Zeiger drehen müssen. Endet die Winterzeit, wird die Uhr eine Stunde vorgestellt, wir haben eine Stunde weniger. Im Herbst ist es umgekehrt. Hier hilft die Eselsbrücke: Im Frühjahr stellt man die Gartenmöbel vor (genauso wie die Uhr), im Herbst stellt man sie wieder zurück.

Egal ob die Zeiger im Frühjahr oder im Herbst umgestellt werden: Viele Menschen haben im Anschluss Probleme einzuschlafen und morgens wieder aus dem Bett zu kommen. Das gilt besonders für Menschen, die ohnehin schon unter Schlaflosigkeit leiden.

Wer immer um die gleiche Zeit ins Bett geht, sollte einige Tage vor der Zeitumstellung seine innere Uhr anpassen und früher zu Bett gehen. Am ersten Tag nur 15 Minuten, am zweiten

Seite E 33 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 846 vom 04.04.2024

Tag bereits eine halbe Stunde, am dritten Tag 45 Minuten. Am Tag der Zeitumstellung dann eine Stunde früher.

Das blaue Licht von Bildschirmen, etwa von Handys, Fernsehern oder Notebooks, wirkt sich auf die Melatoninausschüttung in unserem Blut aus. Das Hormon sorgt dafür, dass wir müde werden, wenn es dunkel wird. Durch blaues Licht wird dieser Effekt ausgebremst. Daher sollten Sie nach der Zeitumstellung ein bis zwei Stunden vor dem Einschlafen alle Bildschirme ausschalten.

Auch das falsche Essen kann Sie daran hindern, problemlos einzuschlafen. Am besten Sie verzichten mehrere Stunden vor der Bettruhe auf fettiges und kohlenhydratreiches Essen. Denn es ist schwer zu verdauen und kann so das Einschlafen behindern. Besser geeignet ist Nahrung mit einem hohen Eiweißanteil wie etwa Fisch, Fleisch oder Hülsenfrüchte.

Geruhsame Nacht, denn es pusht den Körper auf. Daher sollten Sie auf Kaffee oder Cola am Abend verzichten, besonders, wenn Sie morgens schon die ein oder andere Tasse Kaffee mehr getrunken haben, um richtig wach zu werden.

Trinken Sie stattdessen Tee am Abend. Das Heißgetränk sorgt nicht nur für Entspannung, sondern je nach Sorte auch dafür, dass wir müde werden. Etwa Tee mit Baldrian oder Melisse. Doch Vorsicht: Manche Teesorten können das Gegenteil bewirken. Schwarzer Tee enthält oft Koffein, wodurch der Tee dann schnell zu einem Wachmacher werden kann.

Ein Entspannungsbad am Abend hilft dem Körper, sich zu entspannen. Mit einer angenehm warmen Wassertemperatur und Kerzen mit Lavendel-Duft kann sich der Körper von den Strapazen durch die Zeitumstellung entstressen und das Einschlafen fällt leichter. Aber bitte während des Bades auf Bildschirme verzichten und lieber ein Buch zur Hand nehmen.

Da der Wecker gefühlt eine Stunde früher klingelt als in der Vorwoche, fällt es vielen nicht nur schwerer einzuschlafen, sondern auch am nächsten Morgen wieder wach zu werden. Dann hilft es, das Fenster zu öffnen und das Schlafzimmer mit frischer kalter Luft zu fluten. Da es jetzt zunächst morgens auch wieder heller ist, helfen die Sonnenstrahlen zusätzlich dabei, munter zu werden.

Nach einer kalten herbstlichen Frischluft-Brise im Schlafzimmer schnell unter die warme Dusche? Besser geeignet, um wach zu werden, ist Wechselduschen. Denn abwechselnd mit warmem und kaltem Wasser duschen fördert die Durchblutung und regt den Stoffwechsel an. Doch Vorsicht: Immer zuerst die Gliedmaßen mit kaltem Wasser besprühen!

Auch durch Bewegung wird unser Körper wach. Machen Sie ein paar Kniebeugen oder Liegestütze, bevor es ans Wechselduschen geht. Auch ein kleiner Spaziergang an der frischen Luft macht Sie wach. Bleibt aufgrund des späten Aufstehens keine Zeit dafür, können Sie beim Weg zur Arbeit Rolltreppen und Aufzüge links liegen lassen und stattdessen lieber die Treppe nehmen.

Was am Abend noch verpönt war, weil es uns wach macht, ist am nächsten Morgen natürlich willkommen. Gönnen Sie sich Ihren Lieblingskaffee, denn Sie haben ihn sich im Kampf gegen die innere Uhr verdient - und wach macht er auch.

xx) Neues Machtgleichgewicht. Die westlich dominierte Weltordnung wird von einem Konzert der fünf Großmächte abgelöst, glaubt Herfried Münkler. Wo bleibt Europa? Von Rolf Mützenich



Rolf Mützenich

Dr. Rolf Mützenich ist seit 2019 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Er gehört seit 2002 dem Bundestag an.

Aus meinem Bücherschrank 05.02.2024



picture alliance / Ikon Images/Gary Waters



Herfried Münkler (2023): „Welt in Aufruhr. Die Ordnung der Mächte im 21. Jahrhundert“, Rowohlt Berlin

Europa und die Welt befinden sich im Umbruch. Die „Pax Americana“ scheint zu Ende zu gehen und die Sicherheits- und Friedensordnung Europas ist zerfallen. Nach Jahrhunderten westlicher Dominanz verschiebt sich das weltweite Machtgleichgewicht zwischen den Staaten dramatisch. Die globale Ordnung ist spannungsreich und gefährlich: Dies zeigen die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten, der strategische Wettbewerb zwischen China und den USA, der Rückgang der Globalisierung, die Klimakrise, die Folgen der Pandemie, die Entwicklung neuer Technologien sowie der Wandel der Wirtschafts- und Arbeitswelt. Angesichts der steigenden Zahl und parallelen Verflechtung multipler Krisen sprach der Historiker Heinrich August Winkler kürzlich in einem Interview im *Handelsblatt* sogar von [einer „Weltkrise“](#).

Die Welt befindet sich derzeit in einem Interregnum – einem Übergang zwischen zwei Ordnungen. Das ist nicht unbedingt neu. Statt einer kooperativen und liberalen Weltordnung, erleben wir die Rückkehr von klassischer Machtpolitik und Interessensphären sowie die sukzessive Erosion internationaler Regelwerke und Normen. Noch bleibt ungewiss, wie die im Entstehen begriffene neue Weltordnung im Einzelnen aussehen wird. Doch eines ist sicher: Wir stehen an einem Wendepunkt der Weltgeschichte und die Entscheidungen, die wir als internationale Gemeinschaft heute treffen, werden maßgeblich das Schicksal der künftigen globalen Ordnung bestimmen.

Wir stehen an einem Wendepunkt der Weltgeschichte.

Dies wirft einige wichtige strategische Fragen auf: Wie wird sich die globale Machtverteilung in den nächsten Jahrzehnten verändern? Welche Länder können in Zukunft als dominierende Welt- und Regionalmächte gelten? Welche Regeln werden das Zusammenleben von Staaten bestimmen? Welche Gefahren und Chancen sind mit dieser neuen Ordnung verbunden?

Mit diesen und weiteren Fragestellungen hat sich Herfried Münkler in seinem Buch *Welt in Aufruhr. Die Ordnung der Mächte im 21. Jahrhundert* eingehend beschäftigt. In seinem neuesten Werk entwirft der Politikwissenschaftler in Anlehnung an Henry Kissinger ein theoretisches Weltordnungsmodell in Form einer Pentarchie als das wahrscheinlichste Zukunftsszenario. Seiner Auffassung nach ist die liberale Ordnung mit dem Scheitern des Afghanistan-Einsatzes und dem russischen Überfall auf die Ukraine [endgültig zu Ende gegangen](#). Münkler betont, dass eine unipolare Ordnung eines „Hüters“ bedarf, der universelle Werte und Normen weltweit garantiert und durchsetzt. Jedoch sind die USA spätestens seit der Wahl Donald Trumps nicht mehr gewillt oder kapazitiv in der Lage, dauerhaft als Ordnungsmacht aufzutreten und globale öffentliche Güter bereitzustellen. Auch die Vereinten Nationen haben sich letztendlich bei der Bewältigung großer Menschheitsaufgaben als [zu handlungsunfähig](#) beziehungsweise als „zahnloser Tiger“ erwiesen, so der Autor. Das weitgehend [westliche Projekt der „Einen Welt“](#) mit einem umfassenden Regelwerk, starker Wertebindung und offenem Weltmarkt wird von Münkler folglich vorerst als gescheitert betrachtet.

Fünf dominante Mächte bilden gemeinsam ein sogenanntes „Direktorium der globalen Ordnung“.

Anstelle einer Ordnung universaler Werte und Normen mit einem „Hüter“ als Zentralmacht organisiert sich in Münklers Modell die Weltordnung künftig über fünf Machtzentren mit eigenen Einflusszonen und konkurrierenden Wertesystemen. Zu den großen fünf Weltordnungsmächten des 21. Jahrhunderts gehören demnach die beiden [rivalisierenden Supermächte USA und China](#), die Europäische Union, Russland und das mittlerweile

bevölkerungsreichste Land der Welt, [Indien](#). Diese fünf dominanten Mächte bilden gemeinsam ein sogenanntes „Direktorium der globalen Ordnung“. Daran schließt sich eine zweite (sowie eine dritte und vierte) Reihe von Staaten an, um deren Gunst und Unterstützung die großen Fünf wetteifern, um ihren Einfluss zu maximieren. Insbesondere die Länder des Globalen Südens sind in diesen Reihen vertreten, darunter Brasilien, Indonesien und Südafrika – also genau jene Staaten, mit denen Bundeskanzler Olaf Scholz bereits seit seinem Amtsantritt erfolgreich neue und vertiefte Formen der Zusammenarbeit anstrebt, wie beispielsweise [beim G7-Gipfel in Schloss Elmau](#) im Juni 2022 oder [in seiner Rede vor den Vereinten Nationen](#) im vergangenen Jahr.

In dem von Herfried Münkler konzipierten multipolaren „System der Fünf“ steht das demokratische Lager, angeführt von den USA und der EU, einem autokratischen Block gegenüber, der von China und Russland dominiert wird. Indien fungiert dabei als ausbalancierende Macht beziehungsweise als „Zünglein an der Waage“ – eine Rolle, die historisch betrachtet lange Zeit von Großbritannien im europäischen Mächtekonkord des 19. Jahrhunderts eingenommen wurde. Münkler schließt nicht aus, „dass sich im Hintergrund der Pentarchie eine bipolare Konstellation auf Grundlage des Gegensatzes von demokratischen Rechtsstaaten und autoritären Regimen entwickelt“, betont jedoch, dass dies nicht mit der bipolaren Konfrontation des Kalten Krieges verwechselt werden sollte. [Die Polmächte entwickeln in ihren Einflusszonen](#) zwar unterschiedliche Regelsysteme und Werteordnungen, doch Münkler unterstreicht, dass er eine „starre Wertekonfrontation“ zwischen den Blöcken für unwahrscheinlich hält und eine „partielle Kooperation über die Blockbildung hinweg“ für möglich erachtet. Eine Voraussetzung hierfür ist jedoch eine wechselseitige Anerkennung innerhalb des Clubs der Weltmächte.

Ein weiterer entscheidender Faktor für die Stabilität dieses Modells ist das bereits erwähnte „Zünglein an der Waage“. Als ausgleichende Balancemacht zwischen beiden Blöcken trägt sie „die größte Verantwortung für den Fortbestand des Systems“. Der Autor weist darauf hin, dass historisch gesehen das Scheitern von Pentarchien oft auf ein Versagen des Gleichgewichtsmechanismus zurückzuführen ist. In dem vorgestellten Modell übernimmt Indien als Repräsentant des Globalen Südens die wichtige Rolle als ausgleichende Macht. Dabei wird besonders deutlich, wie eng Münklers Vorstellung einer künftigen Weltordnung mit der gegenwärtigen geopolitischen Lage und insbesondere dem Krieg in der Ukraine („dem Zankapfel bei der Formierung der neuen Weltordnung“) verknüpft ist. Im Zusammenhang mit dem russischen Überfall auf die Ukraine kommt Indien, das enge Beziehungen sowohl zum Westen als auch zu Russland unterhält, naturgemäß die Rolle der ausgleichenden Macht zu. Die große Frage ist jedoch, ob Indien diese Rolle auch im strukturellen Konflikt zwischen China und den USA übernehmen kann, besonders da Indien als zweite aufstrebende asiatische Weltmacht selbst im Wettbewerb mit China steht. Möglicherweise müsste dann eine andere Macht die Funktion des „Züngleins an der Waage“ übernehmen – vielleicht sogar eine, die [bisher noch nicht den großen Fünf angehört](#)?

Das Buch dient zugleich als Mahnung an den Alten Kontinent.

Münkler betont in seinem Buch nachdrücklich, dass ein „Stühlerücken“ innerhalb seines Weltordnungsmodells einer Pentarchie durchaus möglich ist – „von der Spitze bis zum unteren Ende kann sich die Besetzung der Plätze ständig ändern“. Das Buch dient somit zugleich als Mahnung an den Alten Kontinent, denn der Platz Europas als Mitglied des Direktoriums in der zukünftigen Weltordnung ist keineswegs gesichert. Die Europäische Union muss sich „aus einem umtriebigen Regelgeber und Regelbewirtschafter in einen machtpolitisch handlungsfähigen Akteur“ verwandeln. Hierfür sind dringend umfassende institutionelle Reformen sowie ein Ausbau der EU erforderlich – insbesondere die Abschaffung des Vetorechts und eine Ausweitung der Gemeinschaftsmethode.

Bundeskanzler Olaf Scholz hat in seinen wegweisenden europapolitischen Grundsatzreden [in Prag](#) und [in Straßburg](#) bereits bedeutende Impulse für die Neugestaltung der Europäischen Union präsentiert. Dabei setzte er sich nachdrücklich für eine geopolitische, erweiterte und reformierte Europäische Union ein. Der russische Überfall auf die Ukraine und eine [mögliche Wiederwahl Donald Trumps](#) im November dieses Jahres sollten uns Europäern als eindringlicher Weckruf dienen, der uns dazu ermutigt, verstärkt nach strategischer Souveränität zu streben. Die EU kann in der multipolaren Welt des 21. Jahrhunderts nur erfolgreich bestehen, wenn es ihr gelingt, die Einheit Europas zu vollenden und der Rückkehr von Machtpolitik und Interessensphären mit einem eigenständigen Modell zu begegnen.

In seinem Buch unterstreicht Münkler zudem, dass auch der Platz anderer Großmächte im Weltordnungsdirektorium, insbesondere Russlands, keineswegs in Stein gemeißelt ist. Seine Modellannahme steht letztlich unter dem „Vorbehalt des Ungewissen“ – vieles lässt sich gegenwärtig noch nicht mit Gewissheit vorhersagen, wie er selbst mehrfach erwähnt.

Ob sich das System einer Pentarchie letztendlich als tragfähige und stabile Weltordnung etablieren kann, bleibt abzuwarten.

Dennoch ist Münkler überzeugt, dass eine multipolare Ordnung das Optimum sei, „was unter den sich abzeichnenden Konstellationen der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts möglich ist“. Ob sich das System einer Pentarchie letztendlich als tragfähige und stabile Weltordnung etablieren kann, bleibt abzuwarten. Der Autor weist in seinem Werk zwar zu Recht darauf hin, dass „die multipolaren Systeme Europas eine auffällige Neigung zu Fünfer-Konstellationen“ aufweisen. Allerdings fehlen genau diese Erfahrungen Mächten wie China, die in ihrer Geschichte nur begrenzt mit multipolaren Systemen und Pentarchien in Berührung kamen. Es ist ebenso wichtig zu bedenken, dass die letzte europäische Pentarchie im Ersten Weltkrieg endete. Daher ist auch heute ein [stabiles Fundament internationaler Regelwerke und gemeinsamer Institutionen](#) unerlässlich, um einen unkontrollierten Wettbewerb und Eskalationsprozesse zu verhindern. Völkerrecht, [Rüstungskontrolle](#) sowie internationale und regionale Organisationen müssen neben potenziellen Gestaltungsmächten erhalten bleiben und fortentwickelt werden.

In Zeiten großer globaler Veränderungen und Spannungen erweisen sich Bücher wie Münklers *Welt in Aufruhr* als äußerst sinnvoll, um die gewaltigen Umbrüche unserer Zeit besser zu verstehen und einordnen zu können. Sein Buch gewährt nicht nur einen Ausblick auf die Zukunft der globalen Machtstrukturen, sondern bietet auch eine tiefgehende Reise durch die Gedankenwelten einiger der bedeutendsten politischen Denker. Münkler verwebt sein Modell einer Pentarchie geschickt mit den Ideen von Thukydides, Machiavelli, Clausewitz und Carl Schmitt, wodurch er nicht nur eine zeitgemäße Analyse liefert, sondern auch historische Perspektiven in den aktuellen Diskurs einbettet. Im theoretischen Teil des Buches liegt allerdings auch eine der wenigen Schwächen seiner Analyse, da er ausschließlich auf westliche Denker zurückgreift, obwohl die sich entwickelnde Weltordnung des 21. Jahrhunderts vermutlich so wenig „westlich“ sein wird wie seit vielen Jahrhunderten nicht mehr.

Insgesamt ist Münkler mit *Welt in Aufruhr* ein beeindruckendes Werk gelungen, welches nicht nur zum Nachdenken anregt, sondern auch eine wertvolle Grundlage für Diskussionen und strategische Überlegungen über die Zukunft der internationalen Ordnung bietet.

https://www.ipg-journal.de/aus-meinem-buecherschrank/artikel/neues-machtgleichgewicht-7289/?utm_campaign=de_40_20240206&utm_medium=email&utm_source=newsletter

xx) Verbrannte Hoffnung. Frauen sind überproportional von globalen Krisen betroffen. Zur Finanzierung der Gleichstellungsziele müssen Superreiche zur Kasse gebeten werden. Von Magdalena Sepúlveda



Magdalena Sepúlveda
Genf

Magdalena Sepúlveda ist Mitglied der Unabhängigen Kommission für die Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung (ICRICT) und Geschäftsführerin der Globalen Initiative für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Zuvor war sie Sonderberichterstatlerin der Vereinten Nationen zu extremer Armut und Menschenrechten.

Wirtschaft und Ökologie 07.03.2024



Chile, 2019: Der Klimawandel und die damit verbundenen Katastrophen wie vermehrte Waldbrände treffen Frauen überproportional.- *picture alliance / Reuters Rodrigo Garrido Valparaíso*

Ana blickt zu ihrer Schwester Rosa, der die Verzweiflung ins Gesicht geschrieben steht, und sagt: „Wir haben alles verloren.“ Beide Frauen sind über 70 Jahre alt und leben in der chilenischen Region Valparaíso, die im Februar von den verheerendsten Waldbränden der Geschichte verwüstet wurde. Mindestens 133 Menschen starben, viele werden nach wie vor vermisst. Die beiden Schwestern, die als Hausangestellte arbeiten, haben das von ihren Eltern geerbte Haus verloren. Innerhalb weniger Minuten ging das Werk von zwei Generationen in Flammen auf. Da die Schwestern, wie so viele Frauen, keinen Zugang zum regulären Bankensystem haben, verloren sie außerdem ihre gesamten Ersparnisse, die sie in Bargeld aufbewahrt hatten.

Rosa und Anas Schicksal ist dabei jedoch kein Einzelfall: Weltweit werden Frauen von Rekordhitze, Dürreperioden, Überschwemmungen und verheerenden Waldbränden überproportional hart getroffen. Im vergangenen Jahr berichteten die Nachrichten über Brandkatastrophen in den USA, Griechenland, Nepal, Kolumbien und Spanien, um nur einige der betroffenen Länder zu nennen. Auch aus Venezuela, Ecuador und Kolumbien wurden schwere Brände gemeldet, während in Brasilien riesige Tropenwaldgebiete vernichtet wurden. In Afrika gibt es von Äquatorialguinea bis zu den Küstenstädten Südafrikas ebenfalls viele Regionen, die regelmäßig wegen Waldbränden evakuiert werden müssen. In Australien hingegen ließen Buschbrände im Februar das Vieh verenden, sie zerstörten Hab und Gut und zwangen 2 000 Menschen zur Flucht aus den Städten rund um Melbourne. Die Feuer weckten Erinnerungen an die Brände des „Schwarzen Sommers“ 2019/2020, die ein Gebiet von der Größe der Türkei verwüsteten und 33 Menschen und drei Milliarden Tiere in den Tod rissen.

Aufgrund struktureller Diskriminierung und traditioneller Rollenmuster haben Frauen unter Katastrophen, die durch den Klimawandel bedingt sind, unverhältnismäßig stark zu leiden.

Weltweit führen die sich verschärfende Klimakrise, Umweltzerstörung und Extremwetterereignisse in Kombination mit schlechter Planung und unzureichenden Anpassungsmaßnahmen dazu, dass die Zahl der Naturkatastrophen in alarmierendem Maß zunimmt und es immer mehr Leidtragende gibt. Wer dabei wie massiv unter den Folgen zu leiden hat, ist nicht nur sehr unterschiedlich, sondern hängt auch stark vom Geschlecht ab: Aufgrund struktureller Diskriminierung und traditioneller Rollenmuster haben Frauen unter Katastrophen, die durch den Klimawandel bedingt sind, unverhältnismäßig stark zu leiden; sie sind mit spezifischen Risiken konfrontiert, die sich zudem wechselseitig bedingen. Denn bei allen Aspekten eines Katastrophenfalls zeigen sich geschlechtsspezifische Unterschiede – angefangen mit der Tatsache, dass Evakuierungen durch Haus- und Care-Arbeit erschwert werden, bis hin zu eingeschränkten Regenerationsmöglichkeiten.

Frauen haben außerdem keinen gleichberechtigten Zugang zu wirtschaftlichen Ressourcen, weniger Entscheidungsgewalt in ihren Familien und Gemeinschaften und wenig Erfahrung mit politischer Partizipation. Das führt häufig dazu, dass sie kaum Hilfe und Unterstützung bekommen, wenn sie nach Katastrophen gezwungen sind, wieder von vorn anzufangen.

Um angesichts der Zunahme von durch den Klimawandel verursachten Katastrophen die Resilienz von Frauen zu stärken, muss daher unbedingt in die Überwindung der Geschlechterkluft investiert werden. Leider besteht, wie die Vereinten Nationen warnend feststellen, bei der Umsetzung der Gleichstellungsziele eine gravierende Finanzierungslücke. Der Fehlbetrag ist gewaltig: Um die von den Ländern im Rahmen der Agenda 2030 für Entwicklung zugesagten Verpflichtungen zu erfüllen, bräuhete es jedes Jahr 360 Milliarden US-Dollar.

Da die Kassen vieler Länder des Globalen Südens jedoch leer sind, lassen die zur Beseitigung struktureller Ungleichheit benötigten Finanzmittel sich nur aufbringen, wenn international stärker zusammengearbeitet wird. Bisher sind allerdings nur vier Prozent der bilateralen Hilfen primär für den Zweck der Geschlechtergleichstellung bestimmt. Das Instrument der bilateralen Hilfen ist jedoch nicht die einzige Option. Als Mitglieder der Unabhängigen Kommission zur Reform der internationalen Vermögensbesteuerung (*Independent Commission for the Reform of the International Corporate Taxation System*, ICRICT) vertreten wir die Auffassung, dass alle Länder und besonders die Länder des Globalen Südens ihre finanzpolitischen Spielräume vergrößern können, indem sie diejenigen besteuern, die am reichsten sind: Konzerne und Multimillionäre.

Seite E 40 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 846 vom 04.04.2024

Ein zentraler Ansatz ist dabei die Einführung einer weltweiten Mindeststeuer von zwei Prozent auf das Vermögen von Superreichen.

Ein zentraler Ansatz ist dabei die Einführung einer weltweiten Mindeststeuer von zwei Prozent auf das Vermögen von Superreichen. Im Februar hat der renommierte Wirtschaftswissenschaftler Gabriel Zucman, der ebenfalls der ICRICT angehört, dieses Programm den Finanzministern der G20 auf ihrem Treffen im brasilianischen São Paulo vorgestellt. Die Maßnahme orientiert sich an der globalen Mindeststeuer für Unternehmen, würde weniger als 3 000 Einzelpersonen betreffen und jährlich etwa 250 Milliarden US-Dollar einbringen. Die Besteuerung der Superreichen, die bislang fast keine Steuern zahlen, wäre folglich ein enormer Fortschritt. Zusammen mit der globalen Mindeststeuer für multinationale Unternehmen ließen sich die zusätzlichen 500 Milliarden US-Dollar zusammenbringen, die benötigt werden, um den Klimawandel zu bekämpfen und in Programme zur Überwindung der Geschlechterkluft und zum Empowerment von Frauen zu investieren.

Denn stellvertretend für Tausende von Frauen, die in Katastrophengebieten leben, stehen Ana und Rosa nach den Bränden ohne materielle Besitztümer da. Für sie als ältere Frauen ohne ausreichende Rente oder Sozialleistungen war das eigene Haus die einzige Absicherung gegen die Armut. Trotzdem können sie sich noch glücklich schätzen, denn aufgrund schlecht gebauter Häuser oder enger Gassen überlebten viele andere die Tragödie nicht oder verloren in anderen Regionen gemeinsam mit ihrer Ernte die Existenzgrundlage.

Angesichts von zahllosen Krisen, Kriegen, hohen Inflationsraten und hoher Verschuldung ist für viele Regierungen die Förderung der Geschlechtergleichstellung mittlerweile jedoch kein vorrangiges Ziel mehr. Vor diesem Hintergrund sollten wir uns zum diesjährigen Internationalen Frauentag wieder bewusst machen, dass es ohne Geschlechtergleichheit keinen sozialen Fortschritt geben kann. Frauen müssen als Akteurinnen anerkannt werden, die im Rahmen von Entwicklungsstrategien eine entscheidende Rolle spielen – das ist eine Schlüsselvoraussetzung für eine gerechtere, integrativere und nachhaltigere Gesellschaft. Die Superreichen, die in vielen Fällen von Krisen profitieren, außerdem zur Kasse zu bitten, hält für unsere Regierungen ein Instrument parat, das für die soziale Gerechtigkeit enorm viel bewirken kann.

Aus dem Englischen von Christine Hardung

https://www.ipg-journal.de/rubriken/wirtschaft-und-oekologie/artikel/verbrannte-hoffnung-7375/?utm_campaign=de_40_20240307&utm_medium=email&utm_source=newsletter

keine Berichte

Keine Berichte

01) Wenn zwei sich streiten ... Das deutsch-französische Führungsversagen ist ein Risiko für unsere Sicherheit. Der Schaden betrifft nicht nur die Verteidigungsfähigkeit Europas. Von Gesine Weber



Gesine Weber
New York

Gesine Weber ist derzeit *Visiting Scholar* am *Arnold A. Saltzman Institute for War and Peace Studies* an der *Columbia University*. Als *Research Fellow* ist sie außerdem beim *German Marshall Fund* in Paris tätig, wo sie zur europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik forscht.

Außen- und Sicherheitspolitik 29.02.2024



Werden wohl keine besten Freunde mehr: Emmanuel Macron und Olaf Scholz.- *picture alliance / Associated Press | Markus Schreiber*

In den vergangenen Jahren ist mehr als deutlich geworden, dass das deutsch-französische Tandem – historisch gesehen ein zentraler Motor der europäischen Integration – auf der Ebene der politischen Führung einfach nicht zusammenfindet. Bei wirtschafts- und energiepolitischen Fragen – man denke an Atomenergie, Freihandelsabkommen oder Industriepolitik – sind die Positionen von Paris und Berlin oft gegensätzlich. Zwar hat eine deutsch-französische Expertengruppe [Vorschläge zur institutionellen Weiterentwicklung der EU](#) vorgelegt, doch eine gemeinsame politische Ambition für die Zukunft des europäischen

Projekts haben Deutschland und Frankreich bisher nicht formuliert. Und krachend gescheitert sind Berlin und Paris daran, eine Führungsrolle beim Angehen der größten sicherheitspolitischen Herausforderung für die EU seit ihrer Gründung einzunehmen. Weder gelingt es Deutschland und Frankreich, bei der Unterstützung der Ukraine gemeinsam voranzugehen, noch haben sie einen gemeinsamen Fahrplan für die Stärkung der europäischen Verteidigung. Angesichts der Lage in der Ukraine, aber auch in Anbetracht der strukturellen geopolitischen Verschiebungen – wie beispielsweise des erwartbar abnehmenden Engagements der USA in der europäischen Verteidigung – sind Ambitionen und Visionen für die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik jedoch kein Selbstzweck. Sie sind eine strategische Notwendigkeit.

Die Konferenz zur Unterstützung der Ukraine, zu der Frankreichs Präsident Emmanuel Macron Ende Februar eingeladen hatte, illustrierte die Differenzen zwischen Deutschland und Frankreich noch einmal deutlich. Es handelte sich um kein offizielles Treffen im Rahmen der EU, sondern um ein Treffen zur Koordinierung der Positionen europäischer Staaten, der USA und Kanadas zur weiteren Unterstützung der Ukraine. Das Ziel dabei war unter anderem, [eine klare Botschaft der Geschlossenheit zu senden](#). Erreicht haben Macron und Scholz mit ihren jeweiligen Medienauftritten jedoch das Gegenteil. Als Macron in der Pressekonferenz zum Abschluss der Konferenz erklärte, dass die Entsendung europäischer Truppen auf ukrainischen Boden [nicht ausgeschlossen werde](#), ließ die [deutsche Reaktion](#) kaum auf sich warten. Scholz wiederholte, dass die bisherige Position – keine Entsendung von deutschen oder NATO-Truppen in den Konflikt – unverändert bleibe, und Wirtschaftsminister Habeck forderte Frankreich zur Lieferung von mehr Waffen auf. Diese öffentlichen Widersprüche sind keine strategische Ambiguität, sondern ein massiver Schaden für die Glaubwürdigkeit der Unterstützung Europas für die Ukraine. Die notwendige Nachricht der Geschlossenheit, die Europa mit der Konferenz demonstrieren wollte, haben Scholz und Macron damit schlichtweg untergraben.

Die signifikanten Differenzen zwischen Deutschland und Frankreich in Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sind nicht neu.

Die signifikanten Differenzen zwischen Deutschland und Frankreich in Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sind nicht neu. Während Frankreich traditionell auf ein starkes Europa und vor allem eine starke EU setzt, hat Deutschland schon immer eine stärkere transatlantische Orientierung, mit einem klareren Fokus auf der NATO als auf der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU. Besonders deutlich wurde dieser Gegensatz beim öffentlichen Schlagabtausch von Emmanuel Macron und der damaligen deutschen Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer vor den US-Wahlen 2020. Während der französische Präsident klar für eine europäische strategische Autonomie plädierte und die Europäer aufforderte, auch unabhängig von den USA mehr zu tun, veröffentlichte Kramp-Karrenbauer wenige Tage darauf einen Artikel mit dem Titel [Europe Still Needs America](#) („Europa braucht Amerika weiterhin“) – woraufhin Macron in einem Interview ausführlich [sein Argument darlegte](#). Und auch abgesehen von ihren Präferenzen für eine europäische Verteidigung unterscheiden sich Deutschland und Frankreich in ihrer strategischen Kultur. In Deutschland herrschen Parlamentsvorbehalt und eine gesellschaftlich verankerte Skepsis gegenüber allem Militärischen vor. Demgegenüber steht eine Interventionsarmee auf der französischen Seite samt dem Willen, diese auch zur Sicherung eigener Sicherheitsinteressen einzusetzen.

Diese Differenzen müssen jedoch nicht zwangsläufig eine Paralyse auf der europäischen Ebene bedeuten. Geopolitische Notwendigkeit und Pragmatismus haben auch in der Vergangenheit zu Kompromissen zwischen Deutschland und Frankreich geführt, beispielsweise bei den verschiedenen Initiativen zur Stärkung der europäischen Verteidi-

gung nach dem Brexit und der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten. Der zentrale Unterschied zur heutigen Situation scheint jedoch der politische Wille zu sein: Während Deutschland und Frankreich auf das Brexit-Referendum umgehend mit dem Willen antworteten, [das europäische Projekt voranzutreiben](#), fehlt diese Ambition heute – in einer Situation, die für die EU zwar ebenfalls ein geopolitischer Stresstest ist, aber ungleich bedrohlicher.

Strukturell gesehen haben deutsch-französische Vorhaben den großen Vorteil, dass, metaphorisch gesprochen, der Maschinenraum für deutsch-französische Zusammenarbeit weiterhin existiert und jederzeit anlaufen könnte. Wer die deutsch-französischen Beziehungen [pauschal als „gebrochen“ bezeichnet](#), wird der Realität auf der Arbeitsebene nicht gerecht, wo nach wie vor die deutsch-französische Koordinierung nahezu ein Reflex ist. Allerdings kann das Potenzial des besten Maschinenraums nicht genutzt werden, wenn das gemeinsame Ziel fehlt. Mit ihren individuellen und teils entgegengesetzten Ansätzen verhindern Deutschland und Frankreich aktuell daher nicht nur die Nutzung von viel Potenzial für die EU, sondern sie verursachen auch einen europäischen Kollateralschaden.

Führung in der europäischen Verteidigung muss neu gedacht werden.

Aus dem Vakuum der deutsch-französischen Führung resultiert entsprechend, dass Führung in der europäischen Verteidigung neu gedacht werden muss. Bei der europäischen Unterstützung für die Ukraine haben andere Akteure in der EU bereits bewiesen, dass dies möglich ist: Die [gemeinsame Beschaffung von Munition](#) durch die EU geht auf eine Initiative Estlands zurück. Auch wenn die Lieferungen aktuell hinter den Ambitionen liegen, ist die Maßnahme wichtig zur konkreten Unterstützung der Ukraine und zur langfristigen Stärkung Europas als sicherheitspolitischer Akteur. Außerdem dürfte Polen auch in Zukunft eine wichtigere Rolle zukommen: Warschau ist nicht nur einer der resolutesten Unterstützer der Ukraine, sondern hat mit der neuen pro-europäischen Regierung großes Potenzial, auch in Brüssel eine Gestaltungsrolle einzunehmen. Möglicherweise könnte auch das Format des Weimarer Dreiecks, das die Außenministerinnen und Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens zuletzt mit viel Enthusiasmus [wiederbelebt haben](#), eine Option zum Überbrücken der deutsch-französischen Differenzen sein, und zugleich für eine geografisch ausgeglichene Führung.

Beim Managen des europäischen Kollateralschadens durch die deutsch-französische Führungsschwäche hat vor allem die EU-Kommission eine zentrale Rolle gespielt. Durch die Nutzung von EU-Instrumenten – wie der [Europäischen Friedensfazilität](#) zur Finanzierung der militärischen Unterstützung für die Ukraine oder der [Förderung der gemeinsamen Beschaffung in der europäischen Verteidigungsindustrie](#) (EDIRPA) – hat die EU-Kommission gezeigt, dass zentrale Initiativen nicht immer aus Paris oder Berlin kommen müssen, sondern dass auch Brüssel eine stärkere Rolle spielen kann. Auch die Möglichkeit, [das EU-Budget für gemeinsame Verteidigung zu nutzen](#) (wie auch bei der Beschaffung von Impfstoffen oder Gas), wie zuletzt von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erwähnt, wäre ein zentraler Schritt für mehr europäische Verteidigung „Made in Brussels“.

Langfristig allerdings bleibt ein deutsch-französischer Kompromiss alternativlos für die Zukunft der EU als sicherheitspolitische Akteurin, nicht zuletzt weil Entscheidungen über die GSVP oder potenzielle Änderungen der EU-Verträge Einstimmigkeit erfordern. Wenn es Deutschland und Frankreich nicht gelingt, sich auf gemeinsame Positionen bei zentralen Fragen zu einigen – etwa bei der nach der Finanzierung der militärischen Unterstützung der

Seite E 46 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 846 vom 04.04.2024

Ukraine, nach einer Strategie für die europäische Rüstungsindustrie oder nach einer geopolitischen Selbstversorgung der EU –, dann riskieren sie, dass es nicht beim Kollateralschaden für europäische Verteidigung bleibt.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/wenn-zwei-sich-streiten-2-7356/?utm_campaign=de_40_20240301&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Keine Berichte

Europäische Union (EU) (Seiten E 48 - E 66)

01) Die andere europäische Wahl. Der Europarat wacht über die Einhaltung von Demokratie und Menschenrechten. In diesem Jahr steht er an einem Scheideweg. Von Ingmar Naumann



Ingmar Naumann

Straßburg

Ingmar Naumann leitet das Verbindungsbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Straßburg.

Europäische Integration 21.03.2024



picture alliance / Uta Poss Die Skulptur „Menschenrechte“ von Mariano González Beltrán steht vor dem Europapalast in Straßburg, wo der Europarat tagt.- Europäische Integration 21.03.2024 |

Die Wahl zum Europäischen Parlament findet im Juni statt. Doch in den weitläufigen Hallen des Straßburger Europapalastes, die von den geschwungenen Holzkonstruktionen der 1970er Jahre geprägt sind, treten drei weitere Schlüsselfiguren ins Rampenlicht: Didier Reynders, Alain Berset und Indrek Saar. Ihre Kandidaturen für das Amt des Generalsekretärs des Europarates könnten das Zünglein an der Waage sein, das bestimmt, wie Regierungen und europäische politische Parteien in diesem Jahr Schlüsselpositionen besetzen und die Rolle der Organisation auf der europäischen und internationalen Bühne gestalten.

Verkannt und chronisch unterschätzt, steht der Europarat – eine von der Europäischen Union (EU) völlig unabhängige internationale Organisation – bis heute im Schatten seiner Namensvetter, dem Europäischen Rat (bestehend aus den Staats- und Regierungschefs der EU-Länder) und dem Rat der EU (bestehend aus den Ministerinnen und Ministern der

nationalen Regierungen der EU). Im Mai 1949 gegründet, war er die erste europäische Nachkriegsorganisation. Heute zählt er 46 Mitglieder: Alle EU-Mitgliedstaaten sowie alle europäischen Flächenstaaten, einschließlich der Türkei, gehören dem Europarat an, mit den Ausnahmen Belarus und Kosovo. Trotz seiner historischen Bedeutung und der Schaffung bahnbrechender Standards wie der Europäischen Menschenrechtskonvention, die einen umfassenden Katalog grundlegender Menschenrechte in den Mitgliedsstaaten verankert und eine einzigartige Klagemöglichkeit geschaffen hat, sah er sich in den letzten Jahren einem schwindenden Einfluss und wachsender Kritik ausgesetzt. Als „zahnloser Tiger“ verspottet, schien er vor allem gegenüber der EU ins Hintertreffen zu geraten.

Der beispiellose Ausschluss Russlands aus der Organisation im März 2022 war eine unmissverständliche Botschaft an die Welt.

Doch Russlands Einmarsch in die Ukraine und die dadurch ausgelöste Zeitenwende haben den Europarat wieder ins Rampenlicht der internationalen Politik gerückt. Der beispiellose Ausschluss Russlands aus der Organisation im März 2022 war eine unmissverständliche Botschaft an die Welt: Der Europarat ist entschlossen, seine Grundprinzipien zu verteidigen. Das politische Erdbeben hat der Bedeutung dieser Organisation neue Dringlichkeit verliehen und sie als unverzichtbares Dialogforum für die Ukraine, den Westbalkan und den Kaukasus positioniert.

Die Beziehungen zwischen der EU und dem Europarat gleichen einem anspruchsvollen Tanz auf hohem, aber unterschiedlichem diplomatischem Parkett. Der Europarat, der ältere und erfahrenere Tänzer, rühmt sich zu Recht seiner Unabhängigkeit und seines reichen Repertoires an Maßnahmen zum Schutz der Menschenrechte, zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit und zur Stärkung der Demokratie. Er hat zwar weder Souveränitätsrechte noch Gesetzgebungskompetenzen, ist aber unangefochtener Meister im Verfassen von Konventionen, die wiederum von den Mitgliedstaaten ratifiziert werden müssen. Die EU, der jüngere und dynamischere Partner, bewegt sich mit wirtschaftlicher und politischer Kraft. In dieser Choreografie muss sich der Europarat oft der dominanten Führung der EU beugen – so scheint es auf den ersten Blick. Eine feine Pointe: Die EU, deren Handlungsspielraum durch den Vertrag von Lissabon erweitert wurde, beruft sich regelmäßig auf gemeinsame Standards und nutzt Einhaltung- und Kontrollmechanismen wie die Wahlbeobachtung durch den Europarat. So liefert der Europarat die Normen und Standards, während die EU ihre politische und wirtschaftliche Macht nutzt, um sie in ihren Außenbeziehungen durchzusetzen.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ist ein scharfes Schwert im Arsenal des Europarates.

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg strahlt wie ein Juwel der Rechtsstaatlichkeit, auch wenn er mit Tausenden von Fällen überlastet ist. Entgegen der landläufigen Meinung ist der Gerichtshof ein scharfes Schwert im Arsenal des Europarates, der als bestallter Hüter und Siegelwahrer der Menschenrechte in Europa fungiert. Die Schärfe seiner Klinge zeigt sich darin, dass alle 46 Mitgliedstaaten die Europäische Menschenrechtskonvention ratifiziert haben, was bedeutet, dass die Urteile des Gerichtshofs für alle diese Staaten und Regierungen bindend sind. Ein eindrucksvolles Beispiel ist das [„Big Brother Watch“-Urteil](#) von 2021 gegen das Vereinigte Königreich. Darin stellte der Gerichtshof fest, dass die Massenüberwachung durch den britischen Geheimdienst gegen das Recht auf Privatsphäre und Meinungsfreiheit verstößt. Das Urteil hatte weitreichende Folgen für die Überwachungspraxis in Europa und setzte neue Maßstäbe für das empfindliche Gleichgewicht zwischen nationaler Sicherheit und bürgerlichen Freiheiten. Der vermeintlich „zahnlose Tiger“ entpuppt sich im Zweifel als wehr-

hafter Hüter der Menschenrechte. Die langjährigen Drohungen der Hardliner in der Tory-Partei des britischen Premierministers Rishi Sunak, den Europarat verlassen zu wollen, bestätigen daher eher dessen tagespolitische Wirkmacht.

Doch der Europarat sieht sich im aktuellen politischen Gezeitenwechsel mit einem schwindenden Respekt für demokratische Regeln und rechtsstaatliche Prinzipien konfrontiert. Dies zeigt sich, wenn Mitgliedstaaten Empfehlungen schlicht ignorieren, Untersuchungen zur Menschenrechtslage aktiv behindern oder Urteile des Menschenrechtsgerichtshofs einfach nicht umsetzen. Ein Blick auf Länder wie Ungarn, die Türkei und bis vor kurzem auch Polen vermittelt ein eindringliches Bild der Problematik. Dabei stellen sich neben vielen praktischen auch grundsätzliche Fragen: Wie viele Verstöße gegen die Normen und Regeln der Organisation können toleriert werden, ohne die Glaubwürdigkeit des Europarates zu untergraben?

Inmitten dieser Turbulenzen wird in diesem Jahr ein neuer Generalsekretär des Europarates von der Parlamentarischen Versammlung gewählt. Seit 2019 bekleidet die Kroatian Marija Pejčinović Burić das Amt, in dem sie für die Außenvertretung, die strategische Planung, das Arbeitsprogramm und den Haushalt des Europarates zuständig ist. Drei Kandidaten haben nun ihren Hut in den Ring geworfen: der belgische EU-Justizkommissar Didier Reynders, der ehemalige Schweizer Bundespräsident Alain Berset und der ehemalige estnische Kulturminister Indrek Saar. In einem nächsten Schritt wird das Ministerkomitee die Kandidaten befragen und eine Empfehlung an die Parlamentarische Versammlung aussprechen.

Andere wichtige Weichen für die Zukunft des Europarates wurden bereits im Januar 2024 gestellt: Im zweiten Wahlgang wählte die Parlamentarische Versammlung den Iren Michael O'Flaherty zum neuen Menschenrechtskommissar und den Griechen Theodoros Rousopoulos zum neuen Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung, der in seiner Antrittsrede deutlich machte, dass neben der Ukraine und der Aufarbeitung der dort begangenen Verbrechen die Erhöhung der Sichtbarkeit der Organisation oberste Priorität haben werde.

2024 wird zweifellos ein entscheidendes Jahr für den Europarat.

Die Wahl des Generalsekretärs im Juni und sein Amtsantritt im September 2024 sind weit mehr als Formalitäten – sie werden die Zukunft des Europarates entscheidend prägen. In einer Zeit, in der autoritäre Regime auf dem Vormarsch sind und die Pfeiler von Demokratie und Menschenrechten ins Wanken geraten, muss der Europarat den Anspruch erheben, mehr zu sein als ein symbolisches Bollwerk. Er steht vor der Aufgabe, sich als unverzichtbare Bastion im Kampf für Menschenrechte und Demokratie zu behaupten und seine strategische Bedeutung zu erhöhen. Doch wie kann das gelingen?

Eine Antwort könnte in der sich rasant entwickelnden Digitalisierung liegen, bei der der Europarat bereits eine wichtige Rolle spielt. Durch die Überarbeitung der Datenschutzkonvention stellt er sicher, dass moderne Probleme wie Big Data und KI-gestützte Überwachungssysteme angegangen werden, um die Privatsphäre und die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Die Organisation steht auch kurz vor dem Abschluss der Verhandlungen über eine KI-Konvention, die sicherstellen soll, dass der Einsatz von KI sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor transparent und den Menschenrechten verpflichtet ist. Ein weiteres Beispiel ist die Anpassung an neue Formen der Cyberkriminalität. Angesichts zunehmender Cyber-Angriffe auf kritische Infrastrukturen muss er Rahmenbedingungen schaffen, die den Mitgliedstaaten helfen, ihre digitalen Verteidigungsstrategien unter Wahrung der Bürgerrechte zu stärken. Es liegt auf der Hand,

dass diese hochkomplexen Aufgaben und die koordinierte Zusammenarbeit der verschiedenen Organe eine entsprechende finanzielle Ausstattung erfordern, an der es derzeit offensichtlich mangelt.

2024 wird zweifellos ein entscheidendes Jahr für den Europarat. Auch wenn die Wahl des neuen Generalsekretärs weniger Aufmerksamkeit auf sich ziehen dürfte als die Wahl des Europäischen Parlaments im gläsernen Nachbargebäude, ist sie doch von immenser Bedeutung. Wie und mit welchen Maßnahmen der neue Generalsekretär den enormen Herausforderungen der Gegenwart begegnen wird, entscheidet nicht nur über die Zukunft der Organisation, sondern hat potenziell weitreichende Auswirkungen auf die gesamte politische Entwicklung Europas.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/europaeische-integration/artikel/die-andere-europaeische-wahl-7409/?utm_campaign=de_40_20240322&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Ungenutztes Potenzial. Das Verhältnis der Europäischen Union zum südostasiatischen Staatenverbund ASEAN bleibt halbherzig. Wie es besser geht, zeigt Australien. Von Pia Dannhauer



Pia Dannhauer

Perth

Pia Dannhauer ist Forschungs- und Programmmitarbeiterin (Südostasien) am *Perth USAsia Centre*. Zuvor war sie für das *Asia Pacific Research and Advice Network* tätig – eine interne Denkfabrik, die EU-Entscheidungsträger unterstützt.

Asien 20.03.2024



50-jähriges Jubiläum der Beziehungen: Australiens Außenministerin Penny Wong heißt ihre ASEAN-Kollegen willkommen.- *picture alliance/Associated Press | Hamish Blair*

Es ist ein goldenes Jubiläum: Anfang März feierten Australien und der Verbund Südostasiatischer Nationen (ASEAN) mit einem Sondergipfel das 50-jährige Bestehen ihrer diplomatischen Beziehungen. Auch wenn Australien der älteste Partner des ASEAN ist, war und ist die Partnerschaft zwischen ihnen nicht immer problemlos. Australiens Beteiligung am Quadrilateralen Sicherheitsdialog (Quad) mit Indien, Japan und den USA sowie seine Ankündigung des AUKUS-Sicherheitspakts mit den USA und Großbritannien stießen in der Region auf gemischte Reaktionen. Auch Menschenrechtsfragen wurden zu einer Belastung in der Beziehung, wie in der [umstrittenen Rede](#) des philippinischen Präsidenten Marcos Jr. vor dem australischen Parlament deutlich wurde. Nichtsdestotrotz scheinen die Beziehungen zwischen den beiden immer enger zu werden – durch eine Reihe neuer Vereinbarungen über eine Vertiefung der Zusammenarbeit in den Bereichen Handel, erneuerbare Energie und maritime Sicherheit.

Die Verbindungen der Europäischen Union zum ASEAN sind fast so alt wie die Australiens – ihre diplomatischen Beziehungen wurden 1977 aufgenommen. Und doch wirkt die Partnerschaft zwischen den beiden Staatengemeinschaften nach wie vor halbherzig – das Potenzial dieser Partnerschaft kommt nicht voll zur Geltung.

Andere an einer Zusammenarbeit mit ASEAN interessierte Länder wie China, Japan und Indien wetteifern um Einfluss in Südostasien.

Angesichts der zunehmenden wirtschaftlichen und geopolitischen Bedeutung von Südostasien ist dieses ungenutzte Potenzial ein Problem. Beide regionalen Organisationen haben wichtige gemeinsame strategische Interessen, da sie sich beide für eine inklusive multilaterale Ordnung einsetzen und nicht in die Rivalitäten zwischen den USA und China verstrickt werden wollen. Diese Beziehung hat auch ein beträchtliches wirtschaftliches Potenzial, da Südostasien (als Block) Prognosen zufolge bis 2040 zur [viertgrößten Volkswirtschaft](#) der Welt aufsteigen wird. Aber andere an einer Zusammenarbeit mit ASEAN interessierte Länder wie China, Japan und Indien wetteifern um Einfluss in Südostasien und untergraben dabei langsam, aber sicher den Vorteil Europas als einem der [ersten Investoren](#) des ASEAN.

Die politisch Verantwortlichen der EU sollten daher vom australischen Ansatz lernen. Der Schlüssel zu einer stärkeren Zusammenarbeit mit dem ASEAN liegt darin, die Organisation – und ihre Einschränkungen – besser zu verstehen. Canberra hat ein deutliches Zeichen für sein Engagement in der regionalen Beziehung gesetzt, gemeinsame Ziele in die Tat umgesetzt und die Einschränkungen des ASEAN erfolgreich umschifft.

Der diplomatische Ansatz des ASEAN stützt sich sehr auf Dialog und persönliche Beziehungen.

Der diplomatische Ansatz des ASEAN stützt sich sehr auf Dialog und persönliche Beziehungen. Australiens kontinuierliches Engagement auf höchster Ebene war deshalb ein entscheidender Schritt für die Vertrauensbildung in der Partnerschaft. Die Regierung von Premierminister Anthony Albanese war mit dem Wahlversprechen angetreten, die Zusammenarbeit mit Südostasien zu intensivieren. Das ist zwar keine neue Priorität in der australischen Außenpolitik, aber die Regierung hat der Beziehung mittels konzertierter diplomatischer Bemühungen eine neue Dringlichkeit verliehen.

Die Ernennung der malaiisch sprechenden Penny Wong zur Außenministerin sowie ausgedehnte Reisen von politisch Verantwortlichen auf Regierungs- und Ministerebene durch die gesamte Region unterstrich Canberras politischen Willen. [Albaneses Reise](#) auf

die Philippinen im vergangenen Jahr war der erste Besuch eines australischen Premierministers in dem Land seit 20 Jahren. Zu den weiteren bemerkenswerten Erfolgen gehören eine umfangreiche Partnerschaftsvereinbarung mit Laos, ein neues Verteidigungsabkommen mit Osttimor sowie die Verbesserung der diplomatischen Beziehungen zu Vietnam, den Philippinen und Brunei. Die Ausrichtung des ASEAN-Sondergipfels vom 4. bis 6. März in Melbourne markierte den Höhepunkt dieser Bemühungen.

Europa muss seine Anstrengungen intensivieren und aufrechterhalten.

Das Beispiel Australiens zeigt, dass Europa sein Engagement für eine Zusammenarbeit mit dem ASEAN steigern kann. Eine Zunahme an Aktivitäten wie der Besuch der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen auf den Philippinen oder die beiden Ministertagungen von EU-ASEAN und EU-Indopazifik im Februar sind ein guter Anfang. Angesichts des großen Stellenwerts, den Dialog und persönliches Engagement für den ASEAN hat, schwächt die [Abwesenheit von Schlüsselfiguren](#) wie dem französischen Außenminister und der deutschen Außenministerin bei wichtigen multilateralen Sitzungen allerdings den Versuch, die bilateralen Beziehungen zu stärken. Europa muss seine Anstrengungen intensivieren und aufrechterhalten, um die Beziehungen zwischen den Staatengemeinschaften auszubauen.

Australien konnte zudem seine Beziehungen zu der Region stärken, indem es eine klare Kooperationsagenda aufstellte und dabei seine politischen Maßnahmen sorgfältig den Bedürfnissen der Region anpasste. Letztes Jahr gab das Land eine Wirtschaftsstrategie für die Zusammenarbeit mit Südostasien heraus und kündigte auf dem Sondergipfel die Einrichtung einer [Investitionsfazilität mit zwei Milliarden Australischen Dollar](#) an, umgerechnet mehr als 1,2 Milliarden Euro. Das ist nicht nur ein klarer Strategieplan für die Förderung von Handel und Investitionen in beide Richtungen, sondern auch ein wichtiger Schritt für den ASEAN, deren Mitglieder ihre wirtschaftliche Abhängigkeit von China verringern wollen. Gleichzeitig sind diese Maßnahmen eine sofortige Lösung für Finanzierungslücken in Bereichen wie der Energiewende und unterstreichen damit Australiens Engagement, seinen Partnern zuzuhören und gezielt zu helfen.

In Südostasien herrscht Skepsis darüber, ob die EU in der Lage ist, wichtige und grundsätzliche Zusagen zum Wohl der Region tatsächlich in konkrete Initiativen umzusetzen.

Im Gegensatz dazu herrscht in Südostasien Skepsis darüber, ob die EU in der Lage ist, wichtige und grundsätzliche Zusagen zum Wohl der Region tatsächlich in konkrete Initiativen umzusetzen. Auf dem EU-ASEAN-Jubiläumsgipfel im Jahr 2022 sagte die EU beispielsweise Hilfen in Höhe von zehn Milliarden Euro für Konnektivitätsprojekte in der Region zu. Zwei Jahre später muss immer noch [über die Hälfte des Betrags mobilisiert](#) werden. [Streitigkeiten mit Malaysia und Indonesien](#) über die EU-Verordnungen zu Biodiesel und Drohungen, anderen ASEAN-Mitgliedstaaten wegen Menschenrechtsverletzungen [Handelsprivilegien zu entziehen](#), haben die ambivalente Haltung mancher ASEAN-Staaten gegenüber Brüssel noch intensiviert.

Die EU wird derzeit in erster Linie als normativer Akteur und Kooperationspartner bei den neueren Sicherheitsbedrohungen wie Klimawandel angesehen und weniger als „dritter Weg“ inmitten der Rivalität zwischen den USA und China im indopazifischen Raum. Der Krieg in der Ukraine hat die Wahrnehmung verstärkt, dass Europa gerade durch seine unmittelbare Nachbarschaft abgelenkt ist und der EU die enge Zusammenarbeit mit den

USA wichtiger ist als eine strategische Autonomie im Indopazifik. Um seine Glaubwürdigkeit als Partner für den ASEAN zu erhöhen, muss Europa daher seinen Grundsätzen unbedingt auch substanzielle Taten folgen lassen.

Sowohl Canberras als auch Brüssels diplomatischer Ansatz mit dem ASEAN ist durch die Verpflichtung des Staatenbunds zu Nichteinmischung und zum Konsensprinzip geprägt. Die auf dem Sondergipfel in Melbourne verabschiedete Erklärung veranschaulicht die Einschränkungen. [Einem Vorentwurf](#) war zu entnehmen, dass Australien eine starke Haltung der Regierungen gegen das Eindringen Chinas in umstrittene Teile des Südchinesischen Meers anstrebte, einschließlich Hinweisen auf den [Schiedsspruch von 2016](#), der Chinas Ansprüche auf Seegebiete zurückgewiesen hatte. Ein zu starkes Drängen hätte jedoch das Ziel der Vertrauensbildung in der Partnerschaft untergraben. Aufgrund der verschiedenen geopolitischen Ausrichtungen innerhalb des ASEAN fiel die Abschlusserklärung dann sehr viel moderater aus – selbst als während des Gipfeltreffens ein chinesisches Schiff am Second Thomas Shoal mit einem philippinischen Versorgungsschiff zusammenstieß.

Genau wie Australien muss auch die EU geopolitische Divergenzen mit dem ASEAN umschiffen. Die politisch Verantwortlichen der EU würden es begrüßen, wenn der ASEAN den russischen Überfall auf die Ukraine schärfer verurteilen würde, aber die ASEAN-Mitgliedstaaten sind in ihren Haltungen zum Krieg nach wie vor gespalten. Einige ASEAN-Regierungen haben dagegen von den politisch Verantwortlichen der EU gefordert, konsequenter für die Einhaltung des Völkerrechts und der Menschenrechte in [Palästina einzutreten](#). Für die Beziehung zwischen den Staatengemeinschaften wird es eine entscheidende Rolle spielen, wie diese Differenzen überwunden werden können. Die EU und der ASEAN funktionieren unterschiedlich, wobei der ASEAN in seinen Handlungsmöglichkeiten eingeschränkter ist. Deshalb ist es unabdingbar, eine gemeinsame Basis zu finden und sich auf das zu konzentrieren, was möglich ist, um die gemeinsamen Grundsätze wie Multilateralismus und die auf festen Regeln beruhende Weltordnung zu schützen.

https://www.ipg-journal.de/regionen/asien/artikel/ungenutztes-potenzial-7402/?utm_campaign=de_40_20240319&utm_medium=email&utm_source=newsletter

03) Mehr Schein als (selbstständig) Sein. Die EU stärkt die Rechte von Plattformbeschäftigten. Den Unternehmen bleiben allerdings Schlupflöcher, die nicht jedes Mitgliedsland schließen will.
Von Tobias Mörschel & Oliver Philipp

Arbeit und Digitalisierung 15.03.2024



Keine Lust auf Kochen? Einer von 28 Millionen Plattformbeschäftigten bringt gerne noch eine Bestellung vorbei.- *picture alliance / Jochen Tack*

Es war eine Überraschung für alle Beteiligten, als die EU-Mitgliedstaaten am Montag, 11. März, die Richtlinie über Plattformarbeit endgültig verabschiedeten – und dies ohne Zustimmung von Frankreich und Deutschland. Dies ist besonders bemerkenswert, da Entscheidungen im Rat normalerweise mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden, was bedeutet, dass mindestens 15 Mitgliedstaaten zustimmen müssen, die zusammen mindestens 65 Prozent der EU-Bevölkerung ausmachen müssen. Dass sich dieses Mal kleinere Staaten nicht nach dem Abstimmungsverhalten der beiden größten Mitgliedstaaten richten und ihre gegenteiligen Interessen durchsetzen, ist neu und aus deutsch-französischer Perspektive bedenklich.

Verliert das „German-Vote“ damit seine Wirkung? Das Signal an die anderen Mitgliedstaaten ist jedenfalls deutlich: Es geht auch ohne Deutschland und Frankreich. In Deutschland hat abermals die FDP die Ampel-Koalition blockiert. Dadurch konnte die Bundesregierung, obwohl SPD und Grüne die Plattformrichtlinie begrüßen, sich nicht auf eine einheitliche Position einigen. Die deutsche Enthaltung wird in Europa als Ablehnung gewertet und schwächt das deutsche Ansehen. Ob sich dieser Trend fortsetzt, wird sich zeitnah bei weiteren EU-Beschlüssen, wie dem EU-Lieferkettengesetz, zeigen. Auch hier blockiert die FDP.

Verliert das „German-Vote“ seine Wirkung?

Dass die Richtlinie dennoch verabschiedet wurde, ist dem Stimmverhalten von Estland und Griechenland zu verdanken. Hatten beide Mitgliedstaaten die Richtlinie bis dato ebenfalls abgelehnt, änderten sie überraschend „im Geiste des Kompromisses“ ihre Haltung. Welche Zugeständnisse diesen Geist bewirkt haben, ist nicht bekannt. Insbesondere Estland, Heimat des globalen Plattformunternehmens Bolt, schien bis dahin wenig Interesse an einer stärkeren Regulierung von Online-Plattformen zu haben.

Wie ist die Verabschiedung der Direktive über Plattformarbeit zu bewerten? Vor mehr als einem Jahrzehnt begannen Plattformen wie Uber, sich in ersten europäischen Metropolen wie Paris oder London zu etablieren. Es dauerte jedoch bis 2021, bis die Europäische Kommission ihren Vorschlag zur Regulierung der Plattformarbeit und Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Plattformbeschäftigten vorlegte. Ein zentraler Aspekt und Hauptstreitpunkt der Verhandlungen, die sich über zwei Jahre hinzogen, war der Beschäftigungsstatus der Plattformarbeiter. Viele der etwa 28 Millionen Menschen, die über Online-Plattform arbeiten, werden formal als Selbstständige eingestuft, obwohl sie ausschließlich für ein Plattformunternehmen tätig sind und eine klare Abhängigkeit besteht. Folglich haben sie keinen Anspruch auf Rente, Mindestlohn, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder andere arbeitsrechtliche Schutzmaßnahmen wie Sozial- oder Krankenversicherung.

Bisher mussten Plattformbeschäftigte langwierige und kostspielige Gerichtsverfahren durchlaufen, um zu beweisen, dass sie Arbeitnehmer sind und somit Anspruch auf die damit verbundenen Rechte haben. Mit der neuen Richtlinie wurde die Einführung einer Beschäftigungsvermutung mit der Umkehrung der Beweislast beschlossen. Das bedeutet nun, dass es an den Plattformunternehmen liegt zu beweisen, dass die Beschäftigten keine Arbeitnehmer sind.

Dies ist ohne Zweifel ein wichtiger Schritt für Plattformbeschäftigte, darf allerdings nicht dahingehend missverstanden werden, dass Plattformen nun diejenigen sind, die ein Verfahren einleiten müssen. Es bedeutet lediglich, dass, wenn beispielsweise eine Arbeitsaufsichtsbehörde feststellt, dass ein Arbeitnehmer scheinselbstständig ist und die Plattform aufgefordert wird, den Arbeitnehmer anzustellen, es in der Verantwortung der Plattform liegt, juristisch dagegen vorzugehen. Das Urteil der Arbeitsbehörde kann jedoch auch ausgesetzt werden, während die Plattform es gerichtlich anfechtet. Leider lässt hierüber die Richtlinie jedem Mitgliedsstaat freie Hand. Denn dies ist ein großes Problem: Oftmals bleiben Plattformarbeiter nur wenige Monate an einem Arbeitsplatz und arbeiten nicht mehr dort, wenn nach Jahren festgestellt wird, dass sie tatsächlich Scheinselbstständige waren und Anspruch auf einen Arbeitsvertrag gehabt hätten.

Den Mitgliedstaaten wird eine beträchtliche Flexibilität bei der Ausgestaltung der Beschäftigungsvermutung überlassen.

Darüber hinaus ist in der Richtlinie festgehalten, dass die Modalitäten der Beschäftigungsvermutung von den Mitgliedstaaten festgelegt werden sollen. Dabei ist nicht weiter spezifiziert, wie diese gestaltet werden sollen, beispielweise, ob es sich um Kriterien handeln soll und wie eine Beschäftigung im Kontext von Plattformen definiert wird. Somit wird den Mitgliedstaaten eine beträchtliche Flexibilität bei der Ausgestaltung der Beschäftigungsvermutung überlassen. Dies birgt die Gefahr, dass in verschiedenen Mitgliedstaaten unterschiedliche Standards gelten, die davon abhängen, wie die Richtlinie von den Mitgliedstaaten interpretiert und in nationales Recht umgesetzt wird. Angesichts des starken Lobbyismus von Plattformunternehmen wie Lieferando oder Volt bedarf es keiner großen Fantasie, um anzunehmen, dass die Auslegung zugunsten dieser Unternehmen ausfallen wird. Folglich könnten Plattformbeschäftigte in engagierten Mitgliedstaaten, wie Spanien, die mit der *Rider-Law* bereits ein arbeitnehmerfreundliches Gesetz eingeführt haben, möglicherweise bessergestellt sein als Arbeitnehmer in Ländern wie Frankreich, die der Richtlinie von Anfang an skeptisch gegenüberstanden.

Die Richtlinie wird also kaum dafür sorgen, dass über Nacht jeder Plattformarbeiter den Beschäftigungsstatus erhält, der ihm zusteht. Vielmehr liegt es jetzt an den Mitgliedstaaten im Umsetzungsprozess soziale Schwachstellen der Richtlinie auszubessern, sofern kein

Seite E 57 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 846 vom 04.04.2024

Koalitionspartner dies blockiert. Eine besondere Rolle kommt hierbei auch den Gewerkschaften zu, die durch Tarifverhandlungen die Beschäftigungsvermutung durchsetzen können.

Die Richtlinie wird also kaum dafür sorgen, dass über Nacht jeder Plattformarbeiter den Beschäftigungsstatus erhält, der ihm zusteht.

Wie wichtig effektive Umsetzungsmaßnahmen sind, zeigt ein Negativbeispiel aus Belgien. Ein belgisches Gesetz zur Plattformarbeit, das dem Richtlinienvorschlag der Kommission ähnelt, enthält keine Umsetzungsmaßnahmen, nicht einmal die Beweislast für die Plattformen. Infolgedessen hatten belgische Arbeitsbehörden keine Mechanismen zur Verfügung, um Maßnahmen gegen die Plattformen zu ergreifen, nachdem diese das Gesetz ignoriert hatten. Mehr als ein Jahr nach Verabschiedung des Gesetzes wurde kein Plattformarbeiter zum Angestellten gemacht.

Der Richtlinienentwurf der spanischen Ratspräsidentschaft sah solche Mechanismen vor – beispielsweise, dass die zuständigen Behörden Inspektionen bei Plattformunternehmen durchführen sollen, bei denen ein Arbeitnehmer als scheinselfständig eingestuft wurde, oder dass Antragsteller auf Scheinselfständigkeit Unterstützung erhalten. Beides wurde im endgültigen Text nicht übernommen, wodurch es der Richtlinie an klaren Umsetzungsinstrumenten fehlt.

Ein weiteres wichtiges Kapitel der Richtlinie ist dem algorithmischen Management am Arbeitsplatz gewidmet. Viele Plattformbeschäftigte, wie Essenslieferanten oder Uber-Fahrer, erhalten ihre Aufträge per App, werden per App lokalisiert, kontrolliert und ihre Leistung überwacht. Algorithmen haben die direkte Führung durch einen Vorgesetzten ersetzt. Daher ist es wichtig, für Transparenz zu sorgen und klare Grenzen abzustecken, auf welche Daten der Algorithmus zugreifen darf – und viel wichtiger, auf welche nicht. Die neue Richtlinie sieht ein vollständiges Verbot der Verarbeitung bestimmter Datensätze vor, beispielweise zum psychischen Zustand oder der Religionszugehörigkeit. Zudem sind private Gespräche oder Informationen außerhalb der beruflichen Tätigkeit der Person nunmehr tabu.

Wichtige Entscheidungen, wie beispielsweise in Bezug auf Vergütung, Kündigung oder Sperrung von Konten, müssen fortan immer von einem Menschen getroffen werden. Zusätzlich haben Plattformbeschäftigte die Möglichkeit, die Hilfe eines Datenexperten in Anspruch zu nehmen, um Zugang zu ihren Daten zu erhalten, wobei die Kosten von der Plattform getragen werden müssen. Diese Neuerung ist äußerst wegweisend und geht über die Allgemeine Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) hinaus. Allerdings wird die DSGVO bereits oft nicht eingehalten. Daher bleibt abzuwarten, wie einfach es in der Praxis für Plattformbeschäftigte sein wird, die gewünschten Informationen zu erhalten, und ob die Plattformen die neuen Vorschriften einhalten werden.

Es ist ausgesprochen wichtig, dass dieser Ansatz weiterverfolgt wird. Es sollte nicht nur Plattformbeschäftigten ermöglicht werden, von mehr Transparenz und Fairness in Bezug auf algorithmisches Management am Arbeitsplatz zu profitieren, sondern diese Rechte sollten für alle Arbeitnehmer gelten, unabhängig ihrer Branche. Die Plattformrichtlinie und AI-Act der EU, dem das Europäische Parlament am Mittwoch, 13. März, zugestimmt hat, sind ein Schritt in die richtige Richtung, jedoch noch nicht ausreichend. Gewerkschaften fordern daher von der neuen Kommission nach den Europawahlen einen Vorschlag für eine Richtlinie zu KI am Arbeitsplatz.

Die Europäische Kommission hat sich mit dieser Richtlinie nicht weniger als eine europaweite Harmonisierung der Plattformwirtschaft mit einheitlichen Standards auf die Fahne geschrieben. Dieses Ziel, so deutlich muss man sein, wird nicht erreicht. Nichtsdestotrotz ist die Plattformrichtlinie ein Schritt in die richtige Richtung hin zu fairer Plattformarbeit. Dennoch reicht dies nicht aus. Es bedarf nun einer umfassenden Umsetzung auf nationaler Ebene, die die Interessen der Arbeitnehmer in den Mittelpunkt stellt, sowie starke Gewerkschaften. Zudem braucht es Regelungen im Hinblick auf algorithmisches Management am Arbeitsplatz, die über die Plattformwirtschaft hinausgehen und für alle Beschäftigten gelten.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/arbeit-und-digitalisierung/artikel/mehr-schein-als-selbststaendig-sein-7395/?utm_campaign=de_40_20240315&utm_medium=email&utm_source=newsletter

04) Who Cares? Sorgearbeit ist systemrelevant, verantwortlich sind oft unterbezahlte Frauen, die kaum Anerkennung erfahren. Ein europäischer Care Deal ist notwendig. Von Agnes Mach



Agnes Mach
Brüssel

Agnes Mach ist Referentin für politische Bildung und Gleichstellung bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brüssel.

Europa 07.03.2024 | [Agnes Mach](#)



picture alliance / Associated Press | Martin MeissnerEchte Heldin.

Die Pandemie machte es allen deutlich: Care-Arbeit, verstanden sowohl als die bezahlte als auch die unbezahlte Sorgearbeit, ist systemrelevant. Wir alle sind zu verschiedenen Zeitpunkten in unserem Leben auf Care angewiesen – es ist deshalb höchste Zeit, diese Arbeit nicht als selbstverständlich hinzunehmen und ihre Rolle für unser eigenes und das gesellschaftliche Wohlergehen anzuerkennen.

Care-Arbeit wird hauptsächlich von Frauen getätigt. Sie setzt vor allem emotionale Intelligenz voraus, macht doch ein großer Teil von Care die Sorge und das Kümmeren um Mitmenschen aus. Aber auch der Haushalt oder das Kochen gehören dazu – alles, was zur Erfüllung unserer Grundbedürfnisse notwendig ist. Gerade die unbezahlte Care-Arbeit im Privatbereich wird dennoch kaum als „richtige Arbeit“ gewürdigt oder wahrgenommen. Verschiedene Kampagnen aus den letzten Jahren, etwa zum [Mental Load](#) von Frauen, arbeiten gegen diese Vorstellung an und fordern ein Umdenken: Jede Form von Arbeit muss gewürdigt und entsprechend anerkannt werden. Eigentlich eine selbstverständliche Forderung, wenn man sich verschiedene Studien und Umfragen zur Zeiterfassung anschaut: Zwischen Erwerbstätigkeit und unbezahlten Care-Verpflichtungen leisten Frauen regelrechte Doppelschichten, während Männer deutlich mehr Zeit für Freizeit und Erholung finden. Für diese zusätzliche Arbeit werden Frauen jedoch in einer Gesellschaft, die nur Erwerbstätigkeit würdigt und entlohnt, systematisch bestraft.

Care-Arbeit trägt entscheidend zu bestehenden Geschlechterungleichheiten bei.

Care-Arbeit trägt dadurch entscheidend zu bestehenden Geschlechterungleichheiten bei. Aufgrund von Care-Verpflichtungen gegenüber Kindern und pflegebedürftigen (Schwieger-)Eltern arbeiten Frauen deutlich häufiger in Teilzeit – in vielen Ländern auch noch mit tatkräftiger Unterstützung durch den Staat, der mit Steueranreizen wie dem Ehegattensplitting eine solche Praxis fördert. In der Folge verdienen Frauen EU-weit [rund 36,2 Prozent](#) weniger als Männer. Dadurch sind sie jedoch nicht nur während der Erwerbstätigkeit finanziell abhängiger: Auch im Rentensystem zeigt sich, dass Karrierepausen etwa für die Elternzeit in unserer Gesellschaft vor allem bestraft werden. Der [Gender Pension Gap](#) beträgt EU-weit 29,4 Prozent, in Deutschland sogar 36,3 Prozent. Frauen sind dadurch deutlich häufiger von Altersarmut betroffen.

Verschärft wird diese Situation dadurch, dass bezahlte Sorgearbeit – auch wieder hauptsächlich von Frauen ausgeführt – nicht angemessen vergütet wird: Der Stundenlohn für Pflegekräfte liegt in der EU [21 Prozent unter dem Durchschnitt](#). Frauen werden also in jeglicher Hinsicht für Care-Arbeit finanziell benachteiligt, während gleichzeitig etwa durch den demografischen Wandel der Bedarf an Sorgearbeit steigt.

Eine Bekämpfung dieser strukturellen Benachteiligung ist deshalb längst überfällig. Eine Tatsache, die in den vergangenen Jahren auch auf der politischen Ebene langsam Gehör findet. Einen wichtigen Rahmen bieten dafür auf EU-Ebene die EU-Gleichstellungsstrategie – die diese Zusammenhänge bereits vor Corona erkannt und benannt hatte – sowie die Europäische Säule Sozialer Rechte, die einen Fahrplan aufzeigt für die Soziale Agenda der EU inklusive Fokus auf Geschlechtergerechtigkeit, gute Arbeitsbedingungen und Bezahlung sowie auf ein Recht auf gute Pflege und Kinderbetreuung.

In diesem Kontext gab es in den letzten Jahren tatsächlich einige erste Erfolge, um die Gleichstellung der Geschlechter und eine stärkere Würdigung von Sorgearbeit EU-weit zu verankern. Ein wichtiger Schritt zur stärkeren Anerkennung von unbezahlter Care-Arbeit war die [Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben](#). Um einen gesellschaftlichen Wandel hin zu einer gemeinsamen Aufteilung von Sorgearbeit zu befördern, gilt nun EU-weit das Recht auf mindestens zehn Tage vergütete Vaterschaftszeit. Auch für die Pflege

Seite E 60 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 846 vom 04.04.2024

Angehöriger haben alle EU-Bürgerinnen und -Bürger nun das Recht auf fünf Fehltage bei der Arbeit. Die langsame Umsetzung dieser Richtlinie durch die EU-Mitgliedstaaten – fast alle Länder hatten die Richtlinie erst nach Ablauf der gesetzlichen Frist umgesetzt – zeigt, dass dies nur ein erster Schritt gewesen sein kann.

Künftig soll auch die bezahlte Sorgearbeit durch zwei weitere EU-Richtlinien indirekt eine Aufwertung erfahren.

Künftig soll daher auch die bezahlte Sorgearbeit durch zwei weitere EU-Richtlinien indirekt eine Aufwertung erfahren. Die neue [EU-Richtlinie für angemessene Mindestlöhne](#) legt etwa fest, dass der Mindestlohn ab Ende dieses Jahres 60 Prozent des Medianlohnes eines EU-Mitgliedslandes oder 50 Prozent des Durchschnittslohns entsprechen muss. In Deutschland entspricht das momentan einem [Mindestlohn von 14 Euro](#). Auch über Care hinaus stellt dies einen entscheidenden Schritt dar, um den *Gender Pay Gap* zu schließen, da Frauen im Niedriglohnsektor überrepräsentiert sind. Den Berechnungen der Europäischen Kommission zufolge kann der *Gender Pay Gap* so von aktuell 12,7 Prozent um bis zu fünf Prozentpunkte gesenkt werden. Die zusätzliche Vorgabe von stärkerer Tarifbindung in den Mitgliedstaaten ebnet außerdem den Weg für eine stärkere kollektive Interessenvertretung, um über das Lohnniveau hinaus auch die schlechten Arbeitsbedingungen etwa im Pflegesektor zu bekämpfen.

Über die neue [EU-Richtlinie für Lohntransparenz](#) wird außerdem eine Aufwertung der bezahlten Care-Arbeit möglich. Die Richtlinie sieht nicht nur das Recht auf Auskunft zur Vergütung von Kolleginnen und Kollegen und eine Handlungspflicht für mittlere und größere Unternehmen zur Reduzierung des betrieblichen *Gender Pay Gap* vor – mit der „hypothetischen Vergleichsperson“ enthält sie außerdem ein Instrument, um zukünftig Lohnvergleiche auch sektorübergreifend möglich zu machen. So wurde eine rechtliche Basis geschaffen, um etwa die niedrige Bezahlung im Pflegesektor anfechten zu können. Ein wichtiges Instrument für mehr Geschlechtergerechtigkeit, denn [Langzeitstudien zeigen](#), dass über alle Berufsfelder hinweg der Lohn und die Arbeitsbedingungen bei steigendem Frauenanteil schlechter werden und sich umgekehrt bei steigendem Männeranteil wieder verbessern. Dank der EU-Richtlinie müssen solche Entwicklungen nicht mehr hingenommen werden.

Damit bezahlte und unbezahlte Sorgearbeit jedoch tatsächlich mehr Anerkennung und Aufwertung erfährt, muss mehr als das passieren. Die Weichen dafür stellt die [Europäische Care-Strategie](#), die insbesondere mit Blick auf die frühkindliche Betreuung und Erziehung sowie die Langzeitpflege der gesamten EU großen Handlungsbedarf attestiert. Die EU-Mitgliedstaaten haben in der Folge gemeinsame Mindeststandards beschlossen: Mindestens 45 Prozent der Kinder unter drei Jahren sollen einen Betreuungsplatz erhalten und mindestens 96 Prozent der Kinder zwischen drei Jahren und dem Schuleintritt. Für die Langzeitpflege wurde lediglich das Recht auf Zugang zu qualitativ hochwertiger und bezahlbarer Pflege attestiert – positiv muss man hier sehen, dass sich die Mitgliedstaaten damit erstmals auf der EU-Ebene zum Handlungsbedarf in der Langzeitpflege bekennen.

Die Care-Strategie sowie die neuen Selbstverpflichtungen der nationalen Regierungen können nur ein erster Schritt gewesen sein.

Völlig offen hingegen bleibt, wie die EU-Mitgliedstaaten diese gemeinsamen Ziele tatsächlich erreichen wollen. Die Care-Strategie sowie die neuen Selbstverpflichtungen der nationalen Regierungen können deshalb nur ein erster Schritt gewesen sein. Was jetzt folgen muss, sind verbindliche Regelungen, um einerseits die Arbeitsbedingungen und die

Bezahlung in der bezahlten Sorgearbeit zu verbessern und um andererseits die Anerkennung und die gesellschaftliche Notwendigkeit von unbezahlter Sorgearbeit nicht nur rechtlich zu verankern, sondern auch die dafür notwendigen Maßnahmen zu ergreifen.

Ob bezahlt oder unbezahlt, Sorgearbeit als Grundvoraussetzung für unser eigenes und das gesellschaftliche Wohl muss mehr Anerkennung finden und mit bezahlter Erwerbstätigkeit gleichgesetzt werden. Es kann nicht sein, dass Frauen ihr gesamtes Leben lang für diesen Dienst finanziell und gesellschaftlich benachteiligt werden. Wir müssen realisieren, dass nicht nur Erwerbstätigkeit und wirtschaftliches Wachstum für unser Wohlergehen wichtig sind. Und dafür brauchen wir einen Fahrplan: einen *EU Care Deal*.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/who-cares-7379/?utm_campaign=de_40_20240307&utm_medium=email&utm_source=newsletter

05) Oberkante Unterlippe. Billigimporte aus dem Ausland, EU-Auflagen, hohe Energiepreise: Europas Bauern haben die Nase voll. Wir berichten aus Polen, Belgien und Griechenland.

Von Max Brändle & Valentina Berndt & Arne Schildberg



Max Brändle

Warschau

Dr. Max Brändle leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Warschau. Zuvor war er Leiter des FES-Büros in Belgrad.



Valentina Berndt

Brüssel

Valentina Berndt ist leitende Redakteurin beim englischsprachigen Online-Journal *International Politics and Society* (IPS).



Arne Schildberg

Athen

Arne Schildberg leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Athen. Zuvor war er unter anderem Büroleiter der FES in Addis Abeba, Äthiopien.

Wirtschaft und Ökologie 01.03.2024



Bei den Bauernprotesten in Brüssel brennen die Barrikaden.- *picture alliance/dpa/Belga | Benoit Doppagne*

Polen

Die Bauern haben in Polen eine starke Lobby. Kein Wunder: Der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft liegt in Polen viermal so hoch wie in Deutschland. Auch bei den Wahlen im Oktober 2023, bei denen die nationalkonservative „Partei für Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) von Jaroslaw Kaczynski nach acht Jahren abgewählt wurde, waren die Bauern mit ausschlaggebend. Für eine Überraschung sorgte das gute Abschneiden der Bauernpartei PSL, die in einem Vorwahlbündnis unter dem Namen „Der dritte Weg“ angetreten war. Mit 14,4 Prozent konnten sie die größten Zuwächse verzeichnen und stellen in der neuen Regierung nun – konsequenterweise – den Landwirtschaftsminister. Ein weiteres Zeichen für die Bedeutung der Landwirtschaft für Polen ist der EU-Kommissar: Die damals regierende PiS nominierte im Jahr 2019 Janusz Wojciechowski für diesen Posten. Erst zehn Jahre zuvor war dieser zu Kaczynskis PiS gewechselt, nachdem er zuvor in der nun mitregierenden Bauernpartei PSL aktiv gewesen war, 2004 gar als deren Vorsitzender.

Und damit sind wir schon mitten im Dilemma der innenpolitischen Auseinandersetzung der Bauernproteste in Polen. Fast alle gesellschaftlichen Kräfte – von der Regierung mit der Bauernpartei, der nun oppositionellen PiS unter Jaroslaw Kaczynski bis hin zur katholischen Kirche und zum größten Gewerkschaftsverband, der *Solidarnosc* – umwerben die protestierenden Bauern und machen sich zum Anwalt ihrer Anliegen. Der polnische EU-

Landwirtschaftskommissar fand sich zuletzt plötzlich zwischen allen Stühlen wieder: Hatte er noch vor der Wahl ein ganzes Füllhorn von Subventionen und Vergünstigungen für die polnischen Bauern ausgeschüttet – er selbst sprach von zehn Milliarden Euro Hilfen seit dem Kriegsausbruch in der Ukraine –, sah er sich Mitte Februar Rücktrittsforderungen sowohl aus der neuen polnischen Regierung als auch der oppositionellen PiS, die ihn ja selbst ins Amt gehievt hatte, ausgesetzt.

Aufgrund der starken Lobby der Landwirte hat die neue polnische Regierung kein Interesse an einer Eskalation der Proteste.

Zum Rücktritt Wojciechowskis wird es wohl kaum kommen, zumal seine Amtszeit nach den Europawahlen im Juni 2024 ohnehin dem Ende entgegengeht und er keine Chance hat, von der neuen polnischen Regierung abermals nominiert zu werden. Die polnischen Bauern fordern auch nicht den Umsturz oder lassen sich so eindeutig für ein politisches Lager einspannen. Ihnen geht es um die Verteidigung ihrer Interessen. Die EU-Auflagen im Rahmen des *Green Deal* und damit verbundene Kostensteigerungen sind dabei nur die eine Seite. Die Importe von Getreide und anderen landwirtschaftlichen Produkten aus der Ukraine wiegen in ihren Augen viel schwerer. Die Bauern fordern härtere Mengenbeschränkungen bei den Einfuhren und ein Ende der Zollfreiheit. Über Trecker-Kolonnen und Grenzblockaden hinaus greifen manche auch zu Sabotageaktionen. Getreide ist eines der Hauptexportgüter der Ukraine. Da der Seeweg über das Schwarze Meer größtenteils blockiert ist, rollt es unter anderem auf Zügen zum polnischen Hafen Danzig. Auf dieser Transitstrecke haben protestierende polnische Bauern nun viele Tonnen ukrainischen Getreides aus Güterwaggons auf die Gleise geschüttet.

Das untergräbt die große Solidarität, die Polen seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges mit der Ukraine gezeigt hat, und belastet das polnisch-ukrainische Verhältnis. Bereits im September 2023 hatte die Thematik auf der großen Bühne der Vereinten Nationen zum Schlagabtausch zwischen den ukrainischen Präsidenten Selenskyj und dem damaligen polnischen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki (PiS) gesorgt. Manche Staaten, so Selenskyj mit Blick auf die Blockade der ukrainischen Getreideexporte durch Polen, täuschten ihre Solidarität mit der Ukraine nur vor. Die polnische Regierung reagierte beleidigt.

Aufgrund der starken Lobby der Landwirte hat die neue polnische Regierung kein Interesse an einer Eskalation der Proteste. Aber auch für die nun oppositionelle PiS ist dies nicht der richtige Schauplatz für den Showdown mit den neuen Machthabern. In den bevorstehenden Regional- und Lokalwahlen in Polen am 7. April 2024 werden beide Seiten versuchen, das Thema auszuschlachten. Die neue polnische Regierung wird dabei alles daransetzen, einen Ausgleich zwischen den Bauern, der Solidarität mit der Ukraine und den Subventionsgebern aus Brüssel zu suchen. Die harte Haltung der polnischen Bauern und ihre standfeste Interessenvertretung müssen jedoch auch als Vorbote der Auseinandersetzungen um einen künftigen EU-Beitritt der Ukraine gesehen werden. Die Polen, in ihrer eigenen Wahrnehmung die größten Unterstützer der Ukraine, haben entdeckt, dass es bei künftigen EU-Beitrittsverhandlungen gravierende Interessenkonflikte mit dem riesigen Agrar- und Flächenstaat an seiner östlichen Grenze gibt.

Max Brändle, FES-Warschau

Belgien

Zum zweiten Mal in diesem Monat haben die Bauernproteste große Teile des Brüsseler Europaviertels blockiert. Mit ihren Traktoren [besprühten die Demonstranten](#) die Straßen mit

Seite E 64 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 846 vom 04.04.2024

Gülle und Heu, worauf die Bereitschaftspolizei mit Wasserwerfern antwortete. 700 der fast 900 Traktoren kamen aus dem Ausland, vor allem aus Italien und Spanien, was die tiefe Unzufriedenheit und Verzweiflung der Landwirte in der Europäischen Union verdeutlicht.

Die Frustration und die Wut lagen schwer auf den Straßen der Stadt. Demonstranten und Polizei lieferten sich Straßenschlachten, Flaschen und Eier flogen, Reifen wurden in Brand gesetzt. Die Landwirte waren aus einer [Vielzahl von Gründen](#) auf die Straße gegangen: wegen der niedrigen Preise für ihre Erzeugnisse, der hohen Produktionskosten und der zunehmenden Bürokratie, aber auch gegen Freihandelsabkommen wie das EU-MERCOSUR-Abkommen sowie den *Green Deal* und die [Gemeinsame Agrarpolitik](#) (GAP). Vor allem aber machten die Landwirte ihrer zunehmenden Frustration über das Gefühl, von politischen Entscheidungen, die ihren Lebensunterhalt betreffen, ausgeschlossen zu sein, lautstark Luft und wiesen auf die Kluft zwischen der Realität auf den Feldern und den Entscheidungen hin, die in den Elfenbeintürmen der europäischen Institutionen getroffen werden.

Die belgische Ratspräsidentschaft reagiert mit Verständnis auf die Forderungen der Landwirte.

Bei den europäischen Beamten und politischen Entscheidungsträgern hingegen scheint es an Verständnis für die Notlage der Landwirte zu fehlen, die im Rahmen der GAP [etwa ein Drittel](#) des gesamten EU-Haushalts von knapp 387 Milliarden Euro erhalten. Diese Tatsache hat den Mythos des „Mercedes-Landwirts“ geschaffen, der mit Hilfe von EU-Mitteln einen luxuriösen Lebensstil führt. Die Realität könnte jedoch nicht weiter von diesem Bild entfernt sein. Das Problem liegt in der [Verteilung](#): 80 Prozent der GAP-Mittel fließen an große und industrielle europäische Agrarunternehmen (20 Prozent der größten europäischen Landwirte), während die kleinen und mittleren Familienbetriebe auf der Strecke bleiben. Der Grund dafür ist, dass die Beihilfen nicht auf der Grundlage der landwirtschaftlichen Tätigkeit, sondern auf der Grundlage der Hektarzahl verteilt werden, was zu einer Begünstigung von Großgrundbesitzern wie [Colruyt in Belgien](#) führt. Diese Unternehmen müssen nicht einmal eine landwirtschaftliche Produktion haben, der Besitz von landwirtschaftlichen Flächen reicht aus. Die Landwirte fordern daher aktiv „Subventionen pro Arbeitskraft, nicht pro Hektar“.

Da die Preise überall in der Union gestiegen sind, haben sie sich stark auf die Produktionskosten der Landwirte ausgewirkt, während sich die Einkaufspreise für die erzeugten Produkte weder zu Gunsten der Landwirte noch der Verbraucher verändert haben. Darüber hinaus bedrohen die steigenden Umweltstandards und die Einfuhr billigerer landwirtschaftlicher Güter aus Nicht-EU-Ländern die Existenz vieler europäischer Landwirte ernsthaft. In Belgien kämpfen einige Landwirte, abgesehen von den anstrengenden und langen Arbeitszeiten (viele arbeiten bis zu 80 Stunden pro Woche), mit einem kargen Einkommen von 1 000 bis 1 500 Euro pro Monat ums Überleben.

Die belgische Ratspräsidentschaft reagiert mit Verständnis auf die Forderungen der Landwirte. Die Europäische Kommission hat bereits [vorgeschlagen](#), bestimmte Lebensmittelimporte aus der Ukraine zu begrenzen und einen Schutzmechanismus einzuführen sowie die GAP-Vorschriften für brachliegende Flächen um ein Jahr zu verlängern. Außerdem hat sie eine Vereinfachung der Verwaltung in Bezug auf Vor-Ort-Kontrollen ins Spiel gebracht. Der belgische Landwirtschaftsminister David Clarinval versicherte den Landwirten, dass ihre Beschwerden sehr wohl gehört werden. Ob die Landwirte das auch so sehen, bleibt jedoch offen.

Griechenland

Vielen griechischen Landwirten stand im letzten Jahr buchstäblich das Wasser bis zum Hals, anderen drohte hingegen, Haus und Hof über dem Kopf abzubrennen. Damals hatte eine katastrophale Jahrhundertflut, ausgelöst durch den Sturm Daniel, in der zentralgriechischen Region Thessalien Felder zerstört und den Viehbestand dezimiert. Waldbrände hatten ganze Landstriche vernichtet. Experten sehen darin auch Ausdruck des Klimawandels, der laut Prognosen die Region stark erfassen wird.

In vielen Gebieten ist völlig unklar, wann die Bauern ihre Felder überhaupt wieder bestellen können, denn vielerorts sind die Böden durch giftigen Schlamm kontaminiert. Betroffene Landwirte haben nicht nur die Ernte des letzten Jahres verloren, sondern wissen auch nicht, wie es in diesem Jahr weitergehen soll. Eine der Hauptklagen der Landwirte ist, dass die Entschädigungszahlungen für die Schäden des Sturms nicht schnell genug freigegeben wurden. Dadurch sind viele Landwirte in große finanzielle Schwierigkeiten geraten, nachdem sie während des extremen Wetters ihre Ernte oder ihr Vieh verloren haben.

Wie in anderen Teilen Europas protestieren die Landwirte aber auch aufgrund der hohen Kosten für Energie, Tierfutter und Düngemittel sowie der Konkurrenz durch Billigimporte. Nachdem sich die Proteste zunächst auf den Norden des Landes und Thessaloniki konzentriert hatten, kamen in der letzten Woche mindestens 8 000 Landwirte, Imker und Viehzüchter nach Athen. Sie legten mit zahlreichen Traktoren den Verkehr in der Stadt für 24 Stunden weitgehend lahm. Die Bauern hatten geschickt die nationale Landwirtschaftsausstellung in Thessaloniki genutzt, ein Ereignis von nationaler Tragweite, um mit Demonstrationen auf ihre schwierige Lage und ihre Forderungen aufmerksam zu machen. Auch die EU wurde adressiert: Die Großdemo in Athen fand am Tag des offiziellen Besuchs von Roberta Mesola, der Präsidentin des Europäischen Parlaments, statt.

Die Beschwerden der Landwirte stoßen in der Öffentlichkeit auf große Unterstützung.

Die Beschwerden der Landwirte stoßen in der Öffentlichkeit auf große Unterstützung. Eine Meinungsumfrage Anfang Februar zeigt, dass 68 Prozent der Griechinnen und Griechen den Forderungen der Landwirte „sicher“ oder „wahrscheinlich“ positiv gegenüberstehen. Nur 13 Prozent der Befragten betrachten die Gründe für die Proteste der Landwirte negativ. Die Regierung versucht, den Bauern entgegenzukommen und die Entschädigungszahlungen zu beschleunigen. Die regierende konservative *Nea Dimokratia* von Premier Mitsotakis reagiert damit auf alarmierend sinkende Umfragewerte – im Oktober lag die konservative Partei noch bei 33,5 Prozent, nun lediglich noch bei 30 Prozent. Sie möchte Verluste in dieser symbolisch wichtigen Wählergruppe unbedingt vermeiden.

Bezüglich der Entschädigungszahlungen versprach die Regierung eine beschleunigte Auszahlung bis Juni und einen ersten sofortigen Schritt: Die Anfangszahlungen, die die von den Naturkatastrophen betroffenen Landwirte erhalten werden, werden von 2 000 Euro auf 10 000 Euro erhöht. Darüber hinaus kündigte der Premier weitere Konzessionen an: Die Rückerstattung der Verbrauchssteuer auf Treibstoff für Landwirte, die es seit zwei Jahren gibt, wird um ein weiteres Jahr verlängert. Außerdem wird es zwischen Mai und September einen zehnpromtigen Rabatt auf den für landwirtschaftliche Zwecke verwendeten Strom geben sowie Stromrabatte für Landwirte, die in Genossenschaften zusammengeschlossen sind.

Abgesehen von diesem Entgegenkommen und der Beschleunigung der Entschädigungszahlungen ist es jedoch fraglich, wie viele der Forderungen der Landwirte die Regierung erfüllen kann: Forderungen nach steuerfreiem Kraftstoff, die Aussetzung von

Seite E 66 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 846 vom 04.04.2024

Beschlagnahmungen und Zwangsvollstreckungen, niedrigere Energiekosten und eine monatliche Unterstützung von mindestens 1 500 Euro, bis die durch die Überschwemmungen verursachten Schäden beseitigt sind. Die eigentliche Frage aber bleibt ungestellt und erst recht unbeantwortet: Wie will sich Griechenland und seine Landwirtschaft an den krassen Klimawandel anpassen, der sich bereits jetzt mit jedem Jahr deutlicher zeigt? Weder die Bauernschaft noch die Regierung scheinen dafür auch nur im Ansatz gewappnet.

Arne Schildberg, FES-Athen

https://www.ipg-journal.de/rubriken/wirtschaft-und-oekologie/artikel/oberkante-unterlippe-7358/?utm_campaign=de_40_20240301&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Keine Berichte

B R D e u t s c h l a n d (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 68 – E 103)

01) Neues vom EUREF-Campus Düsseldorf.
Zusammenstellung und Kommentierung Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 624-03

3. April 2024

49. Jahrgang

Neues vom EUREF-Campus Düsseldorf

Der EUREF-Campus in Berlin geht seiner Vollendung entgegen. Im Juni wird der Gasometer, beziehungsweise das in ihm befindliche Gebäude, feierlich eröffnet. Damit sind die Arbeiten auf dem 5,5 Hektar großen Areal, das fünfzehn Jahre lang eine Baustelle war, abgeschlossen. Das kleinere Geschwisterkind in Düsseldorf nimmt derweil immer mehr Konturen an. Zwischen Flughafen, Bahnhof und Autobahn werden in diesem Jahr die ersten Mieter einziehen können. Die Lieblingsbeschäftigung von EUREF-Gründer **Reinhard Müller** ist derzeit, Verträge mit neuen Mietern zu unterschreiben. Nach einer kleinen Einleitung zum EUREF-Campus Düsseldorf stellen wir Ihnen einige vor.

Mit dem EUREF-Campus Düsseldorf errichtet die EUREF AG ein internationales Schaufenster der Energiewende. Es ist der zweite Innovationscampus dieser Art in Deutschland.



Etwa 4.000 Mitarbeiter aus etablierten Unternehmen, Start-ups, Wissenschaft und Forschung werden in engem Austausch und in einem inspirierenden Umfeld an den Zukunftsthemen Energie, Mobilität und Nachhaltigkeit arbeiten.

Der EUREF-Campus Düsseldorf wird ein Ort sein, an dem Ideen entstehen, umgesetzt und auf ihren Erfolg getestet werden. Durch intelligente Architekturansätze, den Einsatz regenerativer Energieträger, neue Energiespeicher und die konsequente Vernetzung modernster Technik wird ein sichtbarer Zukunftsort als reales Modell geschaffen, das in vielen Großstädten der Welt umgesetzt werden kann. Dieser Zukunftsort erfüllt die CO₂-Klimaschutzziele der Bundesregierung für das Jahr 2045 – von Anfang an.



Die **EVYTRA GmbH**, Experte für komplexe Leiterplatten und innovative Human-Machine Interfaces (HMI), zieht 2025 in einen Showroom im zweiten Bauabschnitt des Campus ein. Evytra steht seit 1969 für Elektronik mit Zuverlässigkeit, Präzision, individuellem Design und unübertroffener Funktionalität – eine Kombination,

die Anwender nicht nur schätzen, sondern lieben. Das Unternehmen aus Villingen-Schwenningen ist einer der Top-Anbieter u.a. für bedruckte Glasoberflächen, leicht und nachhaltig zu reinigen, die Maschine und Mensch bei einem Finger-Touch verbinden.

Pierre Lohrber, Geschäftsführer der **EVYTRA GmbH**, besuchte gemeinsam mit seinem Kollege **Benedikt Weltersbach** die Baustelle, wobei ein Foto vor der Nachbildung der Reichstagskuppel, die lange Zeit auf dem Campus in Berlin zu sehen war, nicht fehlen durfte.

Pierre Lohrber: „Mit unseren bahnbrechenden HMI-Systemen aus Glas stattet **KONE** die Aufzüge des EUREF-Campus aus – ein Ort, auf den die Welt schauen wird. Wir freuen uns nicht nur auf die Fertigstellung, sondern darauf, 2025 selbst einzuziehen und Teil dieses visionären Umfelds zu sein. Hier, auf diesen Innovationscampus, gehören wir hin – an einen Ort, wo Kreativität, Wissenschaft und Wirtschaft verschmelzen, um die Zukunft zu gestalten.“

Auch **Kempower**, ein führender Anbieter von DC-Schnellladelösungen für Elektrofahrzeuge, hat sich entschlossen, Teil der EUREF-Community zu werden.

Das finnische Unternehmen ist bereits mit Vertriebs-Service- und Marketingaktivitäten in Deutschland vertreten und plant, die bereits etablierten Aktivitäten in Deutschland weiter auszubauen.

Mit der Erweiterung unterstreicht Kempower seine Position als Pionier auf dem Markt für Ladeinfrastruktur und baut gleichzeitig seine lokale Präsenz aus, um die regionalen Geschäftsaktivitäten besser zu unterstützen.



Kempower wird Teil des EUREF-Campus in Düsseldorf und damit Teil eines lebendigen Ökosystems rund um die Themen Energie, Nachhaltigkeit und Mobilität sein. Die Ankündigung der Erweiterung folgt auf wichtige Meilensteine für das Unternehmen, wie die Eichrecht-Zertifizierung.

*„Düsseldorf ist ein hervorragender Standort für die Einrichtung unseres ersten Büros in Deutschland, einer Wissensdrehscheibe mit unseren Experten in den Bereichen Vertrieb, Dienstleistungen und Marketing, um den strategisch wichtigen DACH-Markt zu unterstützen“, sagt **Tomi Ristimäki**, CEO von Kempower.*

„Mit einem zentralen Drehkreuz und einer verstärkten physischen Präsenz wollen wir unsere Kunden und Partner auf dem DACH-Markt noch besser bedienen. Der Fokus des EUREF-Campus auf Energie- und Mobilitätswende sowie Nachhaltigkeit passt gut zu unserer Vision, diesen Planeten zu einem saubereren und leiseren Ort für uns alle zu machen.“

Die Vision von **Kempower** ist es, die weltweit begehrtesten Ladelösungen für Elektrofahrzeuge zu entwickeln – für jeden und überall. Die Produktentwicklung und Produktion finden in Finnland und in den USA statt, wobei die meisten Materialien und Komponenten vor Ort bezogen werden. Das Unternehmen konzentriert sich auf alle Bereiche der Elektromobilität, von Elektroautos, Lastwagen und Bussen bis hin zu Maschinen und Schiffen. Das modulare und skalierbare Ladesystem und die erstklassige Software wurden von Elektroautofahrern für Elektroautofahrer entwickelt und bieten den Kunden auf der ganzen Welt ein optimales Nutzererlebnis. Kempower ist an der *Nasdaq First North Growth Market Finland* notiert.



Und mit noch einem weiteren Unternehmen konnte **Reinhard Müller** den Mietvertrag unterschreiben. Aus Bonn wird die **Versorger-Allianz 450 Beteiligungs-GmbH & Co. KG** ihren Sitz im nächsten Jahr auf den EUREF-Campus Düsseldorf verlegen.

Die Versorger Allianz Beteiligungs-GmbH & Co. KG ist ein Zusammenschluss von 61 Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft. Ihr Ziel ist die Etablierung der 450 MHz-LTE-Funkfrequenz für alle Unternehmen der Energie-, Wasserver- und Abwasserentsorgungsbranche sowie deren Beteiligte: schnell, flächendeckend und diskriminierungsfrei! Durch die niedrige Funkfrequenz können große Areale mit wenigen Sendemasten abgedeckt werden. Durch den Einsatz westlicher Bauteile, einer ausgeklügelten Systemarchitektur und Absicherung der Infrastruktur gegen Blackouts, soll eine hochverfügbare und sichere Kommunikationsplattform für Betreiber kritischer Infrastrukturen entstehen. Gleichzeitig gilt ein solches Branchennetz als hilfreiches Werkzeug bei der Umsetzung der Energiewende und zur Überwachung des Klimawandels.

Geschäftsführer **Matthias Lenz**: *„Für den EUREF-Campus Düsseldorf haben wir uns entschieden wegen der hervorragenden Verkehrsanbindung u.a. mit dem Bahnhof direkt vor der Tür, der vielfältigen Möglichkeiten für Events und wegen der Vernetzung mit anderen spannenden Partnern aus der Community.“*

Weitere Informationen unter:
<https://duesseldorf.euref.de/>

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch
Quelle und Fotos: EUREF AG

Landtagswahl in Thüringen

02) TV-Duell könnte CDU in ein Dilemma führen - und Höcke nutzen

Aktualisiert am 01.04.2024, 13:07 Uhr

© 1&1 Mail & Media/spot on news

Lesedauer:3 Min.

Laut Verfassungsschutz ist Björn Höcke (AfD) ein Rechtsextremist. Fünf Monate vor der Landtagswahl lässt sich der Thüringer CDU-Spitzenkandidat Mario Voigt auf ein Duell mit ihm ein. Eine gute Idee?

Thüringens CDU-Spitzenkandidat Mario Voigt will AfD-Rechtsaußen [Björn Höcke](#) in einem TV-Duell inhaltlich stellen. Das birgt nach Ansicht des Jenaer Kommunikationswissenschaftlers Tobias Rothmund größere Risiken für die [CDU](#) als für die AfD. "Es nutzt in erster Linie Björn Höcke, weil er durch diese Art des Duells in die Rolle eines ernst zu nehmenden, politischen Gegners gehoben wird, mit dem man sich die Bühne teilt", sagte Rothmund der dpa in Erfurt.

Mario Voigt erhoffe sich vielleicht, dass er zu größerer Bekanntheit gelange. "Schwer abzuschätzen, wie sehr ihm das hilft, das hängt sicher auch von seiner Performance ab und der Bewertung des Gesprächs im Anschluss." Rothmund ist Direktor am Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration und Professor für Kommunikations- und Medienpsychologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.



Tobias Rothmund habe noch nicht oft gesehen, dass Journalisten oder Politiker in der Lage waren, Rechtspopulisten argumentativ zu stellen.- © dpa / Anne Günther/Friedrich-Schiller-Universität Jena/dpa

Seite E 71 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 846 vom 04.04.2024

Das Duell ist für den 11. April geplant. In [Thüringen](#) wird am 1. September ein neuer Landtag gewählt. Die [AfD](#), die im Freistaat vom Landesverfassungsschutz als gesichert rechtsextremistisch eingestuft wird, lag in jüngeren Umfragen meist über der 30-Prozent-Marke und damit auf Platz eins. Dahinter folgte die CDU. Die Linke von Ministerpräsident Bodo Ramelow will noch aufholen, schwächelt aber auch wegen der Gründung des Bündnis' Sahara Wagenknecht, das ebenfalls zur Landtagswahl antreten will.

Die politische Situation in Thüringen ist seit Jahren extrem kompliziert - in Umfragen zeichnen sich keine politisch machbaren Mehrheiten ab. [Ramelow](#) führt das Land seit 2020 mit einer Minderheitsregierung.

Erfolgschancen des TV-Duells

Voigt hatte immer wieder betont, Höcke in dem TV-Duell inhaltlich stellen zu wollen und herauszuarbeiten, welche Auswirkungen dessen europapolitische Vorstellungen für Handwerker und Unternehmen hätten. Rothmund sieht aber große Risiken - vor allem auf CDU-Seite. "Ich sehe die Gefahr, dass in einem solchen Gespräch ein Dilemma entsteht: Auf der einen Seite will Voigt die Menschen, die die AfD anspricht, für sich gewinnen - auch mit den entsprechenden Themen. Auf der anderen Seite will er sich von der AfD abgrenzen."

Höcke könnte dieses Dilemma offenlegen. "Er könnte Voigt in eine Situation bringen, wo dieser entweder zugeben muss, dass die AfD die einzige Partei ist, die eine bestimmte Position glaubhaft vertritt, oder er sich mit der AfD gemein machen muss. Beide Varianten wären eher nachteilig für die CDU", sagte der Experte.

Die Idee für das TV-Duell zwischen Voigt und Höcke wurde aus einer Auseinandersetzung der beiden bei X entwickelt. Voigt hatte in einem Interview gesagt, Höcke wolle Europa sterben lassen, woraufhin dieser mit einer Unterlassungsklage drohte. Später schlug Höcke statt einer Unterlassungsklage eine Diskussion zum Europa-Begriff vor - Voigt willigte ein.



[Landtagswahl in Thüringen](#)

TV-Duell statt Triell

Kommunikationsexperte Rothmund sagte, es sei auffällig, dass der amtierende Ministerpräsident bei der Diskussion nicht dabei ist. "Das ist verwunderlich. Es hätte ja auch ein Triell sein können." Schließlich trete Bodo Ramelow wieder an und sei mit seiner Linken zumindest in Schlagdistanz der anderen Parteien. "Ich halte es für einen unklugen Schachzug der CDU. Ihre Position wäre in solch einer Dreier-Konstellation viel stärker", sagte Rothmund. Die CDU hätte sich dann deutlicher als Partei der Mitte und in Abgrenzung zu den beiden anderen sichtbar machen können.

Ziel von Höcke bei dem Gespräch könnte es laut Rothmund sein, sich staatsmännisch zu geben. "Dass er den Eindruck vermittelt, dass er das Ministerpräsidentenamt haben kann, dass er geeignet dafür ist. Das ist es auch, was seine Wählerschaft sehen will." Er glaube nicht, dass Höcke eine inhaltliche Argumentation führen wolle. "Wahrscheinlich geht es ihm nur darum, einen Eindruck zu vermitteln - dass er auf der Ebene von Voigt steht und ebenbürtig in der Lage ist, das Land zu führen."



[Landtagswahlen](#)

Strategie gegen Rechts

Auch wenn die AfD in Thüringen in Umfragen teils schon auf 36 Prozent kam, gilt es als unwahrscheinlich, dass sie in Regierungsverantwortung kommt. Keine der weiteren im Landtag vertretenen Parteien will mit der AfD koalieren und bis zu einer absoluten Mehrheit wäre der Weg noch weit. Gegen Höcke laufen juristische Verfahren wegen des Verdachts der Volksverhetzung und des Verdachts, Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verwendet zu haben - in beiden Fällen wurde Anklage erhoben.

Rothmund hält es für ein "ein gewagtes Ziel", Höcke inhaltlich stellen zu wollen. Rechtspopulisten würden in ihren Positionen geschickt so hin und her springen, dass es schwer sei, sie argumentativ zu stellen. "Es kann sein, dass eine Lüge dabei ist, dass man auf ein anderes Thema wechselt oder dass irgendwelche Einzelheiten generalisiert werden", so Rothmund. Er sei gespannt, ob Voigt besondere Strategien habe, um Höcke zu entlarven. "Ich habe das noch nicht oft gesehen, dass Journalisten oder Politiker in der Lage waren, Rechtspopulisten argumentativ zu stellen."

<https://web.de/magazine/politik/wahlen/tv-duell-cdu-dilemma-fuehren-hoecke-39496028>

Teil 1

03) KW 13 (25. – 31.03.2024) – Sonntagsruhe. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 623-27

31. März 2024

49. Jahrgang

Teil 1:

KW 13 – Sonntagsruhe

Haben Sie die Zeitumstellung gut überstanden? Dieses Thema ist ein klassisches Beispiel dafür, wie sich die EU-Staaten gegenseitig blockieren. Alle wollen „eigentlich“ die so genannte Sommerzeit abschaffen. So einfach, so schwierig. Das Problem liegt darin, welche Zeit es dann sein soll. Warum nicht einfach die reguläre mitteleuropäische Zeit MEZ? Weil einigen immer Sommer haben möchten, also MESZ. Bis zum 27. Oktober ist es jetzt morgens später und abends länger hell. Na, Bravo!

Gibt es eigentlich noch Menschen, die sonntagmorgens in Hausschuhen zum Briefkasten schlurfen und sich dort ihre Sonntagszeitung, **Morgenpost** oder **Tagesspiegel**, rausziehen? **Bild am Sonntag** und **Welt am Sonntag** gab es auch am siebten Tag der Woche, die **Berliner Zeitung** hatte nie eine Sonntagsausgabe, glaube ich. Die Vergangenheitsform bei **BamS** und **WamS** trifft nun auch auf **Morgenpost** und **Tagesspiegel** zu. Heute können die Abonnenten zum letzten Male ihre Sonntagszeitungen auf dem Wohnzimmertisch ausbreiten und den halben Tag mit Lesen verbringen.

SO
TAGESSPIEGEL

Am 11. März teilte der *Tagesspiegel* mit: „Der *Tagesspiegel* legt seine *Samstags- und Sonntagsausgabe* zu einer umfassenden *Wochenendausgabe* zusammen. Ab dem 6. April erscheint *Tagesspiegel* *Wochenende* jeden Samstag mit noch mehr

Inhalten. Die Sonntagszustellung erfolgt in Berlin gemeinsam mit anderen Zeitungsverlagen, die ihre Belieferung aufgrund steigender Logistikkosten im Frühling 2024 einstellen. Dadurch gibt es auch bei uns Veränderungen, da der Tagesspiegel die Sonntagszustellung allein nicht aufrechterhalten kann.“

Jaja, die Kosten. Alles wird teurer. Was waren das noch für Zeiten, als die *MoPo* ein ganzes Heer von eigenen Zustellern beschäftigte. Auch ich habe mal als Auszubildender ein paar Mark dazu verdient und die Zeitung ausgetragen. Kein Job, Freude macht.

meedia.de berichtet: „Der *Tagesspiegel* und die *Berliner Morgenpost* stellen ab dem 2. Quartal 2024 die *Haustür-Zustellung* ihrer *Sonntagsausgaben* über die *Zustell-Organisation BLM* ein. Die *Morgenpost* will ihre *Samstagsausgabe* dafür deutlich aufwerten, zudem soll es *sonntags weiterhin ein E-Paper* geben. Der *Tagesspiegel* teilt mit, man prüfe „alle

Optionen für unser zukünftiges Sonntagsangebot und erarbeite „ein umfassendes Konzept für das ganze Wochenende“. Auch *Bild am Sonntag* und *Welt am Sonntag* haben die *Zustellung* bereits beendet.“

Tagesspiegel und **Berliner Zeitung** pflegen derweil ihre gegenseitige Abneigung. *Berliner Zeitung* gestern: „So verzerrt der *Tagesspiegel* die Wahrheit. Der *Tagesspiegel* warf der *Berliner Zeitung* vor, ein Interview mit Roger Waters verfälscht zu haben. Wie es wirklich war, wollte man nicht wissen.“

Die aktuellen Auflagezahlen: *Tagesspiegel* 102.800, *Berliner Zeitung* 65.000, *Berliner Morgenpost* 38.900, *B.Z.* 74.000, *taz* 24.800.

Nicht ohne Häme schreibt die *Berliner Zeitung*, die nie eine Sonntagsausgabe hatte: „Ab dem 7. April ist der *Tagesspiegel* am Sonntag Geschichte. Der *Tagesspiegel* war im Herbst 1945 als ‚erste deutsche von den US-Amerikanern lizenzierte Zeitung erschienen‘, wie der Historiker Christoph Marx schreibt. Ende 1946 hatte der *Tagesspiegel* 186.000 Abonnenten. Im ersten Quartal 2023 hat sich diese Zahl fast halbiert, der *Tagesspiegel* gibt die sogenannte harte Auflage für den Zeitraum mit 95.418 Exemplaren an.“, Anm.d.Red.: 4. Quartal 2023 = 102.800.

Der *Tagesspiegel* stünde unter Druck, weiß offenbar die *Berliner Zeitung*. Es geht angeblich um einen 95-Millionen Euro-Kredit für eine „Umschuldung“, „den die skandinavische Investment-Boutique PCP dem Holtzbrinck-Konzern gewährt hat.“, was wir nicht überprüfen können.

Es gibt Vergleiche, die man ziehen oder auch sein lassen kann. Die *Berliner Zeitung* verweist auf die Formatumstellung 2022 auf das so genannte Tabloid-Format, etwa 24 Zentimeter in der Breite sowie 37 in der Höhe. „Das Format ähnelt dem der rechts-populistischen *Kronen Zeitung* aus Österreich.“ Man hätte auch schreiben können, ähnelt dem des *Berliner Kuriers*, der im selben Verlag wie die *Berliner Zeitung* erscheint und 26 mal 35 Zentimeter misst.

Und nachgetreten: „Bei der Umstellung auf das *Krone-Format* hatte der *Tagesspiegel* angekündigt, längere und anspruchsvolle Artikel am Sonntag zu veröffentlichen. Dies fällt nun weg, weil es den *Tagesspiegel* am Sonntag nicht mehr geben wird.“ Leicht gesagt für jemand, der sein Blatt sonntags nicht ausliefern musste. Was bleibt den Traditionalisten am sonntäglichen Frühstückstisch? Die *Samstags-Ausgabe* nur halb zu lesen und sich den Rest für Sonntag aufzuheben.

Ed Koch

1

Teil 2

04) KW 13 (25. – 31.03.2024) – Träumt weiter! Von Ed Koch



Teile 2:

KW 13 – Träumt weiter!



Foto: DERDEHMEL/Urbschat

Ob bei „Nuhr im Ersten“, in Hallervordens Theatern *Schlosspark in Steglitz und Wühlmäuse* in Westend oder auf der Bühne des eigenen Hauses, Berlins ältestem Kabarett-Theater *Stachelschweine* im Europa-Center, **Frank Lüdecke** ist überall zu erleben, auch auswärts, zum Beispiel am 7. April in der *Comödie Fürth* oder am 24. Mai in *Alma-Hoppes-Lustspielhaus* in Hamburg. Sicherheitshalber sollte man also auf die Ortsangabe auf dem Ticket schauen, bevor man sich auf den Weg zu ihm macht.

Gestern Abend hieß die richtige Anschrift Pommernallee 2-4 Ecke Heerstraße, dort wo sich das Theater der *Wühlmäuse* befindet, 1960 von **Dieter Hallervorden** gegründet und nach zwei Spielstätten in Schöneberg seit dem Jahr 2000 am Theodor-Heuss-Platz beheimatet. **Frank Lüdecke** lud zur Premiere seines neuesten Werks „*Träumt weiter!*“ ein, ein Titel, der uns auch bei den weiteren Themen dieses Newsletters begleiten wird.

Heute Abend findet eine weitere Vorstellung bei den *Wühlmäusen* statt, am 1. und 14. April im Theater der *Stachelschweine*, und am 27. April im *Schlosspark-Theater*. Für alle Vorstellungen gibt es noch Karten.

Ein Soloprogramm ist für jeden Schauspieler die Königsklasse, erst recht für Kabarettisten, die in ihren Texten immer auf die aktuelle Lage eingehen müssen. Sie können nicht einfach einen Gag über einen Politiker präsentieren, der vielleicht gar nicht mehr im Amt ist oder ein Ereignis ansprechen, bei dem sich die Faktenlage verändert hat. Spontanität ist also gefragt und ein ständiges Überarbeiten der Texte.

Mit unserem Bundeskanzler haben es Kabarettisten derzeit leicht, sie müssen nur den Namen **Olaf Scholz** erwähnen und schon lacht das Publikum, was natürlich gemein ist. Schadenfreude ist eben eine ganz besondere Freude.

Kabarettisten erzählen nichts Neues. Alles hat man schon in den Nachrichten gehört und gesehen. Kabarettisten blicken jedoch anders auf die Meldungen, auch auf das, was dahintersteht, und sie kommentieren, was einem Nachrichtensprecher strikt verboten ist. Um alles zu verstehen, was der Mann auf der Bühne von sich gibt, muss man zwangsläufig über einen gewissen Grad an Allgemeinbildung verfügen, sonst sitzt man dumm da.

Obwohl ich in den letzten Jahrzehnten **Frank Lüdecke** viele Male gesehen habe, war mir neu, dass er auch singt. Mit Gitarrenklängen betrat er die Bühne im Theater der *Wühlmäuse* und seine Lieder sind kabarettistische Leckerbissen. Zwei Stunden berichtet er aus dem wahren Leben dieses Landes und dieser Stadt, die die Demokratie so ernst nimmt, dass hier gleich dreimal gewählt werden durfte.

Besonders angenehm in seinem Vortrag ist der Umstand, dass er gänzlich ohne jegliche Unterleibskomik auskommt, wie sie zum Beispiel fester Bestandteil bei so genannten Comedians wie **Mario Barth** ist. Leider holt sich auch **Dieter Nuhr** in diesem Bereich seine Lacher ab, obwohl er das nicht nötig hätte.

Es war ein entspannter, sehr heiterer und unterhaltsamer Abend bei den *Wühlmäusen*, aber auch einer, der zum Nachdenken anregte. Das kann doch alles nicht wahr sein, sagte die innere Stimme. Doch, ist es.

Übrigens: Die kommende Woche hat es in sich und ich habe schon überlegt, bei den *Wühlmäusen* einzuziehen: Es beginnt morgen, am 1. April, mit **Arnulf Ratings** *Blauen Montag* und geht weiter am Donnerstag, dem 4. April, wenn uns **Piet Klocke** „*Am Hofe König Crimsons*“ empfängt. Am Samstag, dem 6. April, gibt es Solo-Kabarett pur, nachmittags mit **Arnulf Ratings** neuem Programm „*tageschauer*“. „*Wir bewegen uns im Netz wie die Fische im Wasser. Das Angebot ist riesig. Verlockende Apps – ist da ein Haken dran? Am Ende der langen Entwicklung zum aufrechten Gang steht der Mensch als Handynutzer.*“ Und abends präsentiert **Wilfried Schmickler** sein neues Programm „*Es hört nicht auf!*“. „*Es hört nicht auf mit dem Kampf gegen die Idiotie und Ungerechtigkeiten in dieser Welt, gegen soziale Ungleichheit, gegen Hass und Intoleranz!*“ Schmickler setzt etwas dagegen! Für alle Veranstaltungen gibt es noch Tickets.

<https://wuehlmaeuse.de/veranstaltungen/?month=AP24>



Das 29-Euro-Ticket...

...ist eine dieser sozialdemokratischen Wohltaten, die von den Berlinern gern entgegengenommen aber nicht honoriert werden. Auch wenn zwei der drei Teams, die sich um den SPD-Vorsitz bewerben, die Wiedereinführung des Tickets, ebenso wie der Koalitionspartner CDU, die Grünen und Linken, kritisch sehen, soll es zum 1. Juli wieder an den Start gehen. Zwischen 250 und 335 Millionen Euro kostet das Projekt den Steuerzahlern. *„Alternativ lägen dagegen die Kosten für ein billigeres Deutschlandticket für 29 statt 49 Euro für Gruppen wie Auszubildende, Senioren und Studierende bei voraussichtlich rund 27 bis 50 Millionen Euro jährlich.“* Quelle: taz/Berliner Morgenpost

Für die SPD geht es um die Ehre. Man habe die Wiedereinführung des 29-Euro-Tickets versprochen und wolle sich daran nun auch halten. SPD-Geschäftsführer **Sven Heinemann** sagte in der rbb24 Abendschau: *„Es gibt eine breite Mittelschicht, die will auch entlastet werden. Wir haben gesagt: Wir wollen Mobilität für einen Euro am Tag.“* Die Idee ist nicht neu. *„Aus Sicht des Regierenden Bürgermeisters **Michael Müller** (SPD) sollte eine Jahreskarte für Busse, Trams und U-Bahnen (und S-Bahnen, versteht sich) in Berlin mehr nicht kosten. ‚Ich will Schritt für Schritt auch das Ziel verfolgen, ein Jahresticket für den öffentlichen Personennahverkehr für 365 Euro anbieten zu können‘, kündigte er bei einer Diskussionsrunde der ‚Neuen Zürcher Zeitung‘ in der Schweiz an. Vorbild sei die Stadt Wien, sagte Müller in der Runde mit seinen Amtskollegen aus Wien und Zürich.“* Quelle: Süddeutsche Zeitung vom 8. Juli 2019.

In die Kategorie „*Träumt weiter*“ gehört allerdings die Aussage Heinemanns, dass das 29-Euro-Ticket *„auch eine Klimaschutzwirkung habe, weil mehr Leute vom Auto auf den ÖPNV umsteigen würden.“* Solange es die eklatanten Probleme mit überfüllten Bussen und Bahnen und deren Unpünktlichkeit gibt, sitzen viele lieber in ihrem bequemen Auto, auch im Stau, anstatt sich dem Stress im ÖPNV auszuliefern.

Heinemann behauptet auch, dass viele vom 49- auf das 29-Euro-Ticket umsteigen würden. Für Menschen, die Berlin nie verlassen und sich nur in den Bereichen A und B aufhalten, mag das eine Option sein, aus welchem anderen Grunde aber sollte man für 20 Euro weniger die Vorteile des Deutschland-Tickets aufgeben, nämlich mit den Regionalbahnen durchs ganze Land fahren und in jeder Stadt den dortigen ÖPNV nutzen zu können? Die Tarifsysteme in anderen Städten sind oft komplizierter als in

Berlin. Dort das richtige Ticket am Automaten zu ziehen, ist aufwendig und zeitverschwendend. Wenn man nur zwei Tage in München die Deutschland-Card nutzt, hat man schon bei einem Preis von 24,90 Euro für das Touristen-Ticket fast fünf Euro im Vergleich zum SPD-Berlin-Ticket gespart, bei drei Tagen in München sind es schon 14,90 Euro und drei Tage Hamburg 11,90 Euro. In Herne Castrop-Rauxel kostet ein 48-Stunden-Ticket für eine Person 65,70 Euro, Ersparnis 45,70 Euro.

Ein Traum, der niemals wahr wird

Zu Ostern richteten sich die christlichen Blicke der Welt wieder auf das Heilige Land, dort, wo für die größte Religionsgemeinschaft der Welt alles begann, zu enden schien und wieder auferstanden ist. *„Während in Deutschland die Kirchengaustritte zahlreich bleiben, vollzieht sich in globalem Maßstab eine überraschende Hinwendung zum Christentum. Im Jahr 2023 hat die Zahl der Christen weltweit erstmals die Marke von 2,6 Milliarden Menschen überschritten.“* Quelle: N-TV

Keines der zehn Gebote des Christentums wird weltweit so missachtet wie das fünfte: *„Du sollst nicht töten!“* Es wird immer ein Traum bleiben, dass das Töten aufhört. In Israel gibt sich seit der Staatsgründung im Mai 1948 niemand diesem Traum hin. Ja, es ist furchtbar, Menschen im Gaza-Streifen hungern zu sehen, die traurigen Blicke der Palästinenser-Kinder lassen keinen unberührt. Jeden Tag werden uns diese Bilder gezeigt. Eine freie Mediengesellschaft muss das ertragen.

Diese freie Mediengesellschaft darf aber nicht Ursache und Wirkung verwechseln. Ersparen wir es uns an dieser Stelle, die unmenschlichen Gräueltaten der Hamas am 7. Oktober 2023 aufzulisten. Ich zumindest denke reflexartig an die Kinder in den Kibbuzen in Israel, die von der Hamas bestialisch abgeschlachtet wurden, wenn ich Bilder aus dem Gaza-Streifen sehe. Die Hamas ist eine Terrororganisation, die aus Feiglingen besteht. Sie benutzt Kinder und Frauen als menschliche Schutzschilde und richtet ihre Stützpunkte unter Krankenhäusern ein. Agieren kann sie nur aus dem Hinterhalt.

Steht uns ein Urteil darüber zu, ob die Reaktion Israels auf den Hamas-Terror *„angemessen“* oder *„überzogen“* ist? Wie soll die Zivilbevölkerung wirksam verschont werden, wenn sich die Terroristen hinter ihr versteckt. Können wir überhaupt beurteilen, wie es ist, in Israel zu leben? Müssen wir täglich damit rechnen, dass in unsere Häuser Raketen



einschlagen? Leben wir in ständiger Angst und Gefahr? Würden wir nicht auch alles tun, um die Gefahrenherde zu beseitigen? Wir machen es uns sehr bequem auf dem Wohlstandssofa und beruhigen das Gewissen mit der Teilnahme an Ostermärschen, auf denen wir „*Make Peace not War!*“ rufen.

Hamas, Hisbollah, Putin und andere Terroristen wollen keinen Frieden. Sie wollen die Vernichtung ihrer selbst ernannten Feinde. Der Genozid-Vorwurf, ausgerechnet gegenüber Israel, ist unerträglich, denn mit Genozid war 1944 die planmäßige Ermordung der europäischen Juden und anderer Volksgruppen durch die Nationalsozialisten in Deutschland gemeint.

Die vom Iran gesteuerten und finanzierten Terrororganisationen planen seit langem einen Genozid an Israel. Wie anders kann man den Schlachtruf „*From the River to the Sea*“, vom Jordan bis zum Mittelmeer, verstehen, als Israel vernichten zu wollen?

Die Lösung der gegenwärtigen Situation, in der Israel nicht davon ablässt, jedes Hamas-Terroristen habhaft werden zu wollen, koste es, was es wolle, ließe sich schnell beenden, indem die Hamas die verbliebenen israelischen Geiseln freilässt. Oder ist das auch nur ein Traum?

Da ich weiß, dass etliche unsere Leser Schnappatmung bei diesem Thema bekommen, will ich nicht unerwähnt lassen, dass ich das Verhalten bestimmter jüdischer Siedler im Westjordanland der palästinensischen Bevölkerung gegenüber verbrecherisch finde, ebenso wie Terrorakte aus dem Gebiet gegenüber Israel. Es ist auch an der Zeit, dass der jetzige Ministerpräsident Israels, **Benjamin Netanjahu**, endlich des Amtes enthoben wird, allein schon wegen seines Versagens am 7. Oktober 2023. Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass der Krieg im Gaza-Streifen nur deshalb fortgesetzt wird, damit er sich so lange wie möglich im Amt halten kann.

Zu diesem Thema empfehlen wir einen Kommentar von **Stephan-Andreas Casdorff**, Herausgeber des *Tagesspiegel*.

<https://www.tagesspiegel.de/internationales/umstrittene-un-resolution-zum-gaza-krieg-israel--alleingelassen-von-aller-weit-11424176.html>

Bis heute fehlt eine eindeutige Verurteilung des Hamas-Terrors durch den UN-Sicherheitsrat, so Casdorff. „*Jetzt wurde die dritte Resolution seit dem 7. Oktober verabschiedet, die es versäumt, die Taten und die Täter zu verdammen. Und die USA haben sich nur enthalten.*“

Der Traum vom Sieg ist ausgeträumt

Kein klardenkender Mensch glaubt mehr daran, dass die Ukraine den ihr von Putin aufgezwungenen Krieg gewinnen kann. Es ist dem russischen Machthaber, der sich gerade erst durch eine Scheinwahl als Präsident hat bestätigen lassen, vollkommen egal, wie viele seiner Soldaten in diesem unsinnigen Krieg sterben und wie schlecht es seiner Bevölkerung geht, wenn nur noch in Waffen und sonst nichts mehr investiert wird. Die Produktion von Panzern, Raketen, Drohnen und Munition läuft auf Hochtouren, trotz aller Sanktionen. Und was Putin nicht selbst herstellen kann, tauscht er auf dem Weltmarkt gegen sein Gas und Öl, das er auch vielen westeuropäischen Staaten verkauft. Das Geschäft lief immer schon vor der Moral durchs Ziel.

Flächendeckend hat Putin vernichtende Ostergrüße an die Ukraine geschickt. Längst können nicht mehr alle Geschosse abgefangen werden, und selbst wenn, landen Trümmerteile auf den Häusern und Plätzen. Immer mehr nimmt Putin die kritische Infrastruktur ins Visier. Wenn nicht sofort etwas geschieht, außer salbungsvollen Osterbotschaften vom Kanzler, und vor allem die Trump-Sekte Republikanische Partei, im Repräsentantenhaus das Milliarden Hilfspaket für die Ukraine endlich freigibt, wird der Krieg ein schlimmes Ende nehmen. Und dabei geht es dann nicht mehr um ein Einfrieren der jetzigen Lage, also den Verlust der Krim und der Ostukraine, sondern um den Untergang des gesamten Landes.

Angela Merkels Schwäbische Hausfrau, die ja angeblich so gut rechnen kann, ist mal wieder gefragt. Wenn das Ende des Staates Ukraine nicht mehr abzuwenden ist, werden sich Millionen Menschen auf den Weg zu uns machen. Da sollte der pseudohanseatische Kaufmann **Olaf Scholz** mal nachrechnen, was preiswerter ist, die Ukraine noch tatkräftiger und schneller zu unterstützen als bisher, oder Massenanlagen für ukrainische Flüchtlinge einrichten zu müssen.

Die Ukraine hat jedes Recht, widerrechtlich eingerichtete russische Stellungen auf der Krim und in der Ostukraine, von wo aus Raketen auf ihr Land abgeschossen werden, zu vernichten. Die Krim gehört völkerrechtlich nach wie vor zur Ukraine, egal, was auf den neuen Landkarten, die Putin drucken ließ, steht.

„*Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen*“. Träumt weiter!

Ed Koch

Krieg in der Ukraine

05) Historiker-Brandbrief zum Ukraine-Kurs rüttelt SPD auf

Aktualisiert am 29.03.2024, 15:50 Uhr



Nimmt die SPD-Spitze hinsichtlich ihrer Ukraine-Politik in die Kritik: Historiker Heinrich August Winkler (Archivbild). © dpa / Wolfgang Kumm/dpa

Lesedauer: 3 Min.

Von Deutsche Presse-Agentur

Dieser Beitrag stammt aus dem Nachrichtenangebot der Deutschen Presse-Agentur (dpa) und wurde nicht durch [unsere Redaktion](#) bearbeitet.

Berlin - Ein Brandbrief von fünf sozialdemokratischen Historikern zum Regierungskurs in der Ukraine-Politik rüttelt die SPD auf. Die Gruppe um den Berliner Professor Heinrich August Winkler hatte Kanzler Olaf Scholz in dem Schreiben an den Parteivorstand vorgeworfen, die "unzweideutige Solidarität" mit der Ukraine vermissen zu lassen. Die Äußerung des Fraktionschefs Rolf Mützenich zum "Einfrieren" des Kriegs kritisierten die Historiker sogar als "fatal".

[Mehr News zum Krieg in der Ukraine](#)

Der SPD-Außenpolitiker Andreas Schwarz trat am Donnerstag zwar dem Eindruck entgegen, dass ein Riss durch seine Partei geht. Er räumte im Deutschlandfunk allerdings ein, dass der Ukraine-Kurs in der Bundestagsfraktion "leicht konträr" diskutiert werde. "Das muss auch eine Demokratie, das muss auch eine Partei aushalten, dass es unterschiedliche Meinungen zu einer wirklich sehr komplexen Frage gibt."

[Schlaglicht auf Differenzen in der SPD](#)

Der Brief wirft ein Schlaglicht darauf, dass die Auseinandersetzung in der Ampel-Koalition über den Ukraine-Kurs nicht nur zwischen der [SPD](#) auf der einen und Grünen und [FDP](#) auf der anderen Seite geführt wird, sondern auch innerhalb der SPD. Bisher hatte es gegen die

Seite E 78 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 846 vom 04.04.2024

roten Linien des Kanzlers bei der Lieferung der Marschflugkörper Taurus in die Ukraine und der Entsendung von Bodentruppen kaum öffentlichen Widerspruch von prominenten Sozialdemokraten gegeben. Der linke Parteiflügel, der sich seit Langem neben den Waffenlieferungen mehr diplomatische Initiative wünscht, fühlte sich bestärkt. Fraktionschef Rolf Mützenich (SPD) schien dadurch geradezu euphorisiert zu sein und brachte sogar ein "Einfrieren" des Konflikts ins Gespräch - also eine Waffenruhe, um eine Verhandlungslösung zu ermöglichen.

Das ging einigen dann doch deutlich zu weit. Aber nur wenige sagten es so klar und deutlich wie Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD), der sich von Mützenich mit den Worten distanzierte: "Es würde am Ende nur Putin helfen."

Harte Historiker-Kritik: "Nicht selten faktisch falsch"

Die Historiker nahmen diesen Gedanken in ihrem Brief auf und wendeten ihn auch auf die roten Linien des Kanzlers an: "Wenn Kanzler und Parteispitze rote Linien nicht etwa für [Russland](#), sondern ausschließlich für die deutsche Politik ziehen, schwächen sie die deutsche Sicherheitspolitik nachhaltig und spielen Russland in die Hände", schrieben sie. Sie werfen Kanzler, Partei- und Fraktionsspitze zudem vor, in der Debatte über Waffenlieferungen "immer wieder willkürlich, erratisch und nicht selten faktisch falsch" zu argumentieren.

Außerdem kritisieren sie, dass innerhalb der SPD eine "ehrliche Aufarbeitung der Fehler in der Russlandpolitik der letzten Jahrzehnte" fehle. Weder die Verstrickungen eigener Mitglieder mit Interessenvertretern Russlands noch "die fehlgeleitete Energiepolitik, die Deutschland in eine fatale Abhängigkeit von Moskau geführt" habe, seien bisher ernsthaft problematisiert worden.

Noch keine Reaktion von Kanzler oder Parteiführung

Eine Reaktion von Kanzler, Partei- oder Fraktionsspitze gibt es bisher nicht. SPD-Chef Lars Klingbeil veröffentlichte vor einigen Tagen auf Instagram ein Video, in dem er aber lediglich die Linie der politischen, finanziellen und militärischen Unterstützung der [Ukraine](#) bekräftigte. "Die wird so lange weitergehen, wie die Ukraine unsere Unterstützung braucht." Die Debatte über rote Linien in der Ukraine-Politik sprach er darin nicht direkt an.

Der Kanzler würde die Taurus-Debatte am liebsten ganz abbinden. Sie sei "an Lächerlichkeit nicht zu überbieten", hatte er zuletzt kritisiert. [Scholz](#) fühlt sich in seinem Kurs bestärkt, weil seit seinem Nein zu Taurus die Umfragewerte für ihn und seine SPD steigen - rechtzeitig zum bevorstehenden Beginn des Europawahlkampfes. Auf die Frage, ob er die Ukraine-Politik aktiv zum Wahlkampfthema machen werde, antwortete er am Mittwoch: "Ich bin davon überzeugt, dass viele Bürgerinnen und Bürger es so sehen, dass genau diese Frage der Sicherheit in Europa bei der von mir geführten Regierung und bei mir gut aufgehoben ist."

Zweites Warnsignal an Kanzler und Parteiführung innerhalb kurzer Zeit

In der SPD weiß man aus schmerzlichen Erfahrungen, dass ihr innerparteilicher Streit eher schadet. Deswegen sind die wenigen Reaktionen auf den Brief, die es bisher gibt, auch eher beschwichtigend. Die Aufregung in der SPD über den Brief halte sich "in Grenzen", sagte der Außenpolitiker Nils Schmid dem "Spiegel". "Bei Taurus aber respektiert die SPD die Abwägung des Kanzlers."

Der Brief ist nun aber schon das zweite Warnsignal an Kanzler und Parteiführung, dass es Unmut in den eigenen Reihen gibt. Das erste Zeichen war Anfang der Woche die Ankündigung des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, Michael Roth, sich aus dem politischen Betrieb zurückzuziehen. Roth war einer der ganz wenigen aus der SPD, die sich überhaupt mal gegen den Kurs des Kanzlers in der Ukraine-Politik gestellt haben. In einem "Stern"-Interview begründete er seinen Rückzug mit einer Entfremdung vom Politikbetrieb insgesamt, aber auch von seiner eignen Fraktion: "Wenn die Tür zum Fraktionssaal aufging, hatte ich zuletzt den Eindruck, ich steige in einen Kühlschrank." © Deutsche Presse-Agentur

<https://web.de/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/historiker-brandbrief-ukraine-kurs-ruettelt-spd-39490484>

Krieg in der Ukraine

06) Baerbock: Putin will mit Fake News "Demokratie zersetzen"

Aktualisiert am 29.03.2024, 11:03 Uhr



Putin mache mehr als deutlich, "dass er für rationale Argumente und Werte der Menschlichkeit nicht erreichbar ist", sagt Annalena Baerbock. © Christoph Soeder/dpa
Lesedauer: 2 Min.

Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) sieht die von Moskau finanzierte Propaganda-Website "Voice of Europe" als Teil des Kriegsarsenals des russischen Präsidenten Wladimir Putin.

[Mehr News zum Krieg in der Ukraine](#)

Die von [Moskau](#) finanzierte Propaganda-Aktion über die Website "Voice of Europe" ist nach Ansicht von Bundesaußenministerin [Annalena Baerbock](#) (Grüne) Teil des Kriegsarsenals des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Dieser führe seinen Krieg nicht nur mit seinem Militär, "sondern auch mit Fake News, Manipulation und gezielter Einflussnahme", sagte die Ministerin den Zeitungen der Funke Mediengruppe. Dies sei nur ein Beispiel dafür, wie der Kremlchef "unsere Demokratie zersetzen will".

Am Mittwoch hatte die tschechische Regierung mitgeteilt, ihr [Geheimdienst habe ein von Moskau finanziertes Propaganda-Netzwerk enttarnt](#), das die in Prag ansässige Nachrichtenseite "Voice of Europe" genutzt habe, um in der [EU](#) Stimmung gegen die Unterstützung der [Ukraine](#) im Krieg gegen Russland zu machen.

"Es gibt in Putins Krieg längst kein Limit der Brutalität mehr."

Annalena Baerbock, Bundesaußenministerin

Mit Blick auf eine mögliche Eskalation des Kriegs in der Ukraine sagte Baerbock: "Es gibt in Putins Krieg längst kein Limit der Brutalität mehr." Der russische Präsident mache mehr als deutlich, "dass er für rationale Argumente und Werte der Menschlichkeit nicht erreichbar ist". Auch Verhandlungen schließe er aus.

Baerbock: Putin nutzt Leid im eigenen Land für Kriegspropaganda

Nach dem Anschlag auf eine Konzerthalle nahe Moskau habe [Putin](#) selbst Trauer und Leid im eigenen Land für seine Kriegspropaganda genutzt, sagte Baerbock in dem Interview. Bei dem Anschlag, den die Dschihadistenmiliz Islamischer Staat (IS) für sich reklamiert hatte, waren mindestens 143 Menschen getötet worden. Trotz des Bekenntnisses der Islamisten verweist Moskau auf Verbindungen zur Ukraine.

Deutschland und Europa ließen sich durch den Kurs des Kremlchefs jedoch nicht einschüchtern, betonte die Außenministerin. "Frieden und Menschlichkeit in Europa können wir nur durch eigene Stärke gewinnen." Ein Sieg Putins würde die Sicherheit in Europa und die internationale Ordnung in Gefahr bringen, sagte Baerbock den Funke-Zeitungen. Daher sei die Unterstützung der Ukraine "unsere eigene Sicherheitsgarantie".

Dass der Westen zur Unterstützung der Ukraine Bodentruppen entsendet, schloss die Ministerin erneut aus. "Wir haben von Anfang an deutlich gemacht, dass wir das niemals zulassen werden", betonte sie. "Und das gilt."

Die Diskussion über einen Einsatz von westlichen Soldaten in der Ukraine war im vergangenen Monat durch Frankreichs Präsident Emmanuel Macron ausgelöst worden. Dieser hatte den Einsatz von Bodentruppen durch sein Land in der Ukraine nicht ausgeschlossen - und diese Position mehrfach bekräftigt. Zahlreiche westliche Staaten, darunter Deutschland, hatten sich von dem Vorschlag distanziert. (afp/mbo) [© AFP](#)

<https://web.de/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/baerbock-putin-fake-news-demokratie-zersetzen-39489414>

07) KW 24 (= 18. - 24.03.2024) – Demokratie Blockade. Von Ed Koch



KW 12 – Demokratie Blockade

Die Zusammensetzung des Bundesrates



Es liegt an den Wählern, für klare Verhältnisse zu sorgen. Sie müssten einfach nur einer Partei zur absoluten Mehrheit verhelfen, so wie im Saarland, wo die SPD allein regiert. Schaut man sich die Zusammensetzung des Bundesrates an, so ist sie recht farbenfroh. In neun Bundesländern teilen sich zwei Parteien das Regieren, in sechs sogar drei. So lange es um linke Koalitionen aus SPD, Grünen und Linken geht, ist das Finden eines gemeinsamen ideologischen Nenners einfacher als in Koalitionen, an denen CDU und FDP beteiligt sind. Bei der Cannabis-Abstimmung am Freitag im Bundesrat, blickte der geneigte Politik-Beobachter aber nicht so richtig durch. Die Frage stand im Raum, den Vermittlungsausschuss aus Bundestag und Bundesrat anzurufen, was eine Verzögerung des Gesetzes zur Folge gehabt hätte. Bayern (CSU/FW), Baden-Württemberg (Grüne/CDU), Brandenburg (SPD/CDU/Grüne) und das Saarland (SPD) stimmten dafür. Es ist also keineswegs so, dass die Cannabis-Legalisierung vornehmlich ein rot-grünes Lieblingsprojekt ist.

Alle anderen Länder enthielten sich der Stimme, weil die jeweiligen Koalitionsparteien sich gegenseitig blockierten. Ist keine Einigung zu erzielen, wie in Berlin zwischen CDU und SPD, enthält man sich der Stimme.

Der sächsische Ministerpräsident **Michael Kretschmer** (CDU) hielt eine sehr emotionale Rede und betonte, dass er für den Vermittlungsausschuss stimmen werde, was er dann auch tat. Seine Koalitionspartner, die Kleinstparteien SPD (derzeit sechs Prozent) und Grüne (5,7%) enthielten sich. Da nur je Bundesland ein Votum gilt, wurde die Abstimmung Sachsens folgerichtig für ungültig erklärt. Koalitionsstreit auf offener Bühne, live bei Phoenix.

Was Brandenburg betrifft, so gab es den Streit nicht im Plenum des Bundesrates, sondern erst danach.

Ministerpräsident **Dietmar Woidke** (SPD) stimmte für den Vermittlungsausschuss, was anders mit dem Koalitionspartner Grüne vereinbart worden sein soll. Letztlich ist es unverständlich, warum sich Woidke den Stress mit den Grünen gemacht hat, auf seine Stimme ist es ohnehin nicht angekommen.

Ich habe versucht, die Debatte zu verstehen und kann die Bedenken gegen die Cannabis-Freigabe nachvollziehen. Auch, dass sich die Justizminister aller Bundesländer dagegen ausgesprochen haben, ist verständlich. Denn, alle die wegen Vergehens nach dem Betäubungsmittelgesetz verurteilt wurden und im Gefängnis sitzen, müssten nun „begnadigt“ werden. „Allein in Baden-Württemberg wurden 19.000 Verfahren zur Prüfung an die Strafvollstreckungsbehörden übermittelt. Diese Verfahren müssen nun händisch darauf geprüft werden, ob die Vollstreckung von dem rückwirkenden Straferlass betroffen sein könnte oder nicht.“ Quelle: SWR

Die Bundesregierung geht von maximal 7.500 Prüffällen bundesweit aus. „Demnach sitzen von den rund 41.000 inhaftierten Straftätern nur 7.500 Menschen wegen eines Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz in Haft. Von diesen bezögen sich wiederum wohl nur etwa wenige hundert Fälle auf Cannabis und ständen im Zusammenhang zur Gesetzesänderung.“ (Quelle: Tagesspiegel) Für Gesundheitsminister **Karl Lauterbach** (SPD) ist das kein Problem, denn die Justiz werde ja künftig dadurch entlastet, dass es keine neuen Verfahren mehr geben werde.

Offen und ehrlich gebe ich zu, dass ich das Für und Wider nicht beurteilen kann. Mit den Bedenkenträgern kann ich mich allerdings eher anfreunden als mit denen, die im Hanf-Museum Berlin ihren Sieg gefeiert haben. CDU-Chef **Friedrich Merz** will das Gesetz rückgängig machen, wenn er Kanzler ist. Viel Spaß dabei in einer Koalition mit den Grünen. Und bei der Rückgängigmachung des Bürgergelds ebenso viele Freude in einer Koalition mit der SPD.

Ich habe viele zugekiffte Menschen erlebt, wie sie lethargisch mit glasigen Augen, fast regungslos in die Welt schauen. Da sind mir die doch lieber, die in verträglicher Dosis Alkohol genießen und dadurch angeregt heiter plaudernd am Neipentisch sitzen. Lieber Kiffer, es nützt nichts, Euer Bewusstsein erweitern zu wollen, wenn ihr keins habt.

Unabhängig vom Krieg Russlands gegen die Ukraine, ist der **Anschlag auf eine Konzerthalle bei Moskau** mit aktuell 133 Toten und mehr als 100 Verletzte das schlimmste Ereignis in der 12. KW. Perfide ist die Reaktion Putins. Ausgerechnet der Geheimdienst des



KGB-Mannes Putin hat kläglich versagt und war nicht auf den Terrorakt vorbereitet. Und dass, obwohl es Warnhinweise aus den USA gab, die man beim KGB-Nachfolger FSB offenbar ignoriert und als westliche Propaganda abgetan hat.

Dieser Vorgang erinnert fatal an das Totalversagen des angeblich besten und mit rund 7.000 Mitarbeitern nach der CIA größten Geheimdienstes der Welt, dem Mossad. Auch er hat den Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 nicht kommen sehen. Und wie in Israel, hat es auch bei Moskau ewig gedauert, ehe den Menschen geholfen werden konnte. Es ist erschreckend zu sehen, wie die Terroristen, ohne aufgehalten zu werden, einfach in die Konzerthalle gelangen und sie in Schutt und Asche legen konnten.

Putin versucht sein Versagen zu kaschieren und perfider Weise daraus auch noch Kapital zu schlagen, indem er eine Spur in die Ukraine legt. Da nützt es nichts, dass der so genannte Islamische Staat (IS) den Anschlag für sich reklamiert und sogar Videos und Täterwissen veröffentlicht. Das passt nicht in Putins Bild. In einer Ansprache erwähnt er nicht einmal die wahren Täter, sondern beschuldigt die Ukraine als Helfer der Terroristen. Schlimm nur, dass er offenbar bei seinen eigenen Landsleuten damit durchzukommen scheint.

Das Terrorismus-Problem in Russland ist hausgemacht. Wer gegen Nachbarstaaten Krieg führt, muss sich nicht wundern, wenn er damit die Saat für Terrorakte legt. Putin ist bekannt dafür, Terrorangriffe zu inszenieren, um sich selbst Gründe für einen Krieg zu schaffen. Erinnern wir uns an Tschetschenien 1999. Eine Sprengladung zerstörte einen Wohnblock in Moskau, 94 Menschen starben. Vier Tage danach wurde ein weiterer Wohnblock durch eine Explosion zerstört, diesmal starben 119 Menschen.

*„Beide Anschläge waren laut der Journalistin **Katrin Eigendorf** und laut dem ehemaligen FSB-Agenten und Dissidenten **Alexander Litwinenko** von **Wladimir Putin** inszeniert...Auch nach Recherchen der französischen Journalisten **Jean-Charles Deniau** und **Charles Gazelle** wurden die Explosionen vom FSB gezündet, um eine Rechtfertigung für die Fortsetzung des Tschetschenienkrieges zu haben, der wiederum Putin half, die Kommunisten bei der Präsidentschaftswahl am 26. März 2000 zu schlagen. Mehrere Duma-Abgeordnete, die Nachforschungen zu den Explosionen anstellten, wurden später ermordet.“* Auch Journalisten, die zu den Vorgängen recherchierten, starben keines natürlichen Todes.

Quelle: Wikipedia

Putin hält an seinem Narrativ fest, dass die Spur in die Ukraine führe. Ausgeschlossen scheint zu sein, dass Putin diesmal selbst den Anschlag initiiert habe. Die Bekennerschreiben des IS-Ablegers ISPK oder ISIS-K schätzt der Terrorismusexperte **Peter R. Neumann** vom Londoner King's College als authentisch ein.

Für Neumann ist der ISPK aktuell der aktivste Zweig des IS. Der ISPK soll Zellen in Afghanistan und Pakistan unterhalten und über erhebliche Kapazitäten für Operationen im Ausland verfügen. Mehr als 1.000 Menschen sollen sich der etwa 2015 gegründeten Organisation zugehörig fühlen. Auch sollen enge Verbindungen zu Extremisten in Zentral- und Südasien und den Iran bestehen.

Laut einer Analyse im Magazin „foreign policy“ ist Russland aus mehreren Gründen ins Fadenkreuz des ISPK geraten: wegen Russlands historischer Verstrickungen in Afghanistan, dem brutalen Vorgehen gegen die mehrheitlich muslimische Bevölkerung in mehreren Tschetschenien-Kriegen und der anhaltenden Unterstützung des Kremls für den Diktator Bashar al-Assad in Syrien.

Der Westen hat jedoch keinen Grund, sich bequem zurückzulegen und den Geschehnissen in Russland zuzuschauen, denn der *„ISPK ist vermutlich der einzige IS-Ableger, der aktuell fähig wäre, im Westen einen großen, koordinierten Anschlag durchzuführen.“* Quelle: ZDF

Nein, es wird keine ruhige Osterwoche. Putin wird sich immer neue Geschichten ausdenken, warum jetzt erst recht die „Faschisten“ in der Ukraine ausgerottet werden müssen. Putin reagiert wegen seines Versagens wie ein verletztes Tier, das noch aggressiver und gefährlicher wird.

Donald Trump höchst persönlich übt Druck auf seine Republikanische Partei aus, um das geplante 60-Milliarden-Hilfpaket für die Ukraine zu verhindern. Nur durch härtere Maßnahmen an der Grenze zu Mexiko wären die Republikaner bereit, das Geld freizugeben. Die Freiheit der Ukraine wird ausgespielt gegen den „Schutz“ vor Mexikanern.

Trump, der immer behauptet hatte, *„wirklich reich zu sein“*, hat auch in diesem Fall gelogen. Morgen muss er eine halbe Milliarde Dollar als Kautions hinterlegen. Das wird ihm nicht möglich sein, es sei denn, er findet wieder ein Schlupfloch. Wann wird dieser Mensch endlich weggesperrt?

Ed Koch

08) Gewaltfreie Kindheit. Zusammenstellung und Kommentierung Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 623-23

23. März 2024

49. Jahrgang

Gewaltfreie Kindheit

Es klingt so selbstverständlich. Natürlich sollen die Kinder ohne jegliche Gewalt, durch wen auch immer verursacht, aufwachsen. Diese Selbstverständlichkeit ist jedoch für viele ein Traum, weltweit eine Vision. Um auf dieses wichtige Thema aufmerksam zu machen, ruft seit 2004 der **Deutsche Kinderschutzbund** alljährlich am 30. April den „**Internationalen Tag der gewaltfreien Erziehung**“ aus. „Dieser soll die Verantwortung der gesamten Gesellschaft für das gewaltfreie Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in den Fokus rücken. Im Jahr 2000 wurde das Grundrecht der Kinder auf eine gewaltfreie Erziehung in das Bürgerliche Gesetzbuch der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen. Mit dem ‚Gesetz zur Ächtung der Gewalt in der Erziehung‘ hat Deutschland die UN-Kinderrechtskonvention von 1989 umgesetzt.“ Quelle: Kinderschutzbund Düsseldorf



Fachtag 2023, mit Projektleiter Birger Holz – Foto: Ed Koch

Damit der 30. April mehr ist, als nur ein Kalendereintrag neben den vielen anderen Tagen, an denen an alles Mögliche gedacht werden soll, haben sich 2023 die gemeinnützigen Bildungsträger aus Berlin, **BilderKraft** und **Tempelhofer Forum** entschlossen, einen Fachtag zu veranstalten, zu dem Sozialpädagogische Fach- und Führungskräfte in Kindertagesstätten, Tagespflegeeinrichtungen, Schulen, Horten, Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Eltern, Entscheidungsträger und Mitarbeitende aus Politik, Verwaltung, Verbänden und Organisationen sowie Medien eingeladen werden.

Am 30. April 2023 nahmen 140 Interessenten am ersten Fachtag teil und alle wünschten sich, dass daraus eine jährlich wiederkehrende Veranstaltung wird. Und so findet auch in diesem Jahr ein Fachtag am 30. April statt, vor dem noch ein Workshoptag

am 29. April geplant ist. Um das Anliegen zu verdeutlichen, nennen die Veranstalter ihr Projekt „**Fachtag zur gewaltfreien Kindheit.**“

Zwar können immer mehr Kinder in Deutschland gewaltfrei aufwachsen, aber leider nicht alle. Laut einer Befragung bei Schülerinnen und Schülern liegt der Anteil an Kindern und Jugendlichen, die keine Gewalt in der Erziehung erleben, bei 60 Prozent. Während Eltern zunehmend positive Erziehungsstile anwenden, insbesondere hinsichtlich emotionaler Zuwendung, sinkt die Akzeptanz von Gewalt, auch unter Gleichaltrigen. All dies macht klar, dass Prävention wirkt.

Im Umkehrschluss bedeuten diese Zahlen aber auch, dass fast 40 Prozent aller Kinder und Jugendlichen noch immer Gewalt in ihrer Kindheit erleben, deshalb sind weitere Anstrengungen notwendig. Schließlich haben Kinder in Deutschland ein Recht auf gewaltfreie Erziehung. Körperliche Bestrafungen, seelische Verletzungen und andere entwürdigende Maßnahmen sind unzulässig. So steht es – nach langen Bemühungen von Organisationen wie dem Kinderschutzbund – seit 2000 endlich im Bürgerlichen Gesetzbuch.

Unter der Schirmherrschaft des Staatssekretärs für Jugend und Familie, **Falko Liecke**, laden die gemeinnützigen Träger der Jugendhilfe, **Tempelhofer Forum e.V.** und **BilderKraft gUG**, in Kooperation mit dem **Deutschen Kinderschutzbund Landesverband Berlin e.V.**, dem **Kita-Eigenbetrieb Berlin Süd-West**, dem **Nachbarschaftszentrum in der ufaFabrik e.V.**, dem **Nachbarschaftsheim Schöneberg e.V.**, dem **Humboldt-Verlag**, dem **Madrina Sophia e.V.**, **APEGO Schule und Kita**, sowie zahlreichen weiteren Partnern und Unterstützern am Montag, dem 29. April 2024 zu einem Workshoptag zur Einstimmung auf den Fachtag, und am Dienstag, dem 30. April 2024, zum „**Fachtag zur gewaltfreien Kindheit**“ ein.

Ehrengast wird **Prof. Dr. Jörg Maywald** sein. Maywald war von 1995 bis 2021 Geschäftsführer der Deutschen Liga für das Kind, von 2002 bis 2022 Sprecher der National Coalition für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland und ist seit 2011 Honorarprofessor an der Fachhochschule Potsdam. Für Maywald sind „*Kinder von Beginn an Persönlichkeiten und Träger eigener Rechte.*“ „*Mit meiner Arbeit möchte ich zur Verwirklichung der Rechte aller Kinder beitragen.*“, sagt **Prof. Dr. Jörg Maywald**.

1



Der Schirmherr des Fachtages, Jugendstaatssekretär **Falko Liecke**, schreibt in seinem Vorwort für die Programmbroschüre:

„Jedes Kind und jeder junge Mensch hat ein Recht auf gewaltfreie Erziehung und auf den besonderen Schutz der Gemeinschaft vor Vernachlässigung, Misshandlung, sexueller und häuslicher Gewalt. Im Achten Sozialgesetzbuch (SGB VIII) ist für Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe ein allgemeiner Schutzauftrag gegenüber Kindern bei (vermuteter) Gefährdung ihres Wohls formuliert.



In den Kindertageseinrichtungen haben sowohl die Träger als auch das Fachpersonal dafür Sorge zu tragen, dass die Rechte der Kinder gewahrt und dass Kinder vor grenzüberschreitendem

Verhalten geschützt werden. Hierfür bedarf es eines jeweilig an die Einrichtung angepassten Kinderschutzkonzeptes, welches geeignete Verfahren zur Beteiligung der Kinder enthält. Foto: SenBJF

Im Berliner Bildungsprogramm für Kitas und Kindertagespflege wird der Kinderschutz als Querschnittsaufgabe beschrieben. Die Aufgabe der pädagogischen Fachkräfte besteht darin, den Kindern einerseits Entwicklungsimpulse zu geben und andererseits jedes Kind vor Überforderungen und Schädigungen zu bewahren. Die Interessen und Wünsche aller Kinder sind gleichberechtigt. Da die Grenzen der Partizipation eher von den Erwachsenen gezogen werden, müssen sich die pädagogischen Fachkräfte und Eltern auch die Frage stellen, wie viel Entscheidungsmacht haben sie selbst und wie viel können und wollen sie abgeben (BBP, 2014).“

Liecke weist darauf hin, dass die Fachkräfte, um ihren Schutzauftrag umsetzen zu können, entsprechendes Wissen und Sensibilität benötigen. Die Veranstalter, so Liecke, haben ein fundiertes und vielfältiges Fortbildungs-Programm zusammengestellt, das die Fachkräfte bei deren verantwortungsvoller Aufgabe in der Bildung und Betreuung der ihnen anvertrauten Kinder unterstützt. *„Dabei reicht das Spektrum der Themen von gelebten Kinderrechten, vorurteilsbewusstem Umgang mit Kindern bis hin zum Thema ‚Väter neu entdecken‘. Ein Ziel der Familienförderung in Berlin ist es, Angebote für Väter auszubauen, denn eine partnerschaftliche Gestal-*

tung der Erziehung sorgt für eine stabile Beziehung der Kinder zu beiden Elternteilen und damit für ein Teilen von Verantwortung.“, so der Staatssekretär für Jugend und Familie.

Das Programm, alle Informationen und das Anmeldeverfahren ist unter www.tempelhoferforum.de abrufbar.

Hintergrund:

Um zu zeigen, dass Kinder und ihre Rechte in unserer Gesellschaft eine hohe Bedeutung haben, sollten Kinderrechte ausdrücklich im Grundgesetz verankert werden. Momentan sind die Rechte von Kindern im Grundgesetz nicht explizit aufgeführt. Nur im Artikel 6 des Grundgesetzes sind Kinder erwähnt. Dafür aber im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB), § 1631: *„Kinder haben ein Recht auf gewaltfreie Erziehung. Körperliche Bestrafungen, seelische Verletzungen und andere entwürdigende Maßnahmen sind unzulässig.“*

Die Kinderschutzkonvention der Vereinten Nationen beruht auf vier Prinzipien: **„Das Recht auf Gleichbehandlung: Kein Kind darf benachteiligt werden - sei es wegen seines Geschlechts, seiner Herkunft, seiner Staatsbürgerschaft, seiner Sprache, Religion oder Hautfarbe, einer Behinderung oder wegen seiner politischen Ansichten. Das Wohl des Kindes hat Vorrang: Wann immer Entscheidungen getroffen werden, die sich auf Kinder auswirken können, muss das Wohl des Kindes vorrangig berücksichtigt werden. Das Recht auf Leben und Entwicklung: Jedes Land verpflichtet sich, in größtmöglichem Umfang die Entwicklung der Kinder zu sichern. Achtung vor der Meinung des Kindes: Alle Kinder sollen als Personen ernst genommen, respektiert und in Entscheidungen einbezogen werden.“**

Die zehn wichtigsten Kinderrechte:

- Recht auf freie Meinungsäußerung und Beteiligung
- Recht auf Gesundheit
- Recht auf elterliche Fürsorge
- Recht auf gewaltfreie Erziehung
- Recht auf besondere Fürsorge und Förderung bei Behinderung
- Recht auf Spiel und Freizeit
- Recht auf Gleichheit
- Recht auf Bildung
- Recht auf Schutz im Krieg und auf der Flucht
- Recht auf Schutz vor wirtschaftlicher und sexueller Ausbeutung

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch

09) Die unbeabsichtigten Folgen der Zeitenwende. Im Nebel des Krieges gibt es keine einfachen Lösungen, sondern nur Risiken und Zielkonflikte.
Von Tobias Fella & Cornelius Friesendorf



Tobias Fella

Berlin

Dr. Tobias Fella ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH), wo er das trilaterale Forschungs- und Transferprojekt *Challenges to Deep Cuts* leitet. Zuvor war er außen- und sicherheitspolitischer Referent der Friedrich-Ebert-Stiftung, Projektkoordinator an der Hertie School und Fellow an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).



Cornelius Friesendorf

Hamburg

Dr. Cornelius Friesendorf ist Leiter des Zentrums für OSZE-Forschung und Wissenschaftlicher Referent am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) an der Universität Hamburg.

Außen- und Sicherheitspolitik 22.03.2024



/ AA | Ercin Erturk,- picture alliance

Seite E 86 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 846 vom 04.04.2024

In der deutschen Debatte geht es bei der Frage, wie auf ein revisionistisches Russland zu reagieren ist, vor allem darum, wie Abschreckung, Verteidigung und die Unterstützung der Ukraine besser organisiert werden kann. Das ist wichtig, um die Ukraine zu schützen und Russland von weiterer Aggression abzuhalten. Allerdings berücksichtigt die Debatte eine mögliche militärische Eskalation wie auch weitere unbeabsichtigte Folgen der Zeitenwende zu wenig. Deutschland braucht eine breitere politische und öffentliche Diskussion über Risikomanagement.

Das Gesetz der unbeabsichtigten Folgen besagt, dass jede Handlung mehrere Effekte hat. Allerdings werden unbeabsichtigte Folgen wahrscheinlicher, wenn bestimmte Bedingungen vorliegen. Unterstützer der Ukraine sollten die beabsichtigten (positiven) Effekte von Strategien gegen Russland gegen unbeabsichtigte (negative) Effekte abwägen. Schließlich gibt es mindestens fünf Gründe, warum die Zeitenwende unbeabsichtigte Folgen hat oder haben wird.

Putin ist entschlossen und in der Lage, einen langen Krieg zu führen, während die Ukraine weiter um ihr Überleben kämpfen wird.

Erstens: [Wenn die Unsicherheit groß ist](#), steigt die Wahrscheinlichkeit unbeabsichtigter Folgen. Richtet Russlands Großmachtstreben sich auch auf die baltischen Staaten oder die Moldau? Wann ist der Punkt erreicht, an dem Putin die Stabilität des Regimes gefährdet sieht? Der Versuch, Absichten aus der vergangenen russischen Politik oder vermuteten Interessen des Kremls abzuleiten, ist problematisch. Einige Forschungsergebnisse [lassen Zweifel an Putins Rationalität aufkommen](#) oder legen nahe, dass Russland [Statusgewinne höher gewichtet als Stabilität](#).

Zweitens: Putin ist entschlossen und in der Lage, einen langen Krieg zu führen, während die Ukraine weiter um ihr Überleben kämpfen wird. Ihre Unterstützer werden vermutlich Wege suchen und finden, um Kiew auch im Falle einer zweiten Trump-Präsidentschaft mit Militärhilfe beizustehen. Sie sollten das auch tun. Doch je länger der Krieg andauert, desto wahrscheinlicher werden ungewollte Auswirkungen, weil es vermehrt zu Zwischenfällen kommen kann, die außer Kontrolle geraten.

Drittens: Die geografische Nähe bringt Risiken mit sich. Entlang der Ostgrenzen der NATO – beispielsweise im Ostseeraum – operieren NATO-Truppen und russische Streitkräfte raumnah. Schon vor dem 24. Februar 2022 [bestand die Gefahr, dass die Situation eskalieren könnte](#). Der Einmarsch Russlands und die Reaktionen der NATO haben neue [Eskalationsszenarien](#) geschaffen.

Viertens: Der Ukraine-Krieg findet in einem komplexen internationalen System statt, und [Systemeffekte](#) entfalten sich nicht linear und sind deshalb nicht berechenbar. Die westlichen Staaten stehen nicht nur Russland gegenüber, sondern globalen Machtverschiebungen, Populisten im Inland und dem Klimawandel. Die Unterstützung der Ukraine beeinflusst Möglichkeiten, diesen und weiteren Herausforderungen zu begegnen.

Viele in der pro-ukrainischen Allianz sind risikotolerant.

Fünftens: Viele in der pro-ukrainischen Allianz sind risikotolerant. Vor allem die militärisch exponierten östlichen NATO-Mitglieder gehen davon aus, dass Russland nur Stärke versteht, und schließen daraus, sie hätten bei einem vorsichtigen Risikomanagement mehr zu verlieren als zu gewinnen. Litauen wollte [den Transit russischer Güter nach Kaliningrad blockieren](#) und befürwortete Macrons Gedankenspiele, [NATO-Bodentruppen in die Ukraine zu schicken](#). In Deutschland werden Stimmen, die auf Risiken hinweisen, nicht selten als

Opfer Putinscher Angstmacherei bezeichnet. Der in der deutschen Debatte gängige Begriff der „[Selbstabschreckung](#)“ verdeutlicht diese Tendenz. Politiker scheuen eine breitere Debatte womöglich auch deswegen, weil sie befürchten, dies könnte dazu führen, dass die Zustimmung für die Unterstützung der Ukraine bröckelt, da die Wählerschaft die [Kosten eines langen Krieges](#) vielleicht nicht akzeptiert.

Die genannten Faktoren können eine Vielzahl unbeabsichtigter Folgen haben. Deutschland und seine Verbündeten sollten zumindest den folgenden sechs nicht-intendierten Konsequenzen mehr Bedeutung beimessen. Zum einen sollte genauer erörtert werden, welche Umstände zu einer *militärischen Eskalation* führen könnten. Dass der Einsatz von Atomwaffen kein Hirngespinnst ist, unterstreichen aktuelle Berichte, wonach die US-Geheimdienste im Herbst 2022 die Wahrscheinlichkeit eines Einsatzes von Atomwaffen im Falle eines ukrainischen Durchbruchs auf die Krim auf [50 Prozent](#) schätzten.

Auch sollten die *Opportunitätskosten* einkalkuliert werden. Die wirtschaftlichen Kosten des Krieges sind bereits jetzt enorm. [Wenn sich der Krieg in die Länge zieht](#), ist dies erst der Anfang. Wird in Abschreckung, Verteidigung und die Unterstützung der Ukraine investiert, reduziert dies Investitionen in Zukunftstechnologie oder öffentliche Infrastruktur. Die potenziellen Profiteure sind der Wettbewerber China und – im deutschen Kontext – die AfD.

Außerdem lähmt die Konfrontation mit Russland *multilaterale Institutionen* und damit einen [wichtigen Multiplikator](#) der deutschen Außenpolitik. Die OSZE zum Beispiel hatte darunter zu leiden, [dass Russland wichtige Entscheidungen mit seinem Veto blockiert](#). Aus Kreml-Logik reagierte Russland dabei auf den Versuch des Westens, Russland innerhalb der Organisation zu isolieren. Zudem wird es immer komplizierter, in wichtigen Fragen zusammenzuarbeiten. Das zeigt sich unter anderem daran, wie schwierig es geworden ist, die sicherheitspolitischen Auswirkungen des Klimawandels im Rahmen der OSZE zu thematisieren. [Vereinbarungen zwischen der EU und Russland](#), mit denen der grenzüberschreitenden Umweltverschmutzung begegnet werden sollte, liegen auf Eis.

Die Debatte in Deutschland sollte auch die mögliche *Überforderung der EU* stärker in den Blick nehmen. Die Ukraine wird weiter enorme Summen an EU-Geldern für Stabilisierung und Wiederaufbau benötigen. Das wird die Geschlossenheit einer EU, in der die Interessen zunehmend auseinanderdriften, auf eine harte Probe stellen. Die größte Unbekannte ist jedoch die Frage, ob die Ukraine den EU-Besitzstand umsetzen wird. Hat sich das politische System der Ukraine [so stark verändert](#), dass sie die personalisierte, auf Seilschaften basierende Regierungsführung früherer Zeiten hinter sich lassen kann? Forscher, die schon in der Vergangenheit auf eine solche [klientelistische Politik](#) hingewiesen haben, hoben in jüngster Zeit den [Selenskyj-Effekt](#) hervor – die transformative Kraft einer neuen Generation unter einer neuen Führungsfigur. Der erfolgreiche Auf- und Ausbau demokratischer Institutionen ist jedoch kein Selbstläufer, wie Berichte über [fortbestehende autoritäre Praktiken](#) zeigen. Aufgrund ihrer Größe und der Erbschaften des Krieges wird die Ukraine Probleme früherer EU-Erweiterungsrunden in den Schatten stellen.

Auch die *unbeabsichtigte Stärkung der Autokratie* ist Teil der Zeitenwende. Die Bemühungen Deutschlands und anderer westlicher Staaten, Russland zu isolieren, führen zu einem engeren Schulterschluss mit Autokratien. Deutschland [kauft beispielsweise mehr Öl und Gas von den Golfstaaten](#), und [die EU bezieht mehr Gas aus Aserbaidschan](#). Dadurch wird es für die EU schwerer, Handelsabkommen an die Einhaltung der Menschenrechte zu knüpfen. Diese Realpolitik nährt den Vorwurf, der Westen messe mit zweierlei Maß.

Deutschland braucht eine politische und öffentliche Debatte über unbeabsichtigte Folgen der *Zeitenwende*.

Schließlich kann die Kappung der Beziehungen zu Russland dazu führen, dass sich die vom Kreml geschaffene *Belagerungsmentalität* in Russland verfestigt. Die Bewohner der russischen Exklave Kaliningrad etwa [reisten früher häufig nach Polen und in andere Länder](#). Jetzt verbringen sie mehr Zeit in anderen Teilen Russlands, während [Polen seinen Grenzzaun mit Kaliningrad verstärkt](#). Je mehr Russland von der Außenwelt abgeschnitten ist, desto geringer werden langfristig die Aussichten, dass sich Alternativen zum jetzigen revisionistischen Narrativ entwickeln.

Solange der Kreml weiter imperial handelt, werden [Abschreckung und Verteidigung gegen Russland](#) richtigerweise die sicherheitspolitische Praxis und die entsprechenden Diskurse der westlichen Verbündeten [bestimmen](#). Doch die *Zeitenwende* muss auch versuchen, katastrophale unbeabsichtigte Folgen abzuwenden und diejenigen unbeabsichtigten Folgen, die sich nicht vermeiden lassen, abzumildern. Risikomanagement hat nichts mit Feigheit zu tun. Wie Risikomanagement konkret aussehen sollte hängt davon ab, um welches Problem es geht. Was die militärische Eskalation betrifft, stehen Befürworter eines [schrittweisen Vorgehens](#) wie Bundeskanzler Olaf Scholz massiv in der Kritik. Zwar lassen sich die aktuellen Probleme der Ukraine auf dem Gefechtsfeld auch dadurch erklären, dass nicht genug und nicht die richtigen Waffensysteme geliefert wurden. Das Argument, das schrittweise Vorgehen trage zur [Eskalationsverhinderung](#) bei, ist aber auch nicht von der Hand zu weisen.

Im Nebel des Krieges, im Kontext großer Unsicherheit, gibt es keine einfachen Lösungen, sondern nur Risiken und Zielkonflikte. Deutschland braucht eine politische und öffentliche Debatte über unbeabsichtigte Folgen der *Zeitenwende* – eine Debatte, die sich auf Ungewissheiten und Komplexität einlässt und in der die Beteiligten ihre Annahmen offenlegen und hinterfragen. Da der von X und Talkshows geprägte Zeitgeist (pseudo-)markige Sprüche begünstigt, wird das freilich ein schwieriges Unterfangen.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/die-unbeabsichtigten-folgen-der-zeitenwende-7408/?utm_campaign=de_40_20240322&utm_medium=email&utm_source=newsletter

10) Auslaufmodell Demokratie. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 623-21

21. März 2024

49. Jahrgang

Auslaufmodell Demokratie

In Diktaturen ist es üblich, dass die Staatsmacht ihr unterdrücktes Volk zum Bejubeln und Lobpreisen der Despoten auf großen Plätzen antreten lässt. In West-Berlin mussten wir nur 40 Jahre lang über die Mauer schauen, wie so etwas funktioniert.

Es steht jedoch zu befürchten, dass viele von denen, die dem Frauen- und Kindermörder Putin auf dem Roten Platz zujubelten, dies aus Überzeugung taten. Nicht nur dort. In Polen, wo das Kaczyński-Regime kontinuierlich die Demokratie abgebaut hat, ist die Zuneigung nicht geringer geworden. Und natürlich ist der demokratisch gewählte neue Ministerpräsident ein Agent des Westens, was sonst. Die Liste, der immer mehr zu Pseudodemokratien verkommenen Staaten, ließe sich fortsetzen.

Ersparen wir es uns, die Vorteile von Demokratien aufzuzählen. Die Liste ist sehr lang. An oberster Stelle stehen Begriffe wie Meinungsfreiheit, Wahlrecht, Aufenthaltsbestimmungsrecht und so weiter. In einer Demokratie kann jeder sein, was er will und glauben an wen er will. Außerdem geht es wirtschaftlich betrachtet, den Menschen in Demokratien besser als in Staaten, in denen alles reglementiert wird. Wer China als Beispiel einer Diktatur mit wirtschaftlichen Erfolgen benennt, sollte hinter die Kulissen schauen.

In Freiheit leben zu können, ist das höchste Gut, das ein Mensch haben kann. Aber gerade in Deutschland jammern wir auf höchstem Niveau. Corona ist ja an allem schuld, die Inflationsrate auch. Diese liegt derzeit bei 2,5 Prozent, im Dezember noch bei 3,7 Prozent. Die Tarifabschlüsse können sich sehen lassen. Dennoch hört das Meckern nicht auf. Warum sind die Leute so unzufrieden?

Das Problem der derzeitigen Regierung ist nicht etwa eine schlechte Politik, sondern die Unfähigkeit, ihre guten Projekte den Bürgern hinreichend erklären zu können, wobei die Heizungsgeschichte nur eine von vielen war. Niemand bestreitet die Notwendigkeit einer Krankenhausreform. Statt dieses Projekt vernünftig zu kommunizieren, verliert sich der Gesundheitsminister in einer Debatte um die Legalisierung einer Droge. Wir sind überschwemmt von Luxusproblemen. Unser Land hat verlernt, die Freiheit genießen zu können.

Als ginge es um den Fortbestand Deutschlands, werden populistische Scheindebatten geführt über Remigration und Bürgergeld. Die Rechtsaußenpartei will sogar die Frauen wieder an den Herd und ins

Wochenbett zwingen. Ohne Zuwanderung und berufstätige Frauen würde unsere Wirtschaft zusammenbrechen. Wie dämlich muss man sein, um das nicht begreifen zu können.

Wie viele Hardcore-Verweigerer gibt es unter den 3,9 Millionen Beziehern von Bürgergeld? Im Jahr 2021 wurden 52.174 Fälle von Leistungskürzungen aufgrund von „Weigerung der Aufnahme oder Fortführung einer Arbeit, Ausbildung, Maßnahme oder eines geförderten Arbeitsverhältnisses“ verzeichnet.“ Gibt es verlässliche Zahlen, wie viele Menschen ihre Arbeit aufgeben, um ohne etwas tun zu müssen, Bürgergeld kassieren zu können? Und lohnt der Aufwand für die Union, daraus einen Wahlkampfschlagler zu machen? Daran schließt sich natürlich die Frage an, ob wir keine anderen Probleme haben.

Viel schlimmer ist, dass eine **Bertelsmann-Studie** ergeben hat, „dass nur noch 63 Demokratien mit einer Bevölkerung von insgesamt rund drei Milliarden Menschen inzwischen 74 Autokratien mit etwa vier Milliarden Menschen gegenüberstehen.“ Befinden sich Ungarn und die Türkei noch auf der Liste der Demokratien? Meinungsfreiheit in Ungarn? In der Türkei kann man schon eingesperrt werden, wenn man den Staatspräsidenten schief anguckt. „Zu keinem Zeitpunkt wurden in den vergangenen zwanzig Jahren so wenige Staaten demokratisch regiert wie heute.“ „In 83 der 137 Länder herrsche eine massive soziale Ausgrenzung. Speziell in Afrika ist diese Entwicklung verheerend. Die Folgen der Ausbreitung von Diktaturen: Armut, Unterdrückung, Korruption.“

Diktatoren sind in vielen Fällen durch reguläre Wahlen an die Macht gekommen. Das sollten wir Deutsche besonders gut wissen. In unserem Land wurde in schwindelerregend kurzer Zeit 1933 die Demokratie in die Tonne getreten. Da half auch nicht der Satz des Sozialdemokraten **Otto Wels**, erstmals am 23. Juli 1919 vor der Nationalversammlung gesagt, und am 23. März 1933 im Reichstag wiederholt: „Wir sind wehrlos, wehrlos ist aber nicht ehrlos.“

„Demokratiequalität und gute Regierungsführung seien eng miteinander verwoben, erklärten die Autoren der Studie.“ So gesehen, müssen wir uns Sorgen machen. Es beruhigt nicht, wenn man sieht, wer bei der Union in den Startlöchern steht, um im nächsten Jahr die Ampel abzulösen, von Merz und Dobrindt bis Giöckner und Spahn. Frei nach Goethe fällt mir dazu nur ein: „Friedrich, mir graut vor Dir!“

Ed Koch

1

11) KW 11 (11. bis 17.03.2024) - Verstörend. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 623-17

17. März 2024

49. Jahrgang

KW 11 – Verstörend

Wenn Ihnen heute in Grün gekleidete Menschen begegnen, dann sind diese nicht auf dem Weg zu einer Versammlung der gleichnamigen Partei, auf der der Freudenschrei von **Robert Habeck**, die Klimaziele bis 2030 erreichen zu können, gefeiert wird, nein, es sind Leute, die den **St. Patrick's Day** zelebrieren. Das ist zwar ein irischer Nationalfeiertag, wenn es aber darum geht, sich in einem der vielen Irish Pubs in Berlin ein paar Guinness hinter die Binde zu kippen, dann feiern wir natürlich mit. Ob Habeck Grund zum Feiern hat, ist ebenso fraglich, wie seine Aussage, dass das Erreichen der Klimaziele durch „Regierungshandeln“ möglich wird. Auch, ja, sicherlich, aber auch wegen der schwächelnden Wirtschaft, für die der Grüne Minister ebenfalls zuständig ist.

Auch ob die Meldung beruhigend ist, dass die **Bahn** und die **GDL** wieder verhandeln, wird sich zeigen. Denn verhandelt haben sie oft, und immer wieder scheiterten alle Gespräche und führten zu neuen Streiks. Dieses Mal sind alle zuversichtlich. Warten wir es ab, denn alle, die sich Ostern auf den Weg machen wollen, würden sich freuen.

Die wirtschaftliche Bedeutung der **Tesla-Giga-Factory** in Grünheide ist für Brandenburg enorm, offenbar existenziell. Den Menschen, die dort wohnen, ist das ziemlich egal. Sie meckern immer wieder rum, weil noch mehr Wald gerodet werden soll und sie sich Sorgen um die Wasserversorgung machen. Da muss man halt Prioritäten setzen.

Wenn Tesla so wichtig für Brandenburg ist, fragt man sich, ob die kritische Infrastruktur nicht besser geschützt werden müsste, damit nicht die „dümmsten Ökoterroren“ die Stromversorgung für mehrere Tage lahmlegen können, bis hin zu Auswirkungen auf die Regale in den EDEKA-Filialen Berlins.

In dieser Woche besuchte **Elon Musk** mal wieder sein Werk und sprach den Beschäftigten Mut zu: „They can't stop us!“ rief er seinen Leuten zu, die natürlich jubelten. Man kann das Tesla-Projekt sehen, wie man will, es hat tausende von Arbeitsplätzen geschaffen, hoffentlich dauerhaft.

Vor ein paar Tagen bin ich mal wieder an dem Werk vorbeigefahren. Warum beschleichen mich dabei immer solche destruktiven Gedanken wie, kann die Blase irgendwann platzen, und dann? Was für eine Industrieruine bliebe übrig. Mein konservatives Denken steht mir auch im Wege, wenn ich Menschen wie **Elon Musk** betrachte. Ist er genial oder nur ein

Fantast? Hoffentlich erleidet Grünheide nicht das Schicksal der **SpaceX Starship-Raketen**, die jetzt bereits zum dritten Mal vor Erfüllung ihrer Mission explodierten.

Was soll man von einem Mann halten, der zehn Kinder von drei Frauen hat? Das allein ist in Zeiten des Fachkräftemangels nicht zu kritisieren. Leid tun mir allerdings seine Kinder, die mit den Namen wie **Saxon** und **Damian**, **X Æ A-XII** oder **Exa Dark Sideræl** und **Tau Techno Mechanicus** ein Leben lang herumlaufen müssen. Die Namen seiner ersten Kinder, den Zwillingen **Vivian** und **Griffin** sind ja noch akzeptabel, bei den jüngsten **Strider** und **Azure** sieht es schon ein wenig anders aus. Naja. Hoffen wir für Brandenburg, dass die Sache gut ausgeht und Grünheide, passend zum St. Patrick's Day, grün bleibt.

Verstörend ist auch der Aufreger der Woche, der es sogar auf die Titelseite der **B.Z.** schaffte:



Am Dienstag stellten sich erstmals die drei Kandidaten-Teams für den neuen SPD-Landesvorstand vor. Eigentlich eine relativ harmlose Veranstaltung, wenn auch mit zweieinhalb Stunden viel zu lang und langweilig. Stimmung kam auf, als **Nicola Böcker-Gianini**, die gemeinsam mit Neuköllns Bürgermeister **Martin Hikel** antritt, einen Begriff in den Saal warf, der das Potenzial zum Unwort des Jahres hat: „**Umsonst-Stadt.**“

Die schon nach zwei Jahren Tätigkeit als Staatssekretärin in den einstweiligen Ruhestand versetzte Politikerin, stört sich daran, dass die SPD zu viele Geschenke an die undankbaren Bürger macht, die als Gegenleistung nicht einmal die SPD wählen.

Die **B.Z.** listet die Wohltaten der SPD auf, die vor allem ihr Fraktionsvorsitzender **Raed Saleh** auf den Weg gebracht hat: Schulbücher, Schulesen, Kita-Gebühren, Schüler-Ticket, Hort-Gebühren, alles kostenlos, aber „nicht umsonst“, wie **Luise Lehmann**, Co-Kandidatin von Saleh, anmerkte.

In einer Partei, deren Sozialverhalten wichtigster Bestandteil der DNA ist, kommen solche Ideen nicht

1



besonders gut an. Da nützte es auch nichts, dass **Martin Hikel** versuchte zu relativieren, indem er sagte, dass Bestehendes natürlich nicht gemeint sei. Angesichts der Haushaltslage wird es ohnehin keine weiteren Geschenke an die Berliner geben. Nach meinem Eindruck hat sich das Team Hikel/Böcker-Giannini schon nach seinem ersten Auftritt auf das Treppchen mit der Nummer 3 gestellt, dürfte also im Falle einer Stichwahl schon ausgeschieden sein.

Bis zum Ende der Veranstaltung hielt mich dann doch nichts mehr im Willy-Brandt-Haus, und so machte ich mich gegen 21:00 Uhr auf den Weg nach Hause. In der **Berliner Zeitung** las ich dann zwei Tage später von „*Tumult, Geschrei und Geschubse*“.

Was war geschehen? „**Alfonso Pantisano**, die vom Senat ernannte ‚Ansprechperson Queeres Berlin‘, hatte vom Rand des Auditoriums im Willy-Brandt-Haus in die Rede einer Kandidatin hineingebrüllt. Es fielen Begriffe wie ‚Rassismus‘ und ‚Homophobie‘ – Kampfbegriffe der Identitätspolitik. Kurz darauf war die Veranstaltung beendet.“

Entzündet hatte sich offenbar der Konflikt, weil einige Genossen im Frageteil der Veranstaltung der CDU und AfD „anti-muslimischen Rassismus“ unterstellten. Die ganze Wut über die Koalition mit der CDU brach bei einigen durch. Hikel bezweifelte, „ob es so etwas wie anti-muslimischen Rassismus überhaupt gebe. Schließlich sei ‚der Islam keine Rasse‘.“ Darüber kam es zum Streit, und die „Ansprechperson Queeres Berlin“ schrie in den Saal „Rassismus und Homophobie sind keine Meinung“.

Als er sich während der Casting-Show „immer noch nicht beruhigen wollte, wurde er von einer Frau, die neben ihm am Rande des Publikums stand, grob geschubst und deutlich zurechtgewiesen.“, schreibt die **Berliner Zeitung**. Das sind die Szenen, auf die Berlin gewartet hat, eine SPD, die sich selbst zerlegt. Am nächsten Tag ging übrigens die Auseinandersetzung auf **Facebook** weiter, auf hohem Niveau, versteht sich.

Ein prominenter Alt-Genosse gab mir am Rande der Veranstaltung mit der Überschrift des Newsletters **KW 10 – Abgehakt** in Punkto SPD-Berlin recht, meinte allerdings, dass es noch schlimmer sei. Für die SPD würde längst das „Totenglöckchen“ läuten. Meinen Einwand, die SPD sei doch systemrelevant, ließ er nicht gelten, zumindest aber ein anderer Genosse, der an unserem Meinungsaustausch teilnahm.

Ich wünsche Ihnen eine angenehme Woche in der Umsonst-Stadt Berlin.

Was noch?

Alles, was man über die **AfD** wissen muss, um sie nicht wählen zu können, weiß man. In jeder Nachrichtensendung, in vielen politischen Magazinen und Dokumentationen sind wir hinreichend über diese Partei informiert worden. Aus Sicht der AfD natürlich alles Fake-News.

Auch die Satire-Magazine beschäftigten sich in dieser Woche wieder ausführlich mit der AfD, sowohl die **heute-show**, als auch das **ZDF-Magazin Royale**. Ohne Frage sehenswert. Wenn der Spitzenkandidat der AfD für die Europa-Wahl, **Alexander Krahn**, verkündet, dass „echte Männer, echte Frauen“ haben wollen, „zur Weiblichkeit die Mutterschaft gehöre“, und „Feministinnen alle hässlich und grässlich sind“, dann ist das, auch wenn es in einer Satiresendung erwähnt wird, eben doch keine Satire.

Auch nicht der Satz der bildungspolitischen Sprecherin der AfD-Fraktion im Bundestag, **Nicole Höchst**: „Eine gottlose Zeitgeistgesellschaft zwingt Frauen in die Erwerbstätigkeit. Damit werden Frauen zunehmend von ihrem natürlichen Wesenskern entfremdet, in der Mutterrolle überhaupt erst Erfüllung zu suchen.“ Die 54-jährige **Nicole Höchst**, römisch-katholisch, hat vorbildlich ihre Mutterrolle erfüllt und vier Kinder zur Welt gebracht, bevor sie den Beruf der AfD-Agitorin ergriffen hat.

Die Wähler der AfD sehen sich weder politische noch satirische Magazine an. Sie wählen die Partei, eben weil es Äußerungen wie die zitierten gibt, ohne darüber nachzudenken, dass in diesem Land alles zusammenbräche, wenn sich die Frauen allein auf ihren „Wesenskern“ konzentrieren würden.

Es ist wichtig, dass über eine Partei, in der sich Rechtsextreme tummeln, berichtet wird. Es sollte allerdings, vor allem in der Satire, auf die Dosierung geachtet werden, weil es sonst langweilig wird. Das beste Mittel gegen die AfD ist eine ordentliche Politik der demokratischen Parteien. Schaut man sich die Umfragen in den Bundesländern an, in denen im September gewählt wird, ist nicht erkennbar, dass Demonstrationen und Aufklärung gegen Rechts etwas bewirken. In Brandenburg (28%), Sachsen (35%) und Thüringen (31%) liegt die AfD auf dem ersten Platz. Nicht nur das, dem links-rechten Gemischtwarenladen von **Sarah Wagenknecht** werden 13% in Brandenburg, acht in Sachsen, und 17% in Thüringen prognostiziert. Da kann uns selbst **Oliver Welke** nicht mehr zum Lachen bringen.

Ed Koch

12) Grüße aus Weimar. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976

Nr. 623-16

16. März 2024

49. Jahrgang

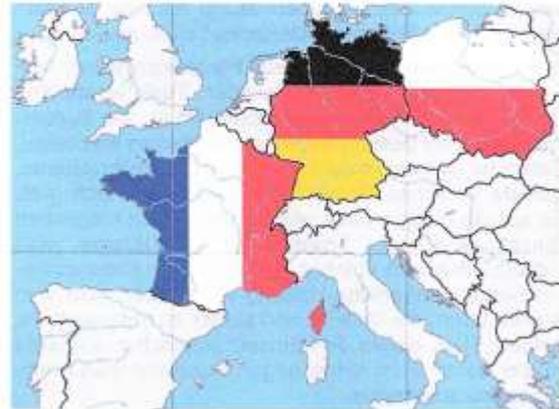


Grüße aus Weimar



Gesprächsbedarf gibt es genau so viel wie Gesprächsformate. So fand der „Petersberger Klimadialog“ zum ersten Male im Mai 2010 auf dem Petersberg bei Bonn statt und danach in Berlin. Die

„Münchener Sicherheitskonferenz“ bildet eine Ausnahme, denn sie findet tatsächlich in München statt.



David Luzzo, New European – based on File: Europe location POL.png

Im August 1991 wurde ein besonderes Gesprächsformat im thüringischen Weimar gegründet, das so genannte „Weimarer Dreieck“, Mittel- und Herzstück Europas, von Frankreich über Deutschland bis Polen. Die Gespräche fanden an vielen verschiedenen Orten statt, kehrten aber auch immer wieder nach Weimar zurück, wie 2014 und 2021.



Screenshots ZDF

Gestern nun trafen sich Frankreichs Präsident **Emmanuel Macron**, Deutschlands Bundeskanzler **Olaf Scholz** und Polens Ministerpräsident **Donald Tusk** in Berlin. So richtig rund lief das Abschreiten der Ehrenformation nicht, Präsident Macron wollte seinen eigenen Weg gehen, wurde aber von Tusk und Scholz zurück in die Reihe geholt. Solche Bilder vertragen mehr als viele Worte.

Immer wieder wurde an Sinn und Zweck des „Weimarer Dreiecks“ gezweifelt, so beispielsweise Anfang 2006 vom damalige polnische Staatspräsident **Lech Kaczyński**. „Das für den 3. Juli 2006 geplante Gipfeltreffen mit **Angela Merkel** und **Jacques Chirac** sagte Kaczyński kurzfristig wegen einer plötzlichen Magenverstimmung ab.“



„Am 23. November 2007 hingegen warb der neugewählte polnische Ministerpräsident **Donald Tusk** in seiner ersten Regierungserklärung für eine Wiederbelebung des Weimarer Dreiecks.“ *Quelle: Wikipedia*

Nun ist **Donald Tusk** erneut Ministerpräsident von Polen, und man trifft sich wieder. Tusk versprühte beim Treffen in Berlin viel Optimismus, die Zusammenarbeit sei besser, als es in den Medien erscheine. Tatsache ist aber, dass es gravierende Unterschiede, gerade zwischen Deutschland und Frankreich gibt. So spricht Macron nach wie vor von einem möglichen Einsatz westlicher Truppen in der Ukraine, was Scholz vehement ablehnt. Wenn man in anderen Bereichen die zögerliche Haltung von Scholz nicht verstehen kann, die Ukraine wirksamer zu unterstützen, seinem Nein gegen den Einsatz deutscher Soldaten in der Ukraine im Krieg gegen Russland muss man hingegen zustimmen.

Frankreich bleibt weit hinter seinen Möglichkeiten zurück, oder hat es vielleicht keine? Bis zum 15. Januar 2024 hat die EU rund 85 Mrd. Euro an finanzieller, humanitärer und militärischer Hilfe geleistet. Die USA liegen mit 69 Mrd. Euro auf Platz 2, wobei die USA mit einem Anteil von 42 Mrd. Euro allein an Militärhilfe weit vor allen anderen liegen. Deutschland folgt mit 22 Mrd. Euro auf Platz 3, Polen auf Platz 10 mit 4,3 Mrd. Euro und Frankreich belegt mit 1,8 Mrd. Euro Platz 14, hinter den skandinavischen Ländern, den Niederlanden, Belgien und sogar der Schweiz, die mit 2,4 Mrd. Euro zwar keine Militärhilfe leistet, aber die Ukraine finanziell und humanitär unterstützt. *Quelle: Statista*

Salopp gesagt, sollte Herr Macron mal nicht so auf dicke Hose machen. Mit vier Billionen Euro Brutto-Inlandsprodukt ist Deutschland die stärkste Kraft in Europa, gefolgt von Frankreich mit knapp drei Billionen Euro. Gemessen daran, ist die Unterstützung für die Ukraine mickrig.

Neben militärischer, humanitärer und finanzieller, gibt es auch sowas wie mentale Unterstützung. Diese ist in keiner Statistik erfasst. Unser Leser **Reinhard Frede**, ein FDP-Politiker aus Tempelhof-Schöneberg, hat uns zu unserem gestrigen Beitrag „Lieber Norbert“, geschrieben: „Warum kommentieren Sie nicht die Einlassungen von **Rolf Mützenich**, dem großen Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag? Wenn ich ihn richtig verstehen, will er den Krieg Russlands gegen die Ukraine einfrieren! Das bedeutet doch einen Verzicht auf zirka 20 Prozent des ukrainischen Staatsgebietes und in der Konsequenz, dass die Ukraine die weiße Fahne schwen-

ken soll, so wie es auch **Papst Franziskus** empfohlen hat. Soll damit die Unterstützung der Ukraine beendet werden? Dann feiert sich die SPD-Fraktion im Bundestag als ‚Friedenspartei‘. Die Ukraine hätte ohne Sinn und Erfolg einen riesigen Blutzoll für die Verteidigung ihres Landes entrichtet. Diese Haltung von **Rolf Mützenich** allein schon wäre ein Grund, das Dreierbündnis ‚Ampelkoalition‘ zu beenden.“

Der Autor dieses Beitrages kommentiert das gern mit den Worten: Ich habe von Herrn Mützenich noch nie etwas gehalten. In letzter Zeit versucht er sich als Pressesprecher von **Olaf Scholz**, als eine Art Kanzlerklärer. Diese Funktion wäre dringend erforderlich, Herr Mützenich ist dafür aber nicht geeignet.

Am Ende dieses Newsletter noch kurz ein paar Anmerkungen zur größten Wahl-Farce, die die Welt je gesehen hat.



Zwar sieht der Stimmzettel etwas anders aus, neben Putin, der dezent auf Platz 2 steht, dürfen sich noch drei andere Statisten um das Amt bewerben, aber eigentlich sollte der Stimmzettel so aussehen wie vom Satire-Magazin **extra3** vorgeschlagen. Putin lässt nicht nur in den entlegensten Winkeln seines Riesenreichs abstimmen, sondern auch völkerrechtswidrig in den besetzten Gebieten der Ukraine. Übrigens: Heute vor zehn Jahren fand das Referendum zur *Heim-Ins-Reich-Holung* der Krim statt. Natürlich auch völkerrechtswidrig. Dazu **Wladimir Putin**: „меня это не беспокоит - menya eto ne bespokoit“, zu Deutsch: „Das stört mich nicht“, oder umgangssprachlich: „Das geht mir am Arsch vorbei.“

Es ist mutig, wie sich einzelne Menschen wehren, indem sie Farbe in die Wahlurne schütten oder sie anzünden. Die beste Reaktion aus dem Ausland ist die von EU-Ratspräsident **Charles Michel**, der auf X schrieb: «Ich möchte Wladimir Putin zu seinem *Erd-rutschsieg bei den heute beginnenden Wahlen gratulieren. Keine Opposition. Keine Freiheit. Keine Wahl.*» *Quelle: SRF Schweizer Radio & Fernsehen*

Was mich erschreckt, ist, mit welcher Chuzpe und staatsmännischem Blick Putin sein Ding durchzieht. Das ist verstörend und lässt erneut an dem Geisteszustand dieses Mannes zweifeln.

Ed Koch

13) Lieber Norbert. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 623-15

15. März 2024

49. Jahrgang

Lieber Norbert

Wenn sich Politiker vom Rednerpult des Bundestages aus duzen, wird es sehr persönlich und es geht nicht um Glückwünsche zum Geburtstag. Nein, es ging mal wieder um die Never-Ending-Taurus-Story.

„Lieber Norbert, dass du alles weißt und eine öffentliche Kommunikation betreibst, die darauf baut, dass dein Wissen kein öffentliches Wissen ist.“, rief am Mittwoch Bundeskanzler **Olaf Scholz** (SPD), dem CDU-Abgeordneten **Norbert Röttgen** zu. Röttgen, der sehr viele politische Ämter hatte und haben wollte, ist nach 30 Jahren Zugehörigkeit zum Bundestag heute nur noch einfacher Abgeordneter, aber sehr gefragter Talk-Show-Gast. Und, Röttgen ist glühender Befürworter der Lieferung des Marschflugkörpers Taurus an die Ukraine.

Scholz persönliche Ansprache an Röttgen ist genauso kryptisch wie die einstigen Äußerungen von **Thomas de Maizière**, „Ein Teil dieser Antworten würde die Bevölkerung verunsichern.“ Es ging 2015 um die Absage eines Länderspiels zwischen Deutschland und den Niederlanden in Hannover wegen einer Terrorwarnung. 2019 gab er in einem Interview mit **BILD am Sonntag** zu: „Mir ist so spontan einfach nichts Besseres eingefallen.“ So scheint es am Mittwoch auch **Olaf Scholz** gegangen zu sein, als er sich mal wieder über **Norbert Röttgen** ärgerte.

Das Dumme an diesen unüberlegten spontane Äußerungen ist, dass der Eindruck entsteht, die Politiker wüssten mehr, als sie uns sagen. Das ist keine Vertrauensgrundlage. Es kann doch, den Taurus betreffend, nur eine Wahrheit geben. Es werden aber mehrere diskutiert. Im **ARD-Morgenmagazin** betonte Röttgen, kein „Sonderwissen“ zu haben. Dem **Tagesspiegel** sagte er: „Wenn er (Scholz) auf Geheimwissen verweist, über das ich angeblich verfüge, muss er wohl selbst welches haben.“ Das ist pubertäres Gequatsche.

Die Union bringt immer wieder die Taurus-Frage zur Abstimmung in den Bundestag ein und erleidet jedes Mal eine Niederlage. Das ist fast schon vergleichbar mit den erfolglosen Versuchen der **Deutschen Bahn**, die Streiks der **GDL** vor Gericht beenden zu wollen.

Außer **Wolfgang Kubicki** und **Marie-Agnes Strack-Zimmermann** gelingt es der Union nicht, noch mehr Abgeordnete der Regierungskoalition auf ihre Seite zu ziehen. Selbst der detailreich bewan-

derte Rüstungsexperte der Grünen, **Anton Hofreiter**, hielt sich an die Fraktionsdisziplin und stimmte gegen den Antrag der Union. Da nicht der Bundestag, sondern die Bundesregierung über die Lieferung des Taurus entscheidet, hat sich der Vorgang erledigt, auch wenn Röttgen, Hofreiter und Strack-Zimmermann Lanz, Illner, Maischberger und wem sonst noch, die Ohren vollheulen.

Olaf Scholz kann sich in dieser Frage auf die Mehrheit der Deutschen stützen. In den aktuellen Umfragen von **ARD** und **ZDF** sind 61 beziehungsweise 59 Prozent der Befragten gegen die Lieferung. Es wird Zeit, dieses Thema endlich abzuhaken.

Ed Koch

- 14) Eingeengte Debatte. Beim Streit um den Taurus kommt die Risikoanalyse zu kurz. Dabei braucht die Ukraine langfristige Unterstützung – und die liefert Deutschland. Von Helmut W. Ganser



Helmut W. Ganser

Hamburg

Helmut W. Ganser ist Brigadegeneral a.D. Der Diplom-Psychologe und -Politologe war unter anderem Stellvertretender Leiter der Stabsabteilung Militärpolitik im Verteidigungsministerium in Berlin, Dozent für Strategie an der Führungsakademie der Bundeswehr sowie militärpolitischer Berater der deutschen Ständigen Vertreter bei der NATO in Brüssel und bei den Vereinten Nationen in New York. Ende der 1980er Jahre war er für die Erarbeitung der Verteidigungsplanung (*General Defense Plan*) eines deutschen Korps im Kriegsfall zuständig.

Außen- und Sicherheitspolitik 12.03.2024



abaca.- picture alliance

Festgezurrite Standpunkte bestimmen leicht die Wahrnehmung der Wirklichkeit, vor allem wenn diese komplex und schwer überschaubar ist. Leider hat sich die deutsche Taurus-Debatte nach dem abgehörten und vom russischen Propagandasender RT veröffentlichten Gespräch des Inspektors der Luftwaffe mit drei Offizieren auf die politische Deutung des Gesprächsverlaufs verengt. Es geht fast nur noch um die Frage, ob die Ukraine Taurus-Marschflugkörper einsetzen kann, ohne dass deutsche Spezialisten in der Ukraine bei der Programmierung mitwirken. Grundsätzliche und weitergehende strategische Überlegungen und Folgenabschätzungen finden praktisch nicht statt.

Es ist unwahrscheinlich, dass die Ukraine weitreichende Waffensysteme gegen Ziele auf russischem Territorium einsetzt, wenn vertragliche Auflagen der Geberländer dem entgegenstehen. Wahrscheinlich ist jedoch, dass Kiew Taurus-Flugkörper einsetzen würde, um die Brücke bei Kertsch zu zerstören. Dies wurde auch im abgehörten Gespräch der Luftwaffenoffiziere so angenommen. Die Zerstörung dieser langen Brücke durch die Mephisto-Sprengköpfe des Taurus wäre kein Selbstläufer. Experten des *US Army War College* haben in *Foreign Affairs* im Dezember 2023 eine detaillierte Analyse der Brückenkonstruktion vorgenommen. Sie kommen zu dem Schluss, dass die nachhaltige Zerstörung dieser langen Brücke mit Marschflugkörpern wie dem Taurus eine sehr schwierige Aufgabe wäre. Dazu sei eine massive Salve von sehr präzisen Treffern an tragenden Hauptpfeilern der Brücke notwendig.

Nicht nur in Moskau würde die Zerstörung der Brücke als spezifische deutsche Leistung aufgefasst werden.

Die Krimbrücken sind für die ukrainische Verteidigung gegen die russische Aggression völkerrechtlich legale und militärisch-operativ wichtige Angriffsziele, da die russischen Truppen im südlichen Frontabschnitt hauptsächlich über diese Brücken verstärkt und versorgt werden. Bisher ist es der ukrainischen Armee trotz mehrerer Angriffe nicht gelungen, die Brücken nachhaltig zu zerstören. In der Bundesregierung muss bedacht werden, dass Salven mit deutschen Taurus-Flugkörpern auf die Kertsch-Brücke ein spektakuläres, singuläres Ereignis im Kriegsverlauf wären, das die Angriffe auf das Hauptquartier der russischen Schwarzmeerflotte mit britischen und/oder französischen Marschflugkörpern im September 2023 weit in den Schatten stellen würde. Nicht nur in Moskau, sondern mit anderem Vorzeichen auch international würde die Zerstörung der Brücke als spezifische deutsche Leistung aufgefasst werden, während andere westliche Staaten der Ukraine keine Waffensysteme mit vergleichbarer Wirkung zur Verfügung stellen wollen oder können. Besonders heikel wäre dies, da durch die Unterbrechung der Nachschublinie über die Brücke keine wesentliche Veränderung der seit Herbst 2022 stagnierenden militärischen Lage an der Front zu erwarten wäre. Der Schwerpunkt der russischen Angriffe liegt in diesem Jahr überwiegend im östlichen Frontabschnitt, an dem die Russen nicht vom Nachschub über die Krimbrücken abhängig sind.

Scholz spürt vermutlich, dass Deutschland mit der Weitergabe des Taurus an die Ukraine unkalkulierbare Risiken eingehen und sich politisch-strategisch überheben würde. Warum sollte sich Deutschland weiter in diesem Krieg exponieren als die drei westlichen Nuklearmächte und ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen? Es verwundert, dass in der aufgeheizten Debatte die Tatsache keine Rolle mehr spielt, dass US-Präsident Joe Biden, völlig unabhängig von Donald Trump und der Blockade der US-Republikaner im Repräsentantenhaus, keine Waffensysteme mit einer Reichweite über 165 Kilometer an die Ukraine liefert. Trotz wiederholter Anforderungen aus Kiew, die ATACMS-Variante mit einer Reichweite von etwa 300 Kilometern zu liefern. Der Taurus hat eine Reichweite von über 500 Kilometern. Warum sollte Deutschland weiter ins Risiko gehen als die atomare Supermacht USA und die europäischen Nuklearmächte? In der US-amerikanischen Regierung wird an dieser Stelle klüger, besonnener und strategischer über mögliche Aktions-Reaktions-Ketten hinweg gedacht und analysiert – in der Absicht, das Risiko eines Krieges zwischen Russland und der NATO einzuhegen. In solchen Szenarien kann nämlich auch den USA die Eskalationskontrolle aus den Händen gleiten.

London und Paris agieren mit ihren Marschflugkörpern in der Ukraine vermutlich auch im Vertrauen auf ihr nukleares Abschreckungspotenzial.

Wenn Großbritannien und Frankreich Spezialisten bei der ukrainischen Luftwaffe einsetzen, um die Zielplanung und die Flugprogrammierung vorzunehmen oder zu überwachen, überschreiten sie eine Linie, hinter der sie faktisch zur Kriegspartei werden. In solch heiklen Fragen gibt es immer unterschiedliche Deutungen des Völkerrechts, gerade zwischen der angelsächsischen und der deutschen Schule. London und Paris agieren mit ihren Marschflugkörpern in der Ukraine vermutlich auch im Vertrauen auf ihr nukleares Abschreckungspotenzial und aufgrund ihrer geografischen Randlage im NATO-Raum. Wenn der britische Außenminister David Cameron jetzt anbietet, mit einem [Storm-Shadow-Taurus-Ringtausch](#) Berlin zu helfen, interveniert er in die innenpolitische Berliner Debatte.

Es handelt sich zudem um ein politisch unfaires Angebot, denn bei Annahme des Vorschlags durch die Bundesregierung würde diese sich in Widersprüche verwickeln und die innenpolitische Debatte noch anheizen. Sie kann nicht einerseits das britische Vorgehen mit Storm-Shadow-Spezialisten in der Ukraine als Modell für Deutschland ablehnen und es andererseits durch einen Ringtausch befördern. Es geht in der ganzen Debatte nicht um deutsche Befindlichkeiten und darum, wie diese umgangen werden könnten, sondern um unterschiedliche politisch-strategische Einschätzungen.

Im Feld der unterstützenden europäischen Staaten liegt Deutschland weit vorn.

Die Ukraine braucht von den europäischen Partnern in erster Linie eine starke und nachhaltige Unterstützung mit überlegenen westlichen Waffensystemen, schnelle Instandsetzungskapazitäten, viel mehr Munition für die Frontkräfte und die Luftverteidigung sowie Systeme für die elektronische Kampfführung. Nur so kann sie die Frontlinie halten und die russischen Angriffskräfte zermürben und abnutzen. Im Feld der unterstützenden europäischen Staaten liegt Deutschland weit vorn. Die bisherigen Unterstützungsleistungen Frankreichs sind trotz des Marschflugkörpers SCALP marginal. Großbritannien leistet mehr als Frankreich, hat aber im Sicherheitskooperationsabkommen mit der Ukraine für 2024 weniger als die Hälfte dessen zugesagt, was die Bundesregierung zur Verfügung stellen wird. London bleibt damit auch im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt weit hinter Berlin zurück. Paris und London sollten bei Waffenlieferungen und finanziellen Hilfen an die Ukraine anschließen, zumal künftige US-amerikanische Unterstützungsleistungen angesichts der fortwährenden Blockade im US-Repräsentantenhaus ungewiss sind.

Olaf Scholz hat Recht, wenn er sich nach sorgfältiger Abwägung gegen die Lieferung deutscher Taurus-Systeme an die Ukraine wendet, weil dies Deutschland tief in die Grauzone der Kriegsbeteiligung ziehen würde. Seine Entscheidung ist nachvollziehbar und entspringt der sicherheitspolitischen Gesamtverantwortung des deutschen Bundeskanzlers

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/eingeengte-debatte-7386/?utm_campaign=de_40_20240312&utm_medium=email&utm_source=newsletter

15) Ohne Streik mehr Geld. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 623-11

11. März 2024

49. Jahrgang

Ohne Streik mehr Geld

Es gibt Berufsgruppen, die nicht streiken müssen, um mehr Geld zu bekommen. Erhöhungen erfolgen automatisch, auch wenn es dafür natürlich festgelegte Berechnungsformeln gibt. Ohne Streik gibt's mehr Geld für Rentner, Bürgergeldempfänger und Bundestagsabgeordnete. Mit den Beamten beschäftigen wir uns nicht in diesem Beitrag, weil sie ein Sonderfall sind.

Mit 735 Abgeordneten ist der Bundestag die größte frei gewählte nationale Parlamentskammer der Welt. Die einkommensteuerverpflichtige Vergütung beträgt seit dem 1. Juli 2023 monatlich 10.591,70 Euro. Laut Grundgesetz hat der Abgeordnete einen Anspruch auf eine angemessene, seine Unabhängigkeit sichernde Entschädigung zu erhalten, die der Bedeutung seines besonderen Amtes und der damit verbundenen Verantwortung und Belastung gerecht werden. Hinzu kommt eine Pauschale von 5.051,54 Euro, wovon alle Ausgaben bestritten werden müssen, die zur Ausübung des Mandates anfallen: vom Wahlkreisbüro über den zweiten Wohnsitz in Berlin bis hin zum Büromaterial im Wahlkreis sowie Kosten der Wahlkreisbetreuung. *Quelle: Deutscher Bundestag*

Wie die **Frankfurter Rundschau** berichtete, sollen ab Juli, nach Berechnungen des **Bundes der Steuerzahler**, die so genannten Diäten um monatlich 635,50 Euro erhöht werden, das sind sechs Prozent und damit deutlich weniger als alle anderen Arbeitnehmer in den laufenden Verhandlungen schon bekommen haben oder noch fordern.

Leider gibt es auch einige wenige Abgeordnete, die meinen, ihre Bezüge durch Korruption verbessern zu müssen. Dazu empfehlen wir in der ARD-Mediathek den Politthriller und die Dokumentation „**Am Abgrund**“, die sich mit unglaublichen Vorkommnissen in und um Aserbaidschan beschäftigen. Es geht um Einzelfälle, von denen aber jeder einer zu viel ist.

Rainer Holznagel, Chef des Steuerzahlerbundes, erhebt regelmäßig in der RTL-Show „**Mario Barth deckt auf**“ den Finger und zeigt auf Steuerverwendungen des Staates. Holznagel forderte der **Deutschen Presseagentur** gegenüber, die Abschaffung der automatischen Anpassung der Abgeordnetenbezüge. „*Mit diesem Vollautomatismus findet keine Diskussion, keine Aussprache oder Erklärung der Abgeordneten im Bundestag gegenüber der Bevölkerung statt*“, beklagte der BdSt-Präsident. Klingt toll, ist aber reiner Populismus.

Würde es bei jeder Diätenerhöhung eines Gesetzes bedürfen, das im Bundestag lang und breit diskutiert werden müsste, fände am Ende eine Abstimmung statt, in der die Abgeordneten sich selbst mehr Geld genehmigen. Genau, um dieses Bild zu vermeiden, hat man den aktuellen Weg gewählt. Und das ist vernünftig, erspart es uns doch das scheinheilige Gemjammer von Rechts und Links mit ihrer Zurschaustellung der Ablehnung jeglicher Erhöhung.

Natürlich hat **Civey** mal wieder die Menschen befragt, rund 5.000 online. Das Ergebnis ist keine Überraschung: 4,3% sagen zu einer Erhöhung eindeutig richtig, 3,2% eher richtig, 3,5% sind unentschieden, 8,2% sagen eher falsch und 80,4% eindeutig falsch. Nein, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, es ist nicht eindeutig falsch, sondern eindeutig richtig, dass auch die Bezüge der Abgeordneten angepasst werden.

Durch die vielen Talk-Shows von „**hart aber fair**“ über **Markus Lanz**, **Maybrit Illner** und **Sandra Maischberger** bis **Caren Miosga** entsteht ein falsches Bild über die Abgeordneten, von denen die überwiegende Zahl sehr engagiert und aufwendig arbeitet, 24/7, und nicht nur pseudoklug schwätzt.

Erstmals wird es in diesem Jahr eine Rentenanpassung geben, die in Ost und West gleich hoch ist. Wann war die Wiedervereinigung? Und warum hat das so lange gedauert? Vermutlich werden es in diesem Jahr 3,5 Prozent sein, die die Rentner mehr bekommen. Ein Betrag, der durch höhere Miet- und Betriebskosten sowie Preissteigerungen in allen Bereichen pulverisiert wird. Aber immerhin, besser als nichts.

Die 21 Millionen Rentner müssen mit ihren Rollatoren keine Straßen blockieren und sich nirgendwo festkleben. Sie erhalten ihre Erhöhung automatisch, aufgrund der so genannten Rentenanpassungsformel, gekoppelt an die Entwicklung der Bruttolöhne. Schon am 6. März berichteten wir, dass Sozialminister **Hubertus Heil** (SPD) die Rentenerhöhung fest zugesagt und Kürzungen ausgeschlossen hat.

Schön wäre es, wenn alle, die sich derzeit noch in Tarifverhandlungen befinden, endlich einigen und uns nicht weiter belastigen würden. Das wird, was die Deutsche Bahn betrifft, ein frommer Wunsch bleiben. Die GDL forderte von der Bahn ein neues Angebot bis Sonntagabend 18:00 Uhr. Zwar lud die DB die GDL zu weiteren Gesprächen ein, legte aber kein Angebot vor. Konsequenz: Streik ab Dienstag.

Ed Koch

1

16) KW 10 (= 04. bis 10.03.2024) – Abgehakt. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 623-10

10. März 2024

49. Jahrgang

KW 10 – Abgehakt

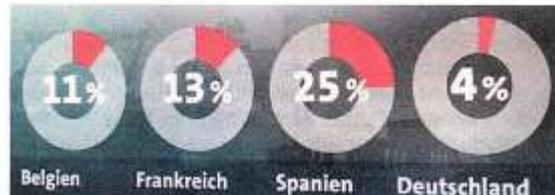
Am Ende dieser Woche können wir gleich mehrere Themen abhaken. Der Bundesrechnungshof hat, wie in den Jahren zuvor, erneut die Klimapolitik der Regierung kritisiert. Der „*klimapolitische Blindflug*“ der Bundesregierung setze sich fort. „*Zu langsam, zu unsicher, zu teuer*“, titelte die **Süddeutsche Zeitung**.

Abhaken können wir wohl auch die **Berliner SPD**. Eine Analyse der Wahl zum Abgeordnetenhaus 2021 und der Wiederholungswahl 2023 kommt zu dem Ergebnis: „*Mehr als alles andere ist der Zustand der Partei für die schlechten Wahlergebnisse verantwortlich.*“

Den dritten Haken können wir hinter den Namen **Taurus** setzen. Im ARD-Deutschlandtrend vom 7. Februar sprechen sich nur noch 29 Prozent für die Lieferung des Marschflugkörpers an die Ukraine aus, das sind sieben Prozent weniger als im Vormonat. Dafür sind jetzt 61 Prozent dagegen, neun Prozent mehr als im Februar. Beim ZDF-Politbarometer vom 8. März sind 34 Prozent für die Lieferung und 59 Prozent dagegen. Das erstaunliche daran ist, dass es offenbar dem Kommunikationsgenie **Olaf Scholz** gelungen ist, den Menschen so viel Angst zu machen, dass sie das Wort Taurus nicht mehr hören möchten.

Der Taurus, sagen die vielen tatsächlichen und selbst ernannten Experten, ist nicht kriegsentscheidend, wäre aber eine Möglichkeit, sich im Kampf gegen Putin besser behaupten zu können. Zu dem Vorstoß des britischen Außenministers **David Cameron** hat sich die Bundesregierung noch nicht geäußert. „*Für eine Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern hält Cameron einen Ringtausch für möglich, bei dem Deutschland Taurus-Marschflugkörper an Großbritannien abgibt und London weitere Flugkörper vom Typ Storm Shadow an die Ukraine liefert.*“, schlug er in einem Interview mit der **Süddeutschen Zeitung** vor.

Die Taurus-Frage wäre nicht so brisant, wenn die Ukraine genügend andere Waffen und vor allem Munition erhielte. Das ist gegenwärtig nicht erkennbar. Der Westen lässt die Ukraine langsam und allmählich verrecken. Und den Mitgliedern der zur **willfährigen Trump-Sekte** verkommenen Republikaner, ist die Abschottung gegenüber Mexiko wichtiger als irgendein Land in Europa, das 8.000 Kilometer entfernt von Washington, D.C. liegt. Damit bei den Republikanern alles weiter im Sinne von **Donald Trump** läuft, hat er seine Schwiegertochter **Lara Trump** auf den Posten der Co-Vorsitzenden der Partei gehievt.



Screenshot Monitor ARD

Schlichte Gemüter wie der Autor dieses Beitrages dachten, dass sich die Sache mit den russischen Gaslieferungen erledigt hat. Dann schauen Sie sich bitte das ARD-Magazin **Monitor** vom 7. März an.

<https://www.ardmediathek.de/video/monitor/monitor-vom-07-03-2024/das-erste/Y3JpZDovL3dkciSkZS9CZWl0cmFrLXNvcGhvcmlEtYmJiNzcvMmUtZWU1OC00OTklLTlhMzEtNjQyNjAyMWFkZjFl>

Von den russischen Gasfeldern in Yamal am Polarkreis pendeln 15 riesige, eisbrechende LNG-Tanker in Dauerschleife nach Europa. Vom belgischen Zeebrügge wird das Flüssiggas ins europäische Netz eingespeist. Die Anteile am russischen Flüssiggas betragen in Belgien elf, in Frankreich 13, in Spanien 25 und in Deutschland vier Prozent. Das russische LNG ist bislang nicht sanktioniert und finanziert Putins Krieg mit Milliardenbeträgen.

Dafür müssen wir natürlich Verständnis haben, denn, so teilt es **Robert Habecks** Wirtschaftsministerium am 5. März mit, dass es „*gravierende Schwierigkeiten bei der Gewährleistung der Energieversorgungssicherheit der Europäischen Union*“ gäbe, wenn diese Lieferungen eingestellt würden. Worüber regt sich eigentlich **Sarah Wagenknecht** auf, es läuft doch alles in ihrem Sinne.

Wenn man mal einen Augenblick an nichts Böses denkt, kommt der Papst um die Ecke, über dessen Vorschlag sich Frau Wagenknecht besonders freuen dürfte. „*Die Ukraine solle den Mut haben, eine ‚weiße Fahne‘ zu hissen und ein Ende des russischen Angriffskrieges auszuhandeln. Er denke, dass der Stärkste derjenige ist, der die Situation betrachtet, an die Menschen denkt, den Mut der weißen Fahne hat und verhandelt*“, so **Papst Franziskus** in einem Interview mit dem Schweizer Sender **RSI**, das den Angaben zufolge im Februar geführt wurde, aber erstmals am 20. März ausgestrahlt werden soll. *Wenn man sieht, dass man besiegt wird, dass die Dinge nicht gut laufen, muss man den Mut haben, zu verhandeln.*“ Quelle: tagesschau.de

Das klingt sehr romantisch, hat aber mit dem wahren Leben, das im Vatikan ohnehin nicht stattfindet,

1



nichts zu tun. Die „weiße Fahne“ hissen heißt, kapitulieren. Danach gibt's mit dem Sieger nichts mehr zu verhandeln, weil dieser nun allein bestimmt, wie es weitergeht. Und so weit müsste auch der Papst denken können. Putins Armee zöge in Kiew ein, Putins Marionetten würden eine neue Regierung installieren und die alte nach Sibirien verschleppen, und so schnell wie möglich bekämen alle Ukrainer russische Pässe. Was anderes als das sollte nach einer Kapitulation geschehen?

Es gibt nur einen Weg den Krieg zu beenden, wenn **Wladimir Stalin 2.0 Putin** erkennt, dass er den Krieg nicht gewinnen kann. Die Ukraine kann und wird den Krieg nicht gewinnen, sie darf ihn aber auch nicht verlieren. Sorry, wenn ich das an dieser Stelle schon zimal geschrieben habe.

Klimapolitischer Blindflug

Hier ein paar Schnipsel aus dem Katalog des Rechnungshofes in Richtung der Grünen Minister für das Klima, **Robert Habeck**, und für die Umwelt, **Steffi Lemke**.

„Rechnungshof: Bund untergräbt die eigene Klimapolitik - etwa durch die jährliche Senkung der Luftverkehrssteuer, weil dadurch Passagierflüge günstiger und somit attraktiver würden. Auch die große Zahl von Oldtimern auf Deutschlands Straßen sieht der Bundesrechnungshof als klimaschädlich an. Die alten Autos würden zunehmend im Alltag eingesetzt, hätten aber schlechte Abgaswerte. Der Bund fördere diese Entwicklung durch eine günstigere Steuer für Oldtimer. Das sei schlecht fürs Klima und den Bundeshaushalt: Jedes Jahr entgingen so Einnahmen von 170 Millionen Euro.“

Der Bund könnte „sehr einfach Geld sparen und das Klima schonen: Er müsse damit aufhören, immer mehr Büroflächen anzumieten. Die zivilen Bundesbehörden hätten sich in den vergangenen Jahren auf 8,2 Millionen Quadratmeter Bürofläche vergrößert - als seien neue Arbeitsformen wie Homeoffice, Desksharing und Co-Working-Spaces noch gar nicht erfunden.“ Quelle: tagesschau.de

Rezo, wann kommt Dein Video?

Noch gut in Erinnerung haben wir das Video „Die Zerstörung der CDU“ von **Rezo** aus dem Mai 2019. Wo bleibt sein Video zur Zerstörung der Berliner SPD? In einem 50-seitigen Dokument, das wir für literarische Feinschmecker diesem Newsletter beifügen, steht nicht weniger, als dass die Berliner SPD „durch interne Macht- und Flügelkämpfe tief gespalten und

zerstritten“, ist. Das haben der FU-Politologe **Thors ten Faas** und die Politikberaterin **Jana Faus** in einer Studie festgestellt, nach dem sie 1.513 schriftliche Befragungen von SPD-Mitgliedern ausgewertet und mit 26 „hochrangigen“ Genossinnen und Genossen „anonymisierte Interviews geführt“ haben.

„Besonders gravierend sei der ideologische Streit über ‚linke‘, ‚konservative‘ oder ‚pragmatische‘ Politik der SPD, heißt es in der Analyse. Das habe sich unter anderem bei der Entscheidung für die CDU als Koalitionspartner nach der Wiederholungswahl 2023 gezeigt.“

Besonders schlecht kommt **Franziska Giffey** davon, die auf eine erneute Kandidatur für den Landesvorsitz verzichtet hat, aus gutem Grunde. „Die rot-grüne Koalition habe vor allem unter Giffey's zerrüttem Verhältnis mit Grünen-Spitzenkandidatin **Betina Jarasch** gelitten.“ Dazu gehören immer zwei, und wenn man sich das Verhalten von Frau Jarasch bei den Koalitionsverhandlungen nach der Februarwahl 2023 ansieht, kann man sehr viel Verständnis dafür aufbringen, dass es zum Bruch mit den Grünen kam. Wenn man **Franziska Giffey** etwas zugutehalten muss, dann, dass sie in eine Koalition mit der CDU gegangen ist, unter Verzicht auf den Posten der Regierungschefin.

Ursprünglich sollte das Papier erst am 21. März offiziell vorgestellt werden. Was für eine blauäugige Annahme, dass das funktionieren könnte, nachdem es bereits in dieser Woche vorlag. „Wir sind sehr enttäuscht darüber, dass die Analyse schon jetzt an die Öffentlichkeit gelangt ist“, äußerten sich, weltfremd wie der Papst, **Cansel Kiziltepe** und **Michael Biel** in einer Mail an die SPD-Mitglieder. Quelle: rbb

Vermutlich liegt es an einer Fehlfunktion meiner Suchmaschine, dass ich den Namen **Raed Saleh** auf den 50 Seiten der Studie nicht ein einziges Mal gesehen habe. Saleh ist seit 2011 Fraktions- und seit 2020 Co-Vorsitzender der SPD, hat also alle Wahlkämpfe und den schleichenden Untergang der SPD seitdem mitzuverantworten. Das hält ihn nicht davon ab, erneut für den Landesvorsitz zu kandidieren. Das Casting beginnt übermorgen im Willy-Brandt-Haus.

Um auch diesen Satz zum Schluss noch unterzubringen: Ich halte die SPD insgesamt, wegen ihrer Historie, aber nicht nur, sondern vielmehr wegen ihrer sozialen Ausrichtung, in diesem Land für unverzichtbar, ja sogar für systemrelevant. Deshalb darf sie nicht untergehen. Basta!

Ed Koch

17) Die Rente ist sicher. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 623-06

6. März 2024

49. Jahrgang

Die Rente ist sicher

Das hat CDU-Sozialminister **Norbert Blüm** schon 1986 behauptet. Und das war sie auch über Jahrzehnte. Sie trifft pünktlich auf dem Konto ein, man muss nicht mahnen. Dass inzwischen, je nach der Höhe, sich das Finanzamt wieder etwas abzieht, ist ärgerlich. Schließlich ist die Rente kein klassisches Einkommen wie ein Gehalt.

Rente ist nicht gleich Rente, und wer eine Pension bekommt, steht ohnehin besser da. Beamte zahlen nichts in die Rentenkasse ein, werden aber mit Steuergeldern gut versorgt. Ein normaler Arbeitnehmer zahlt während seiner Berufstätigkeit fleißig Beiträge, gegenwärtig sind es 18,6 Prozent vom Gehalt.



Screenshot Phoenix

Unter **Helmut Kohl** waren es über 20 Prozent, merkte Sozialminister **Hubertus Heil** (SPD) auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Finanzminister **Christian Lindner** (FDP) gestern Mittag süffisant an. Beide verkündeten mal wieder einen „Paradigmenwechsel“, oder, wie man heute sagt, eine „Zeitenwende“, also einen „Wumms“ mit der „Bazooka“.

Finanziert wird die Rente aus den Beiträgen und einem Zuschuss aus dem Bundeshaushalt von derzeit rund 100 Milliarden Euro. Knapp 500 Milliarden Euro umfasst der Bundeshaushalt für 2024, die Rentner bekommen also ein gutes Fünftel davon.

21 Millionen Rentner gibt es, ihnen gegenüber stehen 46 Millionen Erwerbstätige, so viele wie nie zuvor, sagt Herr Heil. Die Altersbezüge sind unterschiedlich hoch, schließlich gibt es keine Einheitsrente. Sie richtet sich nach der Höhe des Einkommens. So fallen die jährlichen Rentenerhöhungen sehr unterschiedlich aus, bei einem Maurer sind es etwa 50 Euro, bei einem Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes gut 100 Euro. So ist das halt in einer Leistungsgesellschaft.

Zwar müssen die Rentner keine Angst haben, aber die Finanzierung wird immer schwieriger. Der Hinweis auf eine private Vorsorge ist nicht besonders hilfreich bei denen, die kaum mit ihrem Gehalt über die Runden kommen.

Am 1. Juli wird es wieder eine Rentenerhöhung geben, das hat **Hubertus Heil** fest zugesagt. Dass sich diese Erhöhung auflöst, weil viele andere Kosten gestiegen sind, lässt sich nicht vermeiden. Immerhin gibt es etwas zum Gegenfinanzieren.

In der Schweiz hat man am Wochenende eine dreizehnte Rentenzahlung beschlossen, so wie es früher ein dreizehntes Monatsgehalt gab. Gute Idee, leider auf die Schweiz beschränkt.

Wie auch immer, es muss weitere Finanzierungsquellen geben, weil Beiträge und Bundeszuschuss nicht ausreichen. Genial scheint die Idee, das Geld am Kapitalmarkt zu beschaffen, was man, wäre es nach **Christian Lindner** gegangen, schon vor 20 Jahren hätte tun sollen.

Was heißt das? Der Bund kauft im großen Stil Aktien. In einem ersten Schritt für zwölf Milliarden Euro. Finanziert durch Kredite. Lindner rechnet vor, dass sich das Geschäft lohnt. Er kann ohnehin nicht verstehen, dass so wenige Menschen dieses gewinnbringende Modell für die Aufbesserung ihrer Finanzen anwenden. Vielleicht, weil nichts übrigbleibt, um Aktien kaufen zu können?

Mitte der 2030er Jahre rechnet Lindner damit, rund 200 Milliarden Euro mit diesem Modell verdient zu haben, die dann in die Rentenkasse fließen. Kann sein, muss nicht sein. Kapitalmarkt-Experten sehen das sehr kritisch, denn, wie oft haben wir schon Zusammenbrüche erlebt. Grüße von den Lehman Bros.

Wer soll sich nun um den An- und Verkauf der Aktien kümmern? Eine weitere geniale Idee: Es wird eine Stiftung öffentlichen Rechts, namens „*Generation Kapital*“, gegründet, die sich mit unserem Geld an den Börsen tummelt. Wie es um unsere Aktien steht, werden wir demnächst in den Börsen-News am Ende der Nachrichten erfahren. Erst einmal muss diese Stiftung errichtet und mit Personal bestückt werden. Da wird es wieder viele schöne gut dotierte Posten geben, auf denen man ausgediente Politiker abstellen kann. Wäre vielleicht ein Job für **Christian Lindner** nach den Wahlen 2025. Übrigens: Das Gesetz für dieses Vorhaben kann natürlich von einer neuen Bundesregierung wieder rückgängig gemacht werden.

Ed Koch

18) Wie soll das bloß enden? Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 623-05

5. März 2024

49. Jahrgang

Wie soll das bloß enden?

Guten Gewissens können wir Ihnen nicht empfehlen, sich „Hart aber Fair“ von gestern Abend in der ARD-Mediathek anzuschauen. Ob Fraktionschef **Rolf Mützenich** im „Bericht aus Berlin“ oder die bei „Hart aber Fair“ anwesende **Jessica Rosenthal**, alle SPD-Politiker sind stets damit beschäftigt, das Kommunikationschaos von **Olaf Scholz** zu erklären und seine Aussagen für gut zu befinden.

Warum in Südkorea hunderte der berühmten Taurus-Raketen ohne deutsche Soldaten auskommen, sie in der Ukraine aber erforderlich wären, kann niemand erklären. Auch nicht, warum eine entsprechende Programmierung nicht möglich sein soll, um zu verhindern, dass die Ukraine den Kreml bombardiert. Diese Absicht allein zu unterstellen, ist schon ein starke Stück.

Den Höhepunkt an Blauäugigkeit lieferte allerdings der Linken-Politiker **Jan van Aken** ab. Er sieht tatsächlich die Möglichkeit, die erfolgreiche Entspannungspolitik von **Willy Brandt** mit der Sowjetunion, auf Putins Russland von heute übertragen zu können. Auf welcher Wolke muss man schweben, um das glauben zu können. Ist es so schwer zu begreifen, dass Putin gar nicht verhandeln will, weil er alle seine Ziele mit der Übermacht seiner Armee und seiner Waffen erreichen kann? Man kann über **Anton Hofreiter** sagen, was man will, ihn als „Panzer Toni“ diskreditieren oder als „Kriegstreiber“ bezeichnen. Er ist aber längst nicht der Einzige bei den Grünen, der sich seinen Blick auf die Wirklichkeit nicht durch eine rosa Wolke verstellen lässt.



Klartext von Anfang an redet auch die FDP-Politikerin **Marie-Agnes Strack-Zimmermann**. Warum sie nach Brüssel abgeschoben werden soll/will/muss, weiß niemand so genau. Sie trägt ihre Haltung nicht nur auf der Zunge, sondern bei der Münchner Sicherheitskonferenz auch auf ihrem T-Shirt. Bei aller Wertschätzung, das war ein Tick zu viel. Politiker sollten ihre Meinung sagen, aber nicht als Werbetafel für ein Waffensystem herumlaufen. Das war ein missglückter Wahlkampfeinsatz. *Quelle: n tv*

Gestern Abend wurde in Berlin die **ITB** eröffnet, das angeblich größte Reisebüro der Welt. Es ist allerdings nur noch für Fachbesucher geöffnet. Früher hatten auch die Reiselustigen die Möglichkeit, sich zu informieren und kiloweise Prospekte mit nach Hause zu nehmen. Schade, dass es diese Möglichkeit nicht mehr gibt.

Geht denn heute noch jemand in das Reisebüro an der Ecke, wo man doch alles online buchen kann? Reisebüros beklagen sich, dass sie viel Zeit für Beratungsgespräche aufwenden müssen, die Kunden dann aber zu Hause online buchen.

Und genau in der ITB-Woche streiken Bahn und Luft-hansa und beginnen mit ihren Arbeitskämpfen am **Donnerstag**, wenn die Teilnehmer der **Tourismus-börse nach Hause reisen möchten**. Das ist wirklich ein tolles Timing und zeigt die Verachtung und den Egoismus der Gewerkschaften gegenüber den Kunden, die mit ihrem Geld die Arbeitsplätze sichern.

Warum es nicht möglich ist, endlich Einigungen zu erzielen, wissen wir nicht. Schuld haben immer die anderen. Was früher möglich war, scheint heute aus der Mode gekommen zu sein, nämlich Kompromisse zu erzielen. Auf Maximalforderungen zu bestehen wie **Claus Weselsky**, dem man eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Taurus-Stier nicht absprechen kann, ist kein guter Stil.

Weselsky gibt tatsächlich als Losung heraus, dass durch die Streiks die „**Bahn kein zuverlässiges Verkehrsmittel**“ mehr sein soll. Unzuverlässig ist die Bahn auch ohne Streik. Schlimmer kann man aber ein Unternehmen, das ohnehin viele Probleme hat, nicht über die Klippe in den Abgrund stürzen lassen, wie mit solchen dümmlichen Parolen. Zwischenzeitlich hatte man ja mal ein wenig Sympathien mit Weselsky, diese hat er mit seinen wutchnaubenden Äußerungen gestern zunichte gemacht.

Und wieder können wir ein neues Wort zu unserem Sprachschatz hinzufügen: „**Wellenstreiks**“. Unangekündigt, mit wenig Vorlauf, sollen sie übers Land schwappen und alles zum Erliegen bringen, auch den für die Wirtschaft so wichtigen Güterverkehr. Wo und vor allem wann soll das bloß alles enden?

Berliner, die ihren exklusiven Feiertag am Freitag zum Anlass für einen Wochenendtrip nehmen wollten, haben Pech gehabt. Die Damen werden wohl den Weltfrauentag zu Hause feiern müssen, im Ernstfall mit ihren Männern.

Ed Koch

19) Er könnte sich totlachen. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 623-04

4. März 2024

49. Jahrgang

Er könnte sich totlachen

Vielleicht ist das die deutsche Strategie, so viele Dummheiten zu begehen, dass sich Putin über uns einfach totlacht. Nicht nur, dass tagtäglich in allen Medien unsere militärischen Möglichkeiten, bis auf die letzte Patrone genau, öffentlich ausgebreitet werden, auch die Gespräche unter den Offizieren liefern wir Russland frei Haus.

Erfolge im Krieg werden nur erzielt, wenn der Gegner nicht einschätzen kann, wie stark man ist. Was wissen wir über Putins Armee? Dass in Russland offenbar nur noch Kriegsgerät hergestellt wird, ist bekannt. Wie viel genau, weiß niemand. Putins Offiziere unterhalten sich darüber bestenfalls in einem Bunker, nicht aber am Telefon. Während die Ukraine aus Mangel an Nachschub, sich jeden Schuss genau überlegen muss, feuert Putin aus allen Rohren ununterbrochen.

Wir sollten nicht darauf setzen, dass Russlands Wirtschaft irgendwann zusammenbricht oder es keine neuen Soldaten gibt. Putin ist so verblendet, dass ihm das alles völlig egal ist. Er verheizt die Jugend seines Landes zu tausenden, um ein Land, das er als sein Eigentum betrachtet, vom Faschismus zu befreien, ohne zur Kenntnis zu nehmen, dass er derzeit der größte Faschist auf der Welt ist.

Wie es um die russische Armee bestellt ist, zeigt sehr anschaulich eine ZDF-Dokumentation „Putins Krieger.“

<https://www.zdf.de/dokumentation/putins-krieger>

„Korruption, Gewalt und Kriegsverbrechen: Vier ehemalige russische Soldaten packen aus und geben seltene Einblicke in Mythos und Wirklichkeit der russischen Kriegsmaschine.“

Es klingt zynisch, wenn man sagt, dass es, obwohl Putin seine Armee für die mindestens zweitbeste der Welt, nach den USA, hält, es ihm dennoch in zwei Jahren nicht gelungen ist, die Ukraine zu besiegen. Am 24. Februar 2022 marschierten Putins Truppen auf Kiew zu. In den Panzern fand man später Paradeuniformen im Gepäck der Soldaten. Putin träumte vom Blitzkrieg, wie ihn einst Hitler auf Polen am 1. September 1939 verübte. Am 27. September kapituliert Warschau. So ähnlich hat es sich Putin vermutlich auch in Kiew vorgestellt. Seine Soldaten sollten aus dem Panzer klettern, ihre schicken Paradeuniformen anziehen und ihren Siegesmarsch über den Majdan Nesalesschnosti vollführen. Daran hat Putin bis heute zu knabbern und machte ihn wütend.

Seine Panzer waren für die Ukrainische Armee leichte Beute. Schön aufgereiht, hintereinanderfahrend, oft liegenbleibend, weil der Treibstoff ausging, konnte einer nach dem anderen abgeschossen werden. Was für ein immensen Schrott muss sich auf diesen Straßen befinden. Den ganzen Frust über den fehlgeschlagenen Blitzkrieg reagierte Putin in einer Massaker in Butscha ab. Wer es bis dahin noch nicht wahrhaben wollte, konnte es sehen, wie ein Kriegsverbrecher operiert, eine weitere Parallele zu Hitler. Für Putin gibt es kein zurück. Er muss bis zum bitteren Ende sein „Ding“ durchziehen.

„Bis zum Beginn des Krieges Russlands gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 waren etwa 2.500 Sanktionen in Kraft; seither kamen bis Ende Februar 2023 in bis dahin neun Sanktionspaketen weitere ca. 11.000 hinzu. Ein Ziel der Sanktionen ist es, die russische Wirtschaft zu schwächen, um damit die wirtschaftlichen Kosten des Krieges für Russland zu erhöhen.“ Und? Hat es was genutzt?

„Bisher wurden Vermögenswerte im Wert von 29,5 Mrd. Euro russischer und belarussischer Oligarchen und Unternehmen eingefroren, darunter Jets, Yachten, Hubschrauber, Immobilien und Kunstwerke im Wert von fast 6,7 Mrd. Euro. Darüber hinaus wurden Transaktionen im Wert von rund 196 Milliarden Euro blockiert.“ Und? Hat es was genutzt? (Quelle: Wikipedia)

Putin hat genauso viele Freunde wie er braucht und auch Abnehmer seiner Rohstoffe. Auf Nord Stream ist er nicht mehr angewiesen. Die Leitungen verrotten in der Ostsee und mit ihnen ein Milliardenvermögen deutscher Steuerzahler.

Unsere Offiziere schwadronieren darüber, ob man mit Taurus die Krim-Brücke zerstören könnte. Und was für eine brisante Information: da sollen doch tatsächlich amerikanische und britische Soldaten in der Ukraine sein? Wer hätte das gedacht! Der französische Präsident schließt Bodentruppen nicht aus und streitet sich darüber mit dem deutschen Bundeskanzler auf offener Bühne.

Es sind semantische Feinheiten, ob wir als Kriegspartei gelten oder nicht. Wir sind beteiligt. Und dann sollten wir uns auch so verhalten und nicht wie Knallfrösche im Hühnerstall agieren. Gegenwärtig lassen die Verbündeten, von den USA bis nach Deutschland, die Ukraine im Stich. Das Bild, das vor allem unser Bundeskanzler abgibt, ist erschreckend, oder anders gesagt, zum Totlachen.

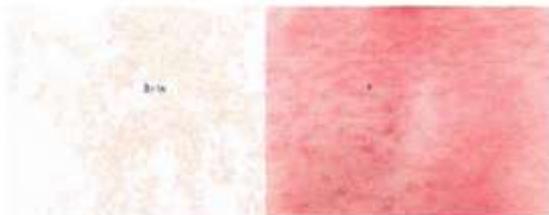
Ed Koch

1

01) Kein Platz zum Kiffen / Platz für Hoffnung. Von Ed Koch



Kein Platz zum Kiffen



links: FUNKE Interaktiv / Map Data © OpenStreetMap Contributors
rechts: 2014 Scott Camazine / Science Source

Was ist der Unterschied zwischen den beiden Abbildungen? Links die Karte von Berlin und rechts ein Mensch, der an Röteln erkrankt ist. Woran ist Berlin erkrankt? Keine Röteln, keine Masern, sondern nur Verbotszonen, in denen nicht gekifft werden darf.

Die **Berliner Morgenpost** veröffentlicht heute zum Start der teilweisen Legalisierung von Cannabis eine interaktive Karte, auf der man seinen Wohnort eingeben und erfahren kann, ob sich die heimische Behausung in der Verbotszone befindet oder nicht.

Sollte eine Kita, ein Sport- oder Spielplatz, eine Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung oder eine Schule in der Nähe sein, sieht es schlecht aus mit dem Joint. Welche Flächen bleiben übrig, fragte der Kabarettist **Frank Lüdecke** in seinem neuen Programm „*Träumt weiter!*“ „*Der Wald!*“ Aber: „*Dort ist rauchen verboten!*“

Nein, es handelt sich um keinen April-Scherz, alles ist wahr. Es bleibt vermutlich nur die eigene Wohnung zum Kiffen übrig. Was ist aber, wenn in der Nachbarwohnung Kinder leben? Kinder und Jugendliche treiben sich überall herum, wie will man mit dem Joint in der Hand ihnen ausweichen?

Aufgelistet wurden im Wesentlichen Einrichtungen, in denen sich Kinder und Jugendliche aufhalten. Was ist mit Krankenhäusern? Da stehen ohnehin die meisten unter Drogen, oder? Und was ist mit Seniorenheimen? Bei denen kommts offenbar nicht mehr darauf an, ob sie eingenebelt werden.

Mit einer Pulle Bier in der Hand feierte die Kiffer-Community die Teillegalisierung am Brandenburger Tor, als wäre die Mauer erneut gefallen. Ist dabei eigentlich berücksichtigt worden, dass sich unweit vom Brandenburger Tor die Bundestags-Kita befindet?

Platz für Hoffnung

Diese beiden Themen haben nichts miteinander zu tun, außer, dass sie auf eine Seite passen. Vor Freude, vor allem Schadenfreude, könnte man sich einen Joint reinziehen. Als älterer Mensch bevorzuge ich lieber einen „*Marzipan-Sahne-Likör*“ der Klosterbrennerei Wöltingerode im Harz. Das ist so etwas wie Eierlikör für Anspruchsvolle.

Grund der Freude ist das Ergebnis der Kommunalwahlen in der Türkei. Die Partei von Präsident **Recep Tayyip Erdoğan**, AKP, liegt landesweit mit 35,7 Prozent hinter der CHP mit 37,6 Prozent von **Ekrem İmamoğlu**, der sein Amt als Bürgermeister von Istanbul verteidigen konnte. In den fünf größten Städten der Türkei hat die CHP gewonnen, besonders deutlich in der Hauptstadt Ankara und Istanbul, wo Erdoğan vor 70 Jahren zur Welt kam und von 1994 bis 1998 Bürgermeister war. Quelle: Berliner Morgenpost

2019, als **Ekrem İmamoğlu** zum ersten Mal die Wahl in Istanbul gewann, unternahm Erdoğan alles, um das Ergebnis rückgängig zu machen. Es gelang ihm sogar die Wahl annullieren zu lassen. Ein Pyrrhussieg für den Staatspräsidenten, denn bei der Wiederholungswahl gewann İmamoğlu noch deutlicher als bei der ersten Wahl. Waren es im März 2019 lediglich 13.000 Stimmen Vorsprung auf den Gegenkandidaten der AKP, vergrößerte sich der Abstand bei der Neuwahl im Juni 2019 auf 800.000 Stimmen. Quelle: Wikipedia

Fun Fact am Rande: In der Türkei dauerte es bis zur Wiederholungswahl in Istanbul drei Monate, in Berlin für die Wiederholung der Abgeordnetenhauswahl 17 Monate und für die teilweise Wiederholungswahl für den Bundestag 28 Monate.

Spannend ist die Frage, ob der Staatspräsident und seine Partei das Ergebnis anerkennen oder die Rathäuser von Ankara und Istanbul bei der Amtseinführung der Bürgermeister gestürmt werden.

Wie ernst kann man Erdoğan's Ankündigung nehmen: „*Dies ist mein Finale, meine letzte Wahl!*“ Ist dies auch ein Verzicht auf eine erneute Präsidentschaftskandidatur 2028? Es liegt in seiner Hand, angesichts der neuen Mehrheitsverhältnisse im Land vorzeitig eine Neuwahl auszurufen. Bleibt zu hoffen, dass sich die zu erwartenden Auseinandersetzungen in der Türkei im Rahmen halten.

Ed Koch

02) Der April in der UfaFabrik.



Der April in der ufaFabrik



Schalala - Das Mitsingding
Gesangsvergnügen für alle, die gern gemeinsam singen. Von den Beatles über Abba bis Udo Lindenberg u.v.m.

Mo, 01.04. | Theatersaal |
Beginn: 20:00 Uhr



Masud Akbarzadeh: Geisha - Die Kunst der Unterhaltung
Ob Stand Up-Comedy oder Märchen, in Geisha perfektioniert Masud die Kunst, Comedy aus dem Nichts entstehen zu lassen. Der Zusammenhang zwischen seinem Batman-Outfit und dem Titel des Stand-Up-Programms erklärt sich im Laufe des Abends, der auch weitere Aha-Effekte liefert...

Do, 04.04. | Varieté Salon |
Beginn: 20:00 Uhr



Yann Yuro: Offenbarung
Der Europameister und amtierende Vizeweltmeister der Mental-Magie, Yann Yuro, gilt als einer der profiliertesten Mentalis-

ten Deutschlands. Er manipuliert die Gehirne seiner Gäste auf so liebenswürdige Art, dass niemand es ihm übelnimmt. Er enthüllt ihre Geheimnisse, er steuert ihre Entscheidungen und wirkt dabei völlig unschuldig. Mithilfe von vier apokalyptischen Reitern aus dem Publikum wirft sein aktuelles Programm „Offenbarung“ einen humorvollen Blick auf die dunkle Seite der Zukunft: satirisch, mit einer Spur Zeitkritik und ganz ohne Brimborium.

Fr, 05.04. | Varieté Salon |
Beginn: 20:00 Uhr



LaLeLu: Alles richtig gemacht
A Capella-Comedy, Satire-Choräle im festlichen Gewand, eine fast perfekte Hammondorgelparodie. LaLeLu rocken musikalisch das Haus! Damit sind die ultimativen A-Cappella-Trendscouts aus Hamburg ganz weit vorn! Witzig, charmant und musikalisch gekonnt.

Sa, 06.04. | Theatersaal |
Beginn: 20:00 Uhr



Fatih Çevikkollu: ZOOM
In Zoom, dem aktuellen Programm widmet sich Fatih Çevikkollu der Geschichte einer Gesellschaft, die bildlich gesprochen, von einem Hochhaus springt und auf dem Weg nach unten sagt: „Bis hierher ist alles

gut gegangen.“ Satire ist die Profession des Kölner Kabarettisten, die humoristische Bandbreite sein Markenzeichen. Diesen Mann muss man einfach live erleben.

Sa, 06.04. | Varieté Salon |
Beginn: 20:00 Uhr



Crossover Slam Berlin:
Poetry vs. Musik vs. X

Hier darf das Publikum auch Musiker, Artisten und weitere Disziplinen beim kreativen Wettstreit bewundern und bewerten. Im Zentrum steht dabei der Spaß, sich und seine Kunst zu präsentieren, den anderen zuzuschauen und gemeinsam einen großartigen Abend zu haben.

Do, 11.03. | Theatersaal |
Beginn: 20:00 Uhr



Rogier De Nijs Group (NL):
Soundtrack of the Plastic Age
Den Hintergrund dieser Performance bildet eine Müllhalde in einer apokalyptischen Welt, ein Fantasieuniversum, das mit Plastikmüll aus allen möglichen Orten übersät ist. In dieser surrealen Welt spielen die Perkussionisten eine einzigartige Auswahl an selbstgebauten



Instrumenten, die speziell für die Aufführung aus echtem Plastikmüll hergestellt sind.

Fr, 12.04. | Varieté Salon |
Beginn: 20:00 Uhr



Marie Lumppp:
Mama ohne Plan

In Kanada ist "Suddenly Mommy" ein Comedy-Smash-Hit! Schauspielerin und Sängerin Marie Lumppp bringt ihn nun auch nach Deutschland - und schlüpft dabei in die Rolle der „Mama ohne Plan“ – was ihr leichtfällt, da sie auch im echten Leben selbst den Spagat zwischen Bühne und Baby meistern muss. Eine humorvolle Show über erschütternde Erkenntnisse und darüber, dass alles immer anders kommt, als man es plant.

Sa, 13.04. | Varieté Salon |
Beginn: 20:00 Uhr



Theater-Hospiz-Gruppe
präsentiert: Ex und Hopp(s)
Der Slogan „Erleben Sie Ihren Tod schon jetzt“ treibt vier Frauen zu einem dubiosen Speiteur mit Science-Fiction-Kontext.

So, 14.04. | Varieté Salon |
Beginn: 16:00



Berlin Ukulele Sing 'n Strum

Sei dabei bei diesem einmaligen musikalischen Erlebnis und spüre die Power, die gemeinsames Musizieren und Singen mit sich bringt. **Sabina Saracevic** und **Martha Zan** laden einmal im Monat in die ufaFabrik zu einem Abend voller Musik, guter Vibes und Spaß ein.

Mi, 17.04. | Varieté Salon |
Beginn: 19:00 Uhr



Razzz - Urban rivers:
Rhythm meets voice
Premiere

Vier der besten deutschen Beatboxer von The Razzzones erkunden die Urban rivers where Rhythm meets voice. Die neue Musikshow mit ausgeklügelten Arrangements aus Jazz, Hip Hop, R'nB, Funk, Techno, Samba und Oriental taucht ein in einige Flüsse dieser Stadt, schwimmt mit oder gegen den Strom, seziiert, verbindet und erzählt Geschichten von alltäglichen Abenteuern, großen Träumen und mehr oder weniger großen Siegen.

Mi-Sa, 17. - 20.04. |
Theatersaal |
Beginn: 20:00 Uhr



Prunk & Prosa

Sechs Autor*innen präsentieren ihre neuesten Texte, Satiren, Kurzgeschichten, Dialoge und andere Amüsierbarkeiten.

Do, 18.04. | Varieté Salon |
Beginn: 20:00 Uhr



Clownslam

Eine offene Bühne für Idioten
Ob klassische Pantomimen, gruseliger Horrorclown oder brüllend komische Possenreißer, die einzigartige Open-Stage wendet sich an internationale Clowns jeder Art. Gastgeberin ist Duckie L'Orange, ein Carnie aus Australien, die es vom Sydney Opera House, über die New Yorker U-Bahn und das Londoner Roundhouse schließlich als Teil des Puppetry Slam nach Berlin verschlagen hat.

Do, 18.04. | Wolfgang Neuss
Salon | Beginn: 20:00 Uhr



Hieronymus: Fauler Zauber

Im Mittelpunkt dieser Charakter-Zauberei steht der schräge Typ, der Mensch. Hieronymus



kehrt die sonst so galanten Gepflogenheiten seines Metiers ins Gegenteil und verblüfft das Publikum mit staubtrockenem Charme und erstaunlichen Illusionen. Ein großer Spaß!

Fr, 19.04. | Varieté Salon |
Beginn: 20:00 Uhr



Firlefanzbrüder: Sex, Hugs & Jazz

Die Firlefanzbrüder schwingen sich durch das besetzte West-Berlin der Trümmerjahre und befreien auch alte politische Chansons vom Staub der Zeit. Zwei Vernünftige von heute über Verrückte von gestern, mit musikalischen Werken von Franz Grothe/Günter Neumann, Bruno Balz/Heino Gaze sowie Bully Buhlan, Peter Wehle, Jupp Schmitz und natürlich den King Kols.

Fr, 19.04. | Wolfgang Neuss
Salon | Beginn: 20:00 Uhr



samt & anders: sound.files

Magische Momente, leise Töne, laute Kontraste. Die neue Show verleiht Flügel – den Schauspieler*innen und dem Publikum!

Sa, 20.04. | Wolfgang Neuss
Salon | Beginn: 20:00 Uhr



Shmaltz!

Songs & Geschichten von den Malwonischen Weltmeeren
Die fünf Berliner*innen singen in fünf Sprachen und spielen auf 55 zum Teil recht ungewöhnlichen Instrumenten. Ihrem musikalischen Repertoire von Balkan-Grooves bis Cumbia, von Berliner Schnauze bis Fellinis Filmmusik und der schillernden Vielfalt Ihrer Songs sind keine Grenzen gesetzt. So wird mit Schwung und Temperament und gleichzeitig mit einer luftigen und lustigen Leichtigkeit das Konzert zu einem Gesamtkunstwerk. Die Musik von Shmaltz ist immer auch 100-prozentige Tanzmusik!

Sa, 20.04. | Varieté Salon |
Beginn: 20:00 Uhr



Quatschkommode:

Ein Räuberkind fasst Mut

Feinstes Kinder-Mitmachtheater über Freundschaft; mit vielen Bildern und sehr viel Musik mit der Quatschkommode. Das Räuberkind Fiete ist stolz auf seinen starken Räuber Papa, obwohl der immer unzufrieden mit ihm ist. Fiete guckt nicht

fies, er lacht lieber. Fiete brüllt nicht, er singt lieber. Doch als der Räuber Papa im Gefängnis landet, versucht Fiete trotzdem in seine Fußstapfen zu treten.

So & Di, 21 & 23.04. |
Wolfgang Neuss Salon |
Beginn: So, 10:00 & 16:00; Di,
10:00 Uhr



Compania Maraña präsentiert Organismo

Organismo nennt die chilenische Regisseurin und Choreografin Paula Riquelme Orbenes ihre Performance aus Tanz, Artistik, Musik und Wolle, die sie gemeinsam mit ihrer Kompanie Maraña entwickelt hat. Organismo bestehend aus sieben Künstler*innen, spannt wie ein lebendes Geschöpf sein farbenprächtiges, multidimensionales Geflecht über das Publikum und nimmt es in seinen Bann. Mit dieser aktuellen Produktion betreten Paula Riquelme Orbenes und ihre Kompanie Maraña ein neues Feld zwischen Performance, Kunstinstallation und Musik.

Mi-So, 24.-28.04. |
Varieté Salon | Beginn: Mi-Sa,
20:00; So, 19:00 Uhr

Expat Theater Berlin:

Trojan Women by Euripides

Expat Theater is a collective of professional artists based in Berlin founded in 2023. (Performance language: English). Adapted for modern audiences by dramaturg T.J. Yacap and directed by Bailey Hubbs, Expat Theater's ensemble will present a post-tragedy play that delves



into the idea of grief through the lens of the divine feminine, while remaining faithful to the original text.



Fr-So, 26. - 28.04. | Wolfgang Neuss Salon | Beginn: Fr & Sa, 20:00 Uhr; So, 19:00 Uhr



Minimal Utopia Orkestra (MUO): Record Release Party

Gefeiertes Musikprojekt mit einer groovenden und authentischen Mischung aus vietnamesisch-marokkanisch-algerisch-serbisch-kubanisch-kamerunischer Musik.

Fr, 26.04. | Theatersaal | Beginn: 20:00 Uhr



Danko Rabrenović: YU-Box

Der Musiker, Comedian, Autor und Moderator der Radio-Kultursendung "Balkanizer" ist wieder auf Tour: In seinem neuen Stand Up Programm „Yu-Box“

spielt Danko Rabrenović gekonnt mit allen Formaten. Musikalisch greift Rabrenović auf die reiche Musikerbe des ehemaligen Jugoslawiens und erfüllt dem Publikum als „lebende Jukebox“ den einen oder anderen Musikwunsch.

Sa, 27.04. | Theatersaal | Beginn: 20:00 Uhr



Konzert & Tanz in den Mai Terra Brasilis & Guests & DJ Pandeiro (Brasil Disco)

Ein Abend voll pulsierender, rhythmischer Energie, dafür stehen die Powerpercussionist*innen von Terra Brasilis, gegründet und beheimatet in der ufaFabrik, die gemeinsam mit ihren Special Guests und DJ Pandeiro zu Konzert und Tanz voll Rhythmus, Spaß und Lebensfreude einladen. Freuen Sie sich auf einen fulminanten „Tanz in den Mai“ und Musik, die ins Ohr und garantiert in die Füße geht.

Di, 30.04. | Theatersaal | Beginn: 20:00 Uhr

Weitere Informationen und Tickets:

Internationales Kultur Centrum
ufaFabrik e.V.
Viktoriastraße 10 - 18,
12105 Berlin
Tel: 030/755030
Fax: 030/75503117
E-Mail: info@ufafabrik.de
Internet: www.ufafabrik.de
Geschäftsführung:
Fridolin Hinde

Vorankündigung



Endlich wieder da!
The Cast - Die Opernband
mit dem Summer special 2024
Überdachte Freiluftbühne
Mi. 12. Juni 2024 20:00 Uhr

Egal ob jung, ob alt, Klassikliebhaber oder Menschen, die bisher Popkonzerte der Oper vorgezogen haben: The Cast führen ihr Publikum vom ersten Moment in den Bann der Musik und lassen jeden Abend zu einem mitreißenden Feuerwerk an Begeisterung und Freude werden. Und das auf weltweitem Spitzenniveau.

Seriöser Operngesang als unterhaltsamer Spaß? The Cast, die junge, international besetzte Opernband mit Klassik-Spitzenausbildung, belebt mit frischer Herangehensweise und feinsinnigem Humor Werke von Mozart, Verdi und Co. so, wie sie geschaffen wurden: als aufregend, lustig, kritisch-sinnliche Geschichten. Derart rocken sie heilige Arien abseits von steifen Klischees so mitreißend zu Pop-songs, dass einem die Ohren wackeln.

Verlosung!

Wir verlosen 2 x 2 Tickets
exklusiv für unsere
Leserinnen und Leser!
Interessenten schicken bitte
eine E-Mail an
paperpress@berlin.de

03) Krieg im Klassenzimmer. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 623-22

22. März 2024

49. Jahrgang

Krieg im Klassenzimmer

Zuerst zwei Nachrichten, die gar nicht begeistern. Die **Mercedes Benz Arena** heißt ab heute **Uber-Arena**. Benannt nach den Taxis, bei denen man sich vor Fahrtantritt vom Driver erst einmal die Versicherungspolice und den Arbeitsvertrag zeigen lassen sollte. Der ur-deutsche Name verschwindet zugunsten eines amerikanischen Konzerns. Das letzte Konzert in der MBA hat gestern Abend **Bushido** gegeben. Ja, er steht nach acht Jahren mal wieder auf der Bühne und nicht im Gerichtssaal. Seine 12.000 Fans waren begeistert. Und was lese ich im **Tagesspiegel** über den „*Tempelhofer Jungen*“? Er besuchte im „*etwas piefigen Mariendorf*“ ein Gymnasium. Na, Hallo! „*piefiges Mariendorf*“, geht's noch?

Auch ein zweites ur-deutsches Unternehmen muss für einen amerikanischen Konzern Platz machen. 2027 muss das **Adidas-Logo** dem von **Nike** beim Deutschen Fußballbund weichen. Es geht wirklich abwärts mit der deutschen Wirtschaft. Und **Robert Habeck** ist verzweifelt: „*Ich kann mir das deutsche Trikot ohne die drei Streifen kaum vorstellen. Adidas und Schwarz-Rot-Gold gehörten für mich immer zusammen. Ein Stück deutscher Identität. Da hätte ich mir ein Stück mehr Standortpatriotismus gewünscht.*“ *Quelle: Transfermarkt*

Was ist Patriotismus schon noch wert, wenn man nicht einmal mehr stolz auf oder zumindest zufrieden mit seinem Land sein darf, ohne nicht gleich ein Hakenkreuz auf den Rücken gesprüht zu bekommen. Man muss sein Land ja nicht gleich lieben, denn wie sagte der frühere Bundespräsident **Gustav Heinemann** 1969: „*Ach was, ich liebe keine Staaten, ich liebe meine Frau; fertig!*“ Der Autor dieses Beitrages, um das bei aller angebrachten Kritik einmal deutlich zu sagen, möchte in keinem anderen Land dieser Welt leben, und er hat, in aller Bescheidenheit gesagt, einige andere kennengelernt.

Früher besuchten Polizisten die Schulen, um sich und ihre Arbeit den Schülern vorzustellen, von der Verkehrserziehung bis hin zur Kriminalitätsbekämpfung. Heute sieht es anders aus. Am 18. März berichtete der **rbb**: „*Fünf Polizei-Einsätze pro Schultag: Gewalt an Berliner Schulen nimmt zu!*“ 2021 wurden 1.133 sogenannte Rohheitsdelikte verzeichnet, 2022 waren es 2.344 und für 2023 sei eine „*erneute deutliche Steigerung der Fallzahlen*“ zu verzeichnen. Wie in den USA, wo unter Abwägung aller Aspekte niemand wirklich leben möchte, prägen inzwischen Sicherheitsdienste und die Polizei das Bild an den Schulen.

Jetzt folgen harte Zeilen für Pazifisten. Pazifismus führt im Ernstfall zur Unterdrückung. Wer sich nicht wehrt, hat schon verloren. Ob man es nun kriegstüchtig oder verteidigungstüchtig nennt, ist ziemlich egal, das sind semantische Feinheiten. Die Ukraine hat einen Verteidigungsminister, Russland einen Kriegsminister, so einfach ist das.

Nach der Wiedervereinigung gehört die Bundeswehr auch zum Stadtbild in Berlin. Soldaten in Uniform trifft man überall, im Supermarkt oder in der Bahn. Es ist gut zu wissen, dass wir eine Armee haben, unabhängig von den vielen Erzählungen, wie schlecht diese ausgerüstet ist. Im Ernstfall wären wir gegenwärtig nicht verteidigungsfähig. Das ist das Ergebnis einer romantischen Verklärung der Realität. Diese Realitätsverweigerung der letzten 70 Jahre ist nun endlich beendet.

Was für ein Geschrei gibt es seit Jahren, wenn Lehrer auf die Idee kommen, mal einen Soldaten in den Unterricht einzuladen. Wir leben, ob wir das wahrhaben wollen oder nicht, in einer Zeit, in der es nach der langen Friedensphase in Europa wieder brandgefährlich geworden ist. Der russische Imperialismus bedroht den freien Westen, noch nur mit Worten. Dass er allerdings auch Taten folgen lässt, sieht man jeden Tag in den Nachrichten, wenn wieder Raketen auf Odessa und Kiew niedergehen. Angesichts dieser Bilder ist es geradezu lächerlich, hören zu müssen, dass man bis zum Sommer mehr Munition besorgen will und weitere Unterstützung bis zum Jahresende. Jahresende? Wer hat so viel Optimismus, sich festlegen zu wollen, dass es die Ukraine als unabhängigen Staat bis Jahresende überhaupt noch gibt? Jetzt im Frühjahr und nicht im Sommer, Herbst oder Winter muss die Ukraine verteidigungsbereit gemacht werden.

Soldaten an Schulen. Ein Gegenargument ist, dass man den Jugendlichen damit Angst machen würde. Bekommt man nicht genügend Angst, wenn man die **tagesschau** sieht? Ist es nicht eher beruhigend, jemand im Unterricht kennenzulernen, der einen im Ernstfall helfen und verteidigen würde? Und was heißt hier Werbung machen? Die Bundeswehr braucht Nachwuchs und diesen gibt es reichlich in den Schulen. Ja, Soldaten an die Schulen. Sie sollen die Jugendlichen darüber aufklären, was eine Parlamentsarmee ist, und sie sollen erklären, was im Ernstfall zu tun ist. Die rosa Friedenswolke hat sich in Luft aufgelöst. Die Nachkriegszeit ist beendet. Wir müssen uns bereit zum Überleben machen.

Ed Koch

1

04) 75 – sehr persönliche Betrachtungen, nicht ganz ernst gemeint.
Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 623-20

20. März 2024

49. Jahrgang

75

sehr persönliche Betrachtungen, nicht ganz ernst gemeint

Also 50 ging noch. Bei 60 wurde es schon schwieriger, weil man sich auf der beruflichen Zielgeraden wähnte. Und mit 65 gab es dann kaum noch einen Grund, fröhlich zu sein. 70 war eine ganz schlimme Zahl, auf dem Weg zum Greis. Aber 75 ist noch mal ne Nummer schärfer. Wie sagte **Joachim Fuchsberger** so treffend: „Altwerden ist nichts für Feiglinge!“

Da im **Tagesspiegel** verraten wurde, dass ich heute 75 werde, will ich mich nicht wegducken, aber darum bitten, von Mitleidsbekundungen Abstand zu nehmen.

Es ist nicht viel, was man über mich wissen muss, alles ist unter „Ed Koch Berlin“ bei Google zu erfahren. Für einen ordentlichen Wikipedia-Eintrag hat es nicht gereicht, was ich verstehen kann, wer bin ich schon? Es gibt aber offenbar so etwas wie *Wikipedia* für Unbedeutende, und das nennt sich „fandom“. Nie gehört. Ich habe mir das mal angeschaut und bin einigermaßen einverstanden damit.

Da ich zu unwichtig bin, als dass mich jemand zu meinem 75sten interviewen würde, mache ich das mal selbst. Ed im Gespräch mit Ed. Was ich immer schon mal sagen wollte.

Frage: Wie geht's Dir.

Antwort: Meine Ärztin sagt gut. Dank Voltaren sind Rücken- und Knieschmerzen zu ertragen. Und Dank der Pharmaindustrie halten sich alle Werte, selbst die des Cholesterins, im Rahmen.

Frage: Pläne?

Antwort: Nein. Habe mit den drei Vereinen, in denen ich aktiv bin, und meiner Selbständigkeit genug zu tun.

Frage: Reisen?

Antwort: Nein. Dort, wo ich hinwollte, war ich. Bin einmal im Monat zu einer Vorstandssitzung in Hamburg, besuche Freunde in Porta Westfalica und genehmige mir einmal im Jahr Auerbachs Keller in Leipzig. Das reicht.

Frage: Negatives?

Antwort: Dass um mich herum immer mehr Freunde sterben, darunter viele, die jünger sind als ich.

Frage: Positives?

Antwort: Es stimmt natürlich nicht, dass ich 32 Jahre lang Jugendbegegnungs- und Studienreisen für Erwachsene nur deshalb veranstaltet habe, um die USA, Europa und China kennenzulernen. Aber, ich hatte dadurch die Möglichkeit, sehr viel von der Welt zu sehen. Das Kapitel Reisen ist aber, wie gesagt, abgeschlossen.

Aber mehr noch als die Reisen stehen auf der Positiv-Seite die vielen Begegnungen, die ich mit mal mehr, mal weniger bedeutenden Persönlichkeiten haben durfte. Dabei spielt **paperpress** eine ganz wesentliche Rolle, denn so klein und unbedeutend dieses Medium sein mag, es ist der Schlüssel für Begegnungen, die ich sonst nie gehabt hätte.



Foto Ed Koch: Gail Halvorsen 2014

Fotos Ustinov: Mathias Nitschke
Foto Halvorsen: Chris Landmann



Besonders erwähnenswert sind die Begegnungen mit **Peter Ustinov** und **Gail Halvorsen**, vor allem deshalb, weil wir uns mehrmals trafen. Beide waren fantastische Menschen! Bei dem Interview mit **Peter Ustinov** gab es viele nachdenkliche Äußerungen der Hollywood-Legende, aber auch viel Heiteres. Bei **Gail Halvorsen** habe ich mich für die Babynahrung bedankt, die er mir 1949 mit seiner Douglas C-54 Skymaster nach Berlin brachte.



Ein großer, auch **paperpress** geschuldeter Glücksfall, ist das Projekt **EUREF-Campus**, das ich vom ersten Tage an bis zur Fertigstellung begleiten durfte. Das waren spannende und ereignisreiche 15 Jahre.



Foto: Andreas Schwarz

Höhepunkt der Ereignisse auf dem **EUREF-Campus** war fraglos der Besuch des schwedischen Königs **Carl XVI. Gustaf** im Mai 2022, über den wir uns augenscheinlich mehr gefreut haben als er. Es gibt auch Fotos von dem Besuch, auf denen er lächelt.

Frage: Das Wichtigste?

Antwort: Pflege der sozialen Kontakte. Ich bin ständig dabei, Termine zu koordinieren. Es gibt nichts Wichtigeres, als seinen Freundeskreis zu pflegen.

Frage: Worauf bist Du stolz?

Antwort: Das Wort stolz kommt in meinem Vokabular nicht vor. Ich bin aber recht zufrieden mit dem, was ich in meinem Leben „gemacht“ habe, um Worte wie „erreicht“ und „geleistet“ zu vermeiden. Ich habe aber auch viele Fehler gemacht, aus manchen gelernt, aus anderen weniger. Eine Lebenserfahrung ist, dass man sich ändern kann, wenn man sich ändern will. Wenn ich heute Menschen von früher treffe, lassen diese nicht unerwähnt, was ich damals für ein Arschloch war. Das erinnert mich an ein kurzes Gespräch mit meiner Mutter. Ein Lehrer schrieb ins Klassenbuch: „Wolfgang ist arrogant.“ Nicht wissend, was das Wort bedeutet, fragte ich meine Mutter. Antwort: „So wie Du bist!“

Ich muss aber zugestehen, auch sehr viel Glück gehabt zu haben. Das fing in meinem wohlbehüteten Elternhaus an. Aus meinem Zimmer in der Fregestraße konnte ich das Rathaus Friedenau sehen, in dem sich schon damals das Jugendamt befand. Wir haben es nie gebraucht.

Beruflich hatte ich das große Glück, das tun zu können, was ich für wichtig hielt. Das gefiel nicht immer meinen Vorgesetzten, von denen einige sehr viel Energie darauf verwendeten, mich loszuwerden. Irgendwann haben sie aufgegeben. Und jetzt, im

zehnten Jahr meines Rentnerdaseins mache ich ohnehin nur das, was ich für sinnvoll halte.

Frage: Was macht Dir, neben den Begegnungen am meisten Spaß?

Antwort: Meinen Lieblingskabarettisten **Arnulf Rating** und **Frank Lüdecke** zuzuhören, vor allem aber, einmal im Jahr für fast vier Wochen die wunderbaren Konzerte im Rahmen von **Young Euro Classic** im Konzerthaus Berlin genießen zu dürfen.

Frage: Was war der größte Fehler in Deinem Leben?

Antwort: Nicht in dem Maße Zeit mit meinen Eltern und meinem Sohn verbracht zu haben, wie es angemessen, erforderlich und möglich gewesen wäre. Stattdessen habe ich mich über das Notwendige hinaus um meine vielen Projekte gekümmert, 24/7. Merke: An erster Stelle muss immer **Family-Work-Balance** stehen!!! Bei meinen Eltern konnte ich mich nur an ihren Gräbern entschuldigen, mein Sohn hat mir verziehen.



Klaus Hoffmann, ein Freund seit 57 Jahren. Foto: Lothar Duclos

Frage: Welches Lied soll bei Deiner Beisetzung gespielt werden?

Antwort: „Weil Du nicht bist wie alle andern“ von **Klaus Hoffmann**.

Nachtrag:

Ich entschuldige mich für die letzte Frage, möchte das aber zu Protokoll gegeben haben, bevor irgendwer, irgendwann auf die Idee kommt „My Way“ oder „Time to say goodbye“ spielen zu wollen.

Ein letzter Wunsch für heute: Mit Ihnen, liebe treue Leserinnen und Leser, gemeinsam das 50-jährige Bestehen von **paperpress** am 7. April 2026 erleben zu dürfen. Bleiben Sie gesund!!!

Ihr Ed Koch

05) Pilotprojekt zur Verkehrswende



paperpress

seit 1976



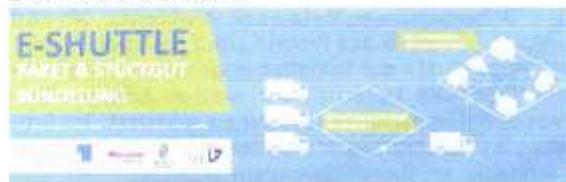
Nr. 623-19

19. März 2024

49. Jahrgang

Pilotprojekt zur Verkehrswende

Ein neues Logistik-Konzept bietet das UnternehmensNetzwerk Motzener Straße seit kurzem im gleichnamigen Industrieareal in Berlin-Marienfelde an. Dabei werden die für das Gebiet bestimmten Stückgut-Lieferungen, also Pakete und Paletten, außerhalb des Gewerbegebiets bei einer Spedition im Güterverteilzentrum (GVZ) Großbeeren gebündelt und den beteiligten Empfängern im Industriegebiet gesammelt zugestellt.



Mit diesem Angebot entfallen eine Vielzahl von Einzellieferungen und Leerfahrten unterschiedlicher Logistikunternehmen zum Industriegebiet und innerhalb des Areals. Die belieferten Firmen können dadurch ihre Warenannahme einmal am Tag konzentriert abwickeln. Auch beim Fahrzeugeinsatz setzt das Netzwerk auf Nachhaltigkeit. Sobald entsprechende Transporter zur Verfügung stehen, werden diese Lieferungen mit einem E-LKW erfolgen.

Die Unternehmen ändern für diese Bestellungen ihre Lieferadresse. Die Versanddienstleister liefern an die Spedition Komm Logistik in Großbeeren, die die Ware annimmt, erfasst und gebündelt zustellt.

Das Angebot ist ein Feldversuch im Rahmen des Forschungsprojektes Transferroadmap Urbane Logistik (TurLo), das vom Institut für angewandte Forschung (IFAF), Berlin, gefördert wird.

An gestrigen Montag haben **Prof. Dr Birte Malzahn** und **Prof. Dr. Stephan Seeck** von der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Berlin erste Ergebnisse auf Basis des gemeinsam mit dem Unternehmensnetzwerk Motzener Straße aufgesetzten Feldversuchs vorgestellt. Weitere Praxispartner sind die Komm Logistik GmbH, die Cycle Logistics CL GmbH, Mubea U-Mobility (vormals Citkar GmbH), der Bundesverband der Kurier-Express-Post-Dienste e.V. und die 4flow SE.

Vor Ort informierten sich Berlins Verkehrssenatorin **Manja Schreiner** und der Bezirksbürgermeister von Tempelhof-Schöneberg, **Jörn Oltmann**, über Einzelheiten des Vorhabens. Im Rahmen des TurLo-Projekts hat das Unternehmensnetzwerk Motzener

Straße in diesem Februar mit der Spedition Komm Logistik in Großbeeren eine nachhaltige und bisher in dieser Form neuartige Quartierslogistik für ein Industriegebiet unter der Bezeichnung „SLIM Smarte Logistik in Marienfelde“ an den Start gebracht.



Mit diesem Vorhaben wollen die Akteure zeigen, unter welchen Bedingungen nachhaltige Warenströme im urbanen Raum möglich sind. Die erwarteten positiven ökologischen Auswirkungen, die im weiteren Projektverlauf noch analysiert werden, sind eine Reduzierung von Transportfahrten und dementsprechenden Lärm sowie die Verminderung von CO₂-Emissionen.

Die Projektergebnisse können Grundlage für die Bündelung der Lieferverkehre auch in weiteren Gewerbegebieten sein. Der Feldversuch im Industriegebiet Motzener Straße ist Teil der Entwicklung einer Transferroadmap zur Umstellung von Lieferprozessen. Des Weiteren wird eine Open Source Software zur Steuerung der Warenströme erstellt. Die Erarbeitung solcher praxisnahen Lösungen ist schon jetzt ein positives Beispiel für die Zusammenarbeit von Hochschule und Wirtschaft.



Verkehrssenatorin **Manja Schreiner**: „Das Vorhaben ist ein gutes Beispiel für unternehmerische Initiative, ein steuerndes Netzwerk zum Wohle des

Standorts und die lokale Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis. Ich bin gespannt auf die Ergebnisse und wünsche mir, dass die Erfahrungen auch anderen Berliner Gewerbegebiete helfen, einen stadtverträglichen Güterverkehr zu fördern.“



Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann**: „Als Bezirk freuen wir uns natürlich, dass die Firmen des Netzwerks hier zeigen, wie Beiträge zur Verkehrswende zum beiderseitigen Vorteil aussehen können. Mit der Verkehrsreduzierung im Gebiet wird eine effizientere Abwicklung von betrieblichen Prozessen verbunden.“

Der Vorsitzende des Unternehmensnetzwerk Motzener Straße, **Ulrich Misgeld**, freut sich über den Besuch aus der Politik und den Beginn des ehrgeizigen Projektes: „Es war eine komplexe Vorbereitung bis zu diesem lange angestrebten Start. Eine CO₂-freie Quartierslogistik erfordert zwar noch viele weitere Maßnahmen, aber wichtig ist dieser erste Schritt.“



Manja Shreiner und Ulrich Misgeld

Prof. Dr. Birte Malzahn, HTW Berlin: „In dieses Vorhaben fließen viele Erkenntnisse aus früheren Forschungsprojekten ein. Der Start des Feldversuchs im Industriegebiet Motzener Straße ist nicht nur ein wichtiger Meilenstein für unser Forschungsprojekt TUrLo, sondern auch eine wegweisende Initiative für eine konsolidierte, und damit nachhaltige und effiziente Belieferung von Industriegebieten.“

Sebastian Komm, geschäftsführender Gesellschafter der Komm Logistik GmbH: „Der Standort Großbeeren ist hervorragend an das internationale Logistik-Netzwerk angeschlossen und eignet sich daher gut für dieses Projekt, in dem wir sehr gern Partner sind“.

Die Grundlage für dieses Projekt wurde durch eine Machbarkeitsstudie in Kooperation mit der Gemeinde Großbeeren, der Stadt Ludwigsfelde und dem Bezirk Tempelhof-Schöneberg von Berlin und dem Unternehmensnetzwerk 2020 geschaffen. Diese Studie wurde überwiegend finanziert von der „Gemeinsamen Landesplanung Berlin-Brandenburg“ sowie dem Bezirk Tempelhof-Schöneberg und der Gemeinde Großbeeren. Das Regionalmanagement Tempelhof-Schöneberg hat das Projekt unterstützt.



Beim Start des Projektes „Grünes Kraftwerk“ im März 2022 mit Bezirksbürgermeister Jörn Oltmann (3.v.r.)

Das **UnternehmensNetzwerk Motzener Straße** verfolgt seit 2010 das Projekt „Null Emission Motzener Straße“. Mit der Initiative engagierter Unternehmerinnen und Unternehmer werden Energieeffizienz- und Klimaschutzmaßnahmen realisiert. Im Projekt „Grünes Kraftwerk“ werden seit März 2022 die nachhaltig erzeugten Energiemengen von fünfzehn beteiligten Firmen am Standort in Marlenfelde messtechnisch erfasst, aufbereitet und visualisiert. Die im Jahr 2023 erzeugten Energiemengen von 1,7 Mio. kWh, die mit rd. 1,1 Mio. KG eingesparten CO₂ Mengen verbunden sind, zeigen das große und nachhaltige Engagement der Firmen.

Zu den Erfolgsgeschichten des gemeinsamen Engagements der Unternehmen zählen auch die 2010 mit einer Anschubfinanzierung von 250.000 Euro errichtete Kita mit inzwischen 80 Plätzen und das Angebot von regelmäßig über 100 Ausbildungsplätzen in mehr als 30 Berufen.

Das Gewerbe- und Industriegebiet Motzener Straße liegt in südlicher Stadtrandlage, unmittelbar an der Landesgrenze zu Brandenburg und gehört zu den größten Arealen dieser Art in Berlin. Das Industriegebiet weist die höchste Industriequote der drei bezirklichen Industriegebiete auf: insgesamt sind rund 200 Betriebe mit gut 5.000 Beschäftigten auf dem Gelände tätig. Davon gehören knapp die Hälfte der Betriebe und rund 80 % der Beschäftigten zum „Produzierenden Gewerbe“. 60 dieser Betriebe mit ca. 2.500 Beschäftigten gehören zu der seit 2005 bestehenden Standort- Initiative „UnternehmensNetzwerk Motzener Straße e.V.“ Das Netzwerk finanziert sich aus den Mitgliedsbeiträgen der Partnerunternehmen, fördert den Erfahrungsaustausch und organisiert Aus- und Weiterbildungsaktivitäten.

Quelle: UnternehmensNetzwerk Motzener Straße e.V.
Fotos: Davids/Darmer

06) Zu Ostern bei den Wühlmäusen



paperpress

seit 1976

Nr. 623-14

14. März 2024

49. Jahrgang

Zu Ostern bei den Wühlmäusen

Wenn Sie noch nicht wissen, womit sie ihrem Lieblingsmenschen zu Ostern eine Freude machen können, hätten wir hier einen Tipp: Feiern Sie den „**Blauen (Oster) Montag**“ mit **Arnulf Rating** und Gästen im Theater der Wühlmäuse.

Denn in diesem Jahr sind alle Ostereier blau! Kein Scherz! Am 1. April 2024 lädt der Kabarettist **Arnulf Rating** wieder zum „**Blauen Montag**“ ein, der bunten Varieté-Show im Westend mit stets wechselnden Künstlerinnen, Künstlern und Bands. Hier wird präsentiert, was sonst nur Insider finden: Comedians, Musiker, Satiriker, Akrobaten, Lebenskünstler, Slam-Poeten und Exzentriker. Seit 1990 die Bühne talentierter Typen und originärer Persönlichkeiten, eine tempogeladene, schöne und schräge Show.

Um 20 Uhr öffnet sich der Vorhang im Kabarett-Theater **Die Wühlmäuse** diesmal u.a. für die hintersinnige Komikerin **Cloozy**, den jonglierenden Punk **Donial Kalex**, **Macak & Rocky** alias **Knallkopp Comedy**, die kabarettistische Lebensberaterin **Helene Mierscheid**, Luftartistin **Jessie Rose** am Ring, den wortgewandten Mentalmagier **L.Silba**, Comedian **Martin Sierp**, ein heiteres memento mori mit **Der Tod** und als Band des Abends: **Long John & his Ballroom Kings**. Wie gewohnt wird das Ganze von **Arnulf Rating** präsentiert und mit politischer Satire gewürzt.

Tickets gibt es ab 31,50 Euro unter karten@wuehlmaeuse.de, telefonisch unter (030) 30 67 30 11 oder online (ggf. zzgl. weiterer Kosten).

Arnulf Rating hat uns 2 x 2 Tickets zur Verfügung gestellt. Wenn Sie wissen, wo er zur Welt gekommen ist und uns dies mitteilen, gelangt Ihr Name in die Lostrommel. Zusendungen bitte an: paperpress@berlin.de



Cloozy nimmt aktuelle Befindlichkeiten des modernen Menschen unter die Lupe und zoomt ganz nah ran. Pflegeroboter, Heimtier-Trends und verseuchte Deo-Roller als Teile unserer medialen Überforderung verwebt die Berlinerin zu witzigstem Kabarett und hintersinniger Comedy.



Donial Kalex

Dieser Jongleur visualisiert die Befreiung aus Konventionen und Gewohnheiten, die uns in der Komfortzone des Alltags festhalten. Es ist die eigene Wahrnehmung, die einen selbst hinter das Licht führt und vorgaukelt, was gar nicht ist.

Andreas »Spider« Krenzke

Surfpoet... Für ihn ist die Sprache nicht kurzretender Selbstzweck. Er sammelt Beobachtungen, staffelt und ballt sein Material aus der puren Lust an der besessenen, präzisen Beobachtung. Er holt aus, lässt sich Zeit. Er bleibt beim Surfen nicht stehen.

Knallkopp Comedy



Yves Macak & Rocky vom „Prenzsauerberg“ sind zwei Urberliner mit Herz und Schnauze. Sie präsentieren ein Feuerwerk an Sketchen, Witzen und Improvisationen. Ihre dynamische Kombination aus altbewährtem Berliner Humor mit modernen Einflüssen verspricht beste Unterhaltung.



Helene Mierscheid

Kabarettistische Lebensberaterin, Kinderbuchautorin, Politik-Junkie, Kunstfigur, Modelkone – es gibt nichts, was sie nicht ist. Früher war sie Politikberaterin. Den Job hat sie aber wegen nachgewiesener Sinnlosigkeit aufgegeben. Zehn Jahre war sie Büroleiterin von Bundestagsabgeordneten – dann war sie reif für die andere Seite – das Kabarett.

1



Jessie Rose

Energiegeladene Artistik am Luft-Ring mit charmanter Leichtigkeit in einer unterhaltsamen und inspirierenden Präsentation. Eine großartige Mischung aus akrobatischen Kunststücken und anmutiger Bewegung.



L.Silba

Der Mentalmagier referiert über die digitale Revolution und stellt dabei erschreckende Gemeinsamkeiten zwischen Helene Fischer und Til Lindemann fest. Zwischendurch verwandeln sich Gegenstände und irgendwie ist die FDP an allem schuld.



Martin Sierp

Er ist einer der vielseitigsten und schlagfertigsten deutschen Comedians. Er bietet: unerklärliche Wunder, wackelnde Ohren, perfekte Parodien, komische Kunstfiguren wie den Fürsten der Finsternis, pffiffige Modetipps von König Karl, Bauchreden, eine wunderbare Weinvermehrung und und und...



Der Tod

Sterben hatte bisher einen recht negativen Ruf. Doch damit ist jetzt Schluss. Denn nun startet der Sensenmann höchst-

persönlich eine beispiellose Image-Kampagne, mit Konfetti, Blockflöte und Sense-to-go! Der Volksmund sagt: Die Besten sterben immer zu früh. „Fühlt man sich da nicht gekränkt, wenn man noch am Leben ist?“, fragt der Tod mit unschuldiger Stimme seine Zuschauer.

und als Band des Abends: **Long John & his Ballroom Kings**



Deutsch-Amerikanischer Trümmerswing: Jazz in the head, rockabilly at heart und Swing in den Füßen. Sie halten Wolfgang Müller sowie die King Kols lebendig, sie präsentieren bekannte Klassiker und Eigenkompositionen im Stil der 1930 bis 1950er Jahre von Glenn Miller bis Bob Wills.



Gastgeber: Arnulf Rating

In Berlin gründete er 1977 zusammen mit **Günter Thews** „Die 3 Tornados“, denen er bis zur Auflösung 1990 angehörte. Seit 1993 ist Arnulf Rating mit Soloprogrammen auf Tournee. Neben seiner Tätigkeit als Kabarettist ist er als Organisator zahlreicher Veranstaltungen aktiv.

1980 wirkte er bei der Gründung des Veranstaltungszeltes Tempodrom in Berlin mit, dem er den Namen gab. Im „Quartier Latin Berlin“ startete er 1990 die Reihe „Der Blaue Montag“ als „lebende Stadtrevue“. Seit 2006 organisiert und seit 2009 moderiert er den Aschermittwoch der Kabarettisten in Berlin, zu dem er Kabarettkollegen einlädt. Arnulf Rating erhielt die wichtigsten deutschen Kabarettpreise und ist regelmäßig in vielen Kabarettsendungen im Deutschen Fernsehen zu sehen.

Bildnachweise: Der Tod (Foto: Anja Pankotsch), Helene Mierscheid (Foto: Frank Peters), Long John & His Ballroom Kings (Foto: promo), Donial Kalex (Foto: Mick Morley), S.Silba (Foto: promo), Knallkopp Comedy (Foto: Georgia Pallas), Martin Sierp (Foto: Andreas Kermann), Coozy (Foto: promo), Arnulf Rating (Foto: Thomas Rase).

07) Super-Sozis gesucht. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 623-13

13. März 2024

49. Jahrgang

Super-Sozis gesucht

Gestern fand im Willy-Brandt-Haus das erste Casting für das neue SPD-Vorsitz-Duo statt. Eigentlich sollte eine Analyse für die Wahlen von 2021 und 2023 erst zum Frühlingsanfang veröffentlicht werden, aber, wie das so ist im richtigen Leben, wenn ein Papier irgendwo rumliegt, findet sich immer jemand, der es den Medien anvertraut. Und dann hört man Sätze wie diese: „Wir sind sehr enttäuscht darüber, dass die Analyse schon jetzt an die Öffentlichkeit gelangt ist.“ Ja, es ist zum Heulen.

Das Fazit der Analyse ist verheerend: „Mehr als alles andere ist der Zustand der Partei für die schlechten Wahlergebnisse verantwortlich.“ Sich durch die 50 Seiten des Papiers durchzuarbeiten, macht keinen Spaß. Vor allem, weil ständig der Lesefluss gestört wird. Ansprechpartner*innen, Gesprächspartner*innen, Genoss*innen, Akteur*innen, Ministerpräsident*innen, Bürgermeister*innen, Berliner*innen, Interviewpartner*innen, Expert*in, andauern stolpert man über die Sternchen, die offenbar für die Sozialdemokraten, wie auch für Grüne und Linke wichtiger zu sein scheinen als gute Politik zu machen.

Am Ende der Wahlanalyse stehen Empfehlungen, wie ich sie in weit über 50 Jahren inside und outside of SPD immer wieder gehört habe, „Fokus auf Wählende“, auf wen denn sonst, „Überkommen innerparteilicher Flügelkämpfe“, ein Traum, der nie in Erfüllung gehen wird, „Erhöhung der Strategiefähigkeit“, „Optimierung der organisatorischen Aufstellung bei Wahlen“, nur zu! Wer trotz der unnötigen sprachlichen Stolperfallen den Zustandsbericht liest, muss unweigerlich zu der Erkenntnis gelangen, dass vor allem **Franziska Giffey** schuld am Elend der Partei ist. Immer schön, wenn man auf einen Sündenbock zeigen kann, um vom eigenen Versagen abzulenken.



Da saßen sie nun auf dem Podium. Der drei Teams, die die SPD aus dem Umfragesumpf ziehen wollen: **Raed Saleh** und **Luise Lehmann**, **Kian Niroo-**

mand und **Jana Bertels** sowie **Martin Hikel** und **Nicola Böcker-Giannini**. Abgesehen von Saleh und Hikel sind die Kandidaten einer breiten Öffentlichkeit kaum bekannt. Aber, sie sind alle nicht vom Himmel gefallen, sondern Teil der Partei und damit mitverantwortlich für das Wahldesaster im Februar 2023.

Neuköllns Bezirksbürgermeister Hikel verlor mit seiner SPD die Wiederholungswahl 2023 in Neukölln, Minus 6,3 Prozentpunkte, und landete hinter der CDU auf Platz zwei. Sein Bürgermeisteramt rettete er durch eine Zählgemeinschaft mit den Grünen. Und noch jemand, der nicht gerade überzeugend bei der Wiederholungswahl 2023 abschnitt, stellt sich zur Wahl, in seinem Falle zur Wiederwahl. **Raed Saleh**. Seit 2006 hat er jede Wahl in Spandau gewonnen, 39,1% (2006), 39,9% (2011), 37,2% (2016) und 32,3% (2021). 2023 blieben nur noch 26 Prozentpunkte übrig.



Die Noch-Vorsitzende **Franziska Giffey** eröffnete den Abend mit weisen Worten des Parteigründers **Ferdinand Lasalle**, der einst forderte: „Betrachten der Wirklichkeit und dem, was ist.“ Sie rief Ihre Genossinnen und Genossen dazu auf, weg zu kommen vom „Zuordnen“, „wieder stärkste Kraft werden zu wollen“ und beschwor die Gemeinschaft von Fraktion, Partei und Regierung, was, die älteren unter Ihnen erinnern sich, am besten unter **Klaus Wowereit** (Regierender Bürgermeister), **Peter Strieder** (Parteichef) und **Michael Müller** (Fraktionsvorsitzender) gelungen war.

Alle drei Teams gaben sich selbstkritisch, teilten aber auch untereinander aus, vor allem, wenn es in Richtung **Raed Saleh** ging. Für Selbstkritik bekommt man wenig Applaus, dafür umso mehr, wenn man das geschlossene Eintreten gegen Rechts betont.

Ein Zucken ging durch den Saal, als **Nicola Böcker-Giannini** ihre Losung herausgab: „Keine Umsonst-Stadt mehr. Hin zur gerechten Stadt.“ Die vielen Wohltaten, die die SPD über Berlin verteilt hat, sind ihr nicht gedankt worden. Beitragsfreiheit von der Kita bis zur Uni, hat sich für die SPD nicht ausgezahlt.

1



Martin Hikel relativierte sogleich seine mögliche kommende Co-Vorsitzende. Natürlich wolle man Bestehendes nicht abschaffen, aber eben nicht mehr so weitermachen wie bisher. Einen Seitenhieb auf Saleh konnte sich Böcker-Giannini nicht verkneifen, als sie sagte, dass ihr Team niemanden Posten versprochen hat. Saleh ist bekannt dafür, in der Vergangenheit gleich mehreren den gleichen Posten versprochen zu haben, um sich deren Stimmen zu sichern.

Das Team Niroomand/Bertels gab sich auch selbstkritisch mit der Frage, wozu man die SPD noch brauche, um gleich selbst die Antwort zu liefern. „Berlin braucht die SPD, aber sie ist nicht da!“ Also muss es einen Neustart geben und müssen Visionen entwickelt werden. Was würde **Helmut Schmidt** dazu sagen? **Kian Niroomand** und **Jana Bertels** wollen sich den Grünen und Linken wieder annähern und unterstellten, dass es gegenwärtig furchtbar sein müsse, mit der CDU zusammenzuarbeiten, was von den anderen Teams nicht geteilt wurde. Niroomand und Bertels streben kein Regierungsamt an, von parlamentarischen Funktionen war nicht die Rede. Die Kritik am derzeitigen Landesvorstand klingt aus dem Munde von Niroomand etwas verwegen, ist er doch schon jetzt Vize-Vorsitzender und zusätzlich Chef der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf.

Die Vorstellung von **Raed Saleh** und **Luise Lehmann** war sehr gut durchchoreografiert. Sie stellten sich gegenseitig vor, und Frau Lehmann begann, bezugnehmend auf die Ausführungen von Böcker-Giannini mit ihrer Umsonst-Stadt damit, Saleh dafür zu loben, dass man vor allem ihm die vielen Wohltaten, zum Beispiel das kostenlose Mittagessen für jedes Schulkind, zu verdanken habe. Sehr emotional leitete sie diesen Satz ein. Sie erzählte aus ihrer Schulzeit, als sie nicht verstehen konnte, dass es Klassenkameradinnen gab, die in der Pause nicht mit in die Mensa gingen, weil sich ihre Eltern den Beitrag nicht leisten konnten. Das Leben ist „*fucking ungerecht*“, rief sie in den Saal und zeigte auf Saleh, der das ein Stück weit in Berlin geändert habe.

Nach der Vorstellung der drei Teams folgten unzählige Fragerunden. Der Saal leerte sich immer weiter. Mit zweieinhalb Stunden war die Veranstaltung einfach zu lang. Die Fragen waren gut, die Antworten auch. Und nun? Der Autor dieses Beitrages ist froh, nicht abstimmen zu müssen. Einen klaren Favoriten gibt es nicht. Dennoch wage ich die Prognose, dass im ersten Wahlgang das Team Hikel/Böcker-Giannini ausscheiden wird. Zu verstörend ist der Begriff von der „Umsonst-Stadt“, der es zur Headline in der **B.Z.**

schaffte. **Hilburg Bruns** schreibt: „Wir müssen weg von der Umsonst-Stadt für alle“, fordert Ex-Staatssekretärin **Nicola Böcker-Giannini**, die im Team mit Neuköllns **Martin Hikel** antritt. Sie wettet in Kreuzberg gegen 29-Euro-Ticket und Gratis-Kita auch für hohe Gehaltsklassen: „Wir pumpen eine Menge Geld ins System. Und zwar ohne, dass es eine wirkliche Verbesserung gibt. Wenn die SPD wieder stark werden soll, dann brauchen wir für unser Fundament eine neue Geschichte. Hin zu einer gerechten Stadt. Echte Umverteilung von oben nach unten.“

Klare Attacke gegen Mit-Konkurrent **Raed Saleh**, denn sein Mantra ist seit Jahren die Gratis-Mentalität für alle. Dessen Co-Partnerin **Luise Lehmann** (27) kontert: „Das ist alles gratis, aber nicht umsonst. Wir haben Gebührenfreiheit von Kita bis Hochschule, vom Mittagessen bis BVG-Ticket durchgesetzt. Eine Abkehr von diesem Weg wird es mit uns nicht geben. Sobald man Gebühren in der Kita erhebt, wird es zu einer Zwei-Klassen-Kita.“

Auch das überflüssige Machogehabe von Hikel wird ihm keine Punkte einbringen. Nachdem Böcker-Giannini zweimal zuerst das Wort in den Fragerunden ergriff und dies auch ein drittes Mal tun wollte, bremste sie ihr Team-Kollege aus: „Du hast jetzt zweimal angefangen, jetzt beginne ich.“ Sowas kommt nicht gut an bei den Genoss*_/Innen.

In der Stichwahl wird es spannend. **Luise Lehmann** mit ihren großen Emotionen sollte man nicht unterschätzen. Und Saleh darf man nicht unterschätzen, auch er zog die Emotion-Card. Es wird weitere Vorstellung der Casting-Show geben. Die SPD macht mal wieder das, was sie am besten kann, mit sich selbst beschäftigen. Wobei ich sagen muss, dass ich diese Form der Suche nach dem Super-Sozi gut finde. Damals zwischen **Walter Momper** und **Ingrid Stahmer**, später zwischen **Michael Müller**, **Jan Stöß** und **Raed Saleh**. Das hatte hohen Unterhaltungswert.

Zeitgleich zur SPD-Veranstaltung führte die CDU einen Landesparteitag durch, auf dem der Regierende Bürgermeister **Kai Wegner** dem Botschafter Israels, **Ron Prosor**, ein schärferes Vorgehen gegen Antisemitismus versprach. Die Landespolitikreporter der Medien mussten sich also aufteilen. Beachtlich, dass die Fotos aus dem Willy-Brandt-Haus in Kreuzberg und dem CDU-Parteitag im Grunewald **Sergej Glanze** als Autor angeben. Straffe Leistung.

Ed Koch
(auch Fotos)

08) Schneider Electric. Damit der Strom ankommt



paperpress

seit 1976



Nr. 623-12

12. März 2024

49. Jahrgang

Schneider Electric Damit der Strom ankommt



„Wir produzieren keinen Strom und wir verbrauchen keinen Strom, wir sind Energiemanager!“, sagte uns im Interview **Stefan Grund**, Senior Key Account Manager, Segment Gebäude, und Repräsentant von **Schneider Electric** für Berlin und Brandenburg.

Foto: Schneider Electric

Was ein „Senior Key Account Manager“ ist, lassen wir uns von der Unternehmensberatung „Personal Excellence“ erklären: „Aktive Mitwirkung an der Entwicklung neuer Produkte oder der Weiterentwicklung des bestehenden Produktportfolios, Sie sind ‚das Ohr‘ am Kunden und der wertvollste Ideengeber, was dem Kunden wichtig ist. Sie brennen dafür, die passende Lösung für den Kunden zu finden.“ Damit ist die Aufgabe von **Stefan Grund** hinreichend beschrieben. Die heutzutage üblichen Bezeichnungen in international tätigen Konzernen klingen oft ein wenig sperrig. Verständlicher ausgedrückt könnte man sagen: **Stefan Grund** ist nicht nur das Ohr, sondern vor allem das Gesicht von **Schneider Electric** in der Hauptstadtregion.

Stefan Grund ist 52 Jahre alt, gelernter Elektriker und Absolvent der Meisterschule mit anschließendem Studium für Marketing und Vertrieb. Er ist verheiratet, hat drei Kinder, lebt in Brandenburg und arbeitet für **Schneider Electric** auf dem **EUREF-Campus** in Berlin. Seit 16 Jahren ist er für das Unternehmen tätig.

Schneider Electric, 1836 gegründet, ist ein französischer Großkonzern mit Hauptsitz in Paris, beschäftigt weltweit rund 150.000 Mitarbeiter und hat 2022 einen Umsatz von 34 Milliarden Euro erzielt. Die neue Zentrale für Deutschland, Österreich und der Schweiz entsteht gerade auf dem **EUREF-Campus** in Düsseldorf.

Der Beginn dieser wunderbaren Freundschaft zwischen EUREF und SE, um mal wieder das klassische Zitat aus dem Film „Casablanca“ einzufügen, kann

auf das Jahr 2011 datiert werden. Am 18. August 2011 schrieb **paperpress**: „Auf dem Sommerfest des Hotel- und Gaststättenverbandes Berlin e.V. am Montag, dem 15. August 2011, im Schöneberger Gasometer, wurde die Nachricht vertraulich gehandelt, weil noch nicht alle Formalitäten abgeschlossen waren. Heute nun folgte die offizielle Bekanntmachung. **Reinhard Müller**, Chef der **EUREF AG**, ist ein weiterer bedeutender Erfolg für die Entwicklung des Gasometer-Geländes gelungen.“



EUREF-Gründer **Reinhard Müller** bei der Einweihung des Schneider Electric-Gebäudes im Juni 2013. Foto: Ed Koch

Der weltweit führende Spezialist für Energiemanagement, **Schneider Electric**, zieht auf den **EUREF-Campus**.“ Und schon am 14. September 2011 wurde der Grundstein für den ersten Neubau auf dem **EUREF-Campus** gelegt, in den **Schneider Electric** als Ankermieter im März 2013 einzog.

Zwischen der Stromerzeugung und dem Verbraucher befinden sich elektrische Geräte, die für den Stromfluss sorgen, Schaltanlagen, Transformatoren und Wechselrichter, also jene wichtigen technischen Komponenten, die den Gleichstrom, der zum Beispiel von einer Photovoltaik-Anlage produziert wird, in Wechselstrom umwandeln. Zusätzlich sorgt der Wechselrichter dafür, dass die Anlage in ihrem optimalen Betriebspunkt betrieben wird. „Wir haben die Lösungen, von der Planung, über das ‚Bauen‘, bis zum ‚Betrieb‘.“, so **Stefan Grund**.

Ein Konzern wie **Schneider Electric** kann nicht im Verborgenen agieren, er muss auf die Entscheidungsträger zugehen. Das ist eine der Aufgaben von **Stefan Grund** als Repräsentant des Unternehmens für die Hauptstadtregion. Sein Kollege **Stefan Rinert** ist Ansprechpartner für Politik und Regierung und **Stefan Klepzig** führt den Bereich Energieeffizienz und Nachhaltigkeit und klärt seine Kunden darüber auf, warum CO₂-Reduzierung ein Erfolgsfaktor für Unternehmen ist.

1



Stefan Grund – Foto: Schneider Electric

Der **EUREF-Campus** in Berlin ist keine Messe, auf der man sich nur etwas anschauen kann. Alles, was hier zu sehen ist, hat sich in der Praxis bewährt, weshalb der Campus auch gern als Reallabor bezeichnet wird. Besuchergruppen gibt es reichlich auf dem **EUREF-Campus** und immer wieder erklärt **Stefan Grund** gern, warum beispielsweise bei Sonneneinstrahlung in ein Büro, die Vorhänge runtergehen und das Licht eingeschaltet wird. Die Kühlung der aufgeheizten Räume ist wesentlich teurer als das verbrauchte Licht.



Die zeeMobas – Foto: Ricarda Spiegel EUREF AG

Bei keiner Führung über den **EUREF-Campus** darf die **zeeMobase** fehlen. Die „zero emission energy and mobility base“ zu Deutsch „emissionsfreie Energie- und Mobilitätsbasis“, ist ein Ort, an dem Mobilität und Energie zusammenlaufen und sowohl physisch als auch digital vernetzt werden. Strom wird mittels erneuerbarer Energie gewonnen, lokal gespeichert und in Mobilität umgesetzt. Technisch

gesehen ist die **zeeMobase** ein *Micro Smart Grid*, das die Energie möglichst effizient verteilt. Praktisch gesehen ist die **zeeMobase** eine intermodale Mobilitätsstation.



Besuch des schwedischen Königs **Carl XVI. Gustaf** im Mai 2022 in der zeeMobase. Foto: Andreas Schwarz



Besuch des österreichischen Bundespräsidenten **Alexander Van der Bellen** in der zeeMobase im März 2022. Foto: Andreas Schwarz

Betrieben wird die **zeeMobase** von der **inno2grid GmbH** in Kooperation mit **Schneider Electric**. **Daniel Rook** und **Frank Christian Hinrichs**, zwei langjährige SE-Mitarbeiter, sind die Geschäftsführer. Wie der Klimawandel bewältigt werden kann, zeigen **Schneider Electric** und der **EUREF-Campus** anschaulich.

Mit **Stefan Grund** sprach **Ed Koch**

Weitere Informationen:

<https://www.se.com/de/de/>

<https://inno2grid.com/de/referenzen-details/zeemobase.html>

09) Wo Sie unbedingt hingehen sollten



paperpress

seit 1976



Nr. 623-09

9. März 2024

49. Jahrgang

Wo Sie unbedingt hingehen sollten



Foto: Christian Rock

2014 startete die zweite Generation vom „Hops und Hopsi Kinderprogramm“. Von 1992 bis 2001 traten „Hops und Hopsi“ täglich im Berliner Freizeitzentrum „Spreepark Plänterwald“ auf. Dort hat ihr Nachfolger, der „Hops“ der zweiten Generation sie 1993 im Alter von vier Jahren kennengelernt. Nun zieht die zweite Generation „Hops und Hopsi“ von Ende März bis Anfang November in den Erlebnistierpark Memleben.

Mit dem Auto nur zweieinhalb Stunden von Berlin entfernt. Ein idealer Tagesausflug mit Kindern bis elf Jahren. Eine einzigartige Mischung aus Tier- und Freizeitzentrum, verrückten Shows, spannenden Abenteuern und exotischen Tierwelten erwarten die Gäste im Erlebnistierpark Memleben. Faszinierende Tierführungen und Unterhaltungsshow sowie tolle Spiel- und Erlebnisbereiche warten auf die großen und kleinen Besucher.

Mit dem Rabattcode „hopsundhopsi“ spart man im Ticket-Onlineshop noch mal 5 € pro Ticket auf die ohnehin schon rabattierten Online-Tickets.

www.erlebnistierpark.de

In Berlin sind „Hops und Hopsi“ in einem Sommerferien-Special am 6. August 2024, ab 16:00 Uhr, in der Zitadelle Spandau zu sehen. Die Termine für das Weihnachtsprogramm stehen auch schon fest. Im Januar 2025 wird das Clownduo siebenmal in Berlin auftreten, darunter am 26. Januar 2025 im Gemeinschaftshaus Lichtenrade. (Siehe Foto).

www.hops-und-hopsi.de



Foto: Hops und Hopsi

Hart auf Hart zeigt „Wollen Sie wippen?“ am 22. März 2024 in der ufaFabrik



Foto: Remo Buesch

Das deutsch-/schweizerische Duo **Hart auf Hart** aus Leipzig präsentiert ein wortgewandtes Spiel mit viel subtilem Humor. Die Leipziger Schauspielerinnen **Elisabeth Hart** und der Oltner Schauspieler **Rhban Straumann** haben kurz vor der Pandemie künstlich zusammengefunden, entwickelten und schrieben während den einzelnen Lockdowns ein genussvoll satirisches Stück für schwierige und gute Zeiten.

„Wollen Sie wippen?“ ist eine Spielplatzsatire ohne erzieherische Inhalte oder Ansprüche. Das Stück handelt von einer Schauspielerin und einem Schauspieler, die ein selbstgeschriebenes Stück lesen. Darin begegnen sich eine Frau und ein Mann auf einem Spielplatz. Erst zufällig, schließlich immer wieder. Sie Deutsche. Er Schweizer. Er ergötzt sich am Leiden der Eltern, sie findet Gefallen an der Manipulation der Spielgeräte. Mit gebührender Distanz und ohne Moralkette nähern sie sich großen sowie relevanten Themen und scheuen sich nicht vor heiklen Fragen.

1



Selbst oberflächliche Klischees erhalten in ihrer Unterhaltung Tiefgang, während sprachliche Differenzen kulturelle Unterschiede zu Tage bringen.

Sie: „Man sagt Pi mal Daumen.“

Er: „Wir sagen Handgelenk mal Pi.“

Sie: „Oh, wie ungenau.“

Mit jedem Tag wird die Verbindung zwischen den beiden Menschen auf dem Spielplatz intensiver. Er spricht über seinen Nachbarn, den netten Nazi, sie erzählt, sie verfasste eine Studie über das Große im Kleinen. Gemeinsam beobachten sie kleine Diktatoren im Sand und haben die Großen der Welt vor Augen. Die Grenzen zwischen Draufsicht, Einsicht und Zuversicht verschwinden offensichtlich, es entsteht ein herausforderndes Wechselspiel zwischen Beobachtenden und Beobachteten.

Zwei unserer Leserinnen und Leser können an der Berlin-Premiere am 22. März 2024, 20:00 Uhr, im Variété-Salon der ufaFabrik, Viktoriastraße 10-18, 12105 Berlin, nahe U-Bahnhof Ullsteinstraße, teilnehmen.

Einfach eine E-Mail an paperpress@berlin.de senden.

FRANK LÜDECKE „TRÄUMT WEITER!“



Foto: Phrenetica

Chefin und Chef des Berliner Kabaretttheaters „Die Stachelschweine“, **Caroline** und **Frank Lüdecke** mit Ed Koch beim diesjährigen **paperpress**-Grünkohlessen im Februar.

Für sein neues Kabarettprogramm, das am 27. April 2024, um 16:00 Uhr, im Steglitzer Schlossparktheater aufgeführt wird, hat uns Frank Lüdecke zwei Tickets zur Verfügung gestellt. E-Mail an paperpress.

Benötigen Sie betreutes Denken? Wunderbar! **Frank Lüdecke** hat so lange über diese Welt nachgedacht, Sie können seine Meinung einfach getrost übernehmen. Das ist praktisch. Gerade in dieser verwirrenden, unübersichtlichen Zeit. In der viele verunsichert sind: Darf man heute noch mit Menschen reden, die eine andere Meinung vertreten? Und warum ist die richtige Meinung bei den anderen so selten anzutreffen? Die Politik macht es uns auch nicht einfach. Wenn die Regierung fast 30 verschiedene Sondervermögen hat – sind wir dann überhaupt noch verschuldet?

Warum setzen wir wieder aufs Militär, wollen aber gleichzeitig die Bundesjugendspiele abschaffen? Und dann noch KI: Wer gewinnt den Wettlauf zwischen künstlicher Intelligenz und natürlicher Dummheit? Noch steht es nicht fest. Aber es gibt erste Anzeichen: Behörden sind nicht erreichbar, weil die Bürger keine Faxgeräte mehr besitzen. Schüler haben Mühe, Buchstaben zu entziffern, obwohl die Lehrer regelmäßig Lernzielkontrollgesprächsprotokolle schreiben. Was läuft da schief?



Foto: Phrenetica

Frank Lüdecke durchforstet unsere chaotische Lebenslandschaft gewohnt aktuell und überraschend. Der Träger diverser Kleinkunstpreise (Deutscher Kleinkunstpreis, Deutscher Kabarettpreis, Bayerischer Kabarettpreis, Kabarettpreise von NRW und Niedersachsen u.v.m.) sowie Leiter des Kabarett-Theaters DIE STACHELSCHWEINE in Berlin scheut sich nicht, zwei kurzweilige Stunden lang Politik, Philosophie und Witz scharfsinnig miteinander zu verknüpfen. Musik gibt es auch, wie immer.

Am Ende seiner Analyse hat er eine gute und eine schlechte Nachricht für Sie. Die schlechte: Er weiß es selbst nicht so genau. Die gute: Er bleibt trotz aller Widrigkeiten optimistisch. Und rät: „Träumt weiter!“

Quellen: Hops & Hopsi, ufaFabrik, Frank Lüdecke
Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch

10) Ein Tag für die Frauen. Von Ed Koch

paperpress

seit 1976

Nr. 623-08

8. März 2024

49. Jahrgang



Ein Tag für die Frauen

Um das gleich zu Beginn klarzustellen: Der Weltfrauentag, den Frauen und Männer und alle anderen heute in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern feiern, ist nicht der Muttertag. Der fällt immer auf einen Sonntag, an dem so und so nicht gearbeitet wird, in diesem Jahr ist es der 12. Mai.

2022 lebten in Berlin 1.843.196 Männer und 1.912.055 Frauen. Allein diese Zahlen belegen, dass für die Mehrheitsgesellschaft ein Feiertag angemessen ist, im Gegensatz zu allen kirchlichen Feiertagen, die uns immer wieder am Arbeiten hindern. Im Dezember 2023 gehörten 12,1 Prozent der Berliner Bevölkerung der Evangelischen Kirche an, 7,1 Prozent der Katholischen. Ein Kabarettist sagte einmal, wenn es in Berlin schon wenige Katholiken gibt, dann sollte doch wenigstens jeder eine eigene Kirche haben. Rund zehn Prozent gehören übrigens anderen Glaubensgemeinschaften an. Das wiederum bedeutet, dass rund 70 Prozent der Berlinerinnen und Berliner an gar nichts glauben, aber von den kirchlichen Feiertagen profitieren.

Ende des Monats gibt's wieder vier Tage in Folge frei, von Karfreitag bis Ostermontag. Ich halte den Oster- und Pfingstmontag für überflüssig, auch den zweiten Weihnachtsfeiertag. Diese Anhängsel dienen ohnehin nur dazu, sich von dem übermäßigen Alkoholkonsum zu erholen, nicht zu schweigen davon, dass man die Schwiegermutter noch einen weiteren Tag ertragen muss.

Gerade noch rechtzeitig vor dem Weltfrauentag konnte sich die weibliche Bevölkerung über einen anderen Tag ärgern, nämlich den so genannten „Equal Pay Day“, den internationalen Aktionstag für Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern.

„Angenommen, Männer und Frauen bekommen den gleichen Stundenlohn: Dann steht der Equal Pay Day für den Tag, bis zu dem Frauen umsonst arbeiten, während Männer schon seit dem 1. Januar für ihre Arbeit bezahlt werden. Rechnet man den Wert in Tage um, arbeiten Frauen insgesamt 66 Tage umsonst.“ Quelle: NDR

In diesem Jahr fiel der Equal Pay Day auf den 6. März. Im letzten Jahr war es der 7. März. Wer einen Fortschritt darin sieht, hat sich geirrt, denn nur durch das Schaltjahr ist der Tag vorgerückt.

So, was haben nun die Frauen von diesem Feiertag? Vermutlich werden sich die Männer heute besonders um ihre Frauen kümmern. Frühstück ans Bett, ein

langer Spaziergang bei diesem wunderschönen sonnigen Wetter, oder ein Ausflug zum *Designer Outlet*, das natürlich geöffnet hat, weil es sich im brandenburgischen Wustermark befindet. Krönender Abschluss am Abend: **Rebecca Carrington** in der *Bar jeder Vernunft* mit ihrer Musik-Show „*Me and my Cello 2.0*“. Bevor die Cello-Show beginnt, gibt's noch ein paar „*Schnuckedönschen*“ (*Pumpnickeltaler mit verschiedenen Leckereien wie Tête de Moine, mild geräuchertem Katenschinken und hausgemachten Berliner Mini-Bouletten*), köööööstlich!

Sabine Rennefanz sieht in einer Kolumne für den **Tagesspiegel** den Tagesablauf am 8. März für Frauen anders. Sie fordert: „*Schafft den Frauen-Feiertag ab! Emanzipation geht nämlich anders. In der DDR gab's am 8. März Blumen für die Kolleginnen, heute können sich Frauen fragen, was sie am 8. März für die Kinder kochen sollen, denn die Kitas und Schulen haben zu. Das ist doch kein Gewinn.*“

Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich gestern in der „*Aktuellen Stunde*“ mit dem Thema „*Frauenpolitik in Berlin*“, auf Antrag aller Fraktionen. Die AfD brachte einen weiteren Antrag ein: „*Mehr Sicherheit für Frauen und Mädchen in Berlin – Einführung eines Frauennachtaxi-Modellprojekts in Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg.*“ Und was ist mit Lichtenrade? An der Diskussion im Hohen Hause beteiligten sich nur Frauen. Warum sie die bekannte Historie bis hin zu **Clara Zetkin** erklären mussten, erschließt sich einem nicht. Ansonsten viele Phrasen, die den Frauen nicht wirklich weiterhelfen.



Vor 110 Jahren ging es noch um das volle Staatsbürgerrecht für Frauen. Seit 1918 dürfen Frauen wählen, seit 1957 brauchen sie keine Genehmigung ihres Mannes, wenn sie erwerbstätig werden wollen, und ein Jahr später entfiel die Erlaubnis des Mannes, wenn sie einen Führerschein machen wollten. Seit 1962 dürfen Frauen ein eigenes Bankkonto haben. Erst seit 1969 sind Frauen voll geschäftsfähig. Das alles hätte man 1948/49 bei der Erarbeitung des Grundgesetzes schon regeln können. Unglaublich, wie Frauen in diesem Land behandelt wurden und immer noch werden. Abbildung: Wikimedia

Ed Koch

11) Lieder, Sänger und Poeten. 5. Neuhardenberger Sängertreffen.
Sonnabend, 29. Juni 2024 – ab 14:00 Uhr



paperpress

seit 1976



Nr. 623-07

7. März 2024

49. Jahrgang

Lieder, Sänger und Poeten 5. Neuhardenberger Sängertreffen

Samstag, 29. Juni 2024 – ab 14:00 Uhr

auf der Kastanienwiese am Schloss Neuhardenberg

<https://www.schlossneuhardenberg.de/programm/veranstaltungen/lieder-saenger-und-poeten5-neuhardenberger-saengertreffen-1008.html>

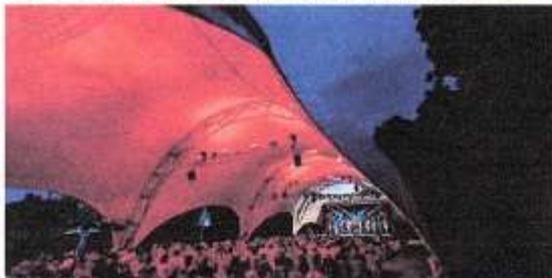


Foto: Patrick Pleul

Mit **Alin Coen**, **Klaus Hoffmann**, **Heinz Rudolf Kunze**, **Max Prosa & Sascha Stiehler**, **Wenzel** und **Pe Werner**. Künstlerische Leitung: **Klaus Hoffmann**

Beim Neuhardenberger Sängertreffen kann eine gewisse Ausdauer nicht schaden. Und bei den bisherigen vier Ausgaben hat es daran auch nicht gefehlt. Das könnte daran liegen, dass wir es mit einem Genre zu tun haben, in dem die Vielfalt Programm ist. Das Singer-Songwriting ist wie kaum eine andere musikalische Disziplin auf einzelne Persönlichkeiten bezogen, die mit ihrem individuellen Schaffen für eine jeweils eigene Ausprägung ihrer Kunst stehen.

Unter der Leitung von **Klaus Hoffmann** sind wieder sechs sehr unterschiedliche Liedpoeten unter dem Bogendach versammelt, die nacheinander auf der Neuhardenberger Open-Air-Bühne stehen und vom Gastgeber vorgestellt und eingeführt werden, wobei dieser, sowohl bei gemeinsamen Auftritten mit seinen Kolleginnen und Kollegen als auch mit seinem eigenen Programm, hohe Liedermacherkunst in Neuhardenberg präsentieren wird.

Alin Coen

Nach den fulminanten Auftritten mit dem 70-köpfigen Orchester der STÜB Aphilharmonie im vergangenen Jahr bietet **Alin Coen** ihren Fans 2024 wieder die Möglichkeit, sie in einem kleineren, intimeren Rahmen live zu erleben: im Trio, begleitet von ihren langjährigen Bandmitgliedern **Fabian Stevens** an

den Drums und **Philipp Martin** am Bass. Neben Songs aus den letzten Jahren wird auch das eine oder andere neue, unveröffentlichte Lied zu hören sein. Obwohl **Alin Coen** sich außerhalb der Musik durchaus engagiert, fühlt sie nicht den Drang, in ihren Liedern politische Themen zu behandeln.



Foto: David Doffmann

Bekannt für Ihre unverwechselbare Art, innere Zustände herauszuarbeiten und für ihr Publikum nachfühlbar zu machen, erklärt sie: »Mein Spezialgebiet ist Herzscherz und die Verarbeitung von Zurückweisung. Wenn ich Songs schreibe, lausche ich der Musik, die da entsteht, und versuche, die Worte und Geschichten zu finden, die zu dem Gefühl passen, das die Musik in mir auslöst.«

Klaus Hoffmann



Foto: WWW von Ohsen

Klaus Hoffmann sind Flügel gewachsen. Nein, keine Sorge, er gehört noch zu uns Irdischen, aber seine neuen Lieder, die haben nun doch ein wenig abgehoben: vom Boden des Beschwerlichen, von den drückenden Gedanken, von Leid und Lügen, von

1



Krieg und Unheil. Nicht dass er vor alldem die Augen verschließen würde. Aber die Lieder, die auf seiner neuen CD Flügel zu hören sind, haben die Kraft, sich über all die Unbill zu erheben und zu all den Aufregtheiten unserer Zeit auf eine Art melancholischer Distanz zu gehen.

Launig, altersmilde und -weise, zuweilen forsch und fordernd, geht **Klaus Hoffmann** durch seine und unsere Zeit, spielt mit seinen Gedanken und Gefühlen, führt auch mal auf eine falsche Fährte, aber nie böswillig, nie verschlagen, höchstens mal schelmisch, immer freundlich und zugewandt. Und immer so, dass man sofort versteht: Dieser Künstler muss niemandem mehr etwas beweisen, der ist ganz bei sich und verbiegt sich nicht, alles ist echt und selbstgelebt. Begleitet, unterstützt und getragen wird er wie seit »gefühl 60 Jahren« von **Hawo Bleich** an Flügel und Keyboards.

Heinz Rudolf Kunze



Foto: Martin Huch

Heinz Rudolf Kunze meint, was er sagt, und sagt, was er meint – das Programm ist eine Essenz aus 36 Studioalben, zahlreichen Büchern und unzähligen Konzerten. Und es gewährt den Fans einen Blick in das »Arbeitszimmer« eines der berühmtesten Songschreiber Deutschlands. Es ist das, was ihn ausmacht, und trotzdem – oder gerade darum – reduziert auf das Wesentliche: Kunze, seine Gitarre, sein Klavier und seine Songs. Alles ergänzt durch zahlreiche Geschichten, Anekdoten und Gedichte. Im Fokus aber stehen seine Hits, musikalische Raritäten und Lieblinge – so gespielt, wie Kunze sie (aus)gedacht und geschrieben hat. Das neue Programm ist für alle, die Kunzes Songs lieben, die seine feingeistigen Texte schätzen, und für die, die schon immer hofften, **Heinz Rudolf Kunze** irgendwann zufällig beim

Bäcker zu treffen, denn: persönlicher war Kunze noch nie, und persönlicher wird es ihn sicher auch nicht mehr geben.

Max Prosa & Sascha Stiehler



Foto: Sandra Ludewig

»Am Anfang war das Wort, das ist bekannt. Doch nur die Musik macht es vollkommen.« Dieser Gedanke führte **Max Prosa** und **Sascha Stiehler** 2012 erstmals zusammen. Damals beide noch am Anfang ihrer Karrieren, etwas grün hinter den Ohren, aber bereit, ihre jeweilige Szene aufzumischen. Seitdem ist eine Vielzahl an gemeinsamen Songs entstanden und eine einzigartige musikalische Verbindung gewachsen.

Die erste gemeinsame Albumveröffentlichung *Dein Haus* ist erschienen. Zusammenspiel, das bedeutet für sie: Niemand könnte die Texte und Geschichten Prosas so virtuos und zugleich zurückhaltend begleiten wie **Sascha Stiehler**. Niemand könnte Stiehlers Klavierspiel mit Worten so viel Tiefe verleihen wie **Max Prosa**. Es entstand eine eigene, unverwechselbare Klangwelt und Sprache. Sphärisch, berührend, treibend und tanzbar. Bei der Präsentation ihres Albums treffen sich die beiden Ausnahmemusiker dort wieder, wo 2012 die Reise begann: auf der Bühne. Das Grün hinter den Ohren ist inzwischen einem Reichtum an Text, Musik und künstlerischer Verbindung gewichen.

Wenzel

Wenzel – Gesang, Gitarre, Akkordeon, Piano, Bass
Hannes Scheffler – Gitarren, Bass, Gesang
Thommy Krawallo – Gitarren, Bass, Gesang
Stefan Dohanetz – Schlagzeug, Perkussion, Gesang
Manuel Abreu – Trompete, Flügelhorn



Foto: Sandra Buschow

In den grauen Morgenstunden, zwischen Zweifeln und Müdigkeit finden die Lieder ihre letzte Form. Die Welt ist aus den Fugen. An den Schadstellen unserer Hoffnung suchen Melodien und Worte nach der richtigen Stelle. Lieder, die für die nächste CD/LP geprüft werden; Lieder aus dem Fundus der letzten 52 Alben, getragen von sanften und bestimmten Tönen der Gitarren, von Trompete, Bass und Akkordeon, Klavier und Trommeln, spielen in den unwiederholbaren Stunden der Konzerte zum Tanz auf. Froh, dass wir am Leben sind. Ein Festhalten an elementaren Wahrheiten, allen ideologischen Parzellierungen zum Trotz. Das Leben feiern als Sieg gegen das Destruktive, gegen Kriege und Demagogie. Die Musik ist dabei ein treuer Gefährte. Wenzel stand mit **Arlo Guthrie, Randy Newman, Konstantin Wecker** und vielen anderen auf der Bühne. Er hat Ehrungen überstanden von der Goldenen Amiga über den Heinrich-Heine-Preis bis zur Ehrenantenne des Belgischen Rundfunks, achtmal hat er den Preis der deutschen Schallplattenkritik errungen!

Pe Werner



Kabarettistin, Singer-Songwriterin, Buchautorin und vielseitige Pop-Sängerin: **Pe Werner** ist in vielen künstlerischen Gefilden zuhause. Spätestens mit ihrem Song Kribbeln im Bauch wurde sie einem bundesweiten Publikum bekannt. Ihre Alben mit den nachdenklich-

melancholischen Texten und Arrangements gewannen etliche Auszeichnungen, darunter der Echo und die Goldene Stimmgabel. Foto: Det Kempe

Pe-Werner-Konzerte sind nicht einfach eine Reihe von schönen Songs. »Ich habe mich nie in einer Schublade gesehen. Ich war nicht frauenbewegt, nicht politikgetrieben, nichts davon. Das gab mir die Freiheit, allen zuzuhören und einfach Geschichten mit Liedern zu machen«.

Die Singer-Songwriterin präsentiert ihre Musik als kabarettistischen Liederabend und nimmt ihr Publikum mit auf ihre ganz persönliche Reise von A nach Pe. Dabei spinnt sie, zusammen mit ihrem kongenialen Begleiter **Wolfgang Köhler** am Flügel, ihre satirischen und poetischen Texte und Melodien mit »Seelenfederleichtigkeit« zu Gold. Spielerisch bewegt sie sich zwischen Chanson und Pop, Couplet und Swing und plaudert beherzt aus dem Nähkästchen. Erlaubt ist, was gefällt. Und das ist bei ihr eine ganze Menge.

Tickets ab sofort buchbar

46 bis 57 Euro

Das Schloss Neuhardenberg bietet die folgenden Arrangements an:

Eine Übernachtung (29. bis 30. Juni) inklusive Frühstück, eine Aufmerksamkeit auf dem Zimmer bei Ihrer Ankunft, eine Eintrittskarte je Person zur Veranstaltung Lieder, Sänger und Poeten am 29. Juni, je eine Eintrittskarte für die Ständige Ausstellung und zu den Sonderausstellungen, freie Nutzung des Saunabereichs, Bademäntel und Slipper

Preise: € 124,50 pro Person im Doppelzimmer, € 168,- im Einzelzimmer

Verlängerungsnacht (nach Verfügbarkeit):

€ 154,- pro Nacht im Doppelzimmer / € 119,- im Einzelzimmer inklusive Frühstück.



Sängertreffen 2023, Foto: Andreas Schwager

Quelle: Stiftung Schloss Neuhardenberg

S ü d t i r o l (Seiten E 126 – E 129)

01) Ehemalige Sammelpartei zeigt ihr wahres Gesicht Nein zu Amnestie für die ehemaligen Freiheitskämpfer. Von Roland Lang

Wie erwartet hat der Koalitionspartner der postfaschistischen Partei Fratelli, die SVP und Ulli Mayr gegen den Antrag zur Amnestie der ehemaligen Freiheitskämpfer gestimmt.

Dabei waren viele SVP-Funktionäre Mitwisser und Unterstützer des damaligen Freiheitskampfes. SVP-Obmannstellvertreter Hans Dietl, Bezirksobmann Franz Widmann, Parteisekretär Hans Stanek und Senator Peter Brugger seien hier stellvertretend für viele andere hohe SVP-Exponenten genannt.

Peter Brugger stellte sogar die Pusterer Buam seinem Sohn Siegfried vor und sagte zu ihm "Das sind meine Buam"!

Uns sind viele SVP-Landtagsabgeordnete der SVP persönlich bekannt, so SHB-Obmann Roland Lang. Trifft man sich außerhalb des Landtages, sind sie natürlich für die Heimkehr der Freiheitskämpfer und erkennen ihre Leistungen an.

Im Landesparlament haben sie aber nun gegen den Antrag zur Begnadigung gestimmt. Wir werden die SVP-Abgeordneten und Ulli Mayr bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf ihr Nein zur Amnestie ansprechen und sie auf ihr Doppelspiel hinweisen, so SHB-Obmann Roland Lang.

Roland Lang
Obmann des Südtiroler Heimatbundes



Roland Lang, Obmann des Südtiroler Heimatbundes



Freiheitskämpfer auf dem „Plumeshof“. Von links nach rechts: Kurt Welser, Sepp Forer („Pusterer Bua“), dahinter Tochter Katharina Welser, Schwester Gertrud Welser mit Welsers Tochter Verena, Siegfried Steger („Pusterer Bua“), Mutter Hedwig Welser, Heinrich Oberlechner („Pusterer Bua“), dahinter Ehefrau Elisabeth Welser mit ihrer Tochter Cordula. *(Bild aus dem Familienbesitz von Verena Welser)*

schuwi39359@a1.net über westpreussen-berlin.de Fr., 8. März, 07:56

02) Südtiroler Heimatbund: Offener Brief an Landeshauptmann Arno Kompatscher

Südtiroler Heimatbund



Offener Brief an Landeshauptmann Arno Kompatscher

Betreff: Zusammensetzung der Landesregierung

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann Kompatscher!

Der Südtiroler Heimatbund hat sich in seiner Sitzung vom 23. März 2024 eingehend mit der Zusammensetzung der neuen Landesregierung befasst.

Unabhängig der parteipolitischen Zusammensetzung der neuen Landesregierung – Stichwort Fratelli d'Italia – erachtet es der Südtiroler Heimatbund als fahrlässig und bedenklich, dass entgegen Sinn und Buchstabe des Autonomiestatutes ein zweiter italienischer Landesrat in die Landesregierung gewählt wurde.

Artikel 50 unseres Autonomiestatutes – dessen oberster Hüter der Landeshauptmann sein sollte – besagt unmissverständlich: *„Die Zusammensetzung des Landesausschusses von Südtirol muss im Verhältnis zur Stärke der Sprachgruppen stehen, wie sie im Landtag vertreten sind“*.

Zudem ist im Landeswahlgesetz vom 19. September 2017, Nr. 14 unter Art. 67 (Zusammensetzung der Landesregierung) klar geregelt: *„Im Falle der Vertretung der ladinischen Sprachgruppe in der Landesregierung stehen die restlichen zu vergebenden Regierungsgämter den anderen Sprachgruppen im Verhältnis zu deren zahlenmäßigen Stärke im Landtag zu“*.

Im neuen Landtag sind fünf Abgeordnete vertreten, die sich der italienischen Sprache zugehörig erklärt haben. Gemäß der Zusammensetzung des neuen Landtages und des Ladinervertreeters in der Landesregierung steht den Italienern somit nur ein Landesrat zu. Dies wird vom Rechtsamt des Landtages auch eindeutig so bestätigt, auch wenn die Staatsadvokatur von Trient zu einem anderen Schluss kommt. Mathematik lügt nicht.

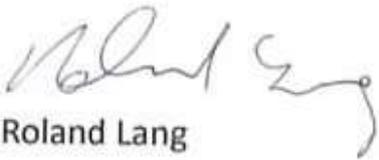
Auch bei früheren Wahlen waren die Italiener mit fünf Abgeordneten im Landtag vertreten und stellten nur ein Mitglied in der Landesregierung.

Mit einem zweiten italienischen Landesrat wird nun ein autonomiepolitisch bedenklicher Präzedenzfall geschaffen, den der Südtiroler Heimatbund entschieden ablehnt.

Wir fordern Sie deshalb dazu auf, dem Recht wieder Geltung zu verleihen, unsere autonomen Kompetenzen zu schützen und die Zusammensetzung der Landesregierung in diesem Sinne zu ändern.

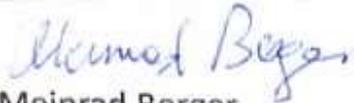
Bitte teilen Sie uns bis Dienstag, den 2. April 2024 mit, welche Schritte Sie zu unternehmen gedenken.

Mit freundlichen Grüßen



Roland Lang

Obmann des Südtiroler Heimatbundes



Meinrad Berger

Obmann Stellvertreter des Südtiroler Heimatbundes



Luis Pixner

Obmann Stellvertreter des Südtiroler Heimatbundes

Terlan, den 23. März 2024

Tschechien (Seiten E 130 – E 146)

01) Parlament-Resolution: "Russland ist größte Bedrohung für Tschechien"

21 Mar 2024

Die Abgeordnetenkammer des tschechischen Parlaments hat am 20. März das derzeitige russische Regime als "die größte Sicherheitsbedrohung für die Tschechische Republik" bezeichnet. Das tschechische Interesse sei eine unabhängige, demokratische und freie Ukraine, die fest in den internationalen Strukturen verankert sei, so das Unterhaus in einer EntschlieÙung, die am Ende einer außerordentlichen Sitzung über Sicherheitsbedrohungen auf Vorschlag der Regierungskoalition nach rund 19-stündigen Beratungen angenommen wurde.



Logo des Abgeordnetenhauses

Bild: Autor: Neznámý – pomocí Vlastní dílo pomocí [Poslanecké sněmovny Parlamentu České republiky](#), volné dílo

Die Kammer sprach sich auch für die Fortsetzung der Hilfe für die Ukraine aus. Die Sondersitzung wurde von den Koalitionsparteien als Reaktion auf die Verfahren und einige vorangegangenen Äußerungen des Oppositionsführers Andrej Babiš (ANO) einberufen.

Der Vorschlag der Regierungskoalition wurde von der Abgeordnetenkammer mit den Stimmen von 84 Mandataren - ausschließlich aus dem Regierungslager - angenommen. Für die Annahme des Antrags waren mindestens 72 Stimmen erforderlich. Die Abgeordneten der Oppositionsparteien ANO und SPD haben den Antrag nicht unterstützt. Beide Oppositionsbewegungen brachten ihre EntschlieÙungsanträge ein, die wiederum von der Regierungsmehrheit abgelehnt worden sind.

"Das derzeitige Terrorregime in Russland stellt mit seinem Expansionismus und seinen Bestrebungen, seinen Einflussbereich auf die Ukraine und andere Länder in Europa auszudehnen, begleitet von Kriegsverbrechen, die größte Sicherheitsbedrohung für die Tschechische Republik dar; es liegt daher im grundlegenden Interesse der Tschechischen Republik, dass Putins Krieg gegen die Ukraine keinen Erfolg hat, dass die Ukraine sich verteidigt und ihre territoriale Integrität innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen wiederherstellt und dass das russische Regime wirksam von weiteren Aggressionen gegen Europa abgehalten wird", heißt es in der angenommenen EntschlieÙung. Um den tschechischen Sicherheitsinteressen gerecht zu werden, sei es notwendig, die Ukraine weiterhin zu unterstützen.

In der Parlamentsdebatte waren die Bruchlinien zwischen Regierung und Opposition deutlich erkennbar. Michal Zuna (TOP'09) beschrieb die Russische Föderation als "eine große externe Bedrohung". "Der aggressive russische Bär muss gestoppt werden, weil er ein Sicherheitsrisiko für unser Land darstellt", fügte Ondřej Lochman (STAN) hinzu. ANO-Abgeordnete verwiesen auf eine bereits vor zwei Jahren verabschiedete Parlamentsresolution, in der das Unterhaus diplomatische Schritte für ein schnelles Ende des Krieges in der Ukraine forderte. "Es ist immer besser, eine friedliche Lösung zu versuchen, als nur mit Waffen zu kämpfen, das machen wir jetzt schon seit zwei Jahren", sagte Hubert Lang (ANO).

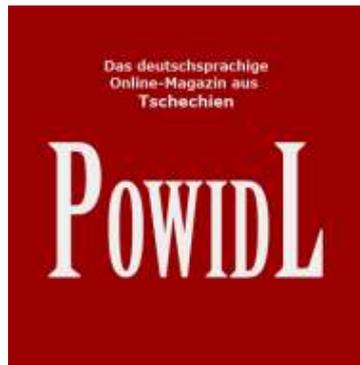
Opposition sprach von "Anti-Babiš-Parlamentssitzung"

"Ein normaler Mensch versteht nicht, warum dieses Treffen einberufen wurde", sagte Ex-Premier und ANO-Chef Andrej Babiš. "Es ist eine Anti-Babiš-Parlamentssitzung", ergänzte er und fragte sich, warum bei der Debatte so viele Regierungsabgeordnete im Plenum fehlten. Ihm zufolge versucht das Kabinett zu verschleiern, dass es in 2,5 Jahren keine Ergebnisse außer "Rekordpreise und Armut" erzielt hat, dass es seine Versprechen nicht einhält, kein Konzept hat und nur von der Arbeit seiner ehemaligen Regierung zehrt. Laut Babiš konzentrierte sich die Regierung von Fiala nur auf die Unterstützung der Ukraine. "Das Einzige, was Ihre Agenda ist, und was diese ungleiche Regierung zusammenhält, ist Anti-Babiš", erklärte er.

Der ANO-Vorsitzende erklärte außerdem, dass seine Partei, wenn sie in der Regierung wäre, die Ukraine unterstützen würde. "Wir haben nie gesagt, dass es falsch sei, Waffen zu liefern", sagte er. Ihm zufolge wäre es die beste Lösung, "wenn der russische Machthaber Wladimir Putin die Ukraine einschließlich der Krim verlassen würde, und der Krieg enden würde". Babiš dementierte im Unterhaus weiters, er habe gesagt, dass die Tschechische Republik ihre Verpflichtungen aus der NATO-Mitgliedschaft nicht einhalten solle. Dennoch sagte Babiš in einer Debatte mit dem Journalisten Martin Řezníček vor der zweiten Runde der Präsidentschaftswahl, die vom Tschechischen Fernsehen übertragen worden ist, dass er im theoretischen Fall eines Angriffs auf Polen oder die baltischen Staaten keine tschechischen Soldaten zur Hilfe schicken würde.

Zu dieser Aussage nahm Babiš ebenfalls im Parlament Stellung: "Der Journalistenaktivist Řezníček fragte mich nach einem hypothetischen Angriff auf Polen. Und er ließ mich den Satz nicht zu Ende bringen, dass ich eine solche Möglichkeit - etwa einen Angriff Russlands auf ein NATO-Mitgliedsland - überhaupt nicht diskutieren möchte. Denn das würde einen thermonuklearen Krieg bedeuten", betonte der ANO-Chef in der Abgeordnetenversammlung. "Ich habe gesagt, dass ich keinen Krieg will, dass wir ihn verhindern müssen. Ich habe nie gesagt, dass wir unsere Verpflichtungen nicht einhalten würden", fügte Babiš hinzu.

[POWIDL-Newsletter](#)



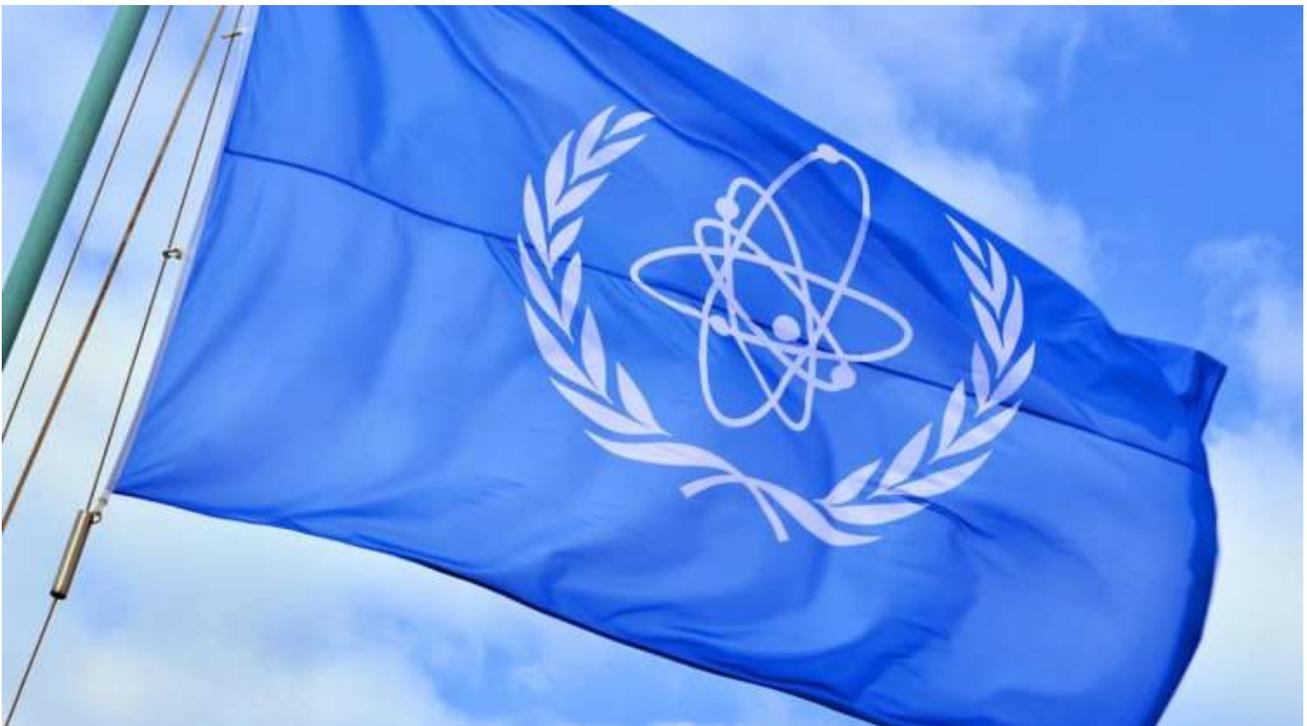
Politik • Wirtschaft • Sport • Reisetipps • Kultur

Deutschsprachige News aus Tschechien alle 14 Tage kostenlos in Ihrer Mailbox!

02) Nuklear-Gipfel in Brüssel: Tschechien sieht Atompolitik bestätigt

21 Mar 2024

Um bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen, bedarf es menschlichen Einfallsreichtums, so der belgische Premier Alexander De Croo. Ihm zufolge wird die Kernenergie ein Teil davon sein. Dies sagte De Croo als Regierungschef des Gastgeberlandes des ersten Weltgipfels zur Kernenergie, den Belgien gemeinsam mit der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEO) organisierte. Die Tschechische Republik war darin durch Premier Petr Fiala (ODS) und Industrieminister Jozef Síkela vertreten.



Flagge der Internationalen Atomenergieorganisation IAEO.- Bild: IAEO

"Der heutige Gipfel ist ein Beweis dafür, dass weltweit eine Renaissance der Kernenergie im Gange ist", sagte Industrieminister Síkela. Mehr als die Hälfte der EU-Mitgliedstaaten nahm an dem Treffen der sogenannten Nuklearallianz teil, die eine treibende Kraft im Energiesektor ist. Síkela fügte hinzu, dass in Europa bis zu 45 neue Atomkraftwerke gebaut werden könnten. "Das ist eine Chance für die Tschechische Republik", so der Minister.

"Die Kernenergie ist in der heutigen Welt keine Zukunftsperspektive, kein Plan oder eine Utopie. Die Kernenergie liefert bereits heute 25 Prozent der weltweit erzeugten sauberen Energie, hier in der Europäischen Union ist es die Hälfte. Aber es wird noch mehr gebraucht", sagte IAEO-Generaldirektor Rafael Grossi bei der Eröffnung des Gipfels.

"Erneuerbare Energien werden eine große Rolle bei der Stromerzeugung spielen, insbesondere die durch Wind- und Wasserkraft unterstützte Solarenergie. Wir brauchen aber auch Kernenergie, insbesondere in den Ländern, die kein solches Potenzial haben", sagte Fatih Birol, Chef der Internationalen Energieagentur (IEA). Auch EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen betonte die Bedeutung der Kernenergie für das Erreichen der Klimaziele: "Unsere Prognosen zeigen, dass erneuerbare Energiequellen in der Europäischen Union größtenteils durch Kernenergie ergänzt werden und bis 2050 das Rückgrat der Energieerzeugung in Europa bilden werden", sagte sie.

Tschechiens Premier Fiala sah die Atompolitik seines Landes durch den Nukleargipfel bestätigt. "Die Tschechische Republik hat von Anfang an auf die Kernenergie gesetzt. Sie ist eine Ressource, die uns sichere und erschwingliche Energie liefern wird", sagte er. Fiala fügte hinzu, er sei stolz darauf, dass die Tschechische Republik Mitglied des Atombündnisses ist - sei es auf europäischer, oder auf weltweiter Ebene.

Jetzt müssen laut Fiala und Síkela gleiche Bedingungen für die Finanzierung von Nuklearprojekten sichergestellt werden, sowohl aus kommerziellen Quellen, als auch aus EU-Institutionen. Sollte dies gelingen, könnte es auch bei der Fertigstellung von Kernreaktorblöcken eingesetzt werden, die Tschechien derzeit vorbereitet. Síkela fügte hinzu, dass die Kernenergie bis vor Kurzem als "bescheidenes und fleißiges Aschenputtel" galt, aber vernachlässigt wurde. Das ändere sich seiner Meinung nach in Europa und in der Welt. Er glaubt, dass die Kernenergie große Perspektiven habe, nicht nur im Hinblick auf die Energiesicherheit, sondern auch im Hinblick auf die Entwicklung neuer Technologien, das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung.

[POWIDL-Newsletter](#)



03) Tschecho-Slowakische Krise: Čaputová zeigt Verständnis für Tschechiens Position

18 Mar 2024

Die scheidende Staatspräsidentin der Slowakei, Zuzana Čaputová, besuchte am 18. März auf Einladung der Václav-Havel-Bibliothek Prag. Die Präsidentin traf dabei mit ihrem Amtskollegen Petr Pavel und mit Premier Petr Fiala (ODS) zusammen. Der Prag-Besuch war im Vorfeld überschattet vom [tiefen Zerwürfnis](#) zwischen Fiala und dem linkspopulistischen Premier der Slowakei, Robert Fico. Die tschechische Regierung hat die Tradition der gemeinsamen Kabinettsitzungen ausgesetzt, nachdem sich der slowakische Außenminister Juraj Blanár mit seinem russischen Amtskollegen Sergei Lawrow getroffen hat.



Die beiden Staatsoberhäupter Čaputová und Pavel.- Bild: Kancelária prezidenta SR

"Hier Havel, hört ihr mich?" - diesen Titel trägt der neueste Dokumentarfilm von Regisseur Petr Jančárek über das Leben Václav Havels und seiner Weggefährten. Čaputová verfolgte gemeinsam mit Pavel die Premierenvorführung auf der Prager Burg. Regisseur Jančárek rückt den Dissidenten und ersten Staatspräsidenten der Tschechoslowakei nach dem Ende der kommunistischen Ära in seinen bekannten, aber auch bisher der Öffentlichkeit verborgenen Positionen wieder ins Rampenlicht. Der Film basiert auf bislang noch nie veröffentlichtem Material, das in den letzten Lebensjahren Havels gedreht wurde, und kommt zu einer Zeit in die Kinos, in der Havels Botschaft und seine Betonung der individuellen Freiheit in der Gesellschaft immer stärker auf Resonanz stoßen. Die slowakische Präsidentin lobte im Anschluss an die Premiere den Film: "Er ist natürlich eine

Seite E 135 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 846 vom 04.04.2024

Quelle großer Inspiration für mich, wenn es um den Aufbau und die Verteidigung der Demokratie geht, aber auch wenn es darum geht, an ihr teilzuhaben, an der Demokratie teilzuhaben", sagte sie über Havel.

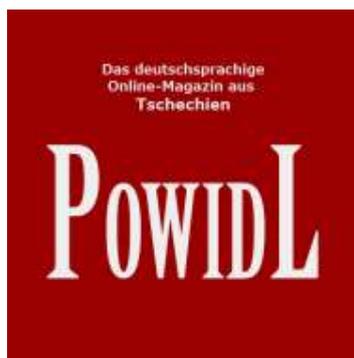
Im Angesicht der politischen Eiszeit, die seit einigen Wochen zwischen den Regierungen der Tschechischen und der Slowakischen Republik herrscht, betonte Pavel, dass er sehr froh sei, dass Čaputová nach Prag gekommen ist, und dass sie hier stets willkommen sei. "Was immer wir heute über die Qualität der tschechisch-slowakischen Beziehungen hören, sollte mit Vorsicht genossen werden", sagte er. Die Beziehungen seien gut und würden auch in Zukunft gut sein, und wenn die Regierungen in einer außenpolitischen Frage nicht einer Meinung seien, bedeute dies nicht, dass die Beziehungen abgebrochen seien.

Čaputová sagte am Ende ihres Besuchs, dass die Beziehungen auf allen Ebenen außerhalb der Regierungen stark und freundlich seien. "Es gibt einige wichtige Unterschiede, sogar Wertunterschiede, wenn es um die Außenpolitik geht. Das hat Premier Fiala mitgeteilt. Ich muss sagen, dass ich seine Argumentation verstehe. Ich halte einige der Äußerungen von Vertretern der slowakischen Regierung für unglücklich", sagte die Präsidentin. Wenn etwa einige Regierungsvertreter davon sprechen, dass die Europäische Union versuche, "in der Ukraine Slawen zu töten oder zu liquidieren", so sei es ihrer Meinung nach "logisch, dass dies eine Art der Reaktion hervorruft", sagte sie.

Sie fügte hinzu, dass der aktuelle Prag-Aufenthalt nicht ihr letzter Besuch als slowakische Präsidentin im Nachbarland sein werde. Sie plane, noch vor Ende ihrer Amtszeit, die bis Juni dauert, erneut in die Tschechische Republik zu reisen. Weiters nutzte sie die Gelegenheit, die in Tschechien lebenden Slowakinnen und Slowaken aufzurufen, reichlich an den kommenden Sonntag stattfindenden Präsidentschaftswahlen teilzunehmen.

Čaputová suchte während ihres Aufenthaltes auch jenes Fakultätsgebäude der Prager Karlsuniversität auf, wo es vergangenes Jahr kurz vor Weihnachten zu einem grauenhaften Amoklauf gekommen ist. "Ich bin gekommen, um den Hinterbliebenen mein aufrichtiges Beileid zu bekunden und allen von dieser Tragödie Betroffenen meine Anteilnahme auszusprechen. Wie es unter Angehörigen üblich ist, haben wir in der Slowakei die Tragödie und den Schmerz gemeinsam mit Ihnen erlebt, so wie wir auch die Freude mit Ihnen erleben. Ich wünsche mir sehr für unsere beiden Nationen, dass es uns zunehmend gelingt, Hass durch Respekt zu ersetzen", sagte sie.

POWIDL-Newsletter



04) Brünner Messe setzt stark auf Aussteller aus Österreich

07 Mar 2024

Die Messe Brunn (BVV) ist der bedeutendste Messestandort im mittel- und osteuropäischen Raum. Im vergangenen Jahr besuchten über 670.000 Menschen die 96 Veranstaltungen der Brünner Messe. 4.081 Aussteller waren auf 1.772 Messeständen in der zweitgrößten Stadt Tschechiens präsent. Diese Jahresbilanz zog der Generaldirektor der BVV, Jan Kubata, auf einer Präsentation in den Räumlichkeiten der Tschechischen Botschaft in Wien. Aussteller aus Österreich seien für den Erfolg des Messestandortes Brunn von großer Bedeutung, und dank der langjährigen Kooperation der BVV mit der Wirtschaftskammer Österreich (WKO) ergeben sich für Unternehmen aus dem Nachbarland eine Reihe von Vorteilen, berichtete der Leiter des Brünner Marketingbüros der WKO, Martin Žák.



Messe Brunn in Wien - v.l.v.r.: Martin Žák (WKO Marketingbüro Brunn), Radoslav Klepáč (Direktor für Außenbeziehungen BVV), Elisabeth Zöckl (domus communications), Jan Kubata (CEO BVV), Jan Brunner (Tschechische Botschaft Wien), Robert Otepka (Botschaftsrat). - Bild: POWIDL/Stefan Weiß

Seit 2006 präsentierten das Außenwirtschafts Center Prag und das Außenwirtschafts Büro Brunn der WKO ca. 370 österreichische Firmen auf bisher 43 rotweißroten Gruppenständen auf der Messe Brunn. Neben diesen Teilnehmern gibt es eine Reihe österreichischer Aussteller, die sich auf der Messe in Eigenregie präsentieren. Viele Unternehmen registrieren sich auch über ihre tschechische Tochterfirma. Diese werden in der Statistik als inländische Teilnehmer geführt, stehen aber auch in starkem Bezug zur österreichischen Wirtschaft. Die wichtigste Messe des Jahreskalenders, die Maschinenbaumesse MSV, steht

gemeinsam mit der Elektrotechnologie-Messe Amper jedes Jahr im Angebot der WKO, weiters wechseln sich alle zwei Jahre die Sicherheitstechnologiemesse Idet mit der heuer stattfindenden Landwirtschaftstechnologiemesse Techagro ab.

Žák nannte drei Vorteile für Aussteller auf einem Gruppenstand. Eine derartige Präsentation werde von der Internationalisierungs-Initiative "Go international" gefördert, daraus ergibt sich ein Preisvorteil. Mit Hilfe der WKO ergibt sich eine Vereinfachung des administrativen Aufwandes bei der Vorbereitung samt Überwindung der Sprachbarriere. Die Organisation hilft auch bei der Suche nach potentiellen Partnern und ermöglicht Terminvereinbarungen während der Messe.

Nächstes Messe-Highlight: Elektrotechnikmesse Amper

Das WKO Marketingbüro Brünn berichtete bei der Jahrespräsentation der BVV in Wien, dass der österreichische Gruppenstand zur Messe Amper (19.-21.3.) ausgebucht ist. Die Amper hat sich in den letzten 30 Jahren zu einem wichtigen Treffpunkt für Branchenprofis aus dem Bereich Elektronik und Elektrotechnik entwickelt.

9 Unternehmen werden auf dem Österreich-Stand vertreten sein: **AdoptSMT Europe GmbH** (Verbrauchsgüter und Ersatzteile für die Leiterplattenbestückung) | **Cetec Systems Sondermaschinen-Vertriebs GmbH** (Systemanbieter für hochwertige Produkte im Bereich der Kabeltechnik und Elektronikfertigung) | **EnerCharge GmbH** (Hersteller von DCChargern und weiteren Komponenten für e-mobility) | **Energy3000 solar GmbH** (Anbieter von Energielösungen und Dienstleistungen im Bereich Photovoltaik und Energiespeicher) | **General Laser GmbH** (Produkte und Dienstleistungen in den Bereichen Laser- und Positionierungstechnologien) | **Neuman Aluminium Fließpresswerk GmbH** (Marktführer in der Produktion von Fließpressteilen) | **next system Vertriebsges.m.b.H.** (Zuliefererpartner für Antriebstechnik, Embedded Computer, Displays und Touch) | **Peter Ofner GmbH** (Zulieferer von Scharnieren, Verschlüssen, Griffen und Dichtungen für Schaltschränke, für Gehäuse- und Maschinenbau) | **RECOM Power GmbH** (Hersteller von Standard- und kundenspezifischen DC/DC und AC/DC-Stromversorgungen in allen Leistungsklassen)

Gruppenstände der Landwirtschaftstechnologiemesse Techagro ebenfalls ausgebucht

Die Techagro, die aufgrund der Corona-Maßnahmen eine 6-jährige Pause machen musste, steht 2024 vom 7.-11.4. wieder auf dem Programm. Grundlegende Neuheit ist die Sonderschau "Smarte Farm" mit Technologien für die Präzisionslandwirtschaft sowie Digitalisierung und Automation in der Pflanzenproduktion. Das Rahmenprogramm der Messe umfasst unter anderem auch eine Fachkonferenz zum Thema Klimawandel und Landwirtschaft, die Jahrestagung der Agrarkammer der Tschechischen Republik (AK ČR) und die traditionelle Imkereiausstellung. Die Silva Regina ist für Förster und Jäger bestimmt. Neben Forsttechnik finden die Messebesucher hier auch zahlreiche Verkaufsstände mit Bedarfsartikeln für Jagd und Outdoor sowie sehenswerte Trophäenausstellungen. Auf der Biomasa werden vor allem Technologien für die energetische Verwertung von Biomasse präsentiert.

Der österreichische Gruppenstand auf der Techagro-Messe ist laut Žák bereits ausverkauft und wird von folgenden Unternehmen genutzt:

Agrar Production & Consulting Ges.m.b.H. (Hersteller von natürlichen Futterzusätzen, die Rezepturen mit weniger Proteinen und Macroelementen erlauben) | **Alpha Werke**

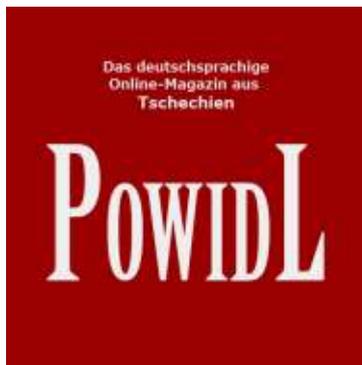
GmbH (Produzent von Lösungen im Bereich Robotik, u.a. dem "TracPilot", mit dem Landwirte ihre Fahrzeuge in selbstfahrende Maschinen umwandeln können) | **CFS Cross Farm Solution GmbH** (Erzeuger von Geräten für die konventionelle und ökologische Landwirtschaft) | **Geoprospectors GmbH** (führender Anbieter von Boden-Sensorik für Precision Farming und Sub Surface Engineering) | **Kiesa Anlagenbau GmbH** (Hersteller von Maschinen zum schnellen Auf- und Abbau von Weidezäunen) | **L & L - Lenksysteme GmbH** (Vertrieb von innovativen Lösungen in der Landwirtschaft, u.a. von einem autonomen Lenksystem) | **Schneeberger Generatoren GmbH** (Produzent von Zapfwellengeneratoren, d.h. über den Traktor betriebene Notstromaggregate).

MSV - Maschinenbaumesse Brunn (8.-11.10.)

Die MSV ist nicht nur einfach eine Messe, sondern ein Begriff, eine Marke. In der langen MSV-Messegeschichte waren österreichische Firmen immer dabei. Und seit 2010 auch durchgehend mit einem eigenen Österreich-Gruppenstand. Die Industrie ist der Motor der tschechischen Wirtschaft. Hier bietet die MSV die ideale Plattform für österreichische Firmen, um ihr Know-How anzubieten, Kontakt zu pflegen oder neu aufzubauen und um generell am tschechischen Markt sichtbar zu sein.

Žák berichtete, die Vorbereitungen für den Österreich-Stand auf der MSV 2024 seien zwar noch in der Anfangsphase, aber man könne bereits jetzt ein gutes Ergebnis erwarten.

[POWIDL-Newsletter](#)



https://www.powidl.info/wirtschaft/br%C3%BCnner-messe-setzt-stark-auf-aussteller-aus-%C3%96sterreich?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=newsletter_5_2024&utm_term=2024-03-31

05) Macrons "Promotion-Tour" in Tschechien mit ersten Erfolgen

06 Mar 2024

Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron konnte anlässlich seines Besuchs in Tschechien bereits seinen ersten Abschluss verbuchen. Hintergedanke des Besuchs ist unter anderem die politische Unterstützung der Électricité de France (EDF), die sich mit der südkoreanischen KHNP um den Auftrag des Ausbaus des Atomkraftwerks Dukovany duelliert. Während seines Aufenthalts wurde bereits fixiert, dass künftig die Anreicherung von Uran für Dukovany von der französischen Firma Orano durchgeführt wird. Dies ist die zweite Vereinbarung zwischen ČEZ (České energetické závody) und dem französischen Unternehmen, das auch für die Urananreicherung in Temelín verantwortlich ist.



Emmanuel Macron und Petr Fiala (Vordergrund v.l.n.r.). - Foto: Facebook/Petr Fiala

Orano übernimmt "Job" der Russen

Im vergangenen Jahr beschloss ČEZ als Betreiber der tschechischen Kernkraftwerke, aus Sicherheitsgründen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine Schlüsseldienstleistungen nicht mehr von russischen Unternehmen durchführen zu lassen. Es wurde vereinbart, dass künftig das französische Unternehmen Orano diese Agenden übernimmt. Der Brennstofflieferant für beide Anlagen wird das US-Unternehmen Westinghouse sein.

"Die Gewinnung eines westlichen Anbieters von Urananreicherungsdienstleistungen für Dukovany ist nicht nur ein wichtiger Schritt für die tschechische Energiewirtschaft, sondern auch für die gesamte Tschechische Republik. Damit wird die Energiesicherheit weiter gestärkt. Die Zusammenarbeit zwischen ČEZ und Orano ist nicht neu, beide Unternehmen arbeiten bereits seit langem in Temelín zusammen. Nun wird Orano seine Dienstleistungen

auch auf Dukovany ausweiten.", sagte Daniel Beneš, Vorstandsvorsitzender und CEO der ČEZ-Gruppe. Die Vereinbarung wurde während des Besuchs des französischen Präsidenten Macron bereits unterzeichnet.

Tschechien und Frankreich setzen auf Atomenergie

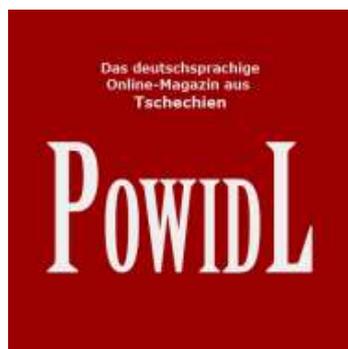
Premier Petr Fiala (ODS) bezeichnete die Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern bei der Entwicklung der Kernenergie als gut. "Die Tschechische Republik und Frankreich betrachten die Kernenergie als ein wichtiges Instrument zur Gewährleistung der Energiesicherheit", sagte er. Sie sei entscheidend für die Verfügbarkeit von Strom, aber auch die Grundlage für Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit. Dieses Jahr werde wegen der Ausschreibung für den neuen Block in Dukovany ein entscheidendes Jahr sein, fügte der tschechische Premierminister hinzu.

Die tschechische Regierung hat die Ausschreibung auf vier Blöcke ausgedehnt und erwartet die Angebote im April. Der Vertrag mit dem ausgewählten Auftragnehmer soll Ende 2024 oder Anfang 2025 unterzeichnet werden, und der erste Reaktor 2036 in Betrieb gehen. Fiala begrüßte, dass die EDF aktiv an der Ausschreibung beteiligt ist. "Und dass sie ihr Angebot verbessert und erhebliche Anstrengungen unternimmt, um tschechische Unternehmen in das Projekt einzubeziehen", so Fiala. Ein weiterer Bieter für den Bau des Blocks ist das südkoreanische Unternehmen KHNP.

Nach seinem Treffen mit Fiala besuchte Macron das tschechisch-französische Atomforum. "Wir sind Teil der europäischen Nuklearallianz, die hart daran gearbeitet hat, die Technologieneutralität in den wichtigsten Dokumenten der EU sicherzustellen. Um eine souveräne kohlenstofffreie Strategie zu haben, brauchen wir erneuerbare Energien und Kernenergie", sagte Macron. Fiala ergänzte, dass die Beschleunigung der Entwicklung von kleinen modularen Reaktoren heute in der Strak-Akademie ebenfalls auf dem Tisch liege.

Fiala sagte auch, er und der französische Präsident hätten über die Zusammenarbeit zwischen lokalen Unternehmen bei der Vorbereitung der tschechischen Hochgeschwindigkeitsbahnen gesprochen. "Die Pläne der Tschechischen Republik in diesem Bereich sind ehrgeizig", fügte er hinzu. Die Politiker loteten auch Möglichkeiten der Zusammenarbeit in den Bereichen Bildung, Forschung, Kultur und Landwirtschaft aus.

[POWIDL-Newsletter](#)



<https://www.powidl.info/wirtschaft/macrons-promotion-tour-in-tschechien-mit-ersten-erfolgen>

06) Pavel und Macron: "Neue Formen für die Unterstützung der Ukraine"

05 Mar 2024

Die Staatsoberhäupter von Tschechien und Frankreich, Petr Pavel und Emmanuel Macron, sind am 5. März zu einem Arbeitstreffen in Prag zusammengekommen. Zentrales Thema der Unterredung war die Erörterung neuer Formen für die Unterstützung der Ukraine im Krieg gegen Russland. Pavel sagte im Anschluss des Treffens, man müsse "auch über die Anwesenheit von Soldaten im Land nachdenken", stellte aber auch klar, dass es sich dabei nicht um Kampftruppen handeln dürfe. Macron traf sich auch mit Premier Petr Fiala (ODS). Dabei wurden einige Weichen in Richtung tschechisch-französische Zusammenarbeit auf dem Kernenergiesektor - auch im Hinblick auf den Ausbau des AKW Dukovany - gestellt. [POWIDL berichtet im Wirtschaftsteil ausführlich darüber.](#)



Petr Pavel (li.) empfing Emmanuel Macron auf der Prager Burg.- Bild: Pražský hrad/Zuzana Bönisch

Pavel und Macron waren sich einig, dass in dem anhaltenden Krieg der einzig mögliche Weg darin besteht, die Ukraine weiterhin zu unterstützen. "Nicht nur, weil wir es grundsätzlich für richtig halten, sondern auch, weil wir nicht wollen, dass Russland mit seiner Vision von der Welt Erfolg hat", betonte Pavel. "Wir wollen in einer Welt leben, in der die Regeln respektiert werden und für größere und kleinere Länder gleichermaßen gelten", fügte er hinzu.

Angesprochen auf Macrons jüngsten und von vielen europäischen Politikern kritisierten Vorschlag, auch über die Entsendung von NATO-Soldaten in die Ukraine zu diskutieren, meinte Pavel: "Es gibt viele Möglichkeiten. Ich denke, es ist an der Zeit, dass wir eine ernsthafte Diskussion darüber führen. Ich führe die ablehnenden Positionen darauf zurück,

dass es Bedenken gibt, dass wir nicht über die Entsendung von Kampftruppen in die Ukraine sprechen sollten, weil damit wirklich eine imaginäre rote Linie überschritten werden könnte. Davon war aber nicht die Rede. Wir haben über Formen der Unterstützung gesprochen. Es liegt an uns, welche Form der Unterstützung wir der Ukraine zukommen lassen, solange wir uns innerhalb der Grenzen des nicht-kämpferischen Engagements bewegen", fügte der tschechische Präsident hinzu. Ihm zufolge ist es notwendig, "die Angelegenheit unvoreingenommen anzugehen, die verfügbaren Optionen zu prüfen und sie zu verfolgen, und nicht von vornherein jede Präsenz in der Ukraine abzulehnen".

Macron hat seinen Vorschlag vergangene Woche auf der Pariser Konferenz über die Ukrainehilfe unterbreitet. Von der estnischen Premierministerin Kaja Kallas und vom litauischen Verteidigungsminister Arvydas Anušauskas erntete er Zustimmung, ablehnend äußerten sich neben Deutschland, Polen, Italien, Großbritannien und die USA auch Regierungsvertreter der Tschechischen Republik.

Munition aus Drittländern für die Ukraine

Auf dem Treffen der beiden Präsidenten ging es auch die Möglichkeit, militärisches Material zur Versorgung der Ukraine mit Munition in Ländern außerhalb der Europäischen Union zu beschaffen. Macron fügte hinzu, dass Europa die Produktion beschleunigt und alle verfügbaren Vorräte geliefert habe, aber der Bedarf der Ukraine sei so groß, dass man über die Vorräte hinausgehen müsse. "Was die Munition für die Ukraine betrifft, müssen wir uns an außereuropäische Länder wenden und den kurzfristigen Bedarf decken", sagte er.

Bei seinem Besuch in Luxemburg vergangene Woche bestätigte Pavel, dass sich bisher etwa 15 Länder der Initiative zur Lieferung von Munition aus Drittländern an die Ukraine angeschlossen haben. Er stellte den Plan auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar vor, wo er sagte, die Tschechische Republik habe mögliche 500.000 Stück Artilleriemunition in Nicht-EU-Ländern mit NATO-Standardkaliber, und weitere 300.000 Stück mit sowjetischen Kaliber ausfindig gemacht.

Gedenken an Jan Palach und Lobbying für französische Partnerschaft beim Ausbau des AKW Dukovany

Macron traf sich in Prag auch mit Premier Petr Fiala. Bei einem Gedenkakt für Jan Palach, der sich vor 55 Jahren aus Protest gegen die sowjetische Okkupation der Tschechoslowakei selbst verbrannt hat, wurden die Politiker von protestierenden Aktivisten gestört. Sie trugen palästinensische Fahnen und hatten Transparente mit der Aufschrift "Stoppt die blinde Unterstützung für Israel" oder "Hunger wird als Kriegswaffe eingesetzt".

Hauptgrund des Macron-Besuchs bei Fiala war aber Lobbying für französische Unternehmen im Bereich der Kernenergie. Im Bieterverfahren rund um den Ausbau des AKW Dukovany konkurriert das von der Électricité de France (EDF) geführte Bieterkonsortium mit der südkoreanischen KHNP.

POWIDL berichtet dazu ausführlich im Wirtschaftsteil. -



https://www.powidl.info/politik/pavel-und-macron-neue-formen-f%C3%BCr-die-unterst%C3%BCtzung-der-ukraine?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=newsletter_5_2024&utm_term=2024-03-31

07) Eiszeit zwischen Prag und Preßburg: Tschecho-slowakische Regierungssitzungen ausgesetzt

06 Mar 2024

Premier Petr Fiala (ODS) kündigte nach der jüngsten Kabinettsitzung an, dass in den kommenden Wochen und Monaten keine tschechisch-slowakischen Regierungskonsultationen stattfinden werden, da die tschechische Regierung dies nicht für angebracht hält. Laut Fialas Erklärung haben die Länder unterschiedliche Ansichten zu zentralen außenpolitischen Fragen, insbesondere zu den Ursachen der russischen Aggression in der Ukraine. Der slowakische Premier Robert Fico von der linkspopulistischen SMER kritisierte den Schritt, da er die tiefen tschechisch-slowakischen Beziehungen gefährde. Die slowakische Präsidentin Zuzana Čaputová erklärte, sie wolle von ihrer Position aus weiterhin versuchen, die Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu stärken.



Die Burg in Preßburg (Bratislava). - Bild: 123site/Pixabay

"Wir sind der Meinung, dass ein gemeinsames Treffen der beiden Regierungen zu diesem Zeitpunkt nicht notwendig ist. Wir haben die slowakische Seite über unsere Entscheidung und unsere Absicht, das Treffen zu verschieben, informiert", erklärte Fiala. Er sagte, die Zusammenarbeit zwischen den Ländern müsse sich auf konkrete Projekte konzentrieren. Die Tschechische Republik und die Slowakei unterscheiden sich vor allem in ihrer Haltung zum Krieg in der Ukraine. Während die Tschechische Republik das überfallene Land militärisch unterstützt, unterlässt es die Slowakei, Material aus Armeebeständen zu liefern, so die Regierungserklärung aus Prag.

Demnach unterscheiden sich die Länder auch in ihren Ansichten über die Ursachen der russischen Aggression. "Die Beziehungen sind vielschichtig, es gibt viele gemeinsame Themen, die wir entwickeln und angehen wollen. Aber es ist unmöglich, die Tatsache zu verbergen, dass es in einigen wichtigen außenpolitischen Fragen erhebliche Meinungsverschiedenheiten gibt", erklärte der tschechische Premier.

Die tschechische Regierung hält zum Beispiel das Treffen zwischen dem slowakischen Außenminister Juraj Blanár und seinem russischen Amtskollegen Sergei Lawrow für problematisch. Die beiden Minister hatten letzte Woche auf einem Regionalforum in der Türkei Gespräche geführt, und auch der ungarische Außenminister Péter Szijjártó traf sich mit Lawrow.

Fiala und Fico hatten ursprünglich im November letzten Jahres vereinbart, die Tradition der gemeinsamen Regierungstreffen fortzusetzen, die in diesem Frühjahr in der Tschechischen Republik stattfinden sollten. Die letzten Regierungskonsultationen fanden im April letzten Jahres in Trenčín (Trentschin) statt, wobei damals Ficos liberal-konservativer Vorgänger Eduard Heger das slowakische Kabinett leitete.

Auch Tschechiens Außenminister Jan Lipavský (Piraten) unterstützt die Entscheidung, die zwischenstaatlichen Konsultationen auszusetzen. "Unsere Partner, die buchstäblich auf der anderen Seite des Globus stehen, verstehen, dass die Sicherheit Europas die Sicherheit der ganzen Welt beeinflusst. Deshalb tut es mir leid, dass meine Kollegen in der Slowakei das nicht genauso sehen", sagte er auf der Pressekonferenz. Lipavský zufolge sollen die interministeriellen Gespräche über bilaterale Agenden fortgesetzt werden.

Die tschechische Regierung habe beschlossen, die slowakisch-tschechischen Beziehungen zu gefährden, nur weil sie daran interessiert sei, den Krieg in der Ukraine zu unterstützen, während die slowakische Regierung offen über den Frieden spreche, kritisierte Fico in einer Erklärung die Entscheidung Prags. Die slowakische Regierung hingegen werde die tiefen slowakisch-tschechischen Beziehungen nicht gefährden, und der Schritt werde die "souveräne Außenpolitik" Preßburgs nicht beeinträchtigen, betonte er.

Der slowakische Oppositionsführer Michal Šimečka, der Vorsitzende der Bewegung "Progressive Slowakei", hält diese Entscheidung für den schlimmsten Moment seit der Gründung der unabhängigen Tschechischen Republik und der Slowakei. "Aufgrund der Schritte von Fico und Minister Blanár hat die tschechische Regierung beschlossen, die gemeinsamen Verhandlungen mit unserer Regierung abzubrechen. Dies ist eine große Schande und schadet den gegenseitigen Beziehungen", schrieb Šimečka in einer Erklärung. Er verglich Fico mit dem ehemaligen slowakischen Premier Vladimír Mečiar, unter dessen Regierung die Slowakei in den 1990-er Jahren wegen ihres Demokratiedefizits von westlichen Ländern kritisiert wurde.

Nach Ansicht des ehemaligen Außenministers und parteifreien Präsidentschaftskandidaten der Slowakei Ivan Korčok trägt die slowakische Seite die volle Verantwortung für die Verschlechterung der Beziehungen zur Tschechischen Republik. "Die Regierung führt die Slowakei in die Isolation, brennt die Brücken zu ihren Nachbarn ab, entledigt sich ihrer Verbündeten und schadet den Interessen des Staates ernsthaft", schrieb Korčok.

Die scheidende slowakische Staatspräsidentin Zuzana Čaputová kommentierte die Unterbrechung der Konsultationen mit der Aussage, dass sie sich weiterhin um die Stärkung der Beziehungen zwischen der Tschechischen Republik und der Slowakei bemühen werde. "Wenn wir unsere Außenpolitik in Bezug auf die Werte schwächen, können wir Freunde

verlieren. Ich bedaure, dass dies der Fall ist. Von meiner Position aus werde ich weiterhin versuchen, unsere Beziehungen zu stärken", sagte die Präsidentin.

POWIDL-Newsletter



https://www.powidl.info/politik/eiszeit-zwischen-prag-und-pressburg-tschecho-slowakische-regierungssitzungen-ausgesetzt?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=newsletter_5_2024&utm_term=2024-03-31

Ungarn (Seiten E 147 – E 149)

01) Der letzte Gallier. Die EU-Milliardenhilfen für die Ukraine konnte Ungarns Premier Viktor Orbán nicht stoppen. Doch wahrscheinlich ging es ihm ohnehin um etwas anderes. Von Ernst Hillebrand



Ernst Hillebrand
Budapest

Dr. Ernst Hillebrand ist Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Budapest. Zuvor war er Referatsleiter der Internationalen Politikanalyse, des Referats für Mittel- und Osteuropa sowie Leiter der Büros in Warschau, Paris, London und Rom.

Europa 06.02.2024



Spielt oft mit hohem Einsatz: Ungarns Präsident Viktor Orbán.- *picture alliance / Reuters / Bernadett Szabo*

Viktor Orbán hat gepokert. Und verloren. Allerdings war er klug genug, beim Zocken nicht „all in“ zu gehen: Mit dem Last-minute-Verzicht auf ein Veto gegen das EU-Hilfsprogramm für die Ukraine hat Orbán irreparable Schäden gerade noch vermieden. Dass er keine Chance hatte, wusste Orbán schon vor der Abstimmung in Brüssel. In einem Interview mit dem französischen Magazin *Le Point* hatte er bereits zwei Tage zuvor die weiße Fahne gehisst: Ungarn werde von den Brüsseler Institutionen erpresst, alle anderen EU-Staaten sähen die Sache anders als Ungarn und es sei nun mal nicht einfach, „in einer Familie einsam zu sein“. Mehr als um die Frage der Unterstützung der Ukraine ging es Orbán – wie

oft bei seinen europa- und außenpolitischen Eskapaden – wahrscheinlich ohnehin um etwas anderes: Die Festigung seiner innenpolitischen Stellung als selbst ernannter Hüter der ungarischen Interessen in einer feindseligen Welt.

Trotz des erzwungenen Beidrehens ist die letzte Woche für Orbán nicht nur negativ verlaufen. Der ungarische Premier hat sein Foto mit den „Großen“ der EU bekommen: Scholz, Macron, Meloni, von der Leyen, Michel – und er, Viktor Orbán, das Oberhaupt des souveränistischen „gallischen Dorfes“ in der EU, das noch mal extra in die Pflicht genommen werden musste. Seine populistische, auf den „kleinen Mann“ zielende Botschaft – die EU möge doch die Interessen der Europäer gegenüber denen der Ukrainer verteidigen, und nicht die ukrainischen Interessen gegenüber denen der Europäer, die im Übrigen die 50 Milliarden auch gut gebrauchen könnten – konnte er unter die Leute bringen. Und im Kleinkrieg um die Zurückhaltung von EU-Mitteln für Ungarn konnte er ein paar verbale Konzessionen erreichen. Mehr war angesichts der klaren Mehrheitsverhältnisse in dieser Frage nicht zu holen und das wusste Orbán auch.

Der ungarische Premier ist schlicht ein hochgradig erfahrener Politiker, der in der europäischen Politik schon so ziemlich alles (und alle) gesehen hat: Als er 1998 erstmals Premierminister wurde, hatte Ursula von der Leyen ihre politische Karriere noch nicht einmal gestartet. Olaf Scholz bemühte sich als Vorsitzender der SPD Altona um ein Bundestagsmandat und Emmanuel Macron begann gerade sein Studium, nachdem er zweimal bei der Prüfung zu einer der *Grandes Écoles* durchgefallen war. Georgia Meloni wirkte als frisch gewähltes Nachwuchstalents des Post-Faschismus im Regionalrat der Provinz Rom und der 22-jährige Charles Michel begann seine politische Laufbahn im Regionalrat Brabant-Wallonien. Zu diesem Zeitpunkt hatte Orbán als eines der bekanntesten Gesichter der antikommunistischen Wende schon acht Jahre lang als Abgeordneter im ungarischen Parlament gesessen.

Mit seiner „Hungary first“-Politik ist Orbán in Ungarn nach wie vor populär.

Mit seiner *Hungary first*-Politik ist Orbán in Ungarn nach wie vor populär. Viele Menschen nervt der schwer korrupte *crony capitalism*, der seit 2010 rund um die Familie des Premierministers entstanden ist. Aber gleichzeitig ist das Narrativ, dass die ungarische Souveränität und die Selbstbestimmung der ungarischen Bürgerinnen und Bürger von niemanden so sehr wie von Orbán und der *Fidesz* verteidigt wird, immer noch wirksam. Kontinuierliche Wahlsiege wie die der *Fidesz* – seit 2010 regiert die Partei mit satten absoluten Mehrheiten – fallen nicht vom Himmel, sondern sie entstehen, wenn Politikerinnen und Politiker in der Lage sind, die Stimmung eines Landes richtig zu interpretieren (und effektiv zu beeinflussen).

Das ändert natürlich nichts daran, dass die anderen EU-Mitgliedsstaaten Orbán diesmal tatsächlich sehr klar gemacht haben, dass die Vorstellung, der Schwanz könne permanent mit dem Hund wackeln, so nicht funktioniert. Die „Orbán-Müdigkeit“ (Donald Tusk) in der EU ist erkennbar noch einmal gewachsen. Insofern ist es interessant, sich zu fragen, was eigentlich das langfristige Kalkül hinter Orbáns Positionierungen sein könnte. Im Moment fällt es fast allen Beobachtern – auch solchen, die der *Fidesz* freundlicher gegenüberstehen – sehr schwer, eine längerfristige Perspektive in seinen Manövern zu erkennen. Mit der Verzögerung des NATO-Beitritts Schwedens schafft er nicht nur bei ideologischen Gegnern, sondern auch bei Freunden erheblichen Unmut.

In der EU ist Ungarn nach dem Wahlsieg der Opposition in Polen und dem Zusammenbruch der Visegrád-Gruppe aufgrund des Ukraine-Kriegs weitestgehend isoliert. Die ostentativen freundlichen Gesten gegenüber nicht-westlichen Autokratien, von der Türkei über Moskau

und Zentralasien nach Peking, bringen weder politisch noch ökonomisch größere Dividenden. Sie schaffen aber auch in konservativen Kreisen in der EU und der NATO ein wachsendes Misstrauen gegenüber der Budapester Regierung. Einfacher nachvollziehbar ist Orbáns Position beim Ukraine-Krieg: Er gab von Anfang an die Devise aus, dass es die Hauptaufgabe der ungarischen Politik sei, nicht in den Konflikt im Nachbarland hineingezogen zu werden. Mit dieser Haltung errang er im April 2022 einen überwältigenden Wahlsieg. Seitdem plädiert er für eine auf einen Waffenstillstand ausgerichtete Politik des Westens, da er einen Siegfrieden nach Kiewer Vorstellungen gegen ein atomar bewaffnetes Russland für aussichtslos hält. Je länger sich der Krieg hinzieht, desto mehr Menschen würden sterben – und darunter auch Mitglieder der ungarischen Minderheit in der Ukraine. Aber auch mit dieser Position steht die ungarische Regierung in der EU und der NATO (immer noch) isoliert da. Den Interessen des Landes dient das alles nicht.

Viel Feind', viel Ehr' funktioniert eigentlich nie, schon gar nicht in der Politik und schon gar nicht auf Dauer. Die meist gehörte Vermutung ist daher, dass Orbán schlicht auf Zeit spielt und hofft, dass die nächsten Europawahlen, aber auch die Wahlen in den USA und danach in Frankreich eine deutliche Verschiebung der politischen Gewichte in der westlichen Hemisphäre mit sich bringen werden. Orbán wäre dann nicht mehr ein ideologischer Außenseiter, sondern ein Mann in der Mitte eines neuen Mainstreams unter Führung Donald Trumps, der Orbán bekanntlich für einen „great leader“ hält. Auch das ist hoch gepokert. Wenn es anders kommt, steht Ungarn sehr alleine da. Aber ganz sicher, dass Orbán sich verrechnet, kann man wiederum auch nicht sein.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/der-letzte-gallier-7291/?utm_campaign=de_40_20240206&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Ukraine (Seiten E 150 – E 157)

Krieg in der Ukraine

01) Gauck: Putin nutzt Angst der Deutschen

Aktualisiert am 30.03.2024, 10:35 Uhr



"Eingeschränkt durch Angst kann man keine Lösungsmöglichkeiten mehr sehen", sagt Joachim Gauck. © dpa / Christian Charisius/dpa
Lesedauer:1 Min.

Joachim Gauck ruft die Deutschen dazu auf, sich "nicht zu früh zu fürchten" - denn Angst spiele Wladimir Putin in die Karten.

[Mehr News zum Krieg in der Ukraine](#)

Der frühere Bundespräsident [Joachim Gauck](#) hat vor zu viel Angst im Umgang mit [Russland](#) gewarnt. "Putin weiß, dass sich viele Deutsche schneller fürchten als etwa Polen und Franzosen. Und er nutzt diese Neigung aus. Die Furcht ist ein Helfer des Aggressors", sagte er dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND/ Samstag).

Sein Appell sei, sich nicht zu früh zu fürchten, obwohl man standhalten könnte. "Eingeschränkt durch Angst kann man dann keine Lösungsmöglichkeiten mehr sehen."

Gauck hofft auf Kehrtwende des Kanzlers in Taurus-Frage

Gauck sagte, er hege die Hoffnung, dass Bundeskanzler [Olaf Scholz](#) (SPD) sein Nein zur Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine überdenke. "Eine Kriegsbeteiligung durch Taurus sehe ich nicht. Relevante Völkerrechtler und Militärexperten auch nicht."

Es seien auch nicht alle in der Regierung oder in der SPD der Auffassung von Bundeskanzler Scholz. "Aber er hat nun einmal die Richtlinienkompetenz."

Die Ampel-Koalition hat wochenlang über eine Lieferung der Taurus-Marschflugkörper an die von Russland angegriffene Ukraine gestritten. Scholz lehnt eine Lieferung ab und hat sein Nein unter anderem damit begründet, dass Deutschland die Kontrolle über die Zielerfassung seiner Ansicht nach nicht aus der Hand geben dürfe, da mit den Taurus-Raketen Ziele in Russland getroffen werden können. © dpa

<https://web.de/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/gauck-putin-angst-deutschen-39491732>

02) Ukraine signalisiert Bereitschaft zu Gesprächen mit Russland – Kreml reagiert

Aktualisiert am 29.03.2024, 21:20 Uhr



Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba.- © Lev Radin/Imago

 [Berliner Zeitung](#)

Dieser Beitrag wurde automatisch veröffentlicht und nicht durch [unsere Redaktion](#) bearbeitet.

In einem Interview während seines offiziellen Besuchs in [Indien](#) signalisierte der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba, dass sein Land zu Gesprächen mit Russland bereit sei –

allerdings auf der Grundlage der Friedensformel des ukrainischen Präsidenten [Wolodymyr Selenskyj](#), die der Kreml bereits abgelehnt hat.

In einem Gespräch mit dem indischen Fernsehsender NDTV stellte Kuleba klar, dass solche Gespräche erst nach einem von der [Schweiz](#) vorgeschlagenen Friedensgipfel stattfinden könnten. "Auf dem ersten Gipfel werden wir alle Staaten zusammenbringen, die diese Prinzipien [des Selenskyj-Friedensplans] teilen, sie werden die Menüpunkte auswählen, an denen sie arbeiten wollen", sagte Kuleba in dem am Donnerstag ausgestrahlten Interview. "Dann, zwischen dem ersten und dem zweiten Gipfel, kann die Kommunikation mit [Russland](#) nach den von den Teilnehmern beschlossenen Regeln stattfinden." Dabei bezog sich Kuleba auf den [sogenannten Zehn-Punkte-Plan des ukrainischen Präsidenten](#). Sein Kernstück ist die Forderung nach einem Abzug russischer Truppen aus der Ukraine.

Ob und wann der erste Friedensgipfel stattfinden wird, ist noch unklar. Letzte Woche räumte der Schweizer Außenminister Ignazio Cassis ein, dass trotz zahlreicher Reisen und Gespräche, die darauf abzielten, Unterstützung für den Gipfel zu gewinnen, [eine Verschiebung sehr wahrscheinlich ist](#). Eine Entscheidung darüber, ob und wann ein solcher Gipfel stattfindet, werde bis Mitte April getroffen, so Cassis.

Als Reaktion auf die Äußerungen Kulebas sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow, Moskau werde keine Regeln akzeptieren, die "von jemand anderem entwickelt wurden". Er wiederholte auch, dass die [Ukraine](#) sich selbst widerspreche: "Eine solche Aussage widerspricht absolut dem kodifizierten Verbot des ukrainischen Präsidenten, mit Russland zu verhandeln", so Peskow, [wie russische Medien berichten](#). Dabei bezog sich der Kremlsprecher auf ein im Jahr 2022 vom [Wolodymyr Selenskyj](#) unterzeichnetes [Dekret](#), in dem er die Aussicht auf ukrainische Gespräche mit Kremlchef [Wladimir Putin](#) formell für "unmöglich" erklärte. Das Dekret lässt jedoch die Möglichkeit künftiger Gespräche unter einem anderen russischen Präsidenten offen.

Zudem hat der Dmytro Kuleba [Indien](#) dazu aufgerufen, die traditionell enge Beziehung zu Russland zu überdenken. "Die Kooperation zwischen Indien und Russland basiert größtenteils auf dem sowjetischen Vermächtnis", sagte Kuleba am Freitag der britischen Tageszeitung Financial Times. "Aber das ist nicht das Vermächtnis, das über Jahrhunderte bestehen wird; es ist ein Vermächtnis, das verdunstet."

Seit Beginn des Krieges in der Ukraine hat Indien die Einfuhr von günstigem Öl aus Russland gesteigert – und gehört zu den größten Abnehmern. Aus Russland bezieht das Land auch seit langer Zeit einen großen Teil der Militärausrüstung. Indien versucht in dieser Hinsicht [zunehmend seine Abhängigkeit zu verringern](#), mehr von anderen Ländern zu importieren oder im Inland zu produzieren.

In Bezug auf die Ölimporte scheint Kiew seine Haltung zu lockern. "Wir haben erfahren, dass Indien Russland für russisches Öl in Rupien bezahlt, die nicht in die russische Wirtschaft fließen, sodass die russische Kriegsmaschinerie nicht von diesem Geld profitiert", sagte Kuleba in seinem Interview mit NDTV. "Wir sind damit einverstanden – solange dieses Geld nicht in die russische Wirtschaft fließt und von Russland nicht dazu verwendet wird, mehr Bomben und ballistische Raketen zu produzieren, um unsere Städte zu bombardieren und uns zu töten." *(mit dpa)* © Berliner Zeitung

Krieg in der Ukraine

03) Habeck warnt: "Das wäre das Dümme, was wir machen könnten"

Aktualisiert am 29.03.2024, 16:36 Uhr



Vizekanzler Robert Habeck (Grüne) hat in der Debatte über militärische Unterstützung für die Ukraine zur Mäßigung in der Ampel-Koalition aufgerufen.- © dpa / Britta Pedersen/dpa
Lesedauer:1 Min.

Robert Habeck fordert ein Ende des Ampel-Streits über den Umgang mit der Ukraine. Die Unterstützung des angegriffenen Landes geschehe auch aus eigenem Interesse.

[Mehr News zum Krieg in der Ukraine](#)

Vizekanzler [Robert Habeck](#) (Grüne) hat in der Debatte über militärische Unterstützung für die [Ukraine](#) zur Mäßigung in der Ampel-Koalition aufgerufen.

"Wenn wir uns jetzt darüber zerstreiten, wie wir helfen, und ob wir etwa den Marschflugkörper Taurus liefern, kann Putin sich zurücklehnen. Das wäre das Dümme, was wir machen könnten", sagte der Wirtschaftsminister der "Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung".

Bundeskanzler [Olaf Scholz \(SPD\)](#) lehnt eine Taurus-Lieferung strikt ab - im Gegensatz zu FDP und Grünen. Auch die Äußerung von SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich über ein Einfrieren des Ukraine-Krieges hatte bei den beiden anderen Koalitionspartnern Kritik ausgelöst.

"Wir sollten uns nicht gegenseitig verdächtigen, den Frieden zu gefährden. Derjenige, der den Frieden gefährdet, ist Putin", sagte Habeck. "Die Toten dieses Krieges sind Putins Tote. Aus der Lage sollte keiner Kapital schlagen, und wir sollten uns auch nicht unterstellen, Kapital schlagen zu wollen."

Habeck zu Taurus-Streit: Abwägen des Kanzlers absolut richtig

Auf die Frage, ob der Streit über Taurus weitergehe, sagte er, am Ende entscheide der Bundessicherheitsrat, dort sei Einstimmigkeit nötig. "Wenn die fehlt, können wir nicht liefern. Übrigens finde ich das Abwägen, wie es der Kanzler für sich in Anspruch nimmt, absolut richtig - auch wenn ich manchmal zu anderen Schlüssen komme." Die Uneinigkeit beim Taurus dürfe nicht überdecken, dass man in vielen anderen Punkten übereinstimme.

Der Grünen-Politiker warb um Verständnis für die Unterstützung der Ukraine. Man tue das auch aus eigenem Interesse. "Putin will für sein imperialistisches großrussisches Reich ja nicht nur die Ukraine besetzen, sondern auch jenseits der Ukraine die liberale Demokratie destabilisieren. Wenn Putin nicht gestoppt wird, hört er nicht auf." (dpa/mbo)

<https://web.de/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/habeck-warnt-duemmste-39489844>

Konflikte

04) Ukrainischer Außenminister warnt Indien vor Verlass auf Russland

Aktualisiert am 29.03.2024, 12:25 Uhr



Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba hat Indien dazu aufgerufen, die traditionell enge Beziehung zu Russland zu überdenken. © dpa / Mindaugas Kulbis/AP/dpa
Lesedauer: 1 Min.

Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba hat Indien dazu aufgerufen, die traditionell enge Beziehung zu Russland zu überdenken.

"Die Kooperation zwischen [Indien](#) und [Russland](#) basiert größtenteils auf dem sowjetischen Vermächtnis", sagte Kuleba während eines Besuchs in Neu-Delhi der britischen Tageszeitung "Financial Times" (Freitag). "Aber das ist nicht das Vermächtnis, das über Jahrhunderte bestehen wird; es ist ein Vermächtnis, das verdunstet."

Die Führung in Neu-Delhi verhält sich neutral zum russischen Angriffskrieg, trägt westliche Sanktionen gegen Moskau nicht mit und wirbt immer wieder für eine Konfliktlösung durch Dialog. Das bevölkerungsreichste Land der Welt mit 1,4 Milliarden Einwohnern hat gute Beziehungen zu westlichen Nationen und zu Russland.

Seit Beginn des Krieges in der Ukraine hat Indien die Einfuhr von günstigem Öl aus Russland gesteigert - und gehört zu den größten Abnehmern. Aus Russland bezieht das Land auch seit langer Zeit einen großen Teil der Militärausrüstung. Indien versucht aber in dieser Hinsicht zunehmend seine Abhängigkeit zu verringern, mehr von anderen Ländern zu importieren oder im Inland zu produzieren.

Kuleba sagte der "Financial Times" auch, dass Indien über die enger werdenden Beziehungen zwischen Russland und China besorgt sein sollte. Mit Nachbarland China hat Indien äußerst angespannte Beziehungen seit einem tödlichen Zusammenstoß an der gemeinsamen und stark militarisierten Grenze im Himalaja-Gebirge im Jahr 2020.

Kuleba äußerte zudem Interesse an mehr Handel zwischen der angegriffenen Ukraine und Indien. Sein Land wolle etwa schwere Maschinen aus Indien importieren. © dpa

<https://web.de/magazine/politik/ukrainischer-aussenminister-warnt-indien-verlass-russland-39489846>

Krieg in der Ukraine

05) US-Institut bestätigt russische Geländegewinne in der Ukraine

Aktualisiert am 29.03.2024, 14:28 Uhr



Die russischen Streitkräfte sollen seit Oktober eine Fläche von 505 Quadratkilometern eingenommen haben, berichtet das ISW. (Archivfoto aus dem Mai 2023). -

© IMAGO/UPI Photo/IMAGO/Russian Defence Ministry

Seite E 156 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 846 vom 04.04.2024

Das Ausbleiben westlicher Militärhilfen macht den ukrainischen Streitkräften zunehmend zu schaffen. Experten weisen auf die großen Gefahren für das Land hin.

Experten des US-Instituts für Kriegsstudien (ISW) haben [Russland](#) in seinem Angriffskrieg gegen die [Ukraine](#) Geländegewinne bescheinigt.

Die russischen Streitkräfte hätten eine Fläche von 505 Quadratkilometern seit Beginn der Offensivoperationen im Oktober eingenommen, berichtete das ISW in seiner Analyse vom Donnerstag (Ortszeit). Das entspricht mehr als dem Zweifachen der Fläche der Stadt Frankfurt am Main.

Zwar verhindere die Ukraine noch, dass Russland größere taktische Gewinne entlang der gesamten Frontlinie mache. "Aber eine weitere Verzögerung der US-Sicherheitshilfe wird die Gefahr eines russischen operativen Erfolgs vergrößern", hieß es.



[Krieg in der Ukraine](#)

[Ukraine meldet massiven russischen Beschuss auf Energieanlagen](#)

[vor 1 Tag](#)

ISW warnt vor wachsendem Risiko

Zuvor hatte der ukrainische Präsident Wolodymyr [Selenskyj vor einer möglichen neuen russischen Großoffensive im Frühsommer gewarnt](#). Nach ISW-Einschätzung wird Russland sein bisheriges Offensivtempo ungeachtet der derzeit schwierigen Wetterverhältnisse beibehalten und die Probleme der ukrainischen Streitkräfte bei der Materialbeschaffung und beim Personal ausnutzen.

Die Ukraine hingegen sei gezwungen, ihre begrenzten Ressourcen an kritischen Stellen der Front zu konzentrieren. Dadurch wachse das Risiko, dass die russische Armee an weniger gut gesicherten Abschnitten die Verteidigungslinie durchbrechen könnte. Das könne zu bedeutenden Erfolgen der russischen Seite in Zukunft führen.

Ukrainischer Luftverteidigungsschirm immer schwächer

Die ISW-Experten unterstrichen die Bedeutung westlicher Hilfe, um den russischen Vormarsch zu stoppen. Sie wiesen zudem darauf hin, dass der ukrainische Luftverteidigungsschirm immer schwächer werde. Selenskyj hatte immer wieder auch

Seite E 157 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 846 vom 04.04.2024

noch mehr Flugabwehrsysteme vom US-Typ Patriot gefordert, um den Luftraum besser schützen zu können.

Eine weitere Schwächung der Flugabwehr gefährde nicht nur für den Krieg wichtige Stützpunkte und Logistikobjekte im ukrainischen Hinterland, sondern ermögliche auch mehr russische Luftschläge mit Gleitbomben entlang Front, hieß es in der ISW-Analyse.

Die Ukraine wehrt sich seit mehr als zwei Jahren gegen den russischen Angriffskrieg. Wegen der bröckelnden Unterstützung im Westen warnt die ukrainische Führung immer wieder auch vor einer möglichen Niederlage sowie vor einem weiteren Vormarsch russischer Truppen in Europa.

Auch prominente russische Politiker und Propagandisten hatten wiederholt Angriffe auf westliche Länder ins Spiel gebracht. Kremlchef Wladimir Putin, der die Ukraine-Invasion am 24. Februar 2022 befohlen hatte, wies dies als "völligen Blödsinn" zurück. (dpa/mbo)

<https://web.de/magazine/politik/us-institut-bestaetigt-russische-gelaendegewinne-ukraine-39489770>

R u s s l a n d (Seite E 158 – E 170)

01) Die Rückkehr des Terrors. Stabilität und Sicherheit lautet das Versprechen Putins. Der islamistische Anschlag in Moskau beschädigt das Image des russischen Präsidenten erneut. Von Lisa Gürth



Lisa Gürth, Berlin

Lisa Gürth ist Referentin im Osteuropa-Referat der Friedrich-Ebert-Stiftung

26.03.2024



Über 130 Menschen wurden bei dem islamistischen Anschlag auf die Crocus City Hall in Moskau getötet.- *picture alliance / Associated Press | Dmitry Serebryakov*

Eine Welle der Trauer erfasst das ganze Land: Der erschreckende und verheerende Anschlag auf die Crocus City Hall, der über 130 Menschen das Leben kostete, hat Russland zutiefst erschüttert. Dieser Anschlag, der von Expertinnen und Experten zweifellos dem Islamischen Staat in der Provinz Khorasan (ISKP) zugeordnet wird, ist ein weiteres unvorhergesehenes innenpolitisches Ereignis in kurzer Zeit. Eines, welches den sich selbst als „Garanten der Stabilität“ inszenierenden Putin und die innenpolitische Situation in Russland insgesamt viel fragiler erscheinen lässt.

Der Umgang mit dem Anschlag zeigt zehn Monate nach der [Prigoschin-Revolte](#), dass unerwartete Ereignisse den Kreml unverändert vor große Reaktionsschwierigkeiten stellen. Erneut mussten die russischen Bürgerinnen und Bürger in einem nationalen Krisenmoment fast 20 Stunden warten, bis sich ihr mit überwältigend guten (und natürlich gefälschten) Ergebnissen [frisch gewählter Präsident](#) an die Nation wandte. Mehrmals wurde diese Ansprache nach hinten verschoben, um dann erstaunlich unkonkret zu bleiben, was die Schuldigen dieses Anschlags betrifft. ISKP oder der Islamische Staat im Irak und in Syrien (ISIS) wurden mit keinem Wort erwähnt, eine Verbindung zur Ukraine wurde angedeutet,

Seite E 159 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 846 vom 04.04.2024

aber vor allem ging es Putin um das Beschwören der nationalen Einheit unabhängig der Ethnie bzw. Nationalität (*Nationalnost*).

Die erste Dekade von Putins Präsidentschaft waren vom Zweiten Tschetschenienkrieg und einer ganzen Reihe größerer Anschläge geprägt.

Nicht ohne Grund: Die erste Dekade von Putins Präsidentschaft waren vom Zweiten Tschetschenienkrieg und einer ganzen Reihe größerer Anschläge geprägt. Die Anschläge auf Wohnhäuser 1999 mit unklarer Urheberschaft – die ihm letztlich zur Präsidentschaft verholfen haben, indem sie das Bild vermittelten, Russland brauche jetzt einen Mann mit starker Hand an der Macht – waren nur der Beginn: Es folgten die Geiselnahme im Moskauer Dubrowka-Theater, die Geiselnahme von Beslan, welche bis heute ein nationales Trauma nicht unähnlich den Anschlägen vom 11. September in den USA ist, sowie Anschläge in Moskauer und St. Petersburger U-Bahnen. Der letzte große Anschlag fand 2017 in der St. Petersburger Metro statt und kostete 14 Menschen das Leben. Während anfangs die Anschläge vor allem im Kontext des Tschetschenienkrieges und anderer Unabhängigkeitsbestrebungen im Nordkaukasus stattfanden, gingen die späteren Angriffe vor allem auf das Konto verschiedener Gruppen, die im Rahmen des globalen *War on Terror* bekämpft wurden. Putin gelang es in dieser Zeit, sich als der starke Mann zu positionieren, der diesen Terror bekämpft und Russland Stabilität und Sicherheit bringt. Zu diesem Zweck „flirtete“ der Kreml auch immer wieder mit nationalistischen Strömungen und Gruppierungen innerhalb Russlands, die den ohnehin schon breit verankerten Rassismus gegen Personen aus dem Kaukasus und Zentralasien weiter befeuerten.

Die Situation heute ist anders: Die russische Gesellschaft hat sich von der Gefahr des Terrorismus „entwöhnt“, im gewissen Sinne auch entspannt. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine (und laut dem Kreml-Narrativ eigentlich gegen den gesamten Westen) ist eine nationale Kraftanstrengung und bedarf einer maximalen Geschlossenheit der Gesellschaft unabhängig der Ethnizität. Der jetzige Anschlag legt die innenpolitische Überdehnung des Regimes offen: Seien es nur oberflächlich oder mit immenser Gewalt gelöste Konflikte wie in Tschetschenien oder die Einsicht, dass Russland durch sein Eingreifen im Syrien-Krieg immer mehr zur Zielscheibe radikaler islamistischer Gruppierungen wie ISKP geworden ist.

Der Anschlag legt die innenpolitische Überdehnung des Regimes offen.

Kein Staat kann sich komplett vor terroristischen Anschlägen schützen. Entgegen der Vorstellung, dass Russland ein hochgradig effizienter Polizeistaat sei, sind in Russland Korruption und Kriminalität zunehmend verbreitet. Insbesondere seit Beginn des Krieges gibt es eine zunehmende Anzahl an Waffen, die auf dem Schwarzmarkt zirkulieren. Die Sicherheitskräfte sind vor allem mit dem Kampf gegen „innere Feinde“ beschäftigt, zu denen vor allem die liberale Opposition gehört. Als extremistisch gelten hier zum Beispiel die LGBT-Bewegung und die von [Alexei Nawalny](#) gegründete Stiftung für Korruptionsbekämpfung (FBK). Eine auf Repression getrimmte Polizei kann zwar friedliche Protestierende im Zentrum Moskaus verhaften, ist aber dadurch nicht automatisch in der Lage, Anschläge vorzubeugen und abzuwehren. Diese Priorisierung und zunehmende Ausrichtung der Sicherheitsbehörden auf die Bewahrung der Regimestabilität und den Krieg in der Ukraine, koste es, was es wolle, untergräbt gleichzeitig die innere Kohäsion und lässt sie schleichend zerfallen.

Erst am Montagabend benannte Putin klar „radikale Islamisten“ als Durchführer der Tat. Direkt im Anschluss stellte er aber die *Cui Bono?*-Frage – und in der Logik des Regimes darf es keine andere Antwort als die Ukraine geben. Während Putin und die russische

Staatspropaganda fast schon obsessiv versuchen, die Ukraine als Schuldigen auszumachen, wird in nationalistischen Propagandakanälen auf die tadschikische Nationalität der Beschuldigten verwiesen und Hass geschürt. In der Duma wurde das schnell aufgegriffen: Nach ersten Forderungen am Tag nach dem Anschlag, die Einreise von Migrantinnen und Migranten zu begrenzen, wurde am 25. März in einer Arbeitsgruppe bereits darüber diskutiert, dass es in Russland „ethnisch-nationale Enklaven“ gebe, bestehend aus Migrantinnen und Migranten und Personen, die nicht seit Geburt die russische Staatsangehörigkeit hätten, die ein „ernsthafte Faktor für die Destabilisierung der innenpolitischen Lage“ seien. Oppositionelle Medien berichten bereits über erste Übergriffe auf Personen mit (vermeintlich) tadschikischer Staatsbürgerschaft oder Herkunft.

Dem Kreml können diese Entwicklungen eigentlich nicht gefallen. Neben dem kolportierten Bild der nationalen Einheit im Krieg gegen die Ukraine ist Russland vor allem auch wirtschaftlich auf Saisonarbeiterinnen und Arbeitsmigranten vor allem aus Zentralasien angewiesen. Von daher ist davon auszugehen, dass versucht werden wird, die öffentliche Debatte in eine andere Richtung zu lenken und auf andere Art und Weise eine harte Reaktion zu zeigen. Die inhumane und menschenrechtswidrige Erniedrigung und Zurschaustellung der gefassten Attentäter, die Suche der Schuld beim Westen und der Ukraine sowie der Ruf nach der Wiedereinführung der Todesstrafe werden daher die Staatspropaganda vorerst dominieren.

Putin: der Präsident, der den Bürgerinnen und Bürgern Stabilität und Sicherheit bringt – dieses Bild lässt sich immer schlechter aufrechterhalten. Dieses auf Sicherheit getrimmte Regime hat es bisher vermieden, den Trade-off zwischen innerer Sicherheit und der gleichzeitigen Führung eines brutalen Angriffskrieges einzugehen. Die Rückkehr des Terrors könnte diese Balance nun ins Wanken bringen.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/die-rueckkehr-des-terrors-7420/?utm_campaign=de_40_20240326&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Putin 5.0. Mit der Wahl ohne Wahl wollte Moskau den Kriegskurs legitimieren. Was folgt nun in Russland? Von_ Ruslan Suleymanov



Ruslan Suleymanov

Kairo

Ruslan Suleymanov ist russischer Orientalist und Journalist. Er war bis Februar 2022 leitender Nahost-Korrespondent der Nachrichtenagentur TASS in Kairo. Aus Protest gegen die russische Invasion der Ukraine trat er von diesem Posten zurück

Europa 20.03.2024



Gelungene Wahlinszenierung: Putin schlägt die handverlesenen Gegenkandidaten haushoch.-
picture alliance/dpa/Pool | Gavriil Grigorov

Es waren markige Worte nach dem Triumph: „Wir werden über die Zukunft unseres großartigen Heimatlandes nachdenken, über die Zukunft unserer Kinder. Wenn wir danach handeln, sind wir mit Sicherheit zum Erfolg verdammt!“ Wladimir Putin ließ sich bei seiner Rede nach der Wahl zum Präsidenten am 18. März 2018 feiern. Danach erlebte Russland sehr unterschiedliche Ereignisse. Im selben Jahr waren viele russische Metropolen erfolgreiche Austragungsorte der Fußball-Weltmeisterschaft. 2020 entließ Putin seinen treuesten Schützling, Premierminister Dmitri Medwedew. Danach kam es zu umfangreichen Verfassungsänderungen, die es ihm überhaupt erst ermöglichten, 2024 erneut Präsident zu werden.

Parallel zeigte sich zunehmend die dunkle Seite des neuen Russlands. In denselben sechs Jahren begann der russische Staat, unabhängige Journalisten und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens fleißig mit dem Stempel „ausländischer Agent“ zu brandmarken. Auf dieser Liste stehen heute mehr als 300 Personen, die nach einem neuen Gesetz nicht einmal mehr mit Werbetreibenden zusammenarbeiten dürfen. Putins wichtigster politischer

Seite E 162 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 846 vom 04.04.2024

Gegner Alexej Nawalny wurde im August 2020 vom russischen Geheimdienst mit dem Nervengift Nowitschok vergiftet. Nach einer Behandlung in Deutschland und seiner Rückkehr im Januar 2021 wurde er [wegen fiktiver Kriminalfälle inhaftiert](#).

Doch das war noch nicht das wichtigste und blutigste Ereignis in Putins vergangener Amtszeit. Der 24. Februar 2022 wurde zum geschichtlichen Ereignis, als der Kremlchef eine umfassende Militärinvasion in die benachbarte Ukraine startete. Hunderttausende Menschen sind in diesem Krieg inzwischen gestorben, ein Ende ist nicht in Sicht.

Zu diesem Kurs und dem Krieg war die aktuelle Wiederwahl Putins eine Art Referendum.

Zu diesem Kurs und dem Krieg war die aktuelle Wiederwahl Putins eine Art Referendum. Es sollte die Invasion in der Ukraine legitimieren und zeigen, dass die russische Bevölkerung dieses verrückte Abenteuer unterstützt. Dabei haben die Behörden alles getan, um Überraschungen zu vermeiden. Einen Monat vor der Wahl [starb unvermittelt Nawalny](#) – der die Russen aktiv dazu gedrängt hatte, zur Wahl zu gehen und gegen Putin zu stimmen –, versteckt in einer abgelegenen Strafkolonie im arktischen Norden. Alle unabhängigen Kandidaten, die den Krieg und das Staatsoberhaupt kritisierten, wurden [nicht zum Urnengang zugelassen](#).

Darüber hinaus fand die Präsidentschaftswahl erstmals dreitägig statt. Dies vereinfachte etwaige Betrugsversuche der Behörden erheblich. In 29 Regionen wurde zudem eine elektronische Stimmabgabe eingeführt, die zuvor erstmals bei der Parlamentswahl 2021 getestet wurde und bereits Fragen zum Auszählungsergebnis aufwarf. Oppositionskandidaten, die damals in den Wahllokalen gewonnen hatten, verloren nach der Addition der Ergebnisse der elektronischen Stimmen.

Bei der diesjährigen Wahl wurde das „richtige“ Ergebnis mit Druck erzielt. Behörden, Staatsfirmen und Privatunternehmen wurde am ersten Wahltag, einem Arbeitstag, befohlen, ihre Mitarbeiter in die Wahllokale zu schicken. Darüber hinaus war am Arbeitsplatz eine elektronische Stimmabgabe möglich. Zwecks Erreichung einer hohen Wahlbeteiligung boten die Behörden den Wählerinnen und Wählern zusätzlich zahlreiche Prämien an, von Eintrittskarten für Vergnügungsparks bis hin zu Restaurantbesuchen. In den besetzten Gebieten der Ukraine wurde das russische Staatsoberhaupt ebenfalls gewählt, buchstäblich mit vorgehaltener Waffe. In jedem Wahllokal waren bewaffnete Soldaten im Einsatz.

Einen Schatten auf der Inszenierung gab es nur am letzten Wahltag.

Einen Schatten auf der Inszenierung gab es nur am letzten Wahltag, dem 17. März. Dem Aufruf der russischen Exilopposition folgend, stellten sich um Punkt 12 Uhr zahlreiche Russinnen und Russen in kilometerlange Schlangen vor die Wahllokale, um für andere Kandidaten als Putin zu stimmen oder den Stimmzettel ungültig zu machen. Angesichts der völligen Undurchsichtigkeit der Stimmauszählung ist es schwierig zu beurteilen, wie stark diese Aktionen das Wahlergebnis beeinflussten. Es ist überhaupt kaum möglich zu sagen, wie viele Stimmen ungültig abgegeben wurden oder für andere Kandidaten als Putin. In jedem Fall wurde Putins Legitimität mit dem Wahlverlauf ein schwerer Schlag versetzt.

Die Behörden waren offenbar überzeugt, dass die Antikriegsstimmung in Russland sehr groß ist. An Nawalys Grab versammelten sich mehr Menschen als bei jeder Kundgebung zur Unterstützung des Krieges. Erst zwei Monate zuvor, im Januar des russischen Winters, hatten sich lange Warteschlangen gebildet, um für die Präsidentschaftskandidatur des

Kriegsgegners Boris Nadeschdin zu unterschreiben – der Kreml verhinderte daraufhin seine Registrierung.

Nominell gibt es laut der Zentralen Wahlkommission nun den angestrebten Zuwachs. 77 statt wie beim letzten Mal 67 Prozent Wahlbeteiligung, 87 statt 77 Prozent Stimmenanteil für Putin. Die russische Staatspropaganda deutet das enthusiastisch als Einheit der Russinnen und Russen um ihren Anführer. „Ich weine selten. Aber als ich diese Worte hörte, brach ich tatsächlich in Tränen aus. Die Wimperntusche verlief. Ich habe noch nie so eine Freude und so einen Stolz empfunden. (...) Mit ängstlicher, fast religiöser Beklommenheit, mit stockendem Atem warte ich nun jeden Tag auf die Wiederholung dieser Gefühle: Wenn alle russischen Länder zu Russland zurückkehren, so wie die Krim vor zehn Jahren zurückgekehrt ist.“ So drückte Margarita Simonjan, Chefredakteurin des russischen Auslands-Propagandasenders RT, ihre Gefühle in den Sozialen Netzwerken aus.

Der Krim-Konsens wurde 2022 auf den Kopf gestellt.

Er klingt hier an, der sogenannte Krim-Konsens, den der Kreml 2014 nach der Annexion der Krim der russischen Gesellschaft vorschlug: Die Erweiterung des Territoriums und die Stärkung der Souveränität als Ausgleich für eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, beginnend mit einer Abwertung des Rubels und einem Rückgang der Reallöhne. Doch dieser Konsens wurde 2022 auf den Kopf gestellt. Während es vor der Invasion möglich war, relativ ruhig seinen Angelegenheiten nachzugehen und private Vorlieben unpolitisch auszuleben, ist es nun erforderlich, der Staatsideologie die Treue zu schwören und den Krieg zu unterstützen. Das aussagekräftigste Beispiel ist eine Party russischer Prominenter in einem Moskauer Nachtclub im Dezember 2023. Die Feier, bei der viele der Gäste fast „nackt“ waren, fand in patriotischen Kreisen große Resonanz. Alle Teilnehmer sahen sich danach gezwungen, den Krieg öffentlich zu unterstützen, in die von Russland besetzten Gebiete zu reisen, für Putin zu stimmen und das in den Sozialen Netzwerken zu verkünden.

Was die Beziehungen zur Außenwelt angeht, geht der Blick Putins ausnahmsweise einmal nicht zurück, vor allem nicht in Richtung der westlichen Länder. Das aktuelle Wahlverfahren hält sich nicht mehr an grundlegende westliche Standards. Putin sieht sich als Anführer der antiwestlichen Welt und des Globalen Südens, seine wichtigsten Verbündeten – China, Iran, Nordkorea oder Syrien – haben nichts mit Demokratie am Hut.

Auf die eine oder andere Weise wird das zentrale Thema für Russland in den nächsten sechs Jahren der Krieg in der Ukraine bleiben. Eigentlich ist dieser Putins größter Misserfolg in seiner gesamten politischen Karriere – und das gilt es zu korrigieren. Die Russinnen und Russen müssen unpopuläre Wirtschaftsmaßnahmen erwarten, es gilt, den „Gürtel enger zu schnallen“. Beim Übergang zu einer Kriegswirtschaft und einer neuen Mobilisierungswelle wird es nicht bleiben. Sollte Putin seine Ziele dennoch in den kommenden sechs Jahren nicht erreichen: 2030 wird er die Möglichkeit haben, sich mit der aktuellen Selbstverständlichkeit wiederwählen zu lassen.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/putin-50-7401/?utm_campaign=de_40_20240319&utm_medium=email&utm_source=newsletter

03) Höhepunkt der Repression. Nawalnys Tod ist ein tiefer Schlag für die russische Opposition. Doch noch ist nicht alles verloren. Kann seine Frau in seine Fußstapfen treten? Von Alexey Yusupov



Alexey Yusupov

Berlin

Alexey Yusupov leitet das Russlandprogramm der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zuvor war er Büroleiter der FES in Myanmar, Afghanistan und Kasachstan. Außerdem unterstützt er politische Akteure als Berater und Moderator.

Europa 20.02.2024



Wurde im letzten Jahr noch bei der 75. Bambi-Verleihung in der Kategorie Mut ausgezeichnet: Alexej Nawalny.- *dpa | Peter Kneffel*

Der Tod von Alexej Nawalny im Strafgefängnislager IK-3, im Permafrostgebiet hinter dem Polarkreis ist ein dramatisches, finsternes Ereignis. Kaum überraschend, und dennoch kaum zu glauben. Wenige Tage vor dem ukrainischen Rückzug aus Awdijiwka und kurz vor dem Jahrestag der Ermordung von Boris Nemzow liest sich die Meldung über Nawalnys Ableben wie ein schlechter Scherz.

Der Tod von Alexej Nawalny ist die dritte Erschütterung des spätputinschen Systems in kurzer Zeit. Fast zwei Jahre nach dem Überfall auf die Ukraine und acht Monate nach der Wagner-Revolution wird in diesen Tagen ein abermaliger Beweis dafür erbracht, wie sehr das öffentliche Geschehen in Russland durch plötzliche, schockierende, klandestine Zustände kommende Ereignisse dominiert wird. Gewalt scheint der letzte verbleibende Modus der Politik zu sein. Der russischen Gesellschaft bleibt nichts anderes übrig, als Putin, Prigoschin und Nawalny bei ihren Triumpfen wie Tragödien zuzuschauen.

Seite E 165 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 846 vom 04.04.2024

Seit einem Vierteljahrhundert arbeitet der Kreml daran, tatsächliche Mechanismen der Macht hinter einer dichten Nebelwand von Inszenierungen und Manipulationen zu verbergen, zuvorderst vor den eigenen Bürgerinnen und Bürgern. Politik ist Theater in Russland. Eine erprobte Strategie, die Zynismus nährt und Apathie fördert. Allerdings sind die besagten, sich häufenden Erschütterungen zu wichtig, um ihre Auswirkungen durch Zensur und Propaganda sauber unter Kontrolle halten zu können. Jedes Mal offenbart sich nolens volens eine bis dato unterschätzte Schwäche des Systems.

So glaubte man lange an den kollektiven Charakter der Entscheidungsfindung in der russischen Führung. Eine populäre These lautete, Putin wäre vor allem deswegen so langlebig und unangefochten akzeptiert, weil er gekonnt als Schiedsrichter zwischen unterschiedlichen Gruppierungen in der Elite manövrieren und vermitteln konnte. Nach dem 24. Februar 2022 haben Russland und die Welt jedoch gelernt, dass richtungsweisende Entscheidungen in einem sehr viel engeren Kreis als gemeinhin angenommen getroffen werden, womöglich gar in Gänze selbstherrlich. Ein System, das von einem Mann derartig dominiert wird, ist fatal eng an seinen Lebenszyklus gebunden.

Gewalt scheint der letzte verbleibende Modus der Politik zu sein.

Auch der Aufstand der Wagneristen rüttelte an einem alten russischen Machtaxiom: Russland ist ein starker Staat, weil sein Gewaltmonopol so kostenintensiv und exzessiv organisiert ist. Über ein Dutzend zuständiger Dienste, Behörden und zuarbeitende private Sicherheitsfirmen, mehrere Millionen Männer unter Waffen, stetig steigende Sicherheitsetats – und trotzdem stellt sich nicht ein einziger Uniformierter aus freien Stücken und genuinem Pflichtbewusstsein der Prigoschin-Kolonnen in den Weg, solange aus Moskau keine unmissverständlichen Anweisungen kommen. Dauerte es womöglich so lange, eben weil der Kreis der finalen Entscheider so klein geworden ist? Und sind nicht auch Angehörige der Polizei und Armee alles andere als immun gegen den lähmenden Einfluss der allgegenwärtigen Politikinszenierung?

Der Tod von Alexej Nawalny entgleitet aber der Deutungshoheit des Kremls. Von weiten Teilen der russischen Gesellschaft wird er als Mord verstanden, nicht verwunderlich angesichts des unwürdigen Versteckspiels um seinen Leichnam und der eindeutigen Inkaufnahme eines tödlichen Ausgangs durch die kontinuierlich verschärften Haftbedingungen. Auch ein tatsächlicher, wiederholter Anschlag auf sein Leben ist denkbar, gleichwohl man die Wahrheit vermutlich nie erfahren wird. Dies ist jedoch nicht mehr wichtig, genauso wenig wie die Frage, ob Prigoschins Flugzeug wirklich ganz von allein vom Himmel gefallen ist. Die Leute glauben das unwiderlegbar Intuitive. In einem System der inszenierten, unechten Politik ist nur noch wichtig, was die Leute glauben. Und für die allermeisten lief es folgendermaßen ab: Wladimir Putin, der Alleinherrscher Russlands, hat seinen wichtigsten Widersacher Nawalny erst so weit weg wie nur möglich versteckt und dann hinrichten lassen. Wirkt das als Zeichen der Stärke und Souveränität, vor allem in den Augen der herrschenden politischen Elite?

Die Antwort lautet: Ja. Der Tod von Alexej Nawalny ist eine tiefe Entmutigung für russische Dissidentinnen und Dissidenten, die im Exil wie in Russland selbst an seiner Person Halt und Orientierung gefunden haben. Nawalny hatte wie kein anderer erspürt, wie viel Dynamik und Protestpotential in der nur vermeintlich apathischen russischen Gesellschaft stecken. Er hat eine erfolgreiche Allianzbildung der zersplitterten Opposition praktiziert, öffentliche Politik durch Straßenwahlkampf und Debattenformate wiederbelebt, Massendemonstrationen mitinspiert und immer wieder Innovationen erfunden, die junge, nicht-zynische Unterstützer angesprochen haben – mal auf YouTube, mal durch ein Netzwerk aktivistischer Stäbe.

Seite E 166 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 846 vom 04.04.2024

Der Tod von Alexej Nawalny ist eine tiefe Entmutigung für russische Dissidentinnen und Dissidenten.

Er hat sich nicht dazu verleiten lassen, ein hauptstädtischer, Moskauer Politiker zu werden, sondern stets Kontakte in unterschiedlichste Teile des Landes mit viel Zeit- und Kräfteinsatz gepflegt. Am wichtigsten, er hat dem Fatalismus der Enttäuschten und der Älteren immer wieder funktionierende Strategien entgegengesetzt, sich fast zum Bürgermeister von Moskau wählen lassen und damit anschaulich gezeigt, warum Handeln nicht sinnlos ist. Kurzum – er hat einer ganzen Generation seiner Landsleute genau das aufgezeigt, was der Kreml zu verstecken versuchte, nämlich wie eine zukunftsorientierte, republikanische, hoffnungsfähige, dialogbereite Politik aussehen könnte.

Nawalny hat auch Lernfähigkeit hinsichtlich seiner frühen, nationalistischen Geschmacklosigkeiten gezeigt, während einer Inhaftierung von kirgisischen Mitinsassen ein paar Brocken ihrer Landessprache gelernt und sich zuletzt für Rechte von diskriminierten muslimischen Strafgefangenen eingesetzt. Sein Wirken und sein Leben sind fortan eine öffentlich zugängliche didaktische Ansammlung von konkreten Beispielen dafür, dass Russland keinem unausweichlichen, kulturellen Fluch von Autokratieanfälligkeit unterworfen ist und keine demokratieunfähige Untertanengesellschaft bleiben muss.

Der Kreml hat diese Fähigkeiten und Strategien erkannt – und diese als Gefahren richtig eingeschätzt. Die Organisation von Nawalny ist brutal zerschlagen worden. Weitere Ermittlungen und Verfahren gegen ihre Angehörige sind zu erwarten. Der Tod von Alexej Nawalny ist in dieser Hinsicht ein folgerichtiger Höhepunkt der Repression, eine finale Absage an Duldung von potenziell wirkmächtigen Alternativen.

In einem Monat ereignet sich die planmäßige plebiszitäre Amtsbestätigung Putins als Präsident der Russländischen Föderation. Laut der durch ihn selbst modifizierten Verfassung wird er noch bis 2036 Zeit haben, um alles zu verwirklichen, was er noch vorhaben könnte. Seine öffentlichen, mit Elan vorgetragenen, historisierenden Ausführungen sind ein deutlicher Hinweis darauf, dass selbst ein Ende des russisch-ukrainischen Krieges mitnichten auch die Befriedigung der geopolitischen Neuordnungsambitionen Putins bedeuten muss.

Die Organisation von Nawalny ist brutal zerschlagen worden.

Womit er sich offensichtlich nicht mehr viel beschäftigen wollte, ist die Feinsteuerung des innenpolitischen Machtapparats: Die Wahlkampagne wird recht behäbig von seiner Präsidentialadministration geführt, der Wahlzettel ist so kurz wie noch nie und selbst das Experimentieren mit einem quasi-alternativen Kandidaten wie Boris Nadeschdin wurde schnell wieder [ad acta gelegt](#).

Und jetzt das: Ein Schattenspiel von Gerüchten und Mutmaßungen, die nicht mehr aufzuklären und einzufangen sind, ein neuer Zweifel an der Qualität der Entscheidungen von ganz oben (in der UdSSR hätte man Vorkehrungen getroffen, um so einen VIP-Häftling nicht „aus Versehen“ zu verlieren), ein Märtyrer kurz vor dem Wahltermin. Zudem eine energische, authentische Statthalterin des politischen Vermächtnisses Nawalnys jenseits des Zugriffs der russischen Geheimdienste. Der fulminante, ideal inszenierte [Auftritt Julia Nawalnajas](#) wird in die Geschichte politischer Manifeste eingehen: Sie schafft es, nicht nur die Trauer und den Schock ihres millionenfachen Publikums auf- und anzunehmen. Sie scheut auch nicht davor zurück, an Wut, Zorn und sogar Hass zu appellieren, die so viele der Anhängerinnen und Anhänger Nawalnys derzeit empfinden. Therapeutisch gesprochen

Seite E 167 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 846 vom 04.04.2024

ist das ein unerlässlicher Schritt auf dem Weg aus der Hoffnungslosigkeit zu neuem Mut. Niemand aus der russischen Opposition hatte bisher die Glaubwürdigkeit, die Kommunikationsfähigkeit, das Team, die Ressourcen und das richtige Timing für ein derartiges Konsolidierungsangebot.

Der linke Soziologe und Philosoph Grigori Judin zitiert in seinem Nachruf auf Nawalny Theodor Adorno (der wiederum Christian Grabbe zitiert) mit dem Ausspruch: „Denn nichts als nur Verzweiflung kann uns retten“. Man müsse Illusionen abschütteln, die tiefste Stufe der Mutlosigkeit und Verzweiflung erreichen, bevor man wieder zu Handlungsfähigkeit finden kann, bevor man sich nicht mehr aufhalten lässt durch Selbstberuhigungen – „wie alt kann Putin schon noch werden“, „der Krieg ist eh bald vorbei“, „was kann ich als Einzelner ausrichten“.

Nawalny pflegte über seine Frau zu sagen: „Sie ist viel härter als ich“. Die Härte kann sie gut gebrauchen. Sie steht zwar nicht auf dem Wahlzettel, aber plötzlich ist sie so etwas wie eine Präsidentschaftskandidatin des alternativen Russlands. Drei Tage nach dem Tod ihres Mannes. Als hätte sie in der Zeit Adorno gelesen.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/hoehepunkt-der-repression-7334/?utm_campaign=de_40_20240220&utm_medium=email&utm_source=newsletter

04) Ritual statt Wahl. In Russland darf der einzige kritische Herausforderer Putins nicht antreten. Trotz Übermacht hat der Kreml Angst vor einer echten Alternative. Von Roland Bathon

Europa 09.02.2024 | [Roland Bathon](#)



Präsidentenwahlkampf in Russland ist anders.- picture alliance / Associated Press | Kirill Kudryavtsev

Präsidentenwahlkampf in Russland ist anders. Praktisch alle Vertreter des politischen Establishments ergehen sich in Lobeshymnen auf Wladimir Putin, sekundiert von einer regierungstreuen Medienmacht. Koordiniert wird das Ritual von der mächtigen Präsidialverwaltung, die als Zielvorgabe ein besseres Ergebnis für Putin mit einer gleichzeitig höheren Wahlbeteiligung als beim vergangenen Mal hat. All das ist eine in Jahrzehnten eingespielte Maschinerie. Wer außer Putin auf dem Wahlzettel steht, entscheidet außerhalb der zahmen Systemparteien im Parlament faktisch der Kreml – der nun über die regierungsnahen Wahlkommission keinen solchen Kandidaten zugelassen hat. Dennoch ist die Möglichkeit, geheim auch für andere Kandidaten als den Langzeitpräsidenten abzustimmen, ein wichtiges demokratisches Relikt in Russland und so lohnt sich ein Blick darauf, wer bei der Präsidentenwahl vom 15. bis 17. März wählbar ist.

Ein trauriges Bild bieten dabei die Kandidaten der drei Parlamentsfraktionen außerhalb von Putins Machtpartei „Einiges Russland“. Das gilt etwa für die kommunistische KPRF. Diese hatte bei der letzten Wahl 2018 mit Pawel Grudin in noch jemanden ins Rennen geschickt, der Putin so nahe kam, dass er fast schon als ernsthafter Konkurrent gewertet werden musste. Die Kremlmedien mussten ihn im Wahlkampf mit einer Schmutzkampagne überziehen, um seinen Stimmenanteil zu reduzieren. Diese Gefahr besteht 2024 mit Kandidat Nikolai Charitonow nicht. Der greise Staatsduma-Abgeordnete – mit 75 sogar noch vier Jahre älter als Putin – kandidierte bereits 2004 gegen den Amtsinhaber und holte mit lediglich 13 Prozent ein für die damals noch vitalere KPRF mageres Ergebnis. Ansonsten ist er ein recht farbloser Kriegsunterstützer.

Seit Charitonows erster Gegenkandidatur sind die Kommunisten, wie die meisten ihrer Anhänger, um 20 Jahre gealtert. Zuvor vorübergehend von manchen Unzufriedenen als

Seite E 169 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 846 vom 04.04.2024

Alternative zu Putins „Einiges Russland“ gesehen, haben sie sich seit dem Beginn der Invasion in der Ukraine an den herrschenden Mainstream in Russland angepasst, kriegskritische Akteure wurden aus der Partei entfernt. Sie haben sich damit zurückgezogen auf ihren vorgesehenen Platz als Nischenheimat für Sowjetnostalgiker. Charitonow, der seine politische Karriere noch selbst in der UdSSR begonnen hat, passt gut in diese Rolle. Dennoch waren viele überrascht, dass die KPRF einen derart schwachen Kandidaten gegen Putin aufstellt, der auch kaum zum Wahlkampf motiviert.

Bekanntere Vertreter der Systemopposition haben keinen Bedarf, in der Öffentlichkeit gegen Putin den programmierten Verlierer zu geben.

Bekanntere Vertreter der Systemopposition haben jedoch keinen Bedarf, in der Öffentlichkeit gegen Putin den programmierten Verlierer zu geben. Dafür spricht auch das Verhalten des Vorsitzenden der Parlamentspartei „Neue Leute“. Sie soll als wirtschaftsliberal geplantes Kreml-Projekt, in Russland „Spoiler“ genannt, bürgerliche Wähler von der liberalen Opposition abwerben. Doch der Vorsitzende, Kosmetikunternehmer Alexei Netschajew, tritt nicht selbst gegen Putin an, sondern schickt den eher unbekanntem Historiker und Soziologen Wladislaw Dawankow vor. Der 40-Jährige sitzt erst seit 2021 in der Staatsduma und erzielte bereits bei der Bürgermeisterwahl in Moskau nur 5,3 Prozent der Stimmen. In der Duma beschäftigt er sich mit Gesetzesinitiativen zu Themen wie Parkgebühren oder Elektrorollern.

Durch Dawankow und Charitonow ist das Feld der sicheren Mitbewerber Putins so schwach, dass sich das Kremlumfeld Gedanken macht, die kommende Wahl könnte sich zu offensichtlich als Farce darstellen. Hilfe bekommen die Mächtigen hier von der vom verstorbenen Populisten Wladimir Schirinowski gegründeten Dumapartei LDPR. Diese stellt pflichtgemäß ihren Parteivorsitzenden Leonid Sluzki zur Wahl, einen studierten Wirtschaftswissenschaftler und Vorsitzenden des Außenpolitischen Duma-Ausschusses. Dass dies im Sinne der Mächtigen ist, zeigt sich etwa darin, dass die KPRF sich jüngst in der Russischen Staatsduma beschwerte, Sluzki erhalte in den staatstragenden Medien wesentlich mehr Sendezeit als Charitonow.

Oppositionelles ist von Sluzki nicht zu erwarten. Bereits zu Zeiten, als die Kommunisten noch immer wieder innenpolitisch gegen das Machtumfeld aufbegehrten, zeichnete sich die LDPR trotz Populismus durch vorbehaltlose Unterstützung aller wichtigen Kremlinitiativen aus. Sie lässt sich am besten als Zweig des Machtapparats beschreiben, der Wähler mit Vorlieben für harte und bodenständige Töne abholen soll. Leonid Sluzki ist hier würdiger Nachfolger seines Mentors, des Parteigründers Schirinowski. Im Februar 2023 glänzte er mit der Aussage, im Krieg „gibt es nur eine Partei – die Partei des Sieges“. Skandale um ihn gab es unter anderem wegen Beschuldigungen bezüglich sexueller Belästigung durch russische Journalistinnen und eines steuerlich nicht deklarierten Luxuslebens. Dennoch wird Sluzki durch Fans lauter Töne ein gutes Ergebnis zugetraut. Mit Unterstützung der Kreml-Medien trauen ihm viele Platz 2 hinter Putin zu und damit die Verdrängung der schwachen Kommunisten, die diesen traditionell innehaben.

Neben den Dumaparteien können zusätzlich auch andere Kräfte Präsidentschaftskandidaten nominieren. Doch dieses Jahr scheiterten alle an den Zugangshürden zur Kandidatur. Erwähnenswert ist Boris Nadeschdin. Unter denjenigen, die den ersten Schritt zu einer Kandidatur schafften und zur Unterschriftensammlung zugelassen wurden, war der 60-Jährige der Einzige, der sich kritisch zur russischen Invasion der Ukraine stellte. Diese Zulassung – im Gegensatz zu anderen Kriegskritikern – ist darauf zurückzuführen, dass Nadeschdin sich gemäßigter gibt. Bisher war er mäßig erfolgreich in

Seite E 170 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 846 vom 04.04.2024

liberalen Parteien unterschiedlicher Kremlnähe aktiv und kritisiert das System in einem akzeptablen Rahmen, also nicht fundamental.

Von Nadeschdin ist offen zu hören, der Krieg sei ein fataler Fehler Putins.

Von Nadeschdin ist aber offen zu hören, der Krieg sei ein fataler Fehler Putins. So wurde der Physiker und Mathematiker die große Hoffnung derjenigen politisch interessierten Russinnen und Russen, die gegen die Invasion sind oder sie zumindest kritisch sehen. Das dokumentierten lange Schlangen vor den Orten, an denen man nötige Unterstützungsunterschriften für Nadeschdin sammelte. Er will fast die doppelte der nötigen Anzahl an Unterschriften erreicht haben, Schritt 2 für die Kandidatur, was auch realistisch sein dürfte.

Dass er aber nun doch nicht bei der Präsidentschaftswahl antreten darf, liegt an der Menge der von der russischen Wahlkommission bemängelten Unterschriften. Dies führt häufiger zu einer Nichtzulassung zur Wahl und es gibt zahlreiche Indizien dafür, dass die Unterschriften kremlferner Kandidaten wesentlich härter in Frage gestellt werden – notfalls über von der Kommission engagierte Grafologen. Nadeschdin will die Entscheidung trotz geringer Erfolgsaussichten vor Gericht anfechten.

In der deutschsprachigen Debatte wurde Nadeschdin vor dessen Aus unterstellt, er dürfe nur antreten, da er ein U-Boot des Kremls sei. Dabei hätte ein erfolgloser, echter Kriegsgegner durchaus im Interesse des Kremls sein können. Die Wahlbeteiligung würde steigen, zumal die Behörden über ein erprobtes Reservoir an Möglichkeiten verfügen, Ergebnisse zu beeinflussen.

Die Wahl ist eine Volksabstimmung über Putins grundsätzliche Linie, gerade im Hinblick auf den geführten Krieg.

Die Wahl erfüllt auch nicht die Funktion einer echten Auswahl, da Putin als Gewinner gesetzt ist. Stattdessen ist sie eine Volksabstimmung über Putins grundsätzliche Linie, gerade im Hinblick auf den geführten Krieg. Es ist dem Kreml bewusst, dass die diesbezügliche Aussagekraft nun gering ist bei einer Wahl zwischen Kandidaten, die weitgehend dieser Linie folgen. Dass man Nadeschdin dennoch stoppte, nachdem er von erstaunlich vielen Russinnen und Russen Unterstützung bekam, ist ein Zeichen von Schwäche und Nervosität. Trotz Übermacht überwiegt die Angst, mit einer echten Alternative zur eigenen Agenda die Kontrolle über den Wahlvorgang zu verlieren. Dann lieber ein Ritual.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/angst-vor-dem-kontrollverlust-7306/?utm_campaign=de_40_20240209&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Keine Berichte

Keine Berichte

01) Geschwächtes Vertrauen. Portugals Rechtspopulisten profitieren von Korruptionsskandalen der Sozialisten und Konservativen. Noch hält die Brandmauer. Von Fabian Schmiedel



Fabian Schmiedel

Fabian Schmiedel ist Leiter der Geschäftsstelle und Projektkoordinator im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Lissabon.

Europa 12.03.2024



Wahlparty der Konservativen: Reicht es, stärkste Partei zu werden? - *picture alliance / Associated Press | Armando Franca*

Selten hat Portugal eine so spannende Wahlnacht erlebt. Während Umfragen nach Schließung der Wahlurnen das konservative Bündnis Demokratische Allianz (AD) klar vor der Sozialistischen Partei (PS) sahen, holten die Sozialisten im Laufe der Nacht stark auf – und landeten mit 28,6 Prozent nur 0,8 Punkte hinter den Konservativen, die mit 29,4 Prozent über die Ziellinie stolperten. Klar ist: Portugal rückt nach der Parlamentswahl vom vergangenen Sonntag nach rechts. Die PS hat angekündigt, in die Opposition gehen zu wollen. Doch von einem Erdrutschsieg der Konservativen kann keine Rede sein. Deren Listenbündnis, die Demokratische Allianz, liegt voraussichtlich nur zwei Parlamentssitze vor den Sozialisten. Ohne die Rechtspopulisten von *Chega* haben die Konservativen keine Mehrheit. Deren Stimmen wollen sie aber nicht.

Trotz des knappen Ergebnisses kündigte PS-Generalsekretär und Spitzenkandidat Pedro Nuno Santos staatsmännisch an, nun keine „taktischen Spielchen“ machen zu wollen: „Wir

werden in die Opposition gehen, die Partei erneuern und die unzufriedenen Wähler zurückholen. Das ist unsere Aufgabe.“ Die Große Koalition, die es in Portugal zuletzt in den Jahren 1983 bis 1985 gab, schließt er aus. Zu groß seien diesmal die inhaltlichen Differenzen. Doch fällt die Ankündigung, in die Opposition gehen zu wollen, vielleicht zu früh? Oder ist es dann doch ein taktisches Spiel, um früher oder später Neuwahlen zu provozieren, da Pedro Nuno Santos weiß, wie schwierig eine Regierungsbildung für die Konservativen werden könnte? Erst in einer Woche, am 20. März, werden alle Stimmen ausgezählt sein. Dann werden auch die Stimmen der Auslandsportugiesen bekannt gegeben, die insgesamt vier Abgeordnete im Parlament stellen. Wenn *Chega* auch unter ihnen stark wird und den Konservativen Stimmen streitig macht, dann könnte es rein rechnerisch doch noch zu einer Stimmenmehrheit der PS und folglich zu einer Pattsituation im Parlament kommen, bei der AD und PS gleichermaßen 80 Sitze gewännen. Nicht sehr wahrscheinlich, aber auch nicht ganz ausgeschlossen.

Portugal scheint gerade unregierbar.

Egal ob mit oder ohne die Stimmen der Auslandsportugiesen: Fakt ist, dass die Regierungsbildung, zu der die Stimmen von mindestens 116 der 230 Abgeordneten benötigt werden, sich schon jetzt als nahezu unmöglich darstellt, da weder das linke noch das konservative Lager die notwendige Mehrheit erreichen würde. Portugal scheint gerade unregierbar. Fakt ist auch, dass das Erstarken der Rechtspopulisten von *Chega* die politische Landschaft bereits jetzt gehörig durcheinandergebracht hat. Deren Fraktion wird sich auf 48 Abgeordnete vervierfachen. Die Konservativen kommen derzeit hingegen nur auf 79 Sitze – weit weg von der Mehrheit. *Chega*-Chef André Ventura sieht sich daher schon jetzt als Königsmacher – doch nur unter einer Voraussetzung: Regierungsbeteiligung! Der potenzielle König und Spitzenkandidat der Konservativen Luís Montenegro will die Stimmen von *Chega* aber nicht. Das hat er mehrfach noch in der Wahlnacht betont. Noch steht die Brandmauer nach rechts also. AD und *Chega*? Ausgeschlossen.

Doch wie stabil kann eine konservative Minderheitsregierung sein, wenn die PS bereits angekündigt hat, insbesondere den Staatshaushalt im Herbst nicht mittragen zu wollen? Politische Beobachter sprechen bereits jetzt davon, dass Montenegro, selbst wenn er irgendwie mit Ach und Krach spätestens Anfang Mai doch noch zum Premierminister gewählt würde, das Weihnachtsfest nicht in diesem Amt feiern dürfte. Zu groß ist die Wahrscheinlichkeit, dass er die Verabschiedung des Staatshaushalts Ende November mit einer konservativen Minderheitsregierung nicht durchs Parlament bekommt. Die PS könnte schneller am Zug sein, als es gerade scheint. Das weiß auch Pedro Nuno Santos.

Wenngleich die Zahlen noch frisch sind, lassen sich dennoch zwei erwähnenswerte Tendenzen feststellen: Zum einen hat keine Partei in absoluten Zahlen so viele Stimmen hinzugewonnen wie *Chega*. Es liegt daher nahe, dass die gestiegene Wahlbeteiligung der Partei genutzt hat. Die Wahlbeteiligung ist nämlich von 51 Prozent in 2022 auf 66 Prozent in diesem Jahr gestiegen und damit so hoch wie seit 1995 nicht mehr. Zum anderen ist in den landwirtschaftlich geprägten, weniger stark industrialisierten Regionen des Alentejo und der Algarve, *Chega* dann besonders stark, wenn die Wahlbeteiligung besonders niedrig ist. Es scheint so, als hätten die beiden dominanten Parteien dort – Kommunisten und PS – wenig Zugkraft entfaltet und ihre Stimmen an *Chega* verloren. In ihren einstigen Hochburgen wie Beja oder Évora errangen die Kommunisten keinen einzigen Sitz mehr, *Chega* erreichte einen starken dritten Platz. An der Algarve, in Faro, rückten die Rechtspopulisten sogar an die erste Stelle, noch vor die PS.

Stehen die Portugiesen also doch rechts außen? Nein, zeigt eine Studie des portugiesischen Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung, die im April veröffentlicht wird. Die Auswertung von Befragungen von rund 1 000 Wahlberechtigten ergab, dass die Mehrheit der Portugiesen progressive Positionen teilt: 73 Prozent glauben, dass Menschen, die in Portugal geboren werden, unabhängig von ihrer elterlichen Herkunft die portugiesische Staatsangehörigkeit besitzen sollten. Nur ein Viertel denkt, dass der Zuzug von Migranten eine kulturelle Verarmung des Landes bedeute. 82 Prozent wollen, dass ihre Regierung etwas gegen den Klimawandel unternimmt, auch wenn andere Länder nicht dasselbe tun. Gleichzeitig glauben aber auch 72 Prozent der Menschen, dass Politikerinnen und Politiker unehrliche Menschen seien, die nur daran arbeiteten, wiedergewählt zu werden. Dem steht jedoch eine große Mehrheit von 80 Prozent gegenüber, die die Demokratie als Regierungsform wertschätzt, die unterschiedliche Meinungen zusammenbringt.

Vieles deutet darauf hin, dass Chega eine elitenpopulistische Partei ist.

Vieles deutet also darauf hin, dass *Chega* eine elitenpopulistische Partei ist. Dort, wo die Menschen das Gefühl bekommen, dass „die da oben“ die Situation nicht im Griff haben – dazu zählen beispielsweise die schwierige ärztliche Versorgung im ländlichen Alentejo, Wassermangel an der Algarve, die Wohnungsnot in den touristischen Hotspots –, dort glaubt man den rechtspopulistischen Parolen mehr, die gegen die „korrupten Eliten“ wettern.

Inhaltlich scheint die PS mit ihrer erfolgreichen Politik der letzten acht Jahre jedenfalls nah bei den Menschen zu stehen. Näher als ihr Personal? Der ehemalige Premierminister und Generalsekretär der PS, António Costa, hinterlässt ein wirtschaftlich starkes Land: In seiner Regierungszeit zwischen 2015 und 2023 wuchs Portugals Wirtschaft durchschnittlich um zwei Prozent und lag im vierten Quartal 2023 mit 2,3 Prozent an zweiter Stelle in Europa. Die strukturelle Neuverschuldung liegt bereits jetzt wieder auf Vorpandemieniveau, die Arbeitslosigkeit liegt kontinuierlich unter sieben Prozent, der monatliche Mindestlohn stieg seit 2015 von 505 Euro auf 820 Euro im Januar 2024 an. Fünf Millionen Portugiesinnen und Portugiesen arbeiten derzeit in einem sozialversicherungspflichtigen Verhältnis. So viele waren es nie seit der Nelkenrevolution vor 50 Jahren. Auch für die Energiewende vergibt Europa grünes Licht: Im Februar 2024 stammten 88 Prozent des in Portugal produzierten Stroms aus regenerativen Energien – in Spitzenzeiten sogar bis zu 100 Prozent. Diese positive Entwicklung der portugiesischen Wirtschaft schlägt sich auch auf die Bevölkerungsentwicklung nieder. Zum ersten Mal seit der Nelkenrevolution hatte Portugal im Jahr 2022 einen positiven Wanderungssaldo.

Die staatsanwaltlichen Ermittlungen gegen Mitglieder des Kabinetts und gegen Personen im Umfeld der PS schwächen das Vertrauen in staatliche Institutionen und in die politischen Parteien.

Doch die staatsanwaltlichen Ermittlungen gegen Mitglieder des Kabinetts und gegen Personen im Umfeld der PS, die im vergangenen Herbst [Costa zum Rücktritt zwangen](#) und wegen derer es überhaupt zu den Neuwahlen am vergangenen Sonntag kam, schwächen das Vertrauen in staatliche Institutionen und in die politischen Parteien. Dazu tragen aber auch die Konservativen bei: Die Durchsuchungen der in Korruptionsverdacht geratenen Regionalregierung auf Madeira im Januar überraschten. Ob die Staatsanwaltschaft Anklage erhebt, ist noch unklar. Fest steht hingegen, dass die Ereignisse Wasser auf den Mühlen der rechtspopulistischen Parteien waren. In Portugal kommt es daher nun darauf an, das verlorene Vertrauen schnell wiederherzustellen.

Seite E 176 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 846 vom 04.04.2024

Die PS muss die Herausforderung, eine starke Oppositionspartei zu sein, unter diesen Vorzeichen ernsthaft annehmen. Wider die Umfragen, die nach dem Rücktritt António Costas einen Sieg des konservativen Bündnisses kommen sahen, weht nun dem neuen PS-Generalsekretär Pedro Nuno Santos ein leichter Rückenwind. Und mit etwas Geduld vielleicht ja bald doch noch der Regierungswind um die Nase.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/geschwaechtes-vertrauen-7388/?utm_campaign=de_40_20240312&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Keine Berichte